

FRIEDRICH

FUNDER

ALS

ÖSTERREICH

DEN STURM

BESTAND

*Aus der Ersten in die Zweite Republik*

HEROLD



*Der Verfasser mit Altbundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg im Sommer 1957*

FRIEDRICH FUNDER  
**ALS ÖSTERREICH  
 DEN STURM BESTAND**

Aus der Ersten in die Zweite Republik

*Gestützt auf bisher vielfach unveröffentlichtes Dokumentenmaterial, gestaltet Friedrich Funder die Krisenjahre Österreichs und die Katastrophe Europas zwischen 1929 und 1945 mit einer Farbigkeit und plastischen Nähe, wie kaum ein Zeitfilm sie schürfer festzuhalten vermöchte. Wie sie dachten, lebten und handelten — so erscheinen hier die bedeutenden, interessanten und problematischen Akteure jener Epoche.*

*Bei aller Offenheit, die sehr heikle Dinge, sehr unheile Wege aufdeckt, sind Funders Memoiren keine Polemik. Sie sind vielmehr von einem tiefen Glauben getragen, vom Glauben an das Wirken der Vorsehung hinter den Wirren der Menschen, vom Glauben an das Gute in jedem, auch in dem verirrtesten Menschenherzen. Nicht anzuklagen, sondern zu helfen, ist ihr Sinn und Ziel: „Den Sturm bestehen“ — zu neuen Wegen, in eine bessere Zukunft gelangen durch das Verstehen und Wissen um eine böse Vergangenheit. Versöhnung durch Einsicht und Frieden in der Kraft eines starken Glaubens — das ist das Grundmotiv dieser Memoiren. Damit gewinnt der zweite Band des Erinnerungsbuches „VOM GESTERN INS HEUTE“ den Rang eines politischen Bildungswerkes. Erziehung, politische Selbsterziehung gerade auch der jüngeren Generation, ist die Voraussetzung eines inneren und äußeren Wachsens der freien Welt. Ihr, der Erziehung und der Freiheit dient dieser Bericht.*

VERLAG HEROLD · WIEN · MÜNCHEN



*Papst Pius XII. als Kardinal-Staatssekretär Eugenio Pacelli*

FRIEDRICH FUNDER

ALS ÖSTERREICH  
DEN STURM BESTAND

*Aus der Ersten in die Zweite Republik*

VERLAG HEROLD WIEN MÜNCHEN

ENTWURF DES SCHUTZUMSCHLAGES KURT SCHWARZ

Alle Rechte vorbehalten  
Copyright 1957 by «Herold»  
Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H» Wien VIII  
Druck: «Herold», Wien VIII  
Printed in Austria

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

*Meinem verehrten Freunde  
Bundeskanzler Ing. Julius Raab  
in alten Treuen zugeeignet*

## INHALT

**Zum Eingang ..... Seite 9**

**I. Kapitel: An der Schwelle schweren Geschehens ..... Seite 11**

Ein Parteitag – Ein Gast aus dem deutschen Zentrum – Das Referat eines Kommanden – Der Einbruch der Weltkrise – Folgeschwere Kräfteverschiebung – Der Schrei nach der «Diktatur des Proletariats» – Waffenlager in Parteihäusern – Der Rücktritt des Bundeskanzlers Dr. Seipel – Anrede an die Opposition – Ein tragisches Versäumnis Otto Bauers – Seipel über sich selbst – Nach dem Sturz der Regierung Streeruwitz.

**II. Kapitel: Angriff in der Weltkrise ..... Seite 33**

Der Zusammenbruch der Creditanstalt – Kausale Verflechtungen von Wirtschaft und Politik: – Die verlängerte Hand des Staates – Währungsprobleme und Staatsausgaben – Das Genfer Sanierungswerk – Der New-Yorker Börsensturz und seine Folgen – Der Bund übernimmt Haftung für 1'200 Millionen Schilling – Die rettende Völkerbundanleihe – Mit einer Stimme Mehrheit – Ein Vertrauensvotum des Volkes – Vitale Staatsnotwendigkeiten und das Notverordnungsrecht – Die letzte Berufung Dr. Seipels – Otto Bauer verhindert die Bildung eines Konzentrationskabinetts – Schober lehnt Mitarbeit ab – Ein verhindertes Volksentscheid – Die Frage der Staatsform und der «Primer-Putsch» – Ein Nachwort von beissender Ironie – Ein Diplomat der Innenpolitik – Verständigung zwischen den Parteien – Vertrauliche Instruktion der christlichsozialen Parteileitung – Das auseinanderstrebende Parlament – Neuerliche Finanzkontrolle über Österreich – Viktor Kienböck als Retter der Finanzen – Die erste Kraftprobe der Nationalsozialisten – Ratlosigkeit im nationalliberalen Bürgertum – Nationalsozialistischer Ruf nach Neuwahlen – Und Otto Bauer leistet Schützenhilfe – Karl Vaugoin verhindert Konjunkturwahlen der Nationalsozialisten – Das Kabinett Dollfuss – Mehrheit mit Heimwehr und Landbund – Der Volksmann im Parlament – Die Reise nach Lausanne – Die Tagebuchaufzeichnungen des Vizekanzlers Schmitz.

**III. Kapitel: Demokratie in Erprobung ..... Seite 64**

Die Folgen eines Familienzweistes – Das Parlament schaltet sich aus – Bundesparteitag in Salzburg – Plan einer grundlegenden Verfassungsreform – Die Bedeutung einer berufsständischen Ordnung – Die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes – Rüdiger Starhemberg, Major Fey und die Heimwehr – Im Rahmen der Vaterländischen Front – Die Bekenntnisrede des Bundeskanzlers – Notwendigkeit der Gesundung von innen heraus – Zusammenschluss zur Überwindung des Parteienstaates – Umbildung der Regierung Dollfuss – Totalitätsforderungen der Heimwehr – Die Beurlaubung Vaugoins – Reformator oder Liquidator? – „Die Stunde ist gekommen!“ – Fühlungnahme mit Dr. Renner – Querschüsse der Pressepolizei – Major Fey wieder Leiter des Sicherheitswesens.

**IV. Kapitel: Der Versucher in der Aula ..... Seite 85**

üppiger Flugschriftenimport – Unzufriedene und Idealisten – Spekulation auf das Nationalgefühl der Jugend – Zunehmender Radikalismus – Aufschlussreiche Hochschulwahlen – Nationalsozialistische Werbemethoden – Papen als Ver-

trauensmann Hindenburgs – Gedankenaustausch mit bayrischen Gesinnungsfreunden – Unerwünschter Besuch in Wien – Anschauungsunterricht für Österreicher – Dr. Eisele als Hiobsbote – Auf der schwarzen Liste – Bedrohung einer weltanschaulichen Brückenstellung – Die kulturpolitische Mission des CV – Infiltrationsversuche des Gegners – Der Austritt aus der «Deutschen Studentenschaft» – Gleichstellung mit zielstrebigem Methodik – Weisungen, Befehle und ein Ultimatum – Die Auseinandersetzung im «Weissen Turm» – Abschaltung vom reichsdeutschen CV – Die erste Manifestation einer österreichischen Widerstandsbewegung.

#### **V. Kapitel: Abschied von der Christlichsozialen Partei . . . Seite 107**

Der Führerstab im Klub des Nationalrates – Eine denkwürdige Sitzung – Leopold Kunschaks parteigesichtlicher Bericht – Eine Rückschau und ein Nachruf – «König Arthurs Tafelrunde» – Dr. Karl Lueger und Dr. Richard Weiskirchner – Jodok Fink und die Voralberger – Der Genfer Erfolg Dr. Seipels – Eine ehrliche Gewissensforschung – Die Vaterländische Front als Erbe – Das letzte Wort an die Öffentlichkeit – Würdigung und Dank des Bundespräsidenten Miklas – Das Schicksal des Archivs – Die Redaktion der «Reichspost» als Verbindungsstelle – Die Besuche des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Wirth – Verfehlter Anschlag auf Dr. Brüning.

#### **VI. Kapitel: Die Bauern stehen auf .....Seite 122**

Zunehmende Bedrohung von aussen – Radikalisierung der Sozialdemokraten – Ausserordentlicher Parteitag im Arbeiterheim – Scharfmacher um Julius Deutsch – Weihnachtsgespräch mit Karl Seitz – Aufrüstung der Linksradikalen – Sprengstofflager in Simmering ausgehoben – Massenkundgebung des Niederösterreichischen Bauernbundes – Gerüchte um Vizekanzler Fey – Dollfuss in der Grazer Industriehalle – Ein grundsätzliches Versprechen an die Arbeiterschaft – Die Terroranschläge der Nationalsozialisten – Bedingtes Einlenken Dr. Otto Bauers – Landeshauptmann Reither soll vermitteln – Erfolgreiche Verständigungsbemühungen.

#### **VII. Kapitel: Irrtum, der Geschichte macht .....Seite 135**

Gerüchte aus Linz – Wie es zu den Februarereignissen kam – Der französische Gesandte Puaux über die Lage – Die Gewerkschaften und die Vaterländische Front – Extremisten verhindern eine Verständigung – Irreführende Wiedergabe einer Rede des Vizekanzlers Fey – Die Ursache einer folgenschweren Kettenreaktion – Der echte und der verstümmelte Text – Das Entstehen einer geschichtswidrigen Legende – Das Signal zum Generalstreik – Die Mobilisierung der roten Miliz – Gemeindebauten als Bollwerke des Schutzbundes – Übertreibungen der Auslandspresse – Heftige Kämpfe in Floridsdorf – Feuerüberfall in der Kagraner Allee – Der Generalstreik wird nicht durchgeführt – Besonnenes Verhalten der Arbeiter verhütet grösseres Unheil – Der Zusammenbruch des Aufstandes – Hilfsaktion des Kanzlers für die Opfer auf beiden Seiten – Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten – Auflösung der Sozialdemokratischen Partei – Bürgermeister Seitz in Verwahrungshaft – Aufschlussreiche Besuche im «Grauen Haus» – Die Arbeiterzyklika Leos XIII. als Gesprächsthema – Kontaktmangel schädigt die Demokratie – Die Rolle der sozialdemokratischen Parteigrössen – Otto Bauer und Julius Deutsch fliehen in die Tschechoslowakei – Oberösterreichischer Schutzbundführer provoziert Kampfhandlungen – Das Ergebnis einer jahrzehntelangen Vorgeschichte – Die Schuldfrage und das gerechte Mass für die Beurteilung des Aufstandes.

#### **VIII. Kapitel: Nach dem Unglück die Tat .....Seite 161**

Ein Apostolat brüderlicher Versöhnung – Volksbundkundgebung in Mödling – Dollfuss und Starhemberg sprechen in Salzburg – Im Brünnener Führerquartier der sozialistischen Emigration – Dollfuss versucht Frontenbildung mit Sozialdemokraten – Gedankenaustausch des Bundeskanzlers mit Bürgermeister Schmitz – Die Mission des Vizebürgermeisters Dr. Winter – Diskussionsabende im Margaretriner Volksbildungshaus – Zustimmung und Kritik von beiden Seiten – Das Ergebnis der Aktion Winter – Ein gewagtes Unternehmen bewusster christlicher Politik – Gründung eines Berufsverbandes der Arbeiter und Angestellten – Im Zeichen der berufsständischen Reformideen – Kollektivverträge und Gewerkschaftsbund – Sicherung gegen unlauteren Wettbewerb und Lohndruck – Das Ende der Freien Gewerkschaften – Eine Erklärung des Ministers Dr. Resch – Aussprachen mit früheren Gewerkschaftsführern – Unterschriftenaktion der ge-



samten Arbeiterschaft eingeleitet – Für die Unabhängigkeit Österreichs – Betriebsterror bedroht Gesinnungsfreiheit – Ambros Opitz muss kapitulieren – Die christliche Gewerkschaftsbewegung – Ein Leitartikel der «Reichspost» – Die neue Stadtverwaltung unter Richard Schmitz – Erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – Bau der Wiener Höhenstrasse.

## **IX. Kapitel: Ringen um die berufsständische Ordnung . . . Seite 179**

Aus dem Schriftennachlass des Vizekanzlers Schmitz – Die Grundzüge des Staatsreformplanes – Die Berufsstände als soziologisches und politisches Bauelement – Ein Mann mit der Seele eines modernen Winkelried – Das Bekenntnis eines christlichen Staatsmannes – Die Mitarbeiter des Bundeskanzlers – Viel Idealismus und bedeutendes Können – Die Zeit des Überganges zur neuen Ordnung – Vorstoss ins Kernproblem des Reformplanes – Gedankenaustausch mit dem Hauptverband der Industrie – Entwurf einer Notverordnung – Eine «Ständekammer» als gesetzgebende Instanz – Zurückhaltende Stellungnahme der Handelskammern – Ein Dokument der österreichischen Sozialgeschichte – Zusammenfassung der Wirtschaftsführer in Bündeln – Gegen faschistische Bestrebungen – Ausscheiden Starhemburgs aus der Regierung – Die Erste Soziale Woche der Katholischen Aktion – Aufklärungsarbeit der intellektuellen Jungmannschaft – Neustädter-Stürmer als Sozialminister – Eine Geburtstagsfeier mit Vorbehalt – Das Verfassungsübergangsgesetz – Bauernschaft und Landarbeiterschaft – Eine Bewährung echter Gemeinschaftsgesinnung – Die Propagandaparenen der Nationalsozialisten – Die Bauernwahlen in Vorarlberg – Eine Kundgebung im Staatsrat.

## **X. Kapitel: Vorakt zur Tragödie ..... Seite 199**

Auf dem Marsch durch die Wüste – Die Mächte der Stresafront und die Römischen Protokolle – Die Verdienste Dr. Anton Rintelens – Rintelen erstrebt Wahl zum Bundespräsidenten – Ein Ferienausflug in revolutionärem Dilettantismus – Man munkelt von Rintelens – Angstpsychose im grossdeutschen Lager – Querschüsse bei der Kabinettsbildung – Aus dem Grazer Landhaus auf den Wiener Minoritenplatz – Der steirische Ränkeschmied als Gesandter in Rom – Von Stufe zu Stufe abwärts – Die Verbundenheit des Bundeskanzlers mit dem Volk – Vertrauliche Warnung vor nationalsozialistischen Fanatikern – Der Pflicht in Demut folgen – Auch Kriegskameraden warnen den Bundeskanzler – Ein Leben für Österreichs Freiheit.

## **XI. Kapitel: Rebellen am Ballhausplatz ..... Seite 210**

Zum Nutzen der historischen Wahrheit – Der Sprengkörperkrieg der Nationalsozialisten – Der Name Rintelen in Vorausinformationen – Am 25. Juli, kurz nach 13 Uhr – „Bel der Ravag wird geschossen!“ – Ungeklärte Lage auf dem Ballhausplatz – Besuch bei Unterrichtsminister Dr. Schuschnigg – Der Bundeskanzler in der Hand der Auführer – Beratung des Rumpfkabinetts im Heeresministerium – Auf der Suche nach Rintelens – Ein bemerkenswertes Geständnis – Selbstmordversuch Rintelens – Ein Bote aus dem Bundeskanzleramt – Falsche Angaben über das Befinden Dr. Dollfuss' – Der geheimnisvolle Kriminalinspektor und die Hauptakteure des Putsches – Neustädter-Stürmer verhandelt mit den Rebellen – Die Ermordung des Bundeskanzlers – Verfälschung der Tatsachen durch die Nationalsozialisten – Die Legende vom Tod im Zweikampf – Fragwürdige Protokolle – Rekonstruierte Gespräche zwischen Dollfuss und Fey – Nur Rebellen als Kronzeugen – Das Ultimatum der Auführer – Kein freies Geleit für Mörder – Das Kollenschlager Dokument – Die Vorbereitungen der Verschwörer – Ein aufschlussreiches Memorandum Dr. Schuschniggs – Von der Gestapo einvernommen.

## **XII. Kapitel: Die Iden des März ..... Seite 227**

Aus den Aufzeichnungen des Finanzministers Dr. Neumayer – Der Appell auf der Wiener Schmelz – Ermutigende Worte des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg – Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes – Vorbereitung einer Inlandsanleihe – Die Skepsis der Weststaaten – Die Audienz beim Duce – Bemerkenswerter Rückgang der Arbeitslosigkeit – Aktive Gebarung der Postverwaltung und der Bundesbahnen – Ein Beweis für die Lebensfähigkeit Österreichs – Nationalsozialistische Bombenattentate verursachen Erhöhung der Versicherungsprämien – Die Auswirkungen der deutschen Handelspolitik – Rückschläge im Holzhandel und in der Papierindustrie – Der Zinsfuss der Auslandsschulden zu hoch – Mit Dr. Kienböck nach London – Es geht um die Eigenstaatlichkeit

Österreichs – Finanzminister Dr. Neumayer und Gesandter Franckenstein bei Eden – Besprechungen in Basel und Zürich – Ansuchen um einen Kredit in Schweizer Franken – Die internationale Lage vereitelt den Anleiheplan.

### **XIII. Kapitel: Mächte und Ohnmächte ..... Seite 236**

Schuschnigg wird Bundeskanzler – Die deutsche Einmischung in Österreich verstärkt sich – Die Tausendmarksperrung – In Audienz bei Kardinal-Staatssekretär Pacelli – Der nationalsozialistische Terror wächst – Mussolini und Dollfuß – Hitler befiehlt eine Kampfpause – Dreimächtekonferenz in Stresa – Schwierige Entscheidung – Eine Depesche Starheimbergs an Mussolini – Wende in der italienischen Aussenpolitik – Die «Achse Berlin-Rom» – Ein Gespräch mit Glaise-Horstenaus – Plan eines «Stillhalteabkommens» – Glaise-Horstenaus wird aus dem Staatsrat aberufen – Begegnung Mussolinis und Schuschniggs – Die Rolle Seyss-Inquarts – Das «Juliabkommen 1936» – Papen und seine Mission – Persönliche Erinnerungen an Papen – Eine sensationelle journalistische Auseinandersetzung – Zunehmende Spannungen – Putschpläne der Illegalen – Hitlers Absichten – Das Hossbach-Protokoll.

### **XIV. Kapitel: Führertragödie unter dem Hakenkreuz .... Seite 268**

Das Befriedigungsabkommen und die Illegalen – Josef Leopold als Gegenspieler Papens – «Kulturbesprechungen» mit Baldur von Schirach – Leopolds Denkschrift an Hitler – Der Zwist zwischen den Anhängern der revolutionären und der gewaltlosen Taktik – Papen sollte beseitigt werden – Die Affäre Schattentroph – Leopold in die Enge getrieben – Dr. Führers Erkundungsfahrten nach Berlin – Die Klageschrift des abgesetzten Gauleiters – Leopold schämt sich für die Partei – Bei Hitler in Ungnade gefallen – An der russischen Front – Die typische Verkörperung des österreichischen Nazismus – Als die Götzenbilder stürzten.

### **XV. Kapitel: Gefährliche Begegnung .....Seite 287**

Quertreibereien zur Freude der Illegalen – Hitler will freie Hand haben – Ein Schreiben an Bundespräsident Miklas – Der kalte Krieg geht zu Ende – Die Reise nach Berchtesgaden – Ein Monolog der Masslosigkeit – «Verhandelt wird nicht!» – Eine Frist von drei Tagen – Eine fragwürdige Basis – Eine Nervenprobe ohne Gleichen – Die ersten Verlautbarungen – Der Kommentar der «Reichspost» – Generalamnestie und Umbildung der Regierung – Österreichs Entschlossenheit zu ehrlicher Versöhnung – Audienz bei Kardinal-Staatssekretär Pacelli – Die acht Punkte der Absprache von Berchtesgaden – Im Wiener Polizeigeftangenenhaus – Das Dokument in der Brieftasche – Die Entmachtung Österreichs – Opferbereite Treuegenossenschaft.

### **XVI. Kapitel: Als Österreich den Sturm bestand .....Seite 298**

Eine mitreissende Rede Schuschniggs – Das nationale Lager gespalten – Die Abstimmungssparole erweckt ein begeistertes Echo – Der letzte Leitartikel der «Reichspost» – Massive Drohungen Hitlers – Göring setzt sich über alles hinweg – Telegraphischer Hilferuf wird erfunden – Blutige Szene in der Josefstadt – Übermachtung des Kleinen durch den Grossen – «Gott schütze Österreich!» – Die ultimativen Forderungen der deutschen Regierung – Bundespräsident Miklas als berufener Sprecher – In Abschiedsaudienz bei Kardinal Innitzer – Von der Gestapo verfolgt – Transport nach Dachau – Walter Adam – Entlassung aus dem KZ – April 1945 – Gründung der «Furche».

Rückschau und Ausschau	Seite 341
Personenverzeichnis	Seite 345
Bilderverzeichnis	Seite 350

## ZUM EINGANG

*Die vorliegenden Aufzeichnungen befassen sich mit einer bewegten Periode österreichischer Geschichte. Sie sind im besonderen auf das Bemühen gerichtet, einer Reihe schädlicher Irrtümer den Eingang in die zeitgenössische Geschichtsschreibung zu verwehren und eine Entwicklung vorzustellen, die diesem von stürmischen Gefahren befallenen Zeitraum ab gewonnen worden ist. Was vor einem Menschenalter noch als ein Wunschtraum für das soziale, wirtschaftliche und politische Leben Österreichs betrachtet werden konnte, ist heute Wirklichkeit geworden, indessen gewalttätige Widersacher eines freien und unabhängigen Österreich von ihren Thronen gestürzt sind. Der eingetretene Wandel, errungen mit Gottes Hilfe, lässt hoffen, dass er ein wesentlicher Beitrag auch zu der Verfestigung des europäischen Friedens ist.*

*Dankbar gedenke ich der gütigen Erlaubnis, Einsicht nehmen zu dürfen in den Schriftennachlass von Bundespräsident Wilhelm Miklas, Vizekanzler Richard Schmitz und Finanzminister Dr. Viktor Kienböck; ebenso erhielt der Verfasser wertvollen Aufschluss und Einblick in zeitgeschichtliche Aufzeichnungen der Herren Bundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg, Aussenminister Dr. Guido Schmidt, Unterrichtsminister Dr. Emmerich Czermak, Staatssekretär Carl von Karwinsky und des Publizisten Dr. Emil Franzel. Für diese freundliche Hilfeleistung bei der Lösung einer nicht immer ganz leichten Aufgabe und das dabei erwiesene Vertrauen sage ich aufrichtigen Dank. Für schätzenswerte Dienste bei der*

## Zum Eingang

*Sammlung einschlägiger Materialien und deren archivalische Behandlung sei an dieser Stelle auch Herrn Dr. Fritz Egger und Fräulein Hella Lainer, Mitgliedern des Stabes der «Furche», gedankt.*

\*

*Während der Okkupation Österreichs (1938 bis 1945) hatten in Räumen des Herold-Hauses nationalsozialistische Funktionäre ihre Arbeitsstätte aufgeschlagen. Als sie 1945 überstürzt den Platz räumten, hinterliessen sie Aktenmaterial, das zur vorliegenden Darstellung beachtliche Ergänzungen geliefert hat.*

*Wien, Oktober 1957*

*Dr. Friedrich Funder*

## I. KAPITEL

### AN DER SCHWELLE SCHWEREN GESCHEHENS

*Ein Parteitag – Ein Gast aus dem deutschen Zentrum – Das Referat eines Kommenden – Der Einbruch der Weltkrise – Folgeschwere Kräfteverschiebung – Der Schrei nach der «Diktatur des Proletariats» – Waffenlager in Parteihäusern – Der Rücktritt des Bundeskanzlers Dr. Seipel – Anrede an die Opposition – Ein tragisches Versäumnis Otto Bauers – Seipel über sich selbst – Nach dem Sturz der Regierung Streeruwitz*

Über das Zollfeld her kam der Morgenwind. Er streichelte sanft das junge Gras. Die Pracht eines sonnigen Frühlingstages lag über der Kärntner Landschaft, die gegen Süden eingerahmt war von der silbern herüberleuchtenden Steinwand der Karawanken. Über mir erhoben sich die Türme von Maria-Saal gegen den blauen Himmel. Die Glocken des Doms liefen mit eherner Stimme die achte Stunde aus. Es fiel schwer, sich aus dieser Schönheit zu lösen. Es musste sein...

Für den 25. und 26. April 1931 war in die Hauptstadt Kärntens der Bundesparteitag der Christlichsozialen Partei Österreichs einberufen. Nun lag hinter ihr ein Jahrzehnt verantwortungsvoller Obsorge um den neuen Staat, dessen Existenz von den Grossen dieser Erde aus seinen fundamentalen Zusammenhängen gerissen worden war. Für ihn mussten die Voraussetzungen seines Bestandes, selbst der Glaube an seine Lebensfähigkeit und der Begriff eines Staatsvolkes erst geschaffen werden. Einer aus den Reihen der Partei, der Staatsmann Dr. Ignaz Seipel, und das von ihm zustande gebrachte Genfer Werk hatten dieses kleine Östeneich aus dem Absturz gerettet, das Land durch die schweren Spannungen geführt, die

aus einem wachsenden Radikalismus der Linken und aus seiner Reaktion auf der Rechten entstanden waren. Enttäuschungen und Verluste zwischen grossen Erfolgen hatten den Weg der Christlichsozialen Partei begleitet. Sie war dieser Feuerprobe nicht ohne Wunden entronnen.

Der Eintritt in den menschenerefüllten Saal des in der «Neue-Welt-Gasse» gelegenen Kolpinghauses führte wirklich in eine andere Welt. Er führte mitten in das bunte Gemenge einer grossen Volkspartei, die hier die Rechenschaftsberichte ihrer leitenden Amtsträger entgegennahm, also Revue über Leistung, Erreichtes und Verfehltes in dieser sorgenbedrückten, von weltweiten Erschütterungen heimgesuchten Zeit, Kritik und Vorbehalt, wie es eben im irdischen Gefechte auch zwischen Gesinnungsgenossen und Freunden zuweilen sein muss.

Natur und Leben einer Partei ähneln der Natur und dem Leben eines einzelnen Menschen. Sie unterliegen Veränderungen wie er. Sie erstarken mit dem wachsenden Tun, sie können aus der Erfahrung gewinnen und reifen und Weisheit erreichen. Und sie können vergreisen und sterben. Die Partei trägt Verantwortung wie jeder in Berufsverpflichtungen stehende Mensch, wie gross oder wie klein auch die dem Einzelnen gestellten Lebensaufgaben sein mögen. Die mit den Obliegenheiten für die Gemeinschaft betraute öffentliche Körperschaft ist deshalb in ihrem Handeln genau wie jeder Mensch an das Sittengesetz gebunden, und sie verkommt wie er, wo sie sich von dieser ewig gesetzlichen Ordnung losmacht. Sie lebt nicht oder zum wenigsten von den Plakatwänden, dem Pathos oder der Unbändigkeit der Propaganda, nicht von den rasenden Schreibmaschinen der Sekretariate, dem Apparat. Sie lebt von ihrer Grundsatztreue, der Überzeugung und bewährten Hingabe tüchtiger Menschen an das gesetzte Ziel, von einer inneren Erfüllung und Durchdringung und der nicht aufgehörenden Liebestat für die Gemeinschaft. Aber auch die beste Partei wird der Ordnung alles Menschlichen gehorchen, dem Recht

der herankommenden jungen, von neuen Erkenntnissen zu kühnen Handlungen getriebenen Generation.

Um das Verhältnis der ohristischsozialen und sozialdemokratischen, der beiden grossen Parteien, wie es sich während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gestaltete, zueinander und zum Staate voll zu erfassen, muss man sich immer gegenwärtig halten, welche soziologischen Veränderungen sich in ihrem Lebensbilde während dieser Zeit ergeben haben. Die Christlichsoziale Partei, die nach der ersten auf Grund des Allgemeinen Gleichen und Direkten Wahlrechtes 1907 vollzogenen Parlamentswahl die konservative Katholische Volkspartei in ihren Schoss auf genommen hatte, erhielt damit ein sehr wetterfestes Element von grosser gleichgewichtiger Ruhe. Der ganz vorwiegend durch Wien bestimmte städtische Zug der Christlichsozialen Partei, in der die von Kunschak, Spalowski, Dr. Hemala geführte Arbeiterschaft stark zur Geltung kam, empfing nach 1907, ohne dass dies eine bewusste Abkehr bedeutet hätte, einen auf das Gesamtvolk gerichteten Charakter. Es erwuchs etwas anderes als damals, da die deutsche Christlichsoziale Partei mit dem Impetus einer auf die soziale Reform, auf die Wirtschaft»- und Verkehrsprobleme eingestellten, politischen, in ihrer lokalen Bindung eng verknüpften Gemeinschaft vorgestossen war. Die Veränderung verschärfte sich noch, als aus den Wahlen von 1911 der Wiener Flügel der Partei schwer zerzaust hervorgegangen war. Auch in dem verkleinerten Österreich der Ersten Republik, 1918 bis 1938, blieb im Wesen die innere Verfassung der Christlichsozialen Partei als die alle Stände umfassende Volkspartei erhalten, die mit dem Aufbau der jungen Republik an führender Stelle in schwerster Notzeit sich bewährte und ihre eigene Existenz mit der Ersten Republik, verband. Die typische Staatspartei, die ihre Stellung ernstnahm.

Ganz anders war der Entwicklungsgang der österreichischen Sozialdemokratie. Ihr nach dem ersten Weltkrieg unternommener Versuch, sich in der bäuerlichen Masse eine neue

Wählerkategorie zu schaffen, nicht aus sachlicher Überzeugung, vielmehr um sich damit der Machtergreifung zu nähern und die Stellung des Gegners damit zu schwächen, misslang. Der agrarische Einschlag blieb dünn. Man gewinnt den Mann des Volkes nicht mit am Schreibtisch ausgeklügelten taktischen Berechnungen. Wenn der Sozialdemokratie auch strichweise, wie in Kärnten, nennenswerte Einbrüche in die Herrschaftsbezirke des Landbundes, einer der Familie des Liberalismus zugehörigen Existenz, gelangen – im Grossen und Ganzen gesehen, mindestens in der obersten gesetzgebenden Körperschaft, spielte der Landbund nur zu Zeiten, wenn die kleinen Parteien zum Zünglein an der Waage werden konnten, eine grössere Rolle. Für den österreichischen Sozialismus beginnt die soziologische und politische Umschichtung in seinem eigenen Dominium, der Arbeiterschaft, weil durch eine Besserung des Lebensstandards und eine neue Orientierung der Interessen eine Umwandlung herbeigeführt wurde. Der österreichische Sozialismus ist heute keine Klassenpartei mehr, er ist nicht mehr der monopolistische Vertreter des Proletariats, nicht weil seine Fabrikdirektoren und seine mit dem Butterbrot zusammengetriebenen Intellektuellen, seine Grosshändler und Bauunternehmer als Mitglieder der Partei es dankend ablehnen, marxgläubige Proleten zu sein, sondern weil es Torheit wäre, zu leugnen, dass man eine in die Bourgeoisie hineintreibende Kraft ist, deren Kern sich verkleinert und verschoben hat. Nichts mehr von marxistischen Prägnungen, von Klassenkampf und Deklassierung, mit denen man einst die Arbeiterschaft zur Solidarität aufrief, sie zusammenschmiedete, fester als je, disziplinierter, als je eine bürgerliche Partei zusammengeschmiedet worden ist.

Heute stehen mächtige Staatsbetriebe der Wirtschaft unter sozialistischer Führung. Und, was mehr ist: im Gewerkschaftsbund ist etwas Ähnliches wie eine ständische Körperschaft entstanden, die, in Verwaltung und Gesetzgebung mit bedeutender Autorität und Verantwortung ausgestattet, ein kon-



sulta tives Mitspracherecht ausübt. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass es dem Sozialismus, dem Gegner des Ständepinzips im Staate, vorbehalten blieb, wie es Otto Bauer persönlich erkannt hat, sich dem Ständepinzip zu nähern.

Die ersten Jahrzehnte der neuen Republik waren strenge Lehrmeister. Die Parteien konnten am eigenen Leibe Demokratie studieren, ihre Kraft und Schönheit, ihre Schwächen und ihre gefährlichen Fallstricke. Die Parteien, die Geschäftsführer der Demokratie, sollten sich ernstlich prüfen, inwieweit sie den Lehrkurs in dieser Hohen Schule bestanden haben.

Mit gespannter Aufmerksamkeit horchte die grosse Öffentlichkeit auf die Stimmen aus der Kontrollversammlung des christlichsozialen Lagers. In seinem politischen Exposé stellte Bundeskanzler Dr. Ender mit erfrischender alemannischer Nüchternheit und Offenheit fest:

«Der Weg liegt klar erkennbar vor uns, aber er ist ein steiniger. Wenn ich den Weg, den unser Volk seit dem Jahre 1918 zurückgelegt hat und von dem wir uns hoffen, dass er schliesslich in ein gelobtes Land führen werde, mit der Wanderung der Israeliten von Ägypten nach Palästina vergleiche, dann durchziehen wir augenblicklich einen Wüstenstrich. Es herrscht bittere Not. Unser Wirtschaftsleben entbehrt der Fruchtbarkeit; Not fordert Opfer. Opfer zu bringen ist hart; Opfer fordern, macht nicht beliebt, wenigstens nicht im Augenblick. Politik des Opfers kann nur treiben, wer in harter Pflicht auf weite Sicht arbeiten kann.»

Zu solchen Handlungen war dieser Bundeskanzler nach seinem Herzen und nach seinem Verstande illusionslos bereit. Dr. Ender schloss mit den Worten:

«Will Gott, dass wir die uns gestellte schwere Aufgabe lösen, so geschehe sein Wille, so wie die Menschen es verstehen. Nicht darauf kommt es an, welche Arbeit wir verrichten, sondern darauf, dass wir die Arbeit, die von uns verlangt wird, in rechtem Geist verrichten. Das sei das Programm der Regierung, des Parlamentes und die pflichtgemässe Auffassung in unserer Arbeit!»

Das war das Vorhaben eines christlichen Staatsmannes von rechtem Schrot und Korn. Die Versammelten stimmten mit lebhaften Kundgebungen zu.

Während die geschäftlichen Berichte dem Parteitag vorgelegt wurden, hatte in einem anderen Saale die Begrüssung der Ehrengäste stattgefunden, einer stattlichen Anzahl von deutschen Zentrumsleuten und Mitgliedern der Bayrischen Volkspartei. Unter ihnen fiel die hochgewachsene Gestalt des Zentrumsabgeordneten und Präsidenten der Herausgeberschaft der Berliner «Germania» auf, des Herrn Franz von Papen. Dieser erwiderte namens der Gäste der Zentrumspartei das Willkommen, meldete «Grüsse des gesamten katholischen Deutschlands und im Besonderen der Zentrumspartei, die in der Person des Reichskanzlers Dr. Brüning ihren allerbesten Mann an die Spitze des Reiches gestellt hat». Herr von Papen gab schon nach den ersten Sätzen seiner Rede eine starke politische Note. Konnte es ihm unbekannt sein, welchen scharfen Einspruch die zwischen Bundeskanzler Schober und dem deutschen Aussenminister Dr. Curtius getroffene Abmachung für die Herstellung einer österreichisch-deutschen Zollunion in Paris und London erfahren und dass dieser Einspruch sogar die ablehnende Haltung Frankreichs gegenüber der angesprochenen Hilfeleistung in der krisenhaften Wirtschaftslage Österreichs hervorgerufen hatte? Er musste wissen, dass Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei unter grossem Aufsehen in aller Form Protest gegen diesen Zollpakt als eine Verletzung des Genfer Abkommens mit Österreich erhoben hatten. Drei Wochen nach diesem Protest hielt nun in Klagenfurt Herr von Papen seine Ansprache. Er pries den engeren wirtschaftlichen Kontakt der beiden deutschen Staaten als «die Anerkennung einer Pflicht, in einem der sozialen und wirtschaftlichen Verwüstung Europas hinstrebenden Zustand die wirtschaftliche Souveränität der beiden Staaten auch über Schwierigkeiten hinweg zu erkämpfen». Die Pointe wurde von der Zuhörerschaft sofort verstanden. Das war in der bedrängten Lage Österreichs eine Rede auf Hals- und Beinbruch gewesen. Die Delegierten nahmen die mit Elan vorgetragene Äusserung des Gastes mit dem respektvollen Schweigen des



*Dr. Otto Ender*

1927 2800001

FRIEDRICH  
FUNDER  
ALS  
ÖSTERREICH  
DEN STURM  
BESTAND

*Aus der Expon. in die Zweite Republik*

HEROLD

ANTIQVARIAT  
Eisenbacher

ANTIQVARIAT  
Eisenbacher

ANTIQVARIAT  
Eisenbacher



*Carl Vaugin*

Hausherrn auf, der gegen seinen Ehrengast nicht polemisieren kann. Zum Glück ging die Rede in der Zeitungsberichterstattung fast völlig unter.

Das Erscheinen Papens auf dem Parteitag hatte peinliche Begleitumstände gehabt. Er war gekommen, begleitet von einem nationalsozialistischen Publizisten, dem von seinem streitbaren Auftreten in Tirol her bekannten Herrn von In der Mauer, der sich neben den Delegierten niedergelassen hatte. Der Leiter des Ordnungsdienstes, Hof rat Dr. Kolassa, musste den ungeladenen Gast tun Verlassen des Saales ersuchen. Herr von Papen entschuldigte sich, er habe seinen Begleiter, der ihm in der Deutschen Gesandtschaft in Wien zugeteilt worden sei, nicht näher gekannt.

Reichstagsabgeordneter von Papen wohnte gleich mir im Hotel Moser. In der Mittagspause begegneten und begrüßten wir einander, da wir uns seit 1928 von der Presse in Köln und einem Kongress katholischer Zeitungsleute in Brüssel her kannten. Papen hatte damals, wenige Jahre, bevor er in der deutschen Republik zu hohen Ämtern kam, in einer langen, mit Charme geführten nächtlichen Unterredung sich bemüht, mich – ausgerechnet mich – von den Aussichten einer monarchistischen Restauration eines hohenzollemschen Grossdeutschlands, das Österreich einschliessen würde – natürlich ohne Habsburger –, zu überzeugen. Das Gespräch war für mich interessant und illustrativ gewesen. Einen anderen Ertrag erhielt es nicht. Diesmal, in der Landeshauptstadt Kärntens, wurde unser Gespräch von Herrn von Papen mit der Miene eines Gekränkten eröffnet: «Ich muss Ihnen gestehen, dass ich von einem Erlebnis des heutigen Vormittags erschüttert bin. Ich habe an dieser Tagung eine Begrüßungsrede gehalten, in der ich, wie ich glaube, wannen Ausdruck für die Schicksalsverbundenheit und Interessengemeinschaft Deutschlands und Österreichs gegeben habe. Auf diese Begrüßung hat sich keine Hand zum Beifall unter den Versammelten erhoben und nicht ein einziges Wort hat, wie es sonst üblich ist, auf eine nicht

bedeutungslose Rede des Gastes geantwortet. Was geht hier vor? Was ist die Ursache dieses in der Tat verletzenden tödlichen Schweigens? Erklären Sie mir dieses Rätsel!»

Herr von Papen sprach eindringlich und erregt. Ich schenkte ihm reinen Wein ein und setzte ihm freundlich auseinander, dass wir Österreicher die Freundschaft mit Deutschland ehrlichen Sinnes ehren und pflegen wollen. Aber es wäre ein Missverständnis, daraus einen österreichischen Verzicht auf das Eigenwesen, die Freiheit unseres Landes zu erwarten. Im gemeinsamen Interesse müssten Zweideutigkeiten und Irrtümer in dieser Beziehung umso mehr vermieden werden, als eine in falsche Richtung führende Propaganda über die deutschen Grenzen zu uns hereindränge und die gute Nachbarschaft in bedauerlicher Weise störe. Mein Gegenüber möge es deshalb nicht missverstehen, wenn auf seine Begrüßungsworte nicht das erwartete Echo gekommen sei; ich knüpfte daran die Bitte, daraus nicht die Abweisung seiner bezeigten freundlichen Gesinnung herauslesen zu wollen.

Nach diesem Gespräch haben wir uns verbindlich die Hand gedrückt. Ich zweifelte aber, ob ich ganz verstanden worden sei.

Naoli drei Jahren führte mich mein Beruf mit Herrn von Papen wieder zusammen. Er war nach der Ermordung des Kanzlers Dollfuss als Gesandter und Vertrauensmann Hitlers nach Wien gekommen. Ich hatte in den folgenden Jahren bis 1938, veranlasst durch einen Auftrag von Bundeskanzler Doktor Schuschnigg, oft Gelegenheit den Weg von Papens aus der Nähe zu verfolgen. Er mündete leider für ihn, wenn auch glimpflich, in Nürnberg.

\*

In der Vormittagssitzung des Klagenfurter Parteitages erhielt nach den Begrüßungsansprachen sofort der mit neugieriger Erwartung empfangene wirtschaftliche Referent das Wort, der erst kurz im Amte befindliche Ackerbauminister

Dr. Engelbert Dollfuss. Die wenigsten in der Versammlung, mit Ausnahme der Wiener und Niederösterreicher, kannten ihn persönlich, sie wussten von ihm in der Regel nur, dass er eine Hoffnung aus den Reihen der Jungen darstellte und sich auch bei internationalen Gelegenheiten als Wortführer Österreichs bewährt hatte, so 1929 auf der Internationalen Agrarischen Expertenkonferenz in Genf und 1930 auf dem Agrarkongress in Rom. Auch während seiner kurzen Amtstätigkeit als Präsident der Bundesbahnen, also auf einem von seinem agrarischen Fachgebiet abseits gelegenen Terrain, hatte er seinen Mann gestellt.

Nun war er vor wenigen Wochen zur Übernahme des Landwirtschaftsministeriums in die Regierung berufen worden. Er war von auffallend kleiner, unansehnlicher Gestalt; stand man ihm gegenüber, so gewann er durch den Blick seiner Augen, die Gemühtiefe und Humor verrieten. Man hörte über ihn, dass er, armer Keuschlersleute Kind, als Jüngling während des ersten Weltkrieges zu den Kaiserschützen als Freiwilliger eingerückt war und an der Südtiroler Front mit Auszeichnung gedient hatte. Er hatte seine volkswirtschaftlichen Studien in Wien und Berlin gemacht, ein begeisterter Schüler des grossen katholischen Sozialethikers Dr. Karl Sonnenschein. Er war in der Werkstatt bäuerlicher Selbsthilfe, der «Preussenkasse», der damaligen Zentralbank der landwirtschaftlichen Genossenschaften Preussens, tätig gewesen; dort hatte der junge Mann mit einem grossen praktischen Wissen sich ertüchtigt. In der Heimat hatte er seine ersten Sporen in der vielseitigen Organisation des niederösterreichischen Bauerntums, im Bauernbund, verdient.

Zu seinem Parteitagsreferat, dem ersten, das er vor einem solchen Forum hielt, liess er, zum Erstaunen der Versammelten, eine grosse Schultafel aufstellen, vor die er, bewaffnet mit Diagrammen und Statistiken, trat, mit denen er alsbald seine Ausführungen zu dem Thema «Ursachen und Wesen der Weltwirtschaftskrise und ihre Abwehr» zu illustrieren ge-



dachte. Er sprach mit wissenschaftlichem Ernst, sachlich und klar. Die gegenwärtige würgende Wirtschaftsnot in Österreich zeigte er als Bestandteil eines weltweiten Übels und als Fehler des geltenden Wirtschaftssystems: Europa weist, obwohl es neben Australien der kleinste Erdteil ist, die stärkste wirtschaftliche Zersplitterung auf, es hat mehr individuelle Wirtschaftsgebiete als die ganze übrige Welt zusammen. Zugleich steht dieses kleine und so arg zerspaltene Europa hinsichtlich der Bevölkerungszahl an zweiter Stelle in der Welt, hinsichtlich der Bevölkerungsdichte sogar an erster Stelle. Europa war vor dem Kriege der Bankier der ganzen Welt. Nach dem Kriege hat nicht nur eine allgemeine Senkung des Goldwertes, sondern auch eine einschneidende Verschiebung der Goldbestände in Europa und von Europa nach Amerika stattgefunden. Damit wird auch auf lange Zeit hinaus die völlige Umschichtung des Wirtschaftsverkehrs in der Welt verständlich.

Von diesen Feststellungen ausgehend, zeigte Dollfuss die besonderen Ursachen der Agrarkrise und Österreichs besondere Verflechtung mit deren Erscheinungen.

Die Zuhörerschaft folgte, gefesselt durch sein Wort, dem Redner, der seine Hauptsätze immer wieder auf der Tafel durch Zahlen und Raumbilder einprägsam unterstützte. Seine Ausführungen gipfelten – 20 Jahre vor der Montanunion und den Strassburger Europagesprächen – in dem Ausblick auf eine künftige sinngemässe Weiterentwicklung Europas, die hinfinden müsse zu einer grossen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die sich zu schützen vermöge gegen die Macht der Grossräume der Übersee und des russischen Wirtschaftsimperiums.

Gefangen durch das weltweite Panorama, das sich vor ihnen aufgetan hatte, waren die Zuhörer der eineinhalbstündigen Rede gefolgt. Der Vortrag war auf diesem Parteitag wie ein sonnenbeschienener Platz in einer wolkenverhangenen Landschaft gewesen. Merkwürdig, diesem Redner fehlte so

manches, was sonst gefeierten Rednern eignet. Seine Stimme hatte nicht jenen gewinnenden Wohlklang, dem mancher Volksmann einen guten Teil seiner rednerischen Erfolge verdankt. Seine Sprechweise war rhetorisch schmucklos, aber sie eroberte durch die innere Glut der Wahrhaftigkeit, die spürbare Echtheit der vorgetrageneil Überzeugung. Selbst das anspruchsvolle, kritische Publikum der Zeitungsleute aus allen Bundesländern stand ganz unter dem Eindruck der Ausführungen Dr. Engelbert Dollfuss' vor dem obersten Parteiforum. Hatte man hier nicht eine Antrittsrede für eine bedeutungsvolle Laufbahn gehört? Das war doch ein kommender Mann, der hier gesprochen hatte! «Dieser kleine Dr. Engelbert Dollfuss», sagte Dr. Rochus Kohlbach, der Chefredakteur des «Grazer Volksblatts», im Kreise der Berufsgenossen, «wird noch viel von sich reden machen.» Diesem Urteil stimmte lebhaft der Tiroler Kollege, Dr. Klotz, bei. Dieser Dr. Dollfuss hatte sicher über viel anderes mehr auszusagen als über die agrarischen Dinge seines Fachwissens. Seine bescheidene, freundliche Haltung zeigte übrigens den Volksmann unverfälschter Herkunft aus der Mitte des österreichischen Heimatvolkes, einen von der Gattung, die in einer Demokratie im Zeichen des Proporz und des Listenwahlrechtes seltener zu werden scheint. Wo sind heute die Kunschaks, die Loser, Schoiswohl, Biehlolawek und Spalowsky, Jodok Fink und Niedrist und wie sie alle heissen? Sie sind gewiss noch da. Man sollte sie besser suchen gehen ...

In den Parteitag flatterten unruhige Nachrichten, jede von ihnen eine Bezeugung, dass die Weltwirtschaftskrise Europa in einer noch nicht erlebten Heftigkeit angefallen hatte. Sie war jetzt augenscheinlich an der Türe Österreichs angelangt, ein ungestümer Besuch.

Eine dringende Meldung rief Minister Dr. Dollfuss nach Wien in den Ministerrat zurück. Böse Dinge erwarteten ihn.

Über den zu Ende gehenden Parteitag hörte man aus der Wiener Presse das Urteil, merklich sei der Grundton eine gewisse Resignation gewesen. Die Charakteristik war richtig. Der Generalappell der Partei hatte nichts verborgen und nichts beschönigt. Die Christlichsoziale Partei hatte schwere Erlebnisse hinter sich, und man konnte spüren, dass ihr noch härtere bevorstünden. Vor einem halben Jahr hatte sie in den Nationalratswahlen den seit 1920 innegehabten Primat als mandatsstärkste österreichische Partei durch die Einbusse von 227.000 Stimmen verloren, die den Heimwehren bei deren ersten Auftreten als politische Partei zugewandert waren. Dieser Verlust kostete sie sieben von ihren bisherigen 73 Mandaten im Nationalrat, so dass sie von der Sozialdemokratischen Partei, die mit 72 Gewählten aus der Wahl hervorgegangen war, überflügelt wurde. Die acht unter sich nicht einigen Abgeordneten der Heimwehrgruppe und die neunzehn grossdeutschen und landbündlerischen Splitterfraktionen des «Nationalen Wirtschaftsblocks» kamen nicht zur Gänze für eine zuverlässige Mehrheitsbildung in Betracht. Die eingetretene Kräfte Verschiebung war folgenreich. Da war dann auch die legendenhaft ausgestaffierte, schon seit zwei Jahren von der Presse herumgetragene Geschichte von einem «christlich-sozialen Führerstreit» um die Heimwehr, in der Dr. Seipel und Leopold Kunschak als die gegnerischen Partner auftauchten. Indes wussten alle Kenner den nüchternen Tatbestand, dessen Auslegung eine Mischung von Wahrheit und Dichtung war: Seipel sah in der Heimwehrbewegung das Erwachen einer schläfrigen bürgerlichen Masse, ihr Aufgeschrecktsein durch den Schrei nach der «Diktatur des Proletariats». Das war keine spielerische Revoluzzerei, das war die Verkündigung der Zielstellung des von Otto Bauer geführten Kampfes um die Macht. Dafür hatte man sich gerüstet, dafür die Waffenlager in den Parteiheimen gesammelt, dafür die Aufstellung einer wohlorganisierten Parteiarmee – bei 80.000 Mann –, dafür in Wien die militärischen Stützpunkte

«für den Fall des Falles» in den Gemeindebauten. Die radikale kämpferische Führergruppe der österreichischen Sozialdemokratie hatte die Oberhand gewonnen. Diese bedrohliche Tatsache geringschätzen, hiess die Gefahr vergrössern. Aus solchen Erwägungen setzte der Staatsmann Seipel – nicht vorbehaltlos – in die Heimwehr Erwartungen. Der Begründer der christlichen Arbeiterbewegung in Österreich, der Kampfgenosse Luegers, Leopold Kunschak, kam aus einer anderen Gegend: aus dem Wiener Rathaus, einst von der Seite des grossen Volksbürgermeisters und Hauptes der stolzesten Demokratie, die es in Österreich gegeben hatte, der Wiener Gemeindeautonomie. In der Heimwehrbewegung beunruhigten Kunschak undemokratische Erscheinungen. Ignaz Seipel, der gute Menschenkenner, wusste um seinen Freund Kunschak und hatte Verständnis für seine Anschauungen in der kritischen Heimwehrangelegenheit. Nicht so leicht wurde es dem Gemütsmenschen und alten Parlamentarier Kunschak, über seine Einwendungen hinwegzukommen.

Grössere Probleme als die Gegensätzlichkeit um die Heimwehr hatten den Bundeskanzler Dr. Seipel beschäftigt, als er vor zwei Jahren, am 3. April 1929, seine vierte Bundeskanzlerschaft mit seiner Amtsniederlegung beendet hatte. Sein Entschluss war für die Öffentlichkeit damals völlig überraschend gekommen. Es lag für ihn kein erkennbarer aktueller Anlass vor. Die Sätze, mit denen Seipel seine Demission vor seinen Kabinettsmitgliedern begründete, liegen mir in Seipels handgeschriebenem Bleistiftkonzept vor. In diesem zeitgeschichtlichen Dokument spricht Seipel von inneren Spannungen, dem Ausdruck lebendiger Kräfte; die Erkenntnis sei allgemein geworden, «es sei die Zeit gekommen, die nach zehn Jahren des Bestandes der Republik unser politisches Leben von den Bahnen der Revolution auf den Weg sozialer Entwicklung einlenkt. Deshalb halte ich es für richtig», hatte Seipel geschlossen, «nachdem ich in den zehn Jahren der Republik insgesamt fünf Jahre an der Spitze der Regierung

gestanden, *den politischen Parteien die Möglichkeit zu geben, in anderer Weise, als es unter meiner Führung geschehen konnte, die Zukunft sicherzustellen*<sup>1</sup>. Zu diesem Behufe habe er den Bundespräsidenten um die Enthebung vom Amte gebeten.

Das war eine Anrede an die Opposition gewesen, eine Aufforderung, vorzutreten und mit an die Arbeit zu gehen.

Kurz vor seinem Rücktritt hatte der Bundeskanzler einige seiner engeren Freunde, Dr. Kienböck und Richard Schmitz, von seinem Entschlusse unterrichtet. Er liess auch mich rufen und empfing mich in dem Arbeitszimmer seiner schlichten klösterlichen Wohnung in der Keinergasse, die er seit einem Jahrzehnt, auch während seiner vier Kanzlerschaften, nicht mit einer repräsentativen grösseren hätte vertauschen wollen. Ein Beispiel bescheidener Lebensführung eines der höchsten Würdenträger des Staates in einer Zeit, da die Börse in Spekulationen nach neuen arbeitslos erworbenen Gewinnen fieberte.

In gewohnter Sachlichkeit legte mir Dr. Seipel dar, die innerpolitische Entwicklung nähere sich einem Stadium, in dem Entscheidungen herandrängen: Entweder finden die gewohnheitsmässigen Neinsager zum Staate, oder aber es ergeben sich Auseinandersetzungen, in denen ein Priester als Bundeskanzler nicht am Platze sei. In dem weiteren Gespräche hob Seipel mit einem einzigen Satze die Hülle von seinem innersten Ich und liess erkennen, wie tief ihn seine Gegner verwundet hatten, als sie den Kampf um die öffentlichen Dinge gegen ihn, den katholischen Priester, in den Bereich des Seelischen übertragen und gegen ihn eine mit Heftigkeit betriebene sozialistische Kirchenaustrittsbewegung in Szene gesetzt hatten, mit der sie die Kirche büssen lassen wollten, dass Ignaz Seipel nach seinem Rechte als Staatsführer und Politiker zufolge seiner Überzeugung sich geweigert hatte, dies oder jenes zum Gefallen seiner Gegner zu tun oder zu unterlassen.

Der Rücktritt Seipels war ein erregendes Ereignis gewesen. In vielen Kommentaren hatten die Sorgen mitgesprochen, diese Amtsniederlegung sei der Abschied des Staatsmannes, des unentbehrlichen, unersetzlichen, vom öffentlichen Leben. Er hatte ja doch Österreich vor dem Scheitern seiner wirtschaftlichen Existenz und vor der Zerstückelung durch schon lauernerde Anwärter bewahrt.

Seipels Demission erreichte bei der sozialdemokratischen Opposition nicht ihr Ziel. Richtig ist, dass Seipel damals an die Partei keine formelle Einladung zur Teilnahme an der Bildung der neuen Regierung gerichtet hatte. Er hatte verständlich gesprochen. Nach dem, was ilun öffentlich angetan worden, war er mit seiner freiwilligen Demission doch wohl bis an die Grenze der Selbstentäusserung gegangen. Er hatte die Bahn frei gemacht für eine Revision der sozialdemokratischen Parteipolitik, sein Verbleiben in der Staatsführung sollte nicht Anlass sein, dass in einer Zeit notwendiger Vereinigung der Kräfte die Sozialdemokratische Partei allen Bedürfnissen des Staates ein hartes Nein entgegensezte. Einen «Akt höchster staatsmännischer Einsicht und Selbstverleugnung» nannte Leopold Kunschak in seinem Erinnerungsbuch «Österreich 1918 bis 1934» den Entschluss Seipels. Doch auf der anderen Seite widerstrebte Otto Bauer mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit der Mitwirkung an einer Planung, die von Seipel ausging. Ein tragisches Versäumnis wurde damit begründet. Es wiederholte sich hier Ähnliches wie damals, da man im bürgerlichen Lager die Vorgänge nicht zur Kenntnis nahm, die sich kurz nach den revolutionären Julitagen 1927, dem Brand des Justizpalastes und der Brandstiftung dunkler Elemente an dem Zeitungshaus in der Strozzigasse, abgespielt hatten. Auf der ausserordentlichen Reichskonferenz der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, die kurze Zeit nach diesen Schrecknistagen zusammentrat, hatten die Gemässigten über die revolutionären Scharfmacher gesiegt. Mit der Mehrheit der Gewerkschafts-

führer hinter sich, errang auf jener Reichskonferenz sozialdemokratischer Vertrauensmänner Dr. Renner als der Anwalt der Vernunft und einer Umkehr auf dem Wege zur Revolution einen der grössten Triumphe seines Lebens. Aber in breitesten Schichten der bürgerlichen Bevölkerung stand man noch so sehr unter dem Eindruck der unheilvollen Verschärfung, die den Kampfzügen des Linzer sozialdemokratischen Parteitag von 1926 gefolgt war, dass in den Massen die Herstellung des Bürgerfriedens noch keinem Verständnis begegnete. Wo ist in diesen Lagen die Goldwaage, die das Gewicht des Verschuldens 'hier und dort hätte mit zuverlässiger Gerechtigkeit abmessen lassen?

Jahrelang ist das geschichtliche Zeitbild der Ersten Republik im zweiten Jahrzehnt ihres Bestandes durch den Widerspruch Dr. Bauers zu Dr. Seipel bestimmt worden.

Die ganze Natur Dr. Otto Bauers brach aus seinem Referat über die sozialistische Programmstellung hervor, die er mit seiner flammenspeienden Beredsamkeit auf dem berühmt gewordenen Linzer sozialdemokratischen Parteitag (30. Oktober bis 3. November 1926) vortrug. Die entscheidenden Stellen in diesem Schlussreferat, das in der Literatur oft falsch zitiert wird, lauteten:

«... Und deswegen sagen wir, auch dann im Besitze der Staatsmacht demokratisch, solange es geht! Nur wenn die Bourgeoisie uns zwingt, nur wenn sie dem Proletariat keine andere Wahl lässt, wird die Arbeiterklasse den Widerstand der Bourgeoisie *mit den Mitteln der Diktatur niederbrechen*. Und schliesslich, und das ist nun der letzte Punkt, der sich gegen die bürgerlich demokratischen Illusionen wendet, sagen wir folgendes: Demokratie, ja! Aber Demokratie im vollen Bewusstsein, dass die Demokratie von heute, vor uns zwar der Kampfboden, die günstigste Bedingung des Kampfes, *morgen ein Mittel der Ausübung der eroberten Staatsmacht* ist, aber darum noch lange nicht unsere Demokratie, denn die wahre Demokratie, die volle Demokratie, der Abschluss der demokratischen Entwicklung ist *für uns erst dann erreicht*, wenn nach den politischen Privilegien der Bourgeoisie auch ihr wirtschaftliches Monopol beseitigt sein wird, wenn nicht nur die Klassenherrschaft der Bourgeoisie in der demokratischen Republik

überwunden sein wird, sondern die Klassenherrschaft des Proletariates, die an ihre Stelle tritt, das Monopol der Bourgeoisie an den Produktionsmitteln gebrochen haben wird, *die Produktionsmittel in den Gemeinbesitz des Volkes übergeführt und damit erst das demokratische Ideal der Gleichheit aller wirklich haben wird.* In einer Gesellschaft, in der nicht mehr den Monopolisten der Produktionsmittel die besitzlosen Produzenten gegenüberstehen werden, sondern das ganze Volk seine Produktionsmittel und den Ertrag seiner Arbeit beherrschen wird, wird die Demokratie erst vollends verwirklicht sein\*.»

Eine eigentümliche Hartnäckigkeit verschloss Otto Bauer, diesen charakterlich und intellektuell hochstehenden Mann, zuweilen für am Tage liegende Erfordernisse der Wirklichkeit. Hinter Otto Bauer stand in seiner Partei die kämpferische Gruppe um Julius Deutsch, die noch den Geist der alten «Revolutionären Sozialisten» in sich trug. In erheblicher Entfernung befanden sich die «Reformisten» um Dr. Karl Renner, die sich dem Abrutschen der Partei in das kommunistische Lager entgegenstemmten. Dr. Renner, der Marxist mit 90 Prozent Vorbehalt, rechnet in seinen nachgelassenen Schriften seinem Widerpart Otto Bauer «das unbeugsame Festhalten an der gewonnenen Überzeugung» aus den Umständen heraus als politischen Fehler an und sagt: «Otto Bauer machte durch seine starre Haltung, durch das Gewicht seiner Persönlichkeit auch den Eintritt in die Koalition, ausser um den Preis einer Parteispaltung, unmöglich\*\*.»

Der Mann Otto Bauer, den ein geflügeltes, von Viktor Adler stammendes Wort als «das begabte Unglück der Partei» bezeichnete, war nun auf seinem Wege auf Dr. Ignaz Seipel, den Professor der katholischen Theologie, gestossen, der als Vormann der christlichen Bevölkerung und ihrer organisierten politischen Kraft dem Sozialismus die reale und geistige Herrschaft über Österreich verwehrte. Nicht nur die

---

\* Protokoll des Sozialdemokratischen Parteitagess 1926 (S. 410).

\*\* Dr. Karl Renner: «Österreich von der ersten zur zweiten Republik», 2. Band, S. 42.



grundsätzlichen und politischen Richtungen der beiden Männer verliefen diametral, auch ihre Naturen waren verschieden; dem temperamentsprühenden Wesen Bauers stand die beherrschte, asketisch disziplinierte, in Wort und Bewegung gelassene Art Seipels gegenüber, der seinen sozialistischen Gegenspieler mit einer gewissen achtungsvollen Neugierde wie ein interessantes psychologisches Phänomen beobachtete. Schon die Ruhe seines Gegners konnte Bauer aus der Fassung bringen. Für Seipel bedeutete Politik, die Schwächen der menschlichen Gemeinschaft dem Gemeinwohl und der sittlichen Ordnung unterzuordnen. Für seinen Gegner Otto Bauer war Politik der Kampf um die Macht, die Herrschaft um die alles befehlende, zur Gewalt gerüstete Diktatur. Der Staat war für ihn Polizei, die zu erobernde Waffe der Klassengesellschaft. Aus solcher Einstellung war seine unversöhnliche Verneinung des von Seipel in Genf begonnenen Sanierungswerkes entsprungen. Jedes Gelingen in dieser Sanierung, nahegebracht durch Seipel, dünkte ihm eine persönliche Niederlage. Seinem kämpferischen Ringen um die Herrschaft über den Staat erschien ein Sieg der geistigen Welt, die dieser Priester an der obersten Stelle des Staates personifizierte, als eine Fehlleistung der Geschichte.

Der in dem Wesen der beiden Persönlichkeiten Bauers und Seipels begründete Gegensatz war von folgenschwerer Tragik.

\*

Ein halbes Jahr nach seinem freiwilligen Rücktritt als Bundeskanzler richtete am 3. Oktober 1929 Dr. Ignaz Seipel an den Verfasser dieser Aufzeichnungen nachstehenden Brief, der hier im Wortlaut ohne Abstrich wiedergegeben sei, ein charakteristisches Dokument asketischer Strenge und Schonungslosigkeit Seipels gegen sich selbst. Der Briefschreiber hatte seinen Rücktritt aus dem öffentlichen Leben erklärt und wiederholte, mit dem Hinweis auf seinen körper-

lichen Zustand, diesen Entschluss. Doch so sehr ist er seinem Dienst an Staat und Volk mit innerstem Wesen verhaftet, dass er, schon ein kranker Mann, eben von Vorträgen zurückkehrend, die er in Deutschland auf hoher staatspolitischer Ebene gehalten hat, sich von den Aufgaben des Staatsmannes innerlich noch nicht zu trennen vermag und für seine Rückkehr ins öffentliche Leben noch ein Türchen offen lässt: «Sollte ich aber doch noch einmal eine politische Aufgabe, für die niemand anderer da ist, erhalten ...» Und tatsächlich nimmt er, der schon von dem nahen Tod Gezeichnete, im Juni 1931 die Berufung zu einer Regierungsbildung an unter ausserordentlichen Bedingungen, «für die niemand anderer da ist». Er will als «Triarier» für eine grosse Mission alles einsetzen, auch das Letzte seiner menschlichen Existenz.

Das war der Mensch und Staatsmann Ignaz Seipel.

Wien, 3. Oktober 1929

Lieber Freund!

Als Du mich gestern telephonisch anriefst, war ich ziemlich unfreundlich. Ich bitte Dich um Entschuldigung. Aber ich erwehre mich so schwer der Anstürme von aussen, habe aber doch ernstlich vor, mich nicht stören zu lassen.

Tatsächlich habe ich in den wenigen Tagen zwischen der Rückkehr aus Mainz bis gestern, also 18. September bis 1. Oktober, wieder ein volles Kilogramm abgenommen. Diese Tage waren auch allerdings mühsam und irgendwie aufregend genug. Auch einem Menschen, der an so vielen Regierungswechseln mitgewirkt hat, geht die Sorge, den richtigen Moment zu erwischen und Tempo in die Sache zu bringen, nahe. Dabei habe ich gemerkt, dass ich doch ein paarmal, wenn auch äusserlich alles in meiner Hand war und programmgemäss verlief, Fehler machte, indem ich bald zuviel, bald zuwenig sprach. Ich nahm mir, weil ich mich gehetzt fühlte, nicht genug Zeit, bei der im Augenblick notwendigen Sache zu bleiben, sondern tat im Gedanken an die anderen, die warteten, manche Unterredungen kurz ab und liess es andererseits an der nötigen Entschiedenheit, durch die ich die Entscheidung und die Verantwortung an mich allein gerissen, aber Fehler verhindert hatte, fehlen. Wer einmal so weit ist wie ich, der darf nicht mehr solche Fehler machen, sondern soll seine Sache technisch vollkommen leisten, damit er vor seinem eigenen Gewissen bestehen kann.

Diese Beobachtungen legten mir nahe, mich nun wirklich zurückzuziehen und einer ganz strengen und genügend langen Kur zu unterwerfen. Liegt die Ursache der Mängel nicht nur im Physischen, dann ist meine gegenwärtige Ausschaltung der zweite Schritt, um ins Dunkel zurückzutreten, dem in einigen Monaten auch die Zurücklegung des Mandates folgen kann. Sollte ich aber doch noch einmal eine politische Aufgabe, für die niemand anderer da ist, erhalten, dann muss ich besser beieinander sein als bisher, damit ich sie nicht wieder unvollkommen löse. Du kennst mich und weisst, dass ich in keiner Weise ein Prophet bin. Ich kenne die Zukunft, auch die meinige, schlechthin nicht. Ich kann mich nur vom lieben Gott führen lassen und nachträglich bewundern, wie folgerichtig alles war. Mich von Menschen beraten und leiten zu lassen, bin ich wenig geeignet. Ich bin noch immer bestraft worden, wenn ich schwach wurde und mir irgendetwas einreden liess.

Wenn ich nun diesen eben angedeuteten Weg gehen soll, dann muss ich mich ganz abkapseln. Jedes Reden mit massgebenden Leuten wird zu leicht zur Intrige, bei anderen und bei mir, weil eben bei allen Menschen zu leicht der Wunsch der Vater des Gedankens wird. Es ist überaus schwer, trotzdem man alles sieht und hört, die Treue bis zur äussersten Grenze zu halten, wie ich es bei Streeruwitz wenigstens versucht habe. Ich will nun aber durchaus Schober\* und den Seinigen freie Hand lassen. Auch in der Verfassungsreform, die ich im Ganzen für durchaus notwendig halte, ohne dass ich allzuviel auf die Einzelheiten und Formulierungen hielte, da ich überhaupt auf den Buchstaben der Gesetze nichts gebe. Wenn ich aber aktiv dabei bin, kann ich nicht eine untergeordnete Rolle spielen, schon weil es mir niemand glaubt. Daher würde ich stören, ob ich will oder nicht. Endlich bin ich bei allem Optimismus nicht sicher, ob bei der jetzigen Auseinandersetzung der Regierung mit drei Gegnern – neben Sozialdemokraten und Heiniwehr gehören auch die parlamentarischen Leitfossilien in der Mehrheit dazu! – nicht doch noch einmal ein Katastrophenaugenblick kommt. Die «Principes», die Jungmannschaft der politisch unverbrauchten «Wirtschaftspolitik», hat versagt, jetzt sind die «Hastati» dran, die die langen Lanzen der Exekutive in Händen haben. Vielleicht braucht man aber doch noch die «Triari». Wer ist nach Schober und Vaugoin noch da? Vielleicht ist es gut, wenn ich mich nicht unter die «Hastati» mische, sondern ein «Triarius» bleibe. Ich habe mich nun entschlossen, zunächst die eigentliche Kur hier\*\* durchzumachen: Ausserordentlich reduzierte Diät, zahlreiche Injektionen, ein wenig Medikamente und vielerlei Bäder.

---

\* Schober hatte am 26. September, nach dem Sturz der Regierung Streeruwitz, seine dritte Kanzlerschaft angetreten.

\*\* Wien.

Das soll zunächst noch sechs Wochen dauern, dabei wird besonders die reduzierte Diät vielleicht bald, wenn sie sich auswirkt, völliges Ruhen und Liegen verlangen. Einstweilen gehe ich noch aus und schreibe viele Briefe. Die Briefe sind die Einheiten, nach denen ich, zunächst allein, meine Leistungsfähigkeit messe und die Ermüdung feststelle. Ich will aber gar nichts forcieren, sondern sofort ganz ruhen, wenn es nicht anders geht, um nur die chemische Regeneration in meinem Körper ganz durchmachen zu können.

Dies hatte ich Dir – natürlich nur zu Deiner Orientierung – schon geschrieben, bevor ich Deinen lieben Brief von gestern las. Für diesen sage ich Dir recht herzlichen Dank. Dein Schreiben hat nur eine Parallele: Das Verhalten des Nuntius und seiner hohen Auftraggeber. Wenn ich bald in einen Kurort abreiste, hätte ich Dich gewiss vorher nochmals zu mir gebeten. Da ich hier bleibe, muss ich die Absperrung vollkommen aufrechterhalten.

Was die Partei anlangt, so ist sie sicher in einer ganz schweren Krise. So logisch es gewesen wäre, zuerst die Partei zu erneuern, um mit dieser als einem brauchbaren Werkzeug an die anderen Aufgaben heranzutreten, so hatten wir doch bisher dazu keine Zeit. Ausserdem wäre die Partei ohne die gegenwärtigen Krisen schwer oder gar nicht zur Besinnung zu bringen gewesen. Rede über diese Dinge einmal mit Schmitz, mit dem ich als Letztem noch eine lange Unterredung hatte und der auch von sich aus sehr klar sieht.

Mit vielen schönen Grüßen und nochmaligem Dank

Dein  
ganz ergebener

Seipel

Olina, 2./10.29.

Lieber Freund!

Als du mir gestern halbspurig erwiesst, dass  
ich ganzlich unvorurtheilich; ich heisse dich einen  
Sphalaktischen. Das ist nunmehr nicht so  
das Auspännen von Wissen, das aber auf  
Lust war, mich nicht stören zu lassen.

Bestimmlich habe ich in den vorerwähnten Tagen  
das Rückkehr von Mainz bis gestern, als 18./9. - 1/10,  
mir das ein halbes Dutzend abgeschrieben. Die  
manche allerdings mich missgünstig in  
unserem Hause. Die einander Manasse, das von  
so mich Regenerungsmaßregeln mitgerichtet ist,  
gibt die Dinge, das richtige Wissen zu  
n. Daraus in die Dutzend zu bringen, muss  
ich bemerkt, dass ich auf ein  
mich anständig alles in meinem  
zusammenhängend verliert, falls  
beide zu nicht halt zu machen  
nicht ich mich gefast hätte, mich  
das in die Dutzend mit  
freudig hat im Gebrauche zu  
verarbeiten, muss ich  
dies als notwendig zu  
dies ist die Dutzend  
zu mich allein  
fallen. Was aber  
dies mich nicht  
für die Dutzend  
für die Dutzend

## II. KAPITEL

### ANGRIFF IN DER WELTKRISE

*Der Zusammenbruch der Creditanstalt – Kausale Verflechtungen von Wirtschaft und Politik – Die verlängerte Hand des Staates – Währungsprobleme und Staatsausgaben – Das Genfer Sanierungswerk – Der New-Yorker Börsensturz und seine Folgen – Der Bund übernimmt Haftung für 1'200 Millionen Schilling – Die rettende Völkerbundanleihe – Mit einer Stimme Mehrheit – Ein Vertrauensvotum des Volkes – Vitale Staatsnotwendigkeiten und das Notverordnungsrecht – Die letzte Berufung Dr. Seipels – Otto Bauer verhindert die Bildung eines Konzentrationskabinetts – Schober lehnt Mitarbeit ab – Ein verhinderteter Volksentscheid – Die Frage der Staatsform und der «Pfrimer-Putsch» – Ein Nachwort von beissender Ironie – Ein Diplomat der Innenpolitik – Verständigung zwischen den Parteien – Vertrauliche Instruktion der christlichsozialen Parteileitung – Das auseinandertreibende Parlament – Neuerlich Finanzkontrolle über Österreich – Viktor Kienböck als Retter der Finanzen – Die erste Kraftprobe der Nationalsozialisten – Ratlosigkeit im nationalliberalen Bürgertum – Nationalsozialistischer Ruf nach Neuwahlen – Und Otto Bauer leistet Schützenhilfe – Karl Vaugoin verhindert Konjunkturwahlen der Nationalsozialisten – Das Kabinett Dollfuss – Mehrheit mit Heimwehr und Landbund – Der Volksmann im Parlament – Die Reise nach Lausanne – Die Tagebuchaufzeichnungen des Vizekanzlers Schmitz*

Die Nachrichten, die dem Landwirtschaftsminister Doktor Engelbert Dollfuss bei seiner Rückkehr vom Klagenfurter Parteitag in Wien vorgelegt wurden, betrafen die kritische Lage der Österreichischen Creditanstalt, dieser Wiener Grossbank, die sich bisher noch als eine der letzten privaten Grossbanken Österreichs gehalten hatte. In den letzten sechs Jahren der Weltwirtschaftskrise waren in Österreich viele Dutzende Kleinbanken und fast alle Grossinstitute des Geldwesens zerdrückt worden. Ende April 1931 stieg Unruhe um die Credit-

anstalt auf und wuchs von Tag zu Tag. Am 11. Mai musste der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, dass die Anstalt, wenn sie sich halten sollte, staatlicher Hilfe zur Deckung eines ermittelten Defizits von 140 Millionen Schilling im Rechnungsabschluss des letzten Jahres bedürfe. Das war der Anfang.

Der SOS-Ruf eines schätzereichen Goldtransportes auf hoher See hätte in den Hafensplätzen des internationalen Seerettungsdienstes keine grössere Bewegung hervorrufen können als der Alarm aus dem Wiener Hause der Hochfinanz auf allen grossen Geldmärkten der Welt. Er rebellierte zunächst eine der empfindsamsten Schöpfungen menschlichen Erfindungsgeistes, die Börse. Sie kündigte neue Katastrophen an. Zunächst in den Bereichen der Geldmärkte und der Kreditorganisationen. Rasch folgten vielfältige Auswirkungen des dominierenden Ereignisses, des Niederbruches der Creditanstalt, auch auf die Staatswirtschaft. Schon unter normalen Umständen hätten sie die Staatsführung vor schwierige Aufgaben gestellt, sie mussten erst recht vom ersten Tage an bedrohlichen Charakter in einem Gemeinwesen haben, das von inneren Krisen heimgesucht war, dessen Führung in der gesetzgebenden Körperschaft eines zuverlässigen Rückhaltes entbehrte und in dem schon der Bestand bewaffneter Parteien den Bürgerfrieden in Frage stellen konnte. Und dies alles zur selben Zeit, da die kleine, junge Republik wirtschaftlich rang, da sie sich des gewalttätigen nationalsozialistischen Angriffes zu erwehren hatte, der, wohlberechnet, im Frühjahr 1931, während ihrer schlimmsten Bedrängnisse, einsetzte, um ihre staatliche Existenz zu unterminieren.

Man kann urteilsmässig den bewegten Ablauf der ökonomischen und politischen Entwicklungen der Dreissigerjahre in Österreich nur aus der Prüfung ihrer kausalen Verflechtungen voll erfassen. Deshalb erscheint es unerlässlich, das aufschlussreiche Kapitel der österreichischen Finanzgeschichte in ihren Zusammenhängen mit der Staatsgeschichte wenigstens in den Umrissen zu skizzieren.

In seiner Schrift «Geld, Banken und Börse» bezeichnet der Volkswirt Adolf Weber den Zusammenbruch der Creditanstalt als einen schweren Schlag für die gesamteuropäische Wirtschaft. Die Bilanzsumme der Creditanstalt machte mehr aus als die Hälfte der Bilanzsummen aller übrigen österreichischen Banken, sie beherrschte den grössten Teil der österreichischen Industrie und des Handels».

Dieses gewaltige Gebäude, das jetzt ins Wanken gekommen war, musste vor dem Untergang bewahrt werden, sollte nicht der Staat und die Privatwirtschaft in ihrer gewachsenen Schicksalsgemeinschaft zu Boden gerissen werden. ... Was sich dunkel und schwer über Österreich auf türmte, war das Unabsehbare. Als der in der schlimmsten Notzeit des Institutes als Generaldirektor gerufene gewesene Reichsfinanzminister Dr. Spitzmüller am 15. Februar 1932, da schon das Notwendigste zur Abwendung der Gefahren geschehen war, von seinem Posten zurücktrat, sagte er, Rückschau haltend auf seine Amtstätigkeit, über den Rang des Institutes, dass dieses «auch heute noch als eines der bedeutendsten auf dem Kontinent gewertet werden und namentlich wegen seines Aktionsradius mit Massen gemessen werden muss, an die wir in dem neuen, verarmten Österreich nicht mehr gewöhnt sind». So die Einschätzung dieses Finanzhauses durch einen Mann von unantastbarer Integrität und Unabhängigkeit seines Urteils.

Dr. Spitzmüller wusste gründlich Bescheid um die in die Gegenwart herüberragende grosse Geschichte des Wiener Institutes, das vor 100 Jahren, am 1. Februar 1856, seine Tätigkeit unter dem Titel «K. K. Priv. Österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe» begonnen hat. An jenem Wendepunkt österreichischer Wirtschaftsgeschichte oblag es dem grossen bisherigen Agrarstaat, über die Schwelle zu einem neuen Zeitalter der Industrie und des Grossverkehrs hinüberzufinden.

Das war in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, im Zeit-



alter des Liberalismus, eine Wegsuche grossen Stils, nicht ohne Verirrungen und Fehlschläge. Man hat sich vorzustellen, dass noch alle in das Staatszentrum Wien mündenden Schienenstränge erst zu bauen waren. In Österreich wie in Ungarn, in Kroatien, in der Lombardei und Venetien. Im Jahre 1866 besass das österreichisch-ungarische Eisenbahnnetz bereits eine Länge von 6'125 Kilometer. Es erweiterte sich in den nächsten sieben Jahren auf 15.597 Kilometer. Es war in dieser Periode in Österreich um 135,5 Prozent (9'344 Kilometer) und in Ungarn-Kroatien um 189,5 Prozent (6'253 Kilometer) vergrössert worden.

Nach dieser massiven Leistung – in der Hausgeschichte der Creditanstalt, in die mir auch ausserhalb der erschienenen Jubiläumsschrift freundlich Einsicht gewährt wurde, wird sie als das Ergebnis einer «in der Geschichte des Donaureiches beispiellosen Expansionsperiode» bezeichnet – kam allerdings das Jahr 1873 mit dem Börsenkrach und der strengen Ernüchterung einer kühnlich vorgestürzten Spekulation.

Zu dem Neubau der Verkehrseinrichtungen gehörte auch die Aufrüstung des Triestiner Lloyd, die Finanzbeschaffung für den Bau der Westbalm, der durch Galizien geführten Carl-Ludwigs-Bahn, der Nord- und Franz-Josefs-Bahn, also eines Schienennetzes, das die wirtschaftliche Struktur der durchschienten Gebiete verwandelte und die erste Voraussetzung schuf für ein modernes Wirtschaftskonzept. Die erstehende österreichische Eisen- und Stahlindustrie kam gerade noch zurecht, sich in dem beginnenden internationalen Wettbewerb Weltgeltung zu erobern und der österreichischen Textilindustrie einen Rang zu verschaffen, der den ersten Weltkrieg überdauerte. Das Wertpapier der österreichischen Industrie errang – nicht zuletzt, wie gesagt werden kann, dank der Obsorge der Creditanstalt – einen Ruf, der das Sparkapital aneiferte, an der Umstellung der Produktion mitzuwirken und den Umbau vieler kleingewerblicher und bürgerlicher Mittelbetriebe zu fördern.

Immer mehr wurde die Creditanstalt, das private Finanzinstitut, zu einer verlängerten Hand des Staates, die ihren Einfluss in seinen ausländischen Interessengebieten, vor allem an den Mittelmeerküsten und im Nahen Orient, durch wirtschaftliche Verbindungen verankerte. Da war die Begründung der türkischen Tabakmonopolgesellschaft, die Schaffung der Staatsbank von Marokko, die einem Beschluss der Algeciras-Konferenz entsprach; da war in Gemeinschaft mit einer anderen Wiener Grossbank die Errichtung der «Österreich-Ottomanischen» und der «Austro-Egyptischen Bank» sowie der «Austro-Orientalischen Handelsgesellschaft». Damals erstand Österreich als wirtschaftspolitische Grossmacht.

Es klingt heute fast romanhaft, dass in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Institut sich nicht nur an Vorschussgeschäften für Frankreich, Spanien, Portugal und Ägypten, an preussischen, bayrischen und italienischen Anleihen beteiligte sowie auch an den Emissionen der türkisch-anatolischen Eisenbahnen, sondern auch an der Vergabung russischer staatlich garantierter Eisenbahnobligationen und einer Emission sechsprozentiger Bons der Kaiserlich-Chinesischen Regierung. Auch die Organisation und Verwaltung der türkischen Staatsschuld erfolgte 1881 unter Teilnahme des Wiener Institutes.

Als die bedeutendste Finanztransaktion, die unter Teilnahme der Creditanstalt erfolgte, verzeichnet die Finanzgeschichte der Bank die 1890 erfolgte Gründung eines Bodenkreditinstitutes in Rom, der sich vier Jahre später die Eröffnung der Banca Commerciale in Mailand anschloss. Als bald folgte die Übernahme der Tiber-Regulierungs-Anleihe durch das Wiener Haus.

Der Österreicher, der um die Jahrhundertwende den Nahen Orient aufmerksam beobachtete, begegnete der eindrucksvollen Tatsache, dass auf türkischem Staatsboden, aus der wirtschaftlichen Einflussphäre heraus, staatsvertraglich in den sogenannten Kapitulationen gesichert, ein österreichisches

Postwegen entstanden war, das, von Österreichern und auch von Nichtösterreichern wegen seiner mustergültigen Führung mit Vorliebe benützt, von 23 Hauptplätzen des östlichen Mittelmeerraumes aus den Postverkehr erfasste. Es war mit eigenen Postwertzeichen, die den Kopf Kaiser Franz Joseph I. zeigten, ausgestattet; es machte die starke Position Österreichs im Nahen Orient augenfällig, Merkmal seiner handelspolitischen und kulturellen Geltung.

Das war einmal. Das war in der Zeit des Kaiserstaates, in einem historischen Abschnitt, in dem um schwerste Probleme der Innen- und Aussenpolitik ernsthaft, wenn auch nicht ohne harte Fehlschläge, gerungen wurde. Ein gerechtes Urteil besagt: Der Österreicher hat sich der geschichtlichen Vergangenheit nicht zu schämen. Die Geschichte beginnt nicht erst mit der Republik.

\*

An Stelle des alten 52-Millionen-Reiches hat die jüngste Vergangenheit einen Staat mit rund 6,9 Millionen auf ein Achtel der Bodenfläche des zerstörten mitteleuropäischen Zentrums gesetzt, das auf sieben Nachfolger aufgesplittert wurde. Man hat dem kleinen Staat wenigstens eines ungeschmälert erhalten: den Ehrennamen Österreich mit seinem uralten Kulturemporium an der Donau – Wien. Aber diesem Österreich wurde der freie, eigenrechtliche Zugang zum Meere verwehrt. Man nahm ihm seine Überseeschifffahrt, seine sudetenländischen Kohlenbergwerke, von den 16.000 bis 17.000 Fabriken des alten Staatsgebietes verblieben dem Nachfolgestaat Österreich nicht einmal zwei Drittel. Bis der aus seinem natürlichen Wirtschaftsgefüge losgesprengte Staat imstande war, seine Wasserkräfte auszubauen, musste er 60 Prozent seines Brennstoffbedarfes im Auslande – zum grössten Teil einem neuen Auslande – einkaufen.

Viele Schwierigkeiten, welche die junge Republik in ihren ersten Jahrzehnten zu bestehen hatte, waren Zwangs-

läufigkeiten entsprungen, die dem neuen, aus seinen natürlichen Zusammenhängen gerissenen Staat und damit auch seiner Kreditorganisation aus dem Zusammenbruchsjahr 1918 erwachsen sind. Die österreichische Wirtschaft konnte innerhalb von zehn Jahren nicht so weit erholt sein, um die Folgen dieses politischen und wirtschaftlichen Unglücks zu überwinden. Die Struktur des Kreditapparates konnte erst nach und nach den neuen Verhältnissen angepasst werden, in Entwicklungen, die unter den schwersten politischen Hemmungen vor sich gingen. Auch die heimische Industrie musste aufgebaut werden zu einer Zeit, da sie einem wachsenden Druck der Nachfolgestaaten unterworfen war. Bemerkenswert ist, dass der Wert der Krone erst nach dem politischen Zusammenbruch ins Bodenlose stürzte.

Nicht nur die wichtigsten Rohstoffe und Produktionsmittel waren dem Staate verlorengegangen, auch die wirtschaftliche Organisation und ihre Ausdrucksmittel.

Die österreichische Währung war auf einen Bruchteil ihres einstigen Wertes abgesunken, die Filialnetze der österreichischen Geldinstitute waren zerrissen worden, ebenso der industrielle Apparat, seine Verwaltung mit ihrem Aktienbesitz. Doch dank einer klug geführten Nationalisierung der bisherigen Filialen in den neuen Nationalstaaten konnte ein Neubau begonnen werden. Die notwendigen Umbauten bei der Umsiedlung in den neuen Status wurden freilich nur mit vielen Einbussen bewerkstelligt, denn die neuen Nationalstaaten bemühten sich um ihre Autarkie und suchten die bisherigen österreichischen Versorgungsquellen für ihr Land auszusperren. Absatzstockungen, Arbeitslosigkeit, Verarmung waren die Folgen.

Noch 1921 musste der Staat, der solche Schwierigkeiten zu überwinden hatte, ein Drittel seiner gesamten Staatsausgaben für Lebensmittelzuschüsse aufwenden. Im zweiten Halbjahr 1921 deckten die Staatseinnahmen überhaupt nur noch 36 Prozent der Staatsausgaben. Die Bundesbahnen ver-

zeichneten damals, in Zahlen der zerbrochenen Währung, 5'498 Milliarden Einnahmen, aber ein Defizit von 11.508 Milliarden. Die Verarmung der österreichischen Bevölkerung war in solchem Masse vorgeschritten, dass die Statistik pro Kopf der Bevölkerung – auf den noch im Jahre 1913 31,22 Goldkronen des Nationaleinkommens entfallen waren – 1922 nur noch 4,28 Goldkronen, also ein Siebentel des früheren Wertes, errechnen konnte.

Das bedeutete völliges Aufzehren eines grossen Teiles des Sparvermögens. 1925 war der Wiederaufbauregierung Seipel-Kienböck der siegreiche Abschluss des Genfer Sanierungswerkes (1922) durch die Aufhebung der Kontrolle des Völkerbundkommissärs bestätigt worden. Die Schillingwährung war in Ordnung gebracht, das Gleichgewicht im Staatshaushalt hergestellt. Gegen den Stand der staatlichen Wirtschaft kontrastierte aber die Lage der privaten, deren Fundamente mit der Aufteilung des alten Reiches und allen Folgeerscheinungen des Unterganges der Kronenwährung aufgelöst worden waren.

In dieser, zum wenigsten von dem österreichischen Volk verschuldeten Situation brach die Weltwirtschaftskrise herein. Sie kam wie ein Bergsturz, dem schon 1924 schwere Abbrüche vorausgerollt waren.

Hunderte von kleineren und mittleren Privatbanken wurden von den Folgen des Frankensturzes verschüttet. Er hatte ringsum einer Grossjagd nach spekulativen Gewinnen ein Ende gemacht. Die österreichischen Grossbanken hatten sich von solchen Unternehmungen distanziert, nicht zuletzt die Creditanstalt. Aber in Österreich vernichtete der Frankensturz eine ganze Koppel junger Bankengründungen. Einer der unmittelbaren Teilnehmer an den gigantischen Spekulationen auf die französische Valuta, an denen sich die in der Kriegszeit hochgekommenen Neureichen berauscht hatten, war der Gründer des Wiener Bankhauses S. Bosel, einer der am nächtlichen Bankenhimmel so jäh verschwundenen wie er-

schienenen Kometen. Das Schicksal seiner Firma teilten die Steirerbank und mehrere ähnliche Unternehmungen in den Bundesländern, die mit ihrem Untergang dafür bezahlen mussten, sich in artfremde Gebiete hinausgewagt zu haben.

Das Jahr 1929 wurde an der New-Yorker Börse mit einer neuen Unglücksstation, einer Folge der Weltwirtschaftskrise, eröffnet. Der New-Yorker Börsensturz vom 29. Oktober ist eines der dramatischsten Ereignisse in der Geschichte des modernen Kapitalismus. Die USA besaßen im Jahre 1915 einen Goldschatz von 540 Millionen Dollar. Infolge ungeheurer Kriegsgewinne, zum grössten Teil von der Rüstungsindustrie aus Lieferungen an Europa geschöpft, wurde daraus ein Turm von drei Milliarden Gold. Diese Versechsfachung des Goldbestandes trieb den Notenumlauf auf das Zehnfache seiner Höhe, und dieser Massenüberfluss an Geldmitteln verführte wiederum zu einer masslosen, durch Kredite gespeisten Spekulation in neuen Industrieschöpfungen, die über den Bedarf gingen und die bisher scheinbar sichersten Industriewerte tief herabdrückten.

So sank zum Beispiel eines der bekanntesten Papiere, die General Motors, die kurz zuvor 200 Dollar notierten, am 29. Oktober auf 37 Dollar; dasselbe Schicksal traf eine ganze Reihe anderer Standardpapiere des amerikanischen Geldmarktes; die mächtige Radiogesellschaft, einer der wirtschaftskräftigsten Konzerne, verlor fast innerhalb von sechs Wochen mehr als zwei Drittel des Standes seiner Papiere. Mit Recht schrieb man in Wien über das Ereignis: «Wolkenkratzer des Kapitalismus sind gestürzt.»

Nicht umsonst ist die über die Kontinente sich ausbreitende Erschütterung, die aus wirtschaftlicher und sozialer Bedrängnis entsprungen war, mit «Weltwirtschaftskrise» bezeichnet worden. Sie hatte ganze Erdteile der Alten und Neuen Welt wie eine unheimliche Krankheit befallen. Sie traf die Industrie, sie hemmte den internationalen Warenaustausch, sie lähmte das internationale Kreditwesen, sie warf

sich auch auf die Landwirtschaft, und sie schuf in Stadt und Land Heere von Arbeitslosen. In Österreich traf sie auf eine Privatwirtschaft, die sich nach dem Ende des alten Staates in den dürftigen Lebensbedingungen der kleinen Republik noch kaum eingerichtet hatte. Die sechs grossen Wiener Banken, die das Rückgrat der Geldorganisation der Privatwirtschaft bildeten, hatten bis 1925 – eine Folge der vorangegangenen Inflation – 65 Prozent ihres Vorkriegskapitals verloren. 1926 hatte sich schon die Zentralbank Deutscher Sparkassen nur durch Staatshilfe in eine viel Schlimmeres verhütende Liquidierung retten können. Noch Grösseres galt es 1929 zu verhüten, als die stolze Finanzburg, die Allgemeine Österreichische Bodencreditanstalt (BCA), die Flagge streichen musste, ein Institut, das auch die Interessen des kaiserlichen Hauses zu betreuen gehabt hatte. Es zählte zu den angesehensten europäischen Unternehmungen der Geldwirtschaft. Und wieder fiel es der Creditanstalt zu, dieses alte Geldinstitut sich zu inkorporieren, und dies gegen den warnenden Rat der auf beiden Seiten beteiligten Finanzleute. Aber so jäh war der Sturz der BCA gekommen und so jäh bedrohten die Folgen die private öffentliche Wirtschaft, dass Bundeskanzler Dr. Schober glaubte, keinen anderen Ausweg zu haben, als die Vereinigung mit der grössten Nachbarin, der Creditanstalt, durch ein 24stündiges Ultimatum an den widerstrebenden Präsidenten der Creditanstalt, Louis Rothschild, zu erkämpfen. Das dicke Ende kam rasch nach. Am 11. März 1931 ging dann an die Öffentlichkeit jenes lakonische Kommuniqué heraus, das eröffnete, die Creditanstalt werde sich ohne Staatshilfe nicht zu halten vermögen.

Die erstellte Bilanz des Hauses hatte ein beiläufig errechnetes Defizit von 140 Millionen erwiesen. 60 Millionen davon waren aus der BCA übernommene Verbindlichkeiten, 40 Millionen resultierten aus der Entwertung fremder Wertpapiere, die sich im Besitz der Creditanstalt befanden; mit weiteren 40 Millionen Verlusten musste man rechnen. Sie

hatten, wie anzunehmen war, die Schuldner der Bank getroffen. Zwar half für den Augenblick in dieser Not ausser dem Bund auch die Nationalbank mit Krediten, doch weitere Massregeln mussten nach dem Beistandsplan, den der Nationalrat am 24. Mai mit seinem ersten CA-Gesetz eröffnete, erfolgen.

Der Haushalt des Staates hatte während des Wirbelsturmes im Allgemeinen Ordnung bewahrt. Aber jetzt, da der Staat eine der wichtigsten Trägerinnen der österreichischen Wirtschaft aus dem brennenden Hause retten wollte, kam er selbst in Gefahr. Er hatte in seinen beiden letzten Haushaltsplänen eine halbe Milliarde für Arbeitsbeschaffung und Investitionen eingesetzt. Die Bundesbahnen, kämpfend mit schweren Defiziten, hatten in der Voraussetzung, aus einer zweiten Tranche der 1930 aufgelegten Bundesanleihe die Rückerstattung leisten zu können, hundert Millionen aus den Kassenbeständen des Bundes zur Deckung ihres würgenden Betriebsabganges entnommen. Aber die zweite Tranche kam nie heraus, weil die Gestaltung der Staatswirtschaft ihr Erscheinen nicht mehr zuließ.

In dieser Zeit hatten die Wirkungen der Krise die Haupteinnahmen des Staates angenagt: die Warenumsatzsteuer, den Ertrag des Tabakmonopols und den Eingang aus den Zöllen; der Run auf die Bank konnte wochenlang nicht gestoppt werden. Was bedeutete auch das Berechnen der Belastungen, die mit der BCA übernommen worden waren! Nicht einmal eine zuverlässige Bewertung der aus der Vereinigung der BCA mit der Creditanstalt stammenden Aktiven und Passiven war rasch genug zu gewinnen. Alle Ermittlungen und Entschliessungen vollzogen sich überstürzt.

Schon vier Tage nach seinem ersten CA-Gesetz hatte der Bund unter dem Druck der unausweichlichen Notwendigkeiten als Bürge und Zahler mit neuen Haftungen entstehen müssen. Und noch war auf diesem Akte die Tinte nicht trocken, als 441 Millionen neuer Deckungsverpflichtungen



dem Bund durch Gesetzesbeschluss aufgelastet wurden, um die Haftung für Verbindlichkeiten an In- und Ausland herzustellen und die bei der Creditanstalt gemachten Sparkasseneinlagen zu sichern. Im August 1931 trug der Bund insgesamt 1'200 Millionen Schilling Haftungen auf seinen Schultern. Zugleich war die Barschaft an Gold und Devisen der Nationalbank vom Staat derart überbeansprucht, dass sie bis Herbstbeginn auf 200 Millionen Schilling zusammengeschmolzen war.

\*

Welche Bedrängnis damals die österreichische Staatswirtschaft in der Abwehr eines nationalen Unglücks durchzustehen hatte, kann auch von dem Laien aus den Bewegungen in den Ziffern der Nationalbankberichte abgelesen werden: Am 7. Mai 1931, bei Beginn der schweren Krise, verzeichnete die Nationalbank noch einen Schatz von 855,5 Millionen Schilling als valutarische Deckung. Die Schillingnote war noch zu 83,5 Prozent gedeckt. Am 23. Mai bezifferte sich die Deckung durch Devisen- und Goldschatz noch immer auf 780 Millionen Schilling, aber die Note war zufolge gesteigerten Notenumlaufs und höherer Giroverbindlichkeiten auf 63,5 Prozent gesunken; am letzten Mai zeigte die Notendeckung einen Stand von nur noch 57,1 Prozent; am 7. Oktober 1932 stand sie mit einer Deckung von 17 Prozent auf dem Gefrierpunkt.

Die von der Regierung im Jahre 1932 erreichte, zuvor von der parlamentarischen Opposition schwer umstrittene Völkerbundanleihe von 300 Millionen brachte eine Erleichterung der Lage. Fast waren die innerpolitischen Widerstände ideologischer Natur schwerer zu überwinden gewesen als die Hemmungen, die in Lausanne bei den Verhandlungen mit den Vertretern des Völkerbundes aus sachlich wirtschaftspolitischen Gründen dem Hilfsbegehren Österreichs entgegengestanden waren. Wochenlang war es unsicher gewesen, ob bei der herrschenden parteipolitischen Zerklüftung vom Parlamente die von der Regierung angesprochene Rati-

fizierung des Lausanner Anleiheprotokolls zu erreichen sein werde. Die Grossdeutschen betrachteten den Vertrag als «nationalen Verrat», indes die Christlichsozialen dessen Veretelung als einen Verrat am Volke ansahen. Aus nicht ganz verständlichen Gründen verweigerten die Sozialdemokraten die Zustimmung. Mit knapper Not, mit einer Stimme Mehrheit, wurde ein wegen des Lausanner Vertrags im Parlament eingebrachter Missbilligungsantrag abgewehrt. Eine Woche später wurde der Vertrag in einem Wiederholungsbeschluss, der durch den Bundesrat herbeigefordert worden war, zwar ratifiziert, aber wieder nur mit der ominösen Mehrheit der einen Stimme. Doch die unheimliche Lage war glücklich passiert. Es war die höchste Zeit gewesen.

Zunächst galt es nun, den Bund, der in der Sanierungsaktion allein mit 571,4 Millionen Finanzwechseln eingespannt war, aus der erdrückenden Enge herauszuführen, das grösste private Finanzinstitut im Donaauraum, die Creditanstalt, wieder zu festigen; wenn dies erreicht sein würde, den Bund von der Haftung für die Auslandsverbindlichkeiten der Creditanstalt zu befreien, Zoll um Zoll in einem zähen Vorrücken die Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches Mass zurückzuführen, das Passivum des Aussenhandelsverkehrs in seiner übergrossen Höhe abzubauen und die Sicherheit der Währung wiederherzustellen.

Dies alles hatte zu geschehen mit Hilfe dieses Parlamentes, in dem jede Abstimmung Zufällen unterlag. Und es ist geschehen.

Eine Leistung, die nicht so bald ihresgleichen hat, ist unter mühevollen Anstrengungen, wenig beachtet, vollbracht worden: Die Konsolidierung der Wirtschaft, die Konzentration der Bankinstitute, in die 1934 auch der Wiener Bankverein durch die Übernahme in die Creditanstalt eingegliedert worden war, und das Gleichgewicht im Staatshaushalte. Nach fünf Jahren harter Anstrengung konnte dann 1936 der Delegierte des Völkerbundes und Kontrollor des planmässigen

Wiederaufbaues, E. Rost van Tonningen, seine Mission für beendet erklären und nach Genf berichten, der Stand der österreichischen Finanzen sei besser als der vieler anderer Staaten.

Der Weg war über ein Prügelpflaster gegangen: Sieben CA-Gesetze mit strengen Haftverpflichtungen des Bundes und das Budgetsanierungsgesetz markierten schliesslich die in jener Zeit trotz der unglücklichen innerpolitischen Zustände durchschrittenen Stationen. Es war ein hartes Unternehmen gewesen, um 80 Millionen den staatlichen Personalaufwand durch Kürzung der Bezüge zu vermindern, dieselbe Operation in der Bundesbahnverwaltung zu vollziehen und überhaupt an allen Ecken und Enden unpopuläre Einsparungen vorzunehmen. Was da zunächst die Regierung an verantwortungsbewusster Verteidigung des Gemeinwesens erkämpfte, erforderte unbeugsamen Mut und Selbstverleugnung.

Langsam gewann der Staatshaushalt sein Gleichgewicht wieder. Der industrielle Produktionsindex konnte von 1932 bis 1937 von 11 auf 103 Punkte gehoben werden. Zur selben Zeit erhöhten sich die Spareinlagen von 1951 auf 2'348 Millionen Schilling. Das war denn doch ein Vertrauensvotum des aufatmenden Volkes.

Fünf Jahre lang war um das Ziel gekämpft worden, mit der Kelle in der einen Hand, mit der anderen die Gewalt und den Terror eines übermächtigen Nachbarn abwehrend, der in seinem Angriff vor keinem Mittel zurückschreckte.

Das Erreichte bezeugte, dass es den führenden Männern – allen feindlichen Gewalten zum Trotz – gelungen war, das Selbstvertrauen des österreichischen Volkes zu heben und sein Mitgehen mit den vaterländischen Anliegen zu gewinnen.

Im Frühjahr 1931, beim Ausbruch der CA-Krise, hatte sich Bundeskanzler Dr. Ender von seiner bescheidenen Regierungsmehrheit verlassen gesehen, so dass er am 16. Juni seine Demission gab. Das von ihm verlangte Ermächtigungsgesetz, das im Notstand dem Kanzler gegenüber dem brüchi-

gen Parlamente eine schmale Zone des sofortigen Handelns eingeräumt hätte, war ihm verweigert worden. Zwar wusste jedermann, dass dieser handfeste Demokrat die ihm anvertrauten Vollmachten nicht überschreiten würde. Aber, justament: Nein! Er aber hatte es abgelehnt, ein Schattenkanzler zu sein, schon gar in den bedrohlichen Ereignissen, die jetzt mit dem Zusammenbruch der Creditanstalt hereinstürzen würden. Er ging.

Die Opposition hatte einen Fehler von geschichtlicher Tragweite begangen. Der blutleere Parlamentarismus, der selbst gegenüber vitalen Staatsnotwendigkeiten versagte, machte ein gesetzliches Notstandsrecht unentbehrlich, das über das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917 hinausging. Längst war den Parteien die Gefahr gegenwärtig, dass in einer trostlosen Situation, wie man sie schon mehrmals erlebt hatte, eine Regierung sich zu Überschreitungen des gegebenen Notverordnungsrechtes veranlasst sehen würde. Von dem ersten Akt waren nur einige Schritte bis zur Verletzung der Rechtskontinuität und zur Diktatur. Einem Kanzler Ender die Vorkehr für ein legitimes Notstandsrecht zu verweigern, führte in kurzer Folge zur absoluten Ordnungsgewalt.

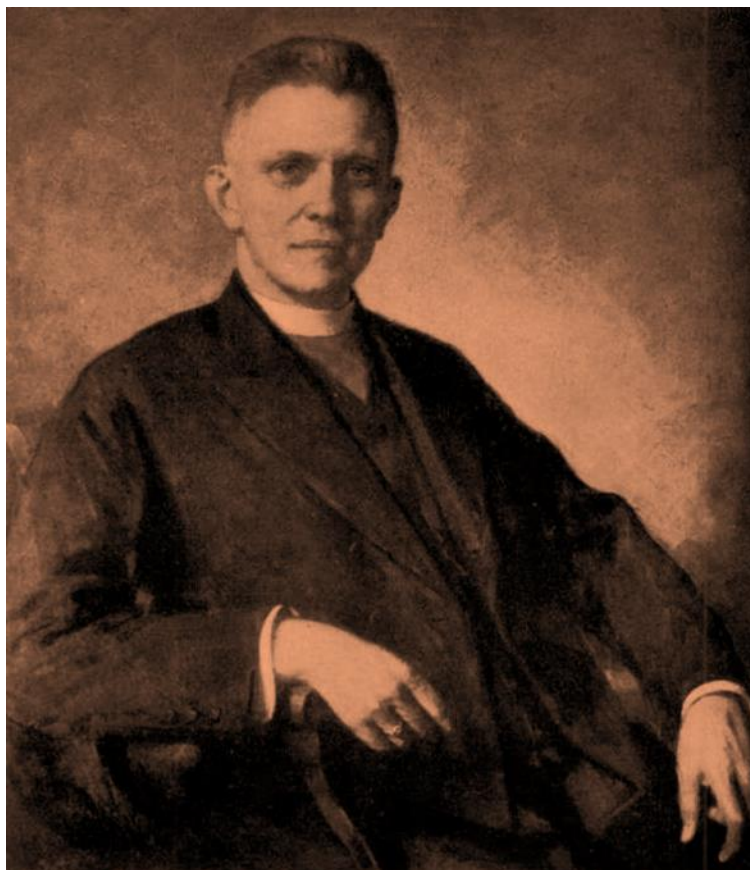
Angeregt dazu durch Minister Vaugoin, lud Bundespräsident Miklas den Helfer aus der Zusammenbruchszeit zu sich: Dr. Ignaz Seipel. Er war ein von seinem Lungenleiden schon gezeichneter Mann. Man konnte füglich zweifeln, ob er der ihm zugedachten Aufgabe physisch gewachsen sein werde. Eben jetzt musste er sich einer Insulinkur unterziehen. Die Ärzte hatten ihm äusserste Schonung auferlegt. Er hatte sich denn auch von der aktiven Politik zurückgezogen, nur bei wichtigen Anlässen erschien er im Christlichsozialen Klub. Nun appellierte der Bundespräsident an den Staatsmann Seipel im Namen höchster Interessen Österreichs. Seipel hätte, um dem Ruf zu folgen, nicht der «Triarius» Seipel sein müssen. Er wusste um die lebensgefährlichen Bedrängnisse des Staates. Schon wurde vom Ausland her, angetrieben durch

die Besorgnisse um die durch die CA-Krise geschaffene Lage, das Begehren erhoben nach einer ausländischen Kontrolle des österreichischen Staatshaushaltes auf Grund der Genfer Protokolle. Er stand bereit, er nahm die Berufung an. Wie gross dabei das von ihm darzubringende Opfer war, darüber liess ihn sein Gesundheitszustand kaum in Zweifel. Die Öffentlichkeit erfuhr es schon nach einem Jahr, als Seipel am 2. August 1932 seiner Todeskrankheit erlag.

Es war eine sinn geladene Aufgabe, die Dr. Seipel an jenem sorgenreichen Junitage übernommen hatte, eine Aufgabe in schwerster Notlage des Staates. Ihr zufolge unterbreitete er am 18. Juni dem Bundespräsidenten den Vorschlag, mit Beteiligung womöglich aller parlamentarischen Parteien an der Regierungsbildung, eine Regierung der gesammelten Kraft einzusetzen. Ein Konzentrationskabinett. Eine Beteiligung der Heimwehrgruppe kam nach ihrem eigenen Willen von vornherein nicht in Betracht. Das Konzentrationskabinett sollte geeinigt sein auf die Verpflichtung für ein sachlich und zeitlich bestimmtes Arbeitsprogramm. Dessen Beschränkung hatte den Zweck, die unverzügliche Zusammenarbeit für die aktuellen lebenswichtigen gesetzgeberischen Akte zu verbürgen. Die geschlossene Arbeitsgemeinschaft sollte von keinem Teilnehmer einen Verzicht, von keinem eine Preisgabe grundsätzlicher Stellungen begehren.

Jede Partei sollte entsprechend ihrer Stärke in der Regierung vertreten sein, voran stand als die zahlenmässig grösste die Sozialdemokratische Partei. Sollte sie an seiner Person Anstoss nehmen, so sollte, getreu dem Konzentrationsplane, unter einem anderen Regierungschef die einheitliche Front hergestellt werden. «Um die grosse Sache geht es, nicht um Personen.» Das ist die Parole Seipels.

Sooft Dr. Seipel schon den Linken den Beitritt zu einem Arbeitsplan unmissverständlich nahegelegt hatte, so oft hatte Dr. Bauer nichts davon wissen wollen. Diesmal aber lag eine



*Dr. Theodor Kardinal Innitzer, Erzbischof von Wien,  
als Universitätsprofessor (1929)*



*Wilhelm Miklas*

in aller Form gemachte Einladung vor zum Eintritt in die Regierung in der denkbar demokratischsten Fassung. Gegenüber dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei verdolmetschte Dr. Seipel persönlich sein Konzept.

Dr. Bauer blieb bei seinem herkömmlichen Nein. Das war nicht überraschend. Aber eine ganz grosse Überraschung war es, dass Dr. Renner, der seine Bereitschaft zur Koalitionsregierung bis zur Grundsätzlichkeit verfeinert hatte, diesmal eine Koalitionsregierung, wie sie noch niemals der Sozialdemokratischen Partei angeboten worden war, bekämpfte. In seinen hinterlassenen Schriften, Band II., findet sich die Stelle: «Der Kernpunkt, an dem die von vielen seit Jahren gewünschte Lösung gescheitert ist, scheint (!) zu sein, dass Seipel eine Regierung nicht ohne die acht Mann des Heimatschutzes, die Sozialdemokratie aber ohne vertragliche Verbindungen nicht mit ihnen eine solche bilden wollten, zumal für jeden Einsichtigen von vornherein feststand, dass diese acht Mann niemals mit 72 Sozialdemokraten in eine Regierung gegangen wären. Die Wahl stand somit zwischen jenen Acht und diesen Zweiundsiebzig. Und der hochgepriesene Seipel entschied sich für die acht Mann.»

Wenn in der Nachlassschrift Dr. Renners an diese seine irriige Annahme («es scheint...») Ausfälle geknüpft sind, welche die Sachlichkeit und den guten Stil verlassen, so ist der Leser geneigt, sich daran zu erinnern, dass es sich um Aufzeichnungen aus dem Nachlass Dr. Renners handelt, die wahrscheinlich einer ernstern Redaktion durch den Autor nicht mehr unterlegen sind; dessen Eigenkontrolle würde – so möchte man meinen – diese irrumsbefangene «Es-scheint»-Historie schon aus Gründen der Selbstachtung nicht zugelassen haben. Die Beteiligung der Heimwehrgruppe an dem Konzentrationskabinett ist in Wirklichkeit nie in Erwägung gestanden.

Für die Verweigerung des Eintrittes seiner Partei in die Konzentrationsregierung führt Dr. Renner keine Gründe an,



die sich einem nüchternen Urteil begreiflich machen könnten. Denn es war nicht Ernst zu nehmen, wenn man hörte, die Sozialdemokratische Partei könne sich nicht an einer Regierung beteiligen, «die den bisherigen Regierungskurs der bürgerlichen Parteien ohne wesentliche Veränderung fortsetzen würde». Da nach der damals geltenden Verfassung alle Regierungsbeschlüsse Einstimmigkeit voraussetzten, hätte die behauptete Gefahr nicht wirksamer vermieden werden können als durch die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Regierungsbildung.

In den Couloirs des Parlamentes kursierte für die Ablehnung der sozialdemokratischen Fraktion eine Auslegung, die das Ereignis mit dem bekannten Gegensatz zwischen Doktor Otto Bauer und Dr. Renner erklärte: Würde durch die Mitwirkung Dr. Otto Bauers ein Konzentrationskabinettt zustande gekommen sein, dann würde ihm oder einem seiner nächsten Gesinnungsfreunde in dieser Regierung als Vertreter der stärksten Parteigruppe die Vizekanzlerschaft zugefallen sein. Diese Änderung im Führerstand des österreichischen Sozialismus sei jedoch in der Parteigruppe Dr. Renners nicht als erwünscht angesehen worden.

Nach der sozialdemokratischen Absage kam noch die Bildung einer Regierung der gesammelten Kräfte des bürgerlichen Lagers in Betracht, eine Lösung, die im Grossdeutschen Klub einer guten Aufnahme begegnete, aber von diesem geknüpft war an die Voraussetzung, dass Dr. Schober dem zu bildenden Kabinette angehöre. Die bis in die späten Nachtstunden geführten Verhandlungen erbrachten nur die Ablehnung Schobers. Damit war jede Form einer Konzentrationsregierung abgetan.

Es war ein schöner Akt der Demut, dass Seipel, der den ganzen Tag hindurch, bis lang nach Mitternacht, die vielstündigen Verhandlungen mit den Parteien geführt hatte, noch in den Morgenstunden des Samstags einen Besuch in der Wohnung seines erkennbaren Gegners Schober machte, um

ihm noch einmal die Teilnahme an der Regierungsbildung nahelegen. Schober lehnte abermals ab. Es war der Bescheid eines Mannes, der selbst am meisten darunter litt, dass seine persönlichen Einstellungen und Empfindsamkeiten nicht selten die sachliche Behandlung einer Angelegenheit verdrängten, auch dann, wenn es um Staatsinteressen ging.

Bevor im Juni 1931 der Bundespräsident die Autorität Seipels zu Hilfe gerufen hatte, um über die vermutete Strecke der österreichischen Innenpolitik hinüberzufinden, hatten hinter den Kulissen Gespräche stattgefunden, die zeigten, wie sehr die Person Seipels immer wieder in das Blickfeld gestellt wurde, wenn Würde und staatsmännische Geltung verlangt wurden. Nach dem Verfassungsgesetz von 1929 war die Erwählung des Bundespräsidenten in direkter Volkswahl zu vollziehen. Für die fällige Neuwahl war der 9. Oktober 1931 ausersehen. Im Christlichsozialen Klub des Nationalrates und in den Leitungsstellen der Partei wurde für die Schilderhebung zur höchsten Staatswürde nur ein Name genannt: Ignaz Seipel. Als sozialdemokratische Kandidatur wurde die Alternative vernehmlich: Dr. Karl Renner oder Karl Seitz; ein offizieller Vorschlag war noch von keiner Seite erfolgt. In Besprechungen zwischen den Parteien entschloss man sich plötzlich, die Anwendung der neuen Verfassungsbestimmung diesmal noch auszusetzen und mit Benützung des Verfassungsüberleitungsgesetzes die Bundespräsidentenwahl noch gemäss der alten Bestimmung durch die Bundesversammlung vollziehen zu lassen. Die dafür aufgeführte Begründung, man habe die hohen Kosten einer Volkswahl – angeblich vier Millionen Schilling – bei den jetzigen teuren Zeiten ersparen wollen, und die Eile, mit der man die erfolgte Umstellung der öffentlichen Erörterung entrückte, wirkten in der Öffentlichkeit nicht überzeugend und liessen die Auslegung aufkommen, einer Volkswahl, die eine Bundespräsidentschaft Seipels wahrscheinlich mache, sei hinter den Kulissen dank der Vorsicht geschickter Kartenmischer vor-

gebeugt worden. Die erfolgte Umgehung einer Volkswahl erinnerte daran, dass das Verlangen nach Einschaltung des Volkswillens in einen wichtigen Verfassungsakt schon einmal an der Schwelle des neuen Österreichs zu einer Enttäuschung geführt hatte. In zahlreichen öffentlichen Kundgebungen erscholl damals der Ruf nach dem feierlichen Volksentscheid über die Grundfrage der künftigen Verfassung: «Monarchie oder Republik.»

Der Tausch der alten Staatsform gegen eine neue, deren Gesicht niemand kannte, war keine gleichgültige Angelegenheit. Der Tausch war nicht die Übersiedlung aus einer dumpfen Mietwohnung, sondern aus dem Hause unserer Väter. Die Haydn-Hymne, das «Gott erhalte», war für die Massen des Volkes damals noch ein von fast religiöser Weihe umwobenes Bekenntnis. Grosse Manifestationen bezeugten es. An der Spitze stand der Volksbischof Kardinal Friedrich Piffl und neben ihm Leopold Kunschak, der Führer und Fahnenträger des Wiener christlichen Volkstums. Die gehuldigte Erwartung, dass über die endgültige Einrichtung des künftigen Hauses das Volk selbst entscheiden würde, nicht durch Abgeordnete, deren Mandate schon abgelaufen waren, war in weiten Kreisen daheim; sie half schliesslich über die gefährlichste Stelle hinweg. Das loyale Bestreben siegte, die sorgenvollen Anfänge des neuen Staates nicht mit einem Konflikt zu belasten, dessen friedlicher Austrag der österreichischen Vaterlandsliebe anvertraut werden könnte. Die Anerkennung dieser Loyalität ist später ausgeblieben. Aber es sollte noch einmal an das in den Umsturzmonaten vom Volke gestellte Verlangen in einem seltsamen Zusammenhang erinnert werden: Als das Putschistenabenteuer des Judenburger Rechtsanwaltes Dr. Pfrimer gegen seinen Urheber zu einer Anklage wegen Hochverrats in Graz verhandelt wurde, verteidigte sich der Angeklagte mit den Worten:

«Ich bekenne mich des Verbrechens des Hochverrates deshalb nicht schuldig, weil ich der Auffassung bin, dass man das Ver-

brechen des Hochverrates an einem Staate nur dann begehen kann, wenn die Verfassung des Staates legal ist. Doch die österreichische Verfassung ist *illegitim*. Als Seine Majestät Kaiser Karl im Jahre 1918 dem Thron entsagte, hat er die Entscheidung über die kommende Staatsform in Deutschösterreich dem Volke überlassen. Aber das Volk ist nicht befragt worden, ob es eine Republik will. Nur wenn durch eine Volksabstimmung die Frage beantwortet wäre, ob eine Republik vom Volke gewünscht wird, hätte eine Verfassung, die Gültigkeit gehabt hätte, gemacht werden können. Weil aber eine derartige Volksabstimmung nicht stattgefunden hat, ist die heutige Verfassung Österreichs ungültig. Solange keine legale Verfassung vorliegt, kann man das Verbrechen des Hochverrates nicht begehen.»

Der Angeklagte, der kein Monarchist und alles andere als ein Patriot altösterreichischer Fassung war, wurde freigesprochen, ohne dass die Urteilsbegründung das von ihm zu seiner Verteidigung vorgebrachte Argument zurückgewiesen hätte. So bekam der sogenannte Pfrimer-Putsch im Grazer Gerichtssaal ein unausgesprochenes Nachwort von beissender Ironie zur Zeitgeschichte.

\*

Als die Bildung der umfassenden Konzentrationsregierung nach dem Vorschlag Dr. Seipels gescheitert war, wagte sich der christlichsoziale Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Karl Buresch, an das Staatssteuer. Ein erfahrener Mann, kein Kämpfer, eher ein Diplomat der Innenpolitik, ein guter Kenner der Akteure, mit denen er es als Kanzler zu tun haben würde. In der niederösterreichischen Landstube hatte er, gemessen an der politischen Umwelt, ein gutes Verhältnis zu der sozialdemokratischen Opposition herzustellen verstanden. Ihm kam zustatten, dass ihm auf der Linken Persönlichkeiten wie die Abgeordneten Schneidmadl und Helmer gegenüberstanden, Männer, mit denen in ernsten Dingen nicht zu spassen, aber gut zu verhandeln war. Mit ihrer Hilfe errang seine Regierung kurz nach ihrem Amtsantritt einen Sieg, den die Auguren der österreichischen Innenpolitik kurz zuvor noch als ein Traumgespinnst bezeichnet hätten. Anfang Ok-

tober trat Bundeskanzler Dr. Buresch vor die Parteien mit der Eröffnung, in Auswirkung des CA-Unglücks und durch die verlangten Rettungsaktionen des Staates sei dessen eigene Lage bedrohlich und im Staatshaushalte ein tiefgreifendes Sparsystem notwendig geworden. Das erste «Budgetsanierungsgesetz», das Finanzminister Dr. Josef Redlich vorlegte, fiel als unannehmbar unter den Tisch. Aber es geschah das in der österreichischen Republik noch nicht Dagewesene, dass innerhalb von 48 Stunden die Regierung nach ihren Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Opposition, die ihre Gewerkschaftsführer zu ihrer Entscheidung bei gezogen hatte, einen umfassenden Gesetzentwurf zur Ordnung der staatlichen Wirtschaft dem Nationalrat vorlegen konnte; Ertrag einer echten Verständigung zwischen den Parteien. Ein gesunder Gemeinsinn hatte sich durchgesetzt. Die Sozialdemokratische Partei nahm dabei vor aller Öffentlichkeit an der Verantwortung für die von dem Notstand des Staates diktierten strengen Massregeln teil, die das Gesetz verfügte, Kürzungen der Beamtengehälter, Verschiebung der Gehaltsauszahlung, Dienstentlassung usw. Von unten herauf kam auf der Linken zorniger Widerspruch gegen die «Packler». In einzelnen Gewerkschaften brodelte da und dort Unzufriedenheit und Auflehnung. Der nie ganz abgestorbene revolutionäre Flügel spreizte sich rebellisch auf. Er wurde auch dem Aussenstehenden sichtbar, als in Graz der Sozialdemokratische Parteitag zusammentrat. Gegen die radikalen Anhänger der revolutionären Methoden stand jedoch eine geschlossene Rechtsgruppe. Das Ergebnis war ein Kompromiss, mit dem die Opposition das Los der anderen politischen Bekenntnisse teilte. Unzufriedenheit zehrte am ganzen öffentlichen Organismus.

Der von der Regierung Buresch errungene Erfolg, der die augenblicklichen Gefahren für die Staatswirtschaft bannte, fand keine Fortsetzung. Die Arbeitslosigkeit stieg stetig an. Im Raume der auswärtigen Politik war das Zollunionunter-

nehmen Dr. Schobers, das in den auswärtigen Beziehungen Schaden angerichtet hatte, unbeweint untergegangen. Die Ausbootung seines Urhebers aus der Regierung und der Austritt der Grossdeutschen aus der Regierungsmehrheit zeigten den missratenen innenpolitischen Ertrag. Und zu allem: aus den Ruinen der Creditanstalt aufsteigende immer neue Bedrängnisse.

Vor mir liegt die vom *11. Dezember 1931* datierte *vertrauliche Instruktion der christlichsozialen Parteileitung an ihre Vertrauensmänner in Stadt und Land*. Ein Dokument von erbarmungsloser Offenheit der Aussage, wie selten eines die Zentrale einer grossen österreichischen Partei verlassen hat. Es sei hier im Wortlaut zitiert:

«Die Parteiverhältnisse im Parlament werden von Woche zu Woche unhaltbarer. Diese Auffassung ist bereits Gemeingut der gesamten Bevölkerung geworden. Die Regierung hat bei der ungeheuren Aufgabe, die sie zu bewältigen hat, nur die Christlich-soziale Partei und eventuell den Landbund hinter sich. Das ist eine Minderheit. Ihr gegenüber steht die Opposition, von der die Sozialdemokraten laut Beschluss ihres Grazer Parteitages nur auf den Zusammenbruch des bürgerlichen Regimes in Österreich hinarbeiten, um dann, wenn das geschehen ist, die uneingeschränkte, nur durch ein paar ‚bürgerliche Packler‘ gemilderte Macht im Staate zu ergreifen, während die andere oppositionelle Gruppe, die acht Heimatblöckler, das Parlament überhaupt neigert und nur sozusagen als Beobachtungsposten bis zum Zusammenbruch des parlamentarischen Regimes ausharrt. Auch diese Opposition ist eine Minderheit. Den Ausschlag gibt die zehn Mann starke Gruppe des ‚Nationalen Wirtschaftsblocks‘, der aber in sich gespalten ist und bald nach rechts, bald nach links stimmt. Wenn es gut geht, hat die Regierung, immer unter der Voraussetzung, dass nicht gerade eine Grippewelle herrscht, eine Mehrheit von fünf Stimmen. Gewöhnlich hat sie überhaupt keine. Das ist eine Situation, in der sich eine Regierung in ruhigen, friedlichen Zeiten eine Weile hindurch fortretten kann. Wir leben aber in einer Katastrophenzeit. Wir haben unseren Teil der Weltwirtschaftskrise zu tragen und haben ausserdem unsere österreichischen Spezialitäten. Das sind Aufgaben, die selbst für ein einiges, starkes, nur auf die Staatserhaltung eingestelltes Parlament gigantisch wären. Wir haben in dieser Krisenzeit ein zerfallendes, auseinanderstrebendes Parlament.

Es ist unter diesen Umständen schon eine ganz hervorragende Leistung, dass bisher der Zusammenbruch vermieden werden

konnte, dass wir wenigstens ein Scheindasein führen können, dass ein Budget zustande kommt, dass ein Sanierungsgesetz geschaffen werden konnte. Das alles aber trifft nicht den Kern der Sache. Wir stehen erst am Anfang der Dinge, die noch geschaffen werden müssen. Geschaffen werden müssen, nicht nur, weil wir unter dem Diktat des Auslandes stehen, sondern *weil uns sonst der Zusammenbruch nicht erspart bleibt*. Was unbedingt geschehen muss: Erstens weitere drakonische Sparmassnahmen im Staatshaushalte, die der Finanzminister bereits in seiner Budgetrede angekündigt hat, zweitens ebenso drakonische Sparmassnahmen bei den Bundesbahnen, die mit einem steigenden Defizit zu kämpfen haben, drittens Entlastung der Nationalbank, die sonst nicht imstande ist, den Schilling zu halten, und viertens schliesslich ein radikales Ordnungmachen in der Creditanstalt, die wie ein bösartiges Krebsgeschwür am Leben des Staates frisst.

Es steht nicht in unserem Belieben, wie alle diese Massnahmen durchgeführt werden. Soweit die Auslandshilfe dabei in Betracht kommt, gibt es Termine, bis zu welchen gewisse Forderungen erfüllt werden müssen. Zum Beispiel der 17. Jänner (1932), der darüber entscheiden wird, ob der Nationalbank 190 Millionen Schilling weiter gestundet werden oder nicht. Im Inland entscheidet der Zwang der Verhältnisse. Am 1. Jänner werden die Gehälter der öffentlichen Angestellten noch ausgezahlt werden können. Ob auch am 1. Februar, weiss heute noch niemand. So ernst ist die Situation. In einer so trostlosen Situation, die jeden Monat zur Katastrophe führen kann, der Regierung, die den ehrlichen Willen hat, aus dem Chaos herauszukommen, die Hände zu binden, ist ein Verbrechen.»

Ein erschütternder Lagebericht. Er stimmte. Es entsprach ganz seiner düsteren Realität, dass der Völkerbund jetzt mit der Entsendung des niederländischen Finanzfachmannes Rost van Tonningen die Finanzkontrolle über Österreich wieder aufnahm. In der geschilderten Situation wurde unter den Sachkundigen die Berufung des gewesenen Finanzministers der Seipel-Regierung, Dr. Viktor Kienböck, an die Spitze der Nationalbank mit einem erleichterten Aufatmen begrüsst. Er war der vornehmste Teilhaber an dem grossen Genfer Werk. Seine Person erschien jetzt vor dem Ausland als der zuverlässige österreichische Bürge für den strengen Schutz der Währung und die Ordnung der österreichischen Geldinstitute. Wenn von Rettern Österreichs aus schwerster Zeit künftig die

Rede ist, wird der Name Viktor Kienböck immer unter den vordersten stehen.

\*

In der spannungsgeladenen Atmosphäre des Frühjahrs 1932 hatten im April Wien, Niederösterreich und Salzburg in ihre Landtagswahlen zu gehen, in denen, mit bedeutenden Geldmitteln gerüstet, die Nationalsozialisten zu ihrer ersten grossen Kraftprobe in Österreich antraten. Der Ausgang dieser Wahlen liess in Umrissen die Stärke und die Stellung des Angreifers erkennen, der gegen beide grossen alten Parteien zu Felde zog. In den allgemeinen Nationalratswahlen hatten die Nationalsozialisten in ganz Österreich kaum 112.000 Stimmen erhalten. Am 24. April brachten sie in Wien, Niederösterreich und Salzburg nach einer vehementen Wahlpropaganda 336.000 Stimmen unter ihr Dach. Sie hatten sich, wenn es erlaubt ist, die Zahlen dieser Landtagswahlen neben die der letzten Nationalratswahlen vergleichsweise zu halten, als die drittstärkste Partei neben die 640.000 der Christlichsozialen derselben Wahlgebiete gestellt. In Wien war die von ihnen vor eineinhalb Jahren nachgewiesene Anhängerschaft recht geringfügig gewesen. Nun war sie um 174.000 Stimmen angeschwollen, 20.000 davon trug die braune Flut in Wien von dem sozialdemokratischen Ufer fort; sie entriss 49.000 den Christlichsozialen und verschlang bis auf karge Reste die 150.000 Stimmen des Schober-Blocks und seiner Verwandten. Wo immer an diesem Tage in Österreich gewählt wurde, bot das national-liberale Bürgertum der Städte und Märkte dasselbe Bild der Ratlosigkeit und des Niederbruchs.

Wo vieles versagte und versank, dort stand an diesem Tage unerschüttert wie ein Turm das österreichische Landvolk. Während auch in Niederösterreich die Sozialdemokraten wie in Wien 20.000 Stimmen einbüssten, hatten in Niederösterreich die Christlichsozialen einen Stimmenzuwachs



zu vermerken. War in Wien in diesen Tagen auch die Kernstellung der Christlichsozialen erhalten geblieben, so war doch ihr Verlust empfindlich. In die Wiener Ratsstube hielten 15 Nationalsozialisten, in ihrer Mitte der Gauleiter Leopold, der von der Ungnade Hitlers noch nicht getroffen worden war, Einzug. Zu ihren Eroberungen hatten sechs Mandate die Christlichsozialen, vier Mandate die Sozialdemokraten beigetragen. Die bisherige Existenz von Grossdeutschen war überhaupt ausgelöscht worden. Das Vordringen der nationalsozialistischen Angreifer war nicht zu bagatellisieren. Der Schauplatz war eben doch der Herzensraum von Österreich, der erste Quell gründ der christlichsozialen Bewegung, die Stätte beispielhafter sozialer kommunalpolitischer Leistungen und vaterländischer Erhebung. In diese Stelle war ein Gegner eingedrungen, mit dem es niemals eine Bundesgenossenschaft irgendwelcher Art geben würde. Das Wiener Wahlergebnis war ein Verlust für den Staat. Bundeskanzler Dr. Buresch, persönlich von keiner Schuldbarkeit belastet, zog dennoch aus dem staatspolitischen Gewicht dieser Wahl in aller Form durch seinen Rücktritt vom Amte die Konsequenzen.

Erhalten gebliebene Schriftstücke von Angehörigen der verschiedensten Volksschichten, gerichtet an christlichsoziale Parteistellen, Abgeordnete und Zeitungen, lassen das Echo der Wiener Wahlergebnisse erkennen. Da mischten sich Kritik und Vorwürfe, gescheite und törichte Ratschläge, Pläne für eine neue Organisation und einen Neubau der Partei, wenn nicht überhaupt die Gründung einer neuen Partei. Eine Denkschrift befasste sich mit einer Durchforschung der öffentlichen Zustände, um mit einem Verzweiflungsschrei über den Zustand der Demokratie zu enden.

Manchem alten Kämpen sank damals das Herz. Ein katholischer Akademiker in hoher Stellung schrieb: «In unserem von Parteisucht und Unverstand zerrissenen Land ist es wohl so, dass zuerst die Tragödie kommen muss, bevor wir wieder lächeln können.» Im Ganzen waren diese Zuschriften

Dokumente der Niedergeschlagenheit einer vaterlandsliebenden, gesinnungstreuen Bevölkerung.

Glühend vor Siegesfreude, nach neuen Triumphen dürstend, glaubten die Nationalsozialisten, sich zu neuen Eroberungen aufmachen zu können. Ihre geld- und stimmkräftige Propaganda schrie durch das ganze Land nach Neuwahlen. Neuwahlen! Sofortige Neuwahlen! Dazu immer lauter das Verlangen nach dem Anschluss an Deutschland. Auch die Grossdeutschen, deren Wählerschaft zerstoben war, ereiferten sich für das Verlangen nach Neuwahlen. Zu den lautesten Rufnern nach Neuwahlen hatte sich Otto Bauer gesellt, unbekümmert darum, dass seine Partei in Wien, Niederösterreich und Salzburg am 24. April ein halbes Hunderttausend Stimmen eingebüsst hatte, in Neuwahlen kein anderes Ergebnis zu erwarten hatte als in den Aprilwahlen und mit ihrem Verlangen nach Neuwahlen nur den nationalsozialistischen Angreifern Schützenhilfe geleistet wurde.

In der um sich greifenden Verwirrung stand gelassen der Obmann der Christlichsozialen Partei, Karl Vaugoin, dieser Wiener, der die österreichische Leitlinie seines Handelns nicht verlor. Seine Partei hatte in Wien einen Schlag erlitten – doch Konzessionen an die Sieger von gestern lehnte sie ab.

Damals fiel der erste grosse Entscheid. An dem Widerstand der Christlichsozialen scheiterte *der Versuch, durch Konjunkturwahlen im Zeichen des Hakenkreuzes die Besonnenen zu überrennen* und wie in Deutschland die Macht ergreifung vorzubereiten.

Der wunderschöne Monat Mai widersprach mit seinem Beginn allem Lobpreis der Poeten. Zu den Mühen um die Befreiung der österreichischen Finanzwirtschaft aus den Folgen des über die Creditanstalt hereingebrochenen Unheils gesellte sich als Überfluss an bösen Dingen das Zerbröckeln der schwankenden Mehrheit der Regierung Buresch. Am 6. Mai gab Kanzler Dr. Buresch sein Amt in die Hände des Bundespräsidenten zurück. Überlang schleppten sich nun seine

Verhandlungen mit den Parteien hin. Dr. Buresch wäre geneigt gewesen, ein Kabinett mit Einschluss der Sozialdemokraten zu bilden. Umsonst. Nicht mehr Glück hatte sein Vorschlag, einer überparteilichen Fachmännerregierung das Staatssteuer zu übergeben. Nun riss dem Bundespräsidenten die Geduld. Er betraute am 11. Mai 1932 den Ackerbauminister Dr. Dollfuss mit der Regierungsbildung. Noch an dem Tage, an dem es endlich Dollfuss gelang, die Heimwehrgruppe des Parlamentes und den Landbund zu einer Mehrheitsbildung mit den Christlichsozialen zu gewinnen, hatte der Leitartikler in der alten liberalen Zeitungsburg in der Wiener Fichtegasse, schon an allem verzweifelnd, geschrieben: «Das Tohuwabohu hatte in der Nacht wohl den Gipfel erreicht; das Versagen des parlamentarischen Mechanismus ist wohl niemals so krass hervorgetreten. Es ist ein unfassbarer Skandal, dass in einer solchen Zerrüttung die Parteien sich nicht haben finden können.»

Mancherorts mit pessimistischem Misstrauen empfangen, trat Engelbert Dollfuss an die ihm anvertraute schwere Aufgabe heran. Er hat weder einem Landtag noch dem Nationalrat als Abgeordneter angehört. Mit dem Klubleben und der Arbeitsweise der obersten gesetzgebenden Körperschaft hatte er sich erst während seiner kurzen Amtstätigkeit als Ackerbauminister aus der Nähe vertraut machen können. Die Propheten auf der journalistischen Tribüne des Parlamentes glaubten deshalb, nichts Gutes weissagen zu können. Sie waren von Zweifeln beschwert: Dieser Kanzler ist gewiss ein sehr Begabter, aber doch ein Aussenseiter, der die Falltüren des Parlamentes kaum aus eigener Anschauung kennengelernt hatte. Sie gehören aber zur Einrichtung! War die Berufung eines parlamentsfremden Mannes zur Kanzlerschaft nicht ein Experiment? fragten und dachten die routinierten Kenner der Lage. Doch was ihnen als ein Mangel erschien, das war draussen im Urteil des Volkes eine Art Vorzug. Dieser Doktor Dollfuss war kein «gelernter Politiker», nicht einer von denen,

die alle mitsammen nach dem Urteil des Volkes schuldig waren an dem Jahre schon dauernden Trauerspiel im Hause der Gesetzgebung. Was dieser Dollfuss bisher war, das hatte er sich redlich erarbeitet. Man hörte ihn gern, denn er redete nicht in der Weise der gelehrten Herren. Kurz, man verstand ihn. Mit dem Ruf eines Volksmannes trat er an seine grossen Aufgaben heran, die einen Staatsmann verlangten.

Am 20. Mai meldete Dr. Engelbert Dollfuss den Vollzug der ihm übertragenen Regierungsbildung. Das neue Kabinett hatte im Nationalrat nur die ominöse Einstimmenmehrheit, bestehend aus 66 Christlichsozialen, 9 Landbündlern und 8 Heimwehrabgeordneten. Das war die ganze parlamentarische Gefolgschaft. Sie war mühsam zusammengefügt worden.

Freund und Feind sollten bald besser wissen, mit wem sie es bei diesem Kanzler zu tun hatten. Die Beamten seiner Umgebung vermerkten seine besondere Arbeitsweise, seine Schlichtheit und die erfrischende Zuversicht, die von ihm ausging. Er kannte für seine Arbeitseinteilung keinen Unterschied zwischen Tag und Nacht, sein Schlafbedürfnis wurde regelmässig mit auffallend wenigen Stunden Nachtruhe befriedigt. Seine Mitarbeiter sprachen von der Raschheit seiner Entschlüsse, seine Besucher von der Unbestimmtheit seiner Tagesordnung. Eine Reihe kleiner Episoden zeigte die Sinnesart dieses fröhlichen und freundlichen neuen Mannes an der Spitze des Kanzleramtes. Zum Beispiel, wenn Dr. Dollfuss, als er vier Wochen nach Antritt seiner Kanzlerschaft vor dem Völkerbundrat erscheinen und als Bundeskanzler an der Unterzeichnung des Anleihevertrages für Österreich in Lausanne teilnehmen sollte, dem Legationsrat Theodor von Hornbostel um 11 Uhr in Wien den Auftrag gab, zwei Stunden später reisefertig zu sein und ihn, den Kanzler, zu dieser vielumstrittenen Mission in die Schweiz zu begleiten, also zur Abfahrt mit dem Flugzeug bereit zu sein. Den herkömmlichen Stab von Begleitern lehnte er ab und war hochofrenet, als auf seine Frage, ob der Legationsrat bereit sei, entgegen dem

bürokratischen Ritual, die Dienste eines Sekretärs während der Schweizer Tagung zu versehen, der Angesprochene gerne bejahte. In Lausanne entzog sich der Kanzler Dollfuss der Schar der auf den interessanten österreichischen Bundeskanzler – «Millimeternich» spottete ob seiner kleinen Gestalt die nationalsozialistische Presse – mit gespitztem Stift und auf geschlagener Kamera harrenden internationalen Journalisten. Er war vergnügt, ihnen ein Schnippchen schlagen und in Begleitung Hornbostels durch eine Hintertüre aus seinem Hotel in eine schlichtere Gaststätte zum Abendessen entweichen zu können. Auf dem im Mai 1933 in Salzburg abgehaltenen Bundesparteitag der Christlichsozialen wehrte Dr. Dollfuss, der während seiner Rede von wiederholten Beifallsstürmen der durch sein feuriges österreichisches Bekenntnis hingerissenen Massenversammlung umrauscht war, eine enthusiastisch anschliessende persönliche Huldigung mit den Worten ab: «Tragen Sie nicht dazu bei, den Personenkult einzubürgern. Das wäre unösterreichisch. Sie machen mir die grösste Freude, wenn Sie in mir den schlichten Mitarbeiter sehen, der nichts anderes will, als alle seine Kräfte in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen.» In den Tagebuchaufzeichnungen des gewesenen Vizekanzlers Richard Schmitz, die leider ein Torso geblieben sind, besagt der Verfasser in einem Vermerk aus dem September 1933 über Dollfuss: «Er ist kein Systematiker, verbraucht sehr viel Zeit, aber er gewinnt verblüffend rasch an Terrain im Inland und in der Welt. Seinen Mitarbeitern bringt er Vertrauen entgegen, beurteilt sie meistens richtig. Heute ist Dollfuss in der Welt hoch geachtet und im Vaterland der weitaus populärste Mann, von den Nationalsozialisten gehasst, während sehr viele einfache Sozialdemokraten ihm vertrauen.»

Richard Schmitz, der dieses niederschrieb, einer der engsten Vertrauten und Mitarbeiter Seipels, war der Kanzlerschaft Dollfuss' anfänglich kritisch gegenübergestanden. Eine Teilnahme an der Regierung Dollfuss hatte er abgelehnt. In

wiederholten eingehenden Aussprachen konnte der Autor dieser Zeilen Richard Schmitz im Sommer 1933 überzeugen, dass er sich nicht länger der Mitarbeit an der Regierung entziehen könne. Dollfuss brauche in seinem Kabinett Unterstützung gegen gewisse kriegslustige Kampfahne.

Bei der Umbildung der Regierung Dollfuss im September 1933 übernahm dann Schmitz das Ministerium für Soziale Verwaltung. Dollfuss hat es später nie zu bereuen gehabt, wenn er den Ratschlägen seines Ministers Schmitz folgte.

### III. KAPITEL

## DEMOKRATIE IN ERPROBUNG

*Die Folgen eines Familienzwistes – Das Parlament schaltet sich aus – Bundesparteitag in Salzburg – Plan einer grundlegenden Verfassungsreform – Die Bedeutung einer berufsständischen Ordnung – Die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes – Rüdiger Starhemberg, Major Fey und die Heimwehr – Im Rahmen der Vaterländischen Front – Die Bekenntnisrede des Bundeskanzlers – Notwendigkeit der Gesundung von innen heraus – Zusammenschluss zur Überwindung des Parteienstaates – Umbildung der Regierung Dollfuss – Totalitätsbestrebungen der Heimwehr – Die Beurlaubung Vaugoins – Reformator oder Liquidator? – «Die Stunde ist gekommen!» – Fühlungnahme mit Doktor Renner – Querschüsse der Pressepolizei – Major Fey wieder Leiter des Sicherheitswesens*

Am 4. März 1933 schlug ein überraschendes Ereignis wie ein Blitz in das Haus der Gesetzgebung ein. Ausgelöst wurde das Geschehen, ein Akt der Selbstenthaftung der Volksvertretung, anlässlich eines Geschäftsordnungsstreites durch Unstimmigkeiten, die schon seit einiger Zeit in dem Sozialdemokratischen Klub glogen. Eine Gruppe Unzufriedener verübelte ihrem Parteifreunde Dr. Renner, dass er aus falschem Stolz auf seinem Präsidentenstuhl verbleibe, obwohl er dadurch seine Stimme der Opposition entzog und damit manchen Abstimmungssieg seiner Partei über die Einstimmigkeitsmehrheit der Regierung verhinderte. Sogar die schweren Gefechte um die wichtigsten Anliegen der Regierung, die Genehmigung der Lausanner Anleihe, hätte Dollfuss sonst verloren. Nur durch das Versagen Renners konnte die Regierung mit 81 gegen die 80 Stimmen der Opposition am 17. und 23. August siegen und damit vor ihrem Sturze gerettet werden.



*Dr. Franz Dinghofer*





*Karl Seitz*

Diesmal hatte Dr. Renner seine Kritiker mit seinem Abgang vom Präsidium beschwichtigen wollen; dass sie ihm ironisch Beifall klatschten, als er den Vorsitz verliess, ging ihm aber doch auf die Nerven, und mit einer zornigen Gebärde kehrte er sich ab und verschwand. Er ahnte nicht, dass ihm auf seiner Flucht aus dem Präsidium der christlichsoziale Vizepräsident, Dr. Ramek, und dessen grossdeutscher Amtsnachbar, Dr. Straffner, einem momentanen Impulse gehorchend, folgen würden.

Keine geschäftsordnungsmässige oder sonstige Bestimmung bot aus den fatalen Folgen eines harmlosen Familienzwistes in der sozialistischen Häuslichkeit einen Ausweg. Mit dem Fall seiner drei Häupter war der Nationalrat seiner Aktionsfähigkeit beraubt. In später Nachtstunde zerstreute sich die rat- und hilflose Menge der Abgeordneten. Die wenigsten waren sich schon im Klaren, welche Kette folgenswerer Ereignisse die Enthauptung der obersten gesetzgebenden Körperschaft auslösen würde.

Das erste Echo aus der Bevölkerung auf das Geschehnis war karg. Das Volk zeigte sich um das Schicksal des «Volkshauses», der Stätte seiner Volksvertretung, wenig bekümmert. Der Enttäuschungen, die von dorthier kamen, waren zu viele gewesen. Noch bis in die letzten Tage hatten Arbeitsbehinderungen, Missbilligungsanträge und die üblichen Geschäftsordnungspässe das Haus der Gesetzgebung entwürdigt.

Vom Parlament aus begab sich in derselben Nacht Bundeskanzler Dr. Dollfuss auf die Eisenbahnfahrt nach Villach, wo er zu einer grossen Bauernbundkundgebung als Redner angesagt war. Als der Kanzler Montag früh aus Villach zurückkehrte, war Minister Vaugoin der erste, mit dem er über die letzten Ereignisse und die nun fälligen Entschlüsse sprach; er zeigte sich dabei ergriffen von seinem Kärntner Erlebnis. Vaugoin erzählte im Kreise von Parteifreunden: «Bevor ich selbst mich bei meinem Zusammentreffen mit dem Kanzler äussern konnte, erklärte er mir: „Nun muss ein ganz

neuer Kurs eingeschlagen werden. Eine Rückkehr des Parlamentes kann es nicht mehr geben, ohne dass eine gründliche Verfassungs- und Geschäftsordnungsreform gesichert wäre, die auf die Dauer Ruhe und Arbeit verbürgt.' Es sei nicht mehr möglich, dass das Parlament praktisch den einzigen Faktor der Gesetzgebung bilde, es müsse dafür gesorgt werden, dass bei Versagen des Nationalrates die Geschäfte auch ohne ihn geführt werden können. Das Volkswohl stehe über dem Parlamente.»

In seinem hinterlassenen Tagebuch vermerkt Richard Schmitz, der Kanzler sei tief beeindruckt gewesen, dass in der stark besuchten Villacher Versammlung das Kärntner Volk die Selbstlähmung des Parlamentes «mit Enthusiasmus» aufnahm. Der Tagebuchvermerk fährt fort: «Während der nächtlichen Rückfahrt entschliesst sich der Kanzler, diese einzigartige Gelegenheit zum gründlichen Um- und Neubau Österreichs zu benützen. Von nun an wächst Dollfuss rasch in seine Aufgabe hinein. Er wird sichtlich grösser im Konzept, bleibt dabei kühler und vorsichtiger Realpolitiker. Die in ihm, dem Fachbeamten, schlummernde politische Begabung entfaltet sich.»

Wenige Wochen später, am 5. Mai, spricht sich Kanzler Dollfuss auf dem Salzburger Bundesparteitag der Christlich-sozialen schon eingehender über sein Vorhaben einer Verfassungsreform aus:

«Wer glaubt, dass in der Verfassung nur einige Paragraphen geändert zu werden brauchen, der versteht das Gebot des Heute nicht. Es gilt, über eine gewöhnliche Verfassungsreform hinaus einen sittlichen und seelischen Neuaufbau unseres gesamten öffentlichen Lebens und des Volkes zu ermöglichen. In die Verfassung ist der Grundsatz einzubauen: Schaffung einer berufsständischen Körperschaft, die nicht nur ja oder nein zu sagen hat, sondern in allen Fragen der wirtschaftlichen Gesetzgebung das primäre Gesetzgebungsrecht haben wird. Allerdings nicht in den bisherigen parlamentarischen Formen, sondern angemessen der positiven Arbeit der Wirtschaftskreise, die in der berufsständischen Körperschaft vertreten sind. Das Parlament wird sich hingegen mit den Fragen von

staats- und kulturpolitischer Bedeutung zu befassen haben. Es ist unser Bestreben, zu einer gesunden, starken Volksvertretung zu kommen. Das Volk soll zur Gesetzgebung herangezogen werden. Wir wollen aus dem gegenwärtigen Verhältnis keinen Dauerzustand schaffen. Wir streben eine vernünftige Regelung an, die ein sicheres Funktionieren der Volksvertretung in der Zukunft gewährleistet.»

Der Wille, das berufsständische Prinzip in einer Verfassungsreform zur Geltung zu bringen, der fortan dem Handeln des Kanzlers unverrückbare Richtlinie wurde, entsprang keinem plötzlich zugeflogenen Einfall, dieser Wille hatte seinen Urgrund in dem Weltbild, das sich von früh auf in Dollfuss geformt hatte. Aus dem bäuerlichen Milieu seiner Jugend wuchs der Student Dollfuss hinein in die praktisch und wissenschaftlich bestimmte Welt, die ihn in der Werkstatt des Bauernbundes früh schon erfasste und weiterbildete in Berlin, wo er, namentlich an einer Spitzenstellung, der wirtschaftlichen Einrichtung des Bauernstandes, der «Preussenkasse», tiefen Einblick in die Zusammenhänge einer hochentwickelten Wirtschaft und Volkskraft gewann. In die Heimat zurückgekehrt, wird er von Stufe zu Stufe, als Sekretär des Niederösterreichischen Bauernbundes, schliesslich als Kammersekretär und Kammeramtsdirektor der Landwirtschaftskammer, noch tiefer hineingeführt in die berufsständische Arbeit am Wurzelboden des Volkstums. Nicht die Politik, sondern die Wirtschaft erfüllt ihn mit dem Verstehen ihrer Lebensrechte und ihrer Funktion in der allgemeinen menschlichen Gesellschaft. Als er in das öffentliche Leben eintritt, bringt er ein lebensnahes, zur festen Überzeugung geformtes Wissen mit sich, eine Weltanschauung, die ihn wie ein Genius unwandelbar begleitet und führt. Die Bedeutung gesunder berufsständischer Ordnung steht im Zentrum seiner Gedankenwelt. Für ihn ist der Plan der berufsständischen Ordnung für die Verfassungsreform nicht ein Notausgang aus einer Staatskrise, sondern die von einem geschichtlichen Ablauf einer veraltenden, zu neuen Formen drängenden Demokratie gebotene Lösung. Diese Zusammenhänge sind in der zeitgeschichtlichen

Literatur, die sich mit Dollfuss befasst, nicht immer erkannt worden.

Das Regime der Notverordnungen, mit dem die Regierung nach der Ausschaltung des Nationalrates eingesetzt hatte, sollte denn auch, wie der Kanzler in Salzburg erklärte, ‚kein Dauerzustand‘ werden, es sollte vielmehr eine Wiederherstellung des Parlamentes erfolgen, von dessen Kompetenzen die wirtschaftliche Gesetzgebung für den zweiten, berufsständisch aufgebauten Volksvertretungskörper abgezweigt sein würde. Die Erklärung des Kanzlers liess ohne Künstelei die Auslegung zu, dass das Vorhaben sich auf verfassungsmässigen demokratischen Bahnen bewegen werde, angetrieben von dem Bestreben, «eine gesunde und starke Volksvertretung» zu erreichen, in der «das Volk zur Gesetzgebung herangezogen» sei.

Das alles klang doch auch für einen guten Demokraten erträglich und sogar hoffnungserweckend. Auch unter den sozialdemokratischen Mandatsträgern waren Männer von Gewicht, die eine Einschaltung in den «neuen Kurs» nach gewissen Zusicherungen für möglich hielten. Voran Dr. Renner, der den Bundespräsidenten zu bestimmen suchte, durch einen Auftrag an den gewesenen Vizepräsidenten des Nationalrates, Dr. Straffner, die Einberufung des Parlamentes herbeizuführen, allerdings ein verfassungsrechtlich in der Luft schwebendes Unternehmen, in das sich einzulassen Miklas ablehnte. Aussichtsvoller erschien kurze Zeit ein Bemühen des Abgeordneten Glöckel, der Regierung einen Unterausschuss des parlamentarischen Hauptausschusses als bevollmächtigtes Organ an die Seite zu stellen. Im Gespräch mit sozialdemokratischen Abgeordneten konnte man mehr als einmal hören, eine reformierte Arbeitsordnung der gesetzgebenden Körperschaft sei am Platze.

Aber in dem zerfahrenen Parteiwesen fehlte damals die alles beseelende sittliche Kraft zu dem grossmütigen Entschlusse zur Tat, ja, zu der Tat, durch einen einhellig geschlossenen Waffenstillstand und Reformpakt um des Volkes

und des Vaterlandes willen der Demokratie zu geben, was sie zu ihrer Rettung brauchte. Nicht so sehr mangelnde Erkenntnis der Notwendigkeit als mangelnde Energie zur notwendigen Folgerung war das Unglück. Die Kämpferischen und die Trotzigen um Dr. Otto Bauer gewannen so die Oberhand.

Im Frühjahr 1933, nach der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, hing die Erhaltung des Bürgerfriedens an einem Seidenfaden. Wenn schliesslich doch wenigstens das Schlimmste verhindert wurde, so hatte daran eine kluge Führung im Niederösterreichischen Landhaus und auch der gesunde Sinn der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages ihren Anteil. So wurde das unglaubliche Kunststück zustande gebracht, dass die sozialdemokratische Opposition ein Mitspracherecht in den wichtigsten Fachabteilungen der Landesverwaltung gewann, zuweilen sogar zum offenen Missvergnügen ihrer Parteifreunde aus anderen Bundesländern, die ihren niederösterreichischen Genossen Verkauf der Parteiinteressen vorwarfen. Die Taktik der Niederösterreicher ermöglichte in den kritischen Junitagen, da die Nationalsozialisten zu einem Hauptschlage ansetzten, den gemeinsamen Beschluss der Christlichsozialen und Sozialdemokraten, die Mandate der nationalsozialistischen Gruppe des Landtages zu annullieren.

In der schwachen Koalition, die an der Seite der Regierung stand – oder auch nicht –, war die Heimwehr die kleinste, aber stosskräftigste Teilhaberin; sie zerfiel in verschiedene Kapitanate, in denen die steirischen, Teile der niederösterreichischen und Heimwehrgruppen in Tirol auch zu Extratouren geneigt waren. Der stärkste Mann in der Nähe des Kanzlers war der Wiener Heimwehrführer Major Fey, der für kriegerische Unternehmungen gegen das marxistische Hauptquartier im Rathaus auf der Lauer lag. Dollfuss erkannte bald die Natur dieses Mannes und zog es vor, soweit er ihn nicht ausschalten konnte, ihn behutsam zu behandeln. Die von Rüdiger Starhemberg eingenommene Führerstellung

in der österreichischen Heimwehr zeigte wechselnde Stadien geltender oder nicht geltender Autorität und Disziplin; die Geldwirtschaft in der Verwaltung der Heimwehrpresse liess zu wünschen übrig, bis der spätere Finanzminister Dr. Draxler säubernd eingriff. Die andere, dem Regierungslager zugehörige Gruppe, der Landbund, war geneigt, ausserhalb der Vaterländischen Front, des vom Kanzler bezeichneten Sammelplatzes der österreichischen politischen Kräfte, eigene Wege zu gehen und sich eine eigene «Nationalständische Front» aufzubauen. Nie ist etwas Ernstes daraus geworden, aber es genügte zu Störungen im Regierungslager. Neben Heimwehr und Landbund waren die Christlichsozialen der weitaus stärkste und zuverlässigste Faktor der kleinen Mehrheit, auf die sich die Regierung Dollfuss stützte. Aber die Christlichsozialen waren auf Bundesgenossen angewiesen; in ihrer Mitte stellte sich eine ansehnliche Gruppe, unter ihr Männer wie Ender, Kunschak, Reither, gegen die undemokratischen und einem Faschismus entspringenden Anwendungen in der Heimwehr.

So stellte seine Regierungsmehrheit den Kanzler bis in den Frühherbst hinein vor innerpolitische Probleme, die für den Beobachter oft unlöslich erschienen.

Nur einer, der von der Richtigkeit seines Handelns felsenfest überzeugt war, auch wenn er irrte, konnte solche Erprobungen bestehen.

Dollfuss eröffnete sein innerstes Wesen, als er am Trabrennplatz in seiner Bekenntnisrede am 11. September, zitternd vor innerer Bewegung, sagte:

«Es gellt in eine neue Zeit und wir wollen das Gelöbnis ablegen, alles einzusetzen. Wir als Führer wollen miteinander ganz selbstlos und restlos mit gutem Beispiel vorangehen, alles einsetzen, damit die Liebe zu unserer Heimat wieder lebendig werde, damit dieses Oesterreich uns und unseren Kindern eine Heimat bleibe. Wenn ich nicht von dem tiefen Glauben durchdrungen wäre, dass der Weg, den wir gehen, uns von oben als Pflicht gegeben ist, wenn ich nicht von dem Glauben durchdrungen wäre,

dass die neuerwachte österreichische Heimatliebe so stark ist, dass wir allen Widersachern widerstehen können, so hätte ich nicht die innere Kraft, so zu sprechen und allen auf diesem Wege voranzugehen. Ich bin überzeugt, dass es der Wille einer höheren Macht ist, dass wir unser Heimatland Österreich erhalten und dass dieses Österreich in der Gestaltung des öffentlichen Lebens beispielgebend sein wird für andere Völker.»

Diese von ihren Hauptzielen nicht abzulenkende Wegsicherheit, die auch dann anhielt, wenn besorgte Freunde widersprachen, war die Stärke Dollfuss'. Sie barg das Geheimnis seiner Einwirkung auf die Masse. Mit seinem heissen Glauben an die ihm von oben gewordene heilige Berufung zu dem Rettungswerk, das er verkündigte, hatte seine Rhetorik eine erobernde Gewalt. Ihn konnte nur der Tod auf seinem Wege aufhalten.

An einem stillen Frühlingsnachmittag – so etwas gab es «alle heiligen Zeiten» im Kanzleramt selbst während des Sturmjahres 1933 – fand ich den Bundeskanzler Dr. Dollfuss eingesponnen in tiefe Nachdenklichkeit. Ihn beschäftigte, wie mir sein erstes Wort sagte, sein Vorhaben eines reformerischen Staatsumbaues, eine Aufgabe, die er untrennbar enge verquickt sah mit der viel grösseren einer volkserzieherischen Erneuerung der Gemeinschaft. Er hatte dafür noch kein geschlossenes Programm. Seine Gedankenreihe fortsetzend, wandte sich der Kanzler an mich: «Natürlich ist nicht daran zu denken, das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der sozialen Struktur der mittelalterlichen Stadt-Burg-Gemeinde kopieren zu wollen. Aber mich beschäftigt der Gedanke an den gesunden Kern, der in dieser Ordnung steckte, eine Wahrheit in der Kleinwirtschaft der damaligen Zeit wie in einer Nusschale, doch eben eine Wahrheit, die in der Grosswirtschaft unseres Zeitalters irgendwie neu herausgestellt werden müsste. Mich erfüllt ganz die Vorstellung, wie so ganz anders Geist und Gesicht des mittelalterlichen Stadtbildes sein mussten, in dem die Stadtgemeinschaft von unten auf organisch untermauert war, freilich nur



städtische Volksteile erfassen und noch nicht in das ganze Volk hineinreichen konnte. Und wir, die wir allesamt durch die Klassenvorstellung, die mechanische Zerreiſung der Geſellſchaft, die innere Zusammengehörigkeit verloren haben – was ſind wir doch für arme Leute! Jeder Ameiſenhaufen im Walde beſchämt uns durch die Geſetzmäſſigkeit und ſeine auf Zusammengehörigkeit abgeſtimmte Ordnung!»

Der Kanzler hatte nach Beiſpielen in der Geſchichte geforſcht. Arbeiten der Union katholiſcher Soziologen, die ſich in Fribourg unter dem Vorſitz des Biſchofs von Lausanne und ſpäteren Kardinals Gaspard Mermillod zu verſammeln pflegten und ſchon 1886 mit einem System berufsſtändiſcher Ordnung ſich befaßt hatten, dürften ihm bekannt geweſen ſein; ein Antrag des ſchweizer Kantonalrates Decurtins hatte es damals erreicht, daſſ ſich das ſchweizer Parlament mit der berufsſtändiſchen Idee befaßte und eine zwiſchenſtaatliche Ausſprache einleiten wollte.

«Inwieweit iſt es möglich, die berufsſtändiſche Idee heute in das Leben zu übertragen?» fuhr der Kanzler fort, nachdenklich mit ſeiner Zigarette in der Aſchenschale herumſtochernd. «Wirklich, in der ganzen Welt kein weltlicher Staatsmann – wieder ein Papſt muſs es ſein, der uns mit einer Enzyklika über Leos XIII. ‚Rerum Novarum‘ zu einem groſſen ſozialen Reformwerk weiterführen möchte! Mir klingt aus der Mitte des päpſtlichen Rundſchreibens ‚Quadragesimo Anno‘ ein Wort heraus, daſ mich deſwegen ergreift, weil es», erklärte Dollfuß, «ſo einfach iſt, als wäre es für uns als ſimples Richtmaſſ geſchrieben: ‚Zwei Dinge ſind notwendig: Reform der Inſtitutionen und Beſſerung der Sitten!‘ Mit unſeren Einrihtungen und Geſetzen allein richten wir es nicht. Un-erläſſlich iſt die Geſundung von innen heraus, vom praktiſchen Chriſtentum her. Eine Aufgabe – unermesslich erhaben. Ja, daſ iſt die Aufgabe, die uns erwartet.» Und fröhlich ſchloß der Kanzler: «Da meldet ſich bei mir wieder der Soldat. Was ſagſt du dazu: Ich höre aus dem Hohlbrugger

Tal\* ein Signal zu mir herauf, zu meiner Baracke an der Felswand: Ich will dem Signal folgen!»

\*

Tief hinein in die Problematik der angekündigten, auf anderen Fundamenten als bisher stehenden Verfassungsreform stiess die schon zuvor zitierte Programmverkündung, die Dollfuss am 11. September bei dem ersten feierlichen Appell der Vaterländischen Front vollzog. Der Stil der Veranstaltung passte sich den festlich gehobenen Formen des in majestätischer Schönheit vorausgegangenen Katholikentages an, der als 250-Jahr-Feier für die Befreiung Wiens von der Türkenbelagerung gestaltet worden war. Das feurige vaterländische Bekenntnis des Kanzlers weckte in den auf dem Trabrennplatz und seinen Tribünen versammelten Massen Stürme der Begeisterung. Der politische Inhalt dieses Programms blieb daneben zunächst kaum beachtet und nicht in seinem ganzen Gewicht ermassen.

Aus den Grundsaterklärungen des Kanzlers sprangen die Sätze heraus: «Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorüber! Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Oesterreich auf ständischer Grundlage mit starker autoritärer Führung.» Ständischer Neuaufbau, die Organisation der Berufsstände sei die Aufgabe der Regierung in den nächsten Monaten, der Vaterländischen Front aber sei es beschieden, nicht etwa nur die Vereinigung von zwei oder drei Parteien zu sein, sondern «zur Überwindung des Parteienstaates die Vereinigung aller zu Österreich sich Bekennenden.»

Die Programmrede des Kanzlers war der Versuch, ein abstraktes Gedankengebäude der Öffentlichkeit nahezu-bringen; die Umriss waren noch verschwommen und konnten auch unmöglich anders sein; zwischen dem Vorhaben und der Verwirklichung mussten, auch dem in der Staatskunde

---

\* Bei Kartitsch, Osttirol.

Unerfahrenen erkennbar, nicht leicht zu meisternde Hindernisse liegen.

Im nüchternen Alltag begannen die Fragen und die Zweifel auch unter dem engeren Kreise um den Kanzler. «Vaterländische Front?» Sie war noch keine konkrete Vorstellung. Der hochtönenden Parolen hatte es in dieser Zeit schon genug gegeben. Von der Christlichsozialen Partei, der bisher führenden Staatspartei, die auch im heissesten Gedränge zum Staate gestanden war und Männer hatte wie Kunschak, Vaugoin, Schmitz, Robert Krasser – Menschen, auf die man jederzeit bauen konnte –, von dieser Partei war keine Rede gewesen. Hier begegnete die Rede des Kanzlers dem Einspruch.

Der Kanzler wusste um die christlichsoziale Bewegung, er stammte aus ihrer Mitte, aber die von ihm verlangte Umstellung des Denkens warf zu viel Überliefertes, Gewohntes und Geliebtes um, als dass sie in ihrer Tragweite rasch verstanden worden wäre.

\*

Zehn Tage nach der Kanzlererklärung erfolgte die Umbildung der Regierung Dollfuss, ein Austausch der Minister, die einer parteipolitischen Gruppe angehörten, gegen Nichtparlamentarier. Zugleich mit dem Rücktritt der dem Landbund und Heimatschutz zugehörigen bisherigen Kabinettsmitglieder war auch Heeresminister Vaugoin verabschiedet worden. Erst vor wenigen Monaten war er auf dem Salzburger Parteitag der Christlichsozialen wieder als ihr Bundesparteiobmann auf den Schild erhoben worden, nicht ganz dem Wunsche Dollfuss' entsprechend, der für seine Pläne es als richtiger empfunden hätte, wäre ihm selbst die Bundesparteiobmannschaft der Christlichsozialen übertragen worden. Doch Vaugoin war der Mann, der das Land von der Schöpfung aus der Umsturzeit, der Volkswehr unerquicklichen Angedenkens, befreit und mit General Jansa an seiner Seite das öster-

reichische Bundesheer eingerichtet hatte. Unter tosenden Zustimmungskundgebungen war Vaugoin in Salzburg aufs Neue mit dem höchsten Amte der Partei bekleidet worden. Nun aber sollte er nach zwölfjähriger Führung des Heeresministeriums – der bisher längsten Dienstzeit eines Ministers in der österreichischen Republik – durch seine Loslösung von diesem Amte Zeugnis ablegen für die Überwindung des Parteienstaates, indes der Heimwehrführer Major Fey, der bisherige Minister für Sicherheitswesen, zwar ohne dieses Ressort, doch in der bedeutenden Stellung als Vizekanzler dem neuen Kabinett angehören konnte. Der Kanzler war bestrebt gewesen, dem Kräftespiel innerhalb der Regierung durch den geschaffenen Wechsel ein Ende zu setzen, indem er sich sowohl die Wehrmacht als auch die Führung des Sicherheitsdienstes vorbehielt. Loyal entsprach Vaugoin dem Willen des Kanzlers; leicht fiel es ihm nicht.

Noch mehr als die Veränderungen in der Regierung beschäftigte die intime politische Diskussion das Wort von dem «Ende des Parteienstaates». Konnte es wahrhaftig auch der Christlichsozialen Partei gelten, der bisher in allen guten und bösen Zeiten zuverlässigsten der Regierung zur Verfügung stehenden vaterländischen Kraft? Der christlichsoziale Pressedienst dementierte die umgehenden Gerüchte, beschwichtigte. Aber er hatte es nicht leicht, sonst hätte er nicht Woche für Woche sich bemüht, zu versichern, dass «niemand daran denke», die Christlichsoziale Partei auszuschalten. Selbstverständlich gehe es nicht um ihr Verschwinden, sondern um das «Verschwinden der überwuchernden Parteieinflüsse im allgemeinen», den Christlichsozialen falle jetzt die besonders ehrende Aufgabe zu, ihrer wirklichen Natur entsprechend «Kerntruppe der Vaterländischen Front» zu sein. Das war eine ehrenvolle Interpretation. «Kemtruppe» aber sein heisst «beisammenbleiben». Doch ging ein Knistern durch das Gerüst der Partei eines Lueger und Liechtenstein, Jodok Fink und Ignaz Seipel. Am gleichen Tage, am 21. September, da

das Ausscheiden Karl Vaugoins aus der Regierung für die Übernahme der Präsidentschaft in der Verwaltungskommission der Bundesbahnen verlautbart wurde, erhielten die Vertrauensmänner die Botschaft: «Es ist selbstverständlich, dass Vaugoin auch weiterhin Parteiobmann bleibt.» Was an diesem 21. September gegolten hatte, galt jedoch am 1. November nicht mehr, denn an diesem Tage suchte Vaugoin auch als Bundesparteiobmann um Urlaub an, zwar, wie es hiess, nur für die Dauer seines Amtes als Präsident in der Verwaltungskommission der Bundesbahnen. Doch wurde die Möglichkeit, von diesem Amt an die Spitzenstellung seiner Partei zurückzukehren, rasch überholt, denn am 9. November veranlasste der Kanzler die Bestellung eines «geschäftsführenden Bundesparteiobmannes» seitens der Bundesparteileitung vorzubereiten; der Name wurde noch nicht genannt.

Nach Vaugoin schied auch sein Stellvertreter Leopold Kunschak aus der Bundesparteileitung mit der Erklärung, sein Entschluss sei unwiderruflich. An Kunschaks Stelle trat in der Bundesparteileitung noch durch Wahl in der Form einer Kooptierung der Sozialminister des Kabinettes Richard Schmitz, in der Wiener Parteileitung der Freund und Vertraute Kunschaks, Professor Robert Krasser, der Vormann der organisierten katholischen Akademikerschaft; er war ihr weltanschaulicher und politischer Dogmatiker; sein Wort hatte Gewicht, neben ihm und hinter ihm standen die bedeutendsten Persönlichkeiten der Wiener Christlichsozialen Partei. Am 2. Oktober hielt Robert Krasser, der Obmann der Wiener Partei, in einer Konferenz seiner Mitarbeiter eine scharf profilierte Rede, die sich mit verschiedenen Deutungen des Programms des Kanzlers befasste und einige Interpretationen richtigstellte. Im Zentrum seiner parteigeschichtlich interessanten Auseinandersetzungen standen die Sätze:

«Wir sind für die Beseitigung der nicht im Volks- und Staatsinteresse gelegenen omnipotenten Parteiherrschaften. Wir lehnen aber auch mit aller Entschiedenheit den Einparteistaat ab. (Hier

nahm der Redner gegen die Totalitätsbestrebungen Stellung, die auch in manchen Quartieren der Heimwehr nisteten.) Denn auch das Totalitätsprinzip des Einparteistaates, bei dem die Eingriffs- und Leitungsrechte der zentralistischen Autorität grundsätzlich unbegrenzt sind, wäre mit der berufsständischen Ordnung schlechthin unvereinbar. Die Beseitigung des Parteienstaates bedeutet auch nicht ohne Weiteres das Ende der politischen Parteien überhaupt. Gewiss werden in Zukunft die politischen Parteien nicht mehr die einzigen, den Staatswillen bestimmenden Organe sein, sie werden einen nicht unerheblichen Teil ihrer bisherigen Funktionen und Aufgaben an die auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebauten Berufsstände abzugeben haben. Sie werden aber einen gerechten Ausgleich zwischen den Notwendigkeiten einer starken Regierung und einer lebendigen Anteilnahme des ganzen Volkes am Staate als Gesinnungs- und Erziehungsgemeinschaften in ganz wichtiger Funktion zu vollziehen haben. Unsere Christlichsoziale Partei hat die verantwortungsvolle Pflicht, dafür zu sorgen, dass der Aufbau der ständischen Formen und ständischen Grundlagen, wie sie die Enzyklika verkündet, wirklich in christlichem Geiste durchgeführt werde. Sie wird unserem Bundeskanzler bei diesem Bemühen die *verlässlichste Stütze* sein müssen. Sie wird, hineingestellt in die grosse Vaterländische Front, in treuer Gefolgschaft zu Dr. Dollfuss Weiterarbeiten und nicht ruhen, bis das Werk glücklich vollendet ist.»

Die Rede des Obmannes der Christlichsozialen Partei Wiens bedeutete eine ehrliche Warnung vor Abweichungen zu Absolutismus und Diktatur, die in manchen Gegenden der Heimwehr sich bemerkbar machten.

In einer Entschliessung billigte der Wiener Parteirat einstimmig die Lageerklärung seines Obmannes.

Wenige Tage später erging denn auch an die österreichischen Vertrauensmänner eine Aussendung, die, aus der Mitte der Partei stammend, deren Bestand mit einem offenen Beharrungswillen verteidigte:

«Die Christlichsoziale Partei vertritt die christliche Weltanschauung, sie ist staatsfremd, sie ist österreichisch. Wie immer auch der künftige Staat aufgebaut, wie immer auch seine öffentlichen Körperschaften ausschauen werden, ob ständisch, ob politisch, ob wirtschaftlich – die christliche Weltanschauung wird und muss in allen diesen Körperschaften irgendwie zum Ausdruck kommen. Diese Weltanschauung ist aber heute nur von der Christlichsozialen Partei vertreten. Sie ist daher in Zukunft nicht nur

nicht überflüssig, sie ist im Gegenteil zu neuen gewaltigen Aufgaben berufen. Niemand denkt daran, die Christlichsoziale Partei aufzulösen, die Organisation der Christlichsozialen Partei verschwinden zu machen. Am allerwenigsten der Bundeskanzler selbst. Die Christlichsoziale Partei wird selbstverständlich weiterbestehen.» («Informationsdienst der christlichsozialen Nachrichtenzentrale», 6. Oktober 1933.)

Das war sehr tapfer gesagt und war eine nochmalige Mahnung, ausgesprochen von besorgten Anhängern. Aber der Kanzler hatte, wie auch von seinen Kritikern zugegeben werden musste, die Freiheit der Entscheidung zu dieser Zeit nicht mehr in der eigenen Hand. Ein Gefangener seiner Lage, angewiesen auf das Verbleiben der kleinen Heimwehrgruppe des Parlaments, die in der öffentlichen Meinung mehr zu sagen hatte als mit ihren Abgeordnetenstimmen. Dass die Christlichsozialen ihn in der Not verlassen würden, fürchtete Dr. Dollfuss nicht; dass ein Abzug der Heimwehr von seiner Seite sein grosses reformerisches Unternehmen stürzen würde, nahm er als sicher an. Solange er einer Entscheidung ausweichen konnte, manövrierte er. Aber diesmal gab es kein Ausweichen mehr. Gegen Mitte November entschloss er sich, nach allen Seiten hin volle Klarheit zu schaffen.

Für den 16. November wurden der Vorstand der Christlichsozialen Partei und die Vertreter der Landesparteileitungen vom Klubobmann Kollmann in den Salon des Parlamentspräsidiums zu einer Sitzung geladen, auf deren Tagesordnung die durch die sogenannte Beurlaubung Vaugoins fällige Neubesetzung der Bundesparteiobermannschaft beziehungsweise die vom Kanzler gewünschte Bestellung eines geschäftsführenden Bundesparteiobermannes stand. In einer Vorbesprechung wurden die Mitglieder des engeren Vorstandes unterrichtet, dass der Bundeskanzler im Wege der Ernennung den neuen Bundesparteiobermann berufen sehen möchte. Hier begegnete Doktor Dollfuss bestimmtem Widerspruch. Man sei bereit, einen Mann zu akzeptieren, den Dr. Dollfuss vorschlage, aber man verlange, dass die Berufung durch einen Wahlakt geschehe.

Als der wünschenswerte Kandidat wurde Robert Krasser genannt. Aber der Kanzler gab zur Antwort:

«Ihr wünscht einen *Reformator*, ich aber brauche einen *Liquidator!*»

Die Vormittagssitzung wurde unterbrochen, ein Entscheid war noch nicht gefallen.

Draussen war ein trüber Tag. Jeder von den Teilnehmern, die am Nachmittag zu der Fortsetzung der Sitzung sich einfanden, schien etwas von dem unfreundlichen Grau des Novembertages hereingebracht zu haben. Die Erwartung eines bedeutsamen Ereignisses lag in dem Raume. Während Bundesminister Dr. Buresch über finanzwirtschaftliche Angelegenheiten referierte, erschien der Bundeskanzler. Er nahm sogleich nach der Begrüssung das Wort.

Dollfuss ging sofort in eine Darstellung der inner- und aussenpolitischen Lage ein und zeigte daran die Aufgabe, zu deren Lösung jetzt der vaterländische Mensch aufgerufen sei. Was er, der Bundeskanzler, vor einem halben Jahre erst nur von ferne und unbestimmt in einem Zustand hoffnungsloser Zerrüttung der staatlichen Zustände als harte Pflicht erkannt habe, das habe sich seither zur festen hoffnungsvollen Zielsetzung verwandelt: Ein neues Österreich erstehe! Jetzt gelte es, das schon Gewonnene zu sichern und daran ohne Rast weiterzubauen. Nun zeigte der Kanzler, wie er die Obliegenheiten für den seelischen, sozialen und staatlichen Neubau ersehe. Ein solches Ziel zu erreichen, werde dem geschenkt sein, der die sittliche Kraft zum Verzicht, zum Opfer auch des geliebten Gutes in sich besitze. Jetzt sei die Zeit gereift, da alles eingesetzt werden müsse, um zu gewinnen, was durch ein halbes Jahrhundert das Planen und die Sehnsucht grosser christlicher Denker gewesen sei: die Neuformung der gesellschaftlichen Ordnung im berufsständischen christlichen Geiste. Ja, jetzt sei es an den Führern der Christlichsozialen, mitzuarbeiten, um das Grosse, Kostbare wirklich zu erwerben. «Die Stunde ist gekommen!»



Der Kanzler war während seiner Rede auffallend blass. Er hielt die Augenlider gesenkt, als lese er von einem vor ihm liegenden unsichtbaren Blatt seine Worte ab. Er sprach leise, von einer verhaltenen Erregung erfasst, als er fortfuhr: Nun sei auch von den Getreuen, die bisher durch ihre Zurückhaltung und ihre stille Kleinarbeit den Beginn der neuen Gestaltung ermöglichten, das Opfer eingefordert, die alten Parteiformen zurückzustellen und sich mitformend in die neue Stellung einzugliedern – in grossherzigem Verzicht auf sich, um noch Grösseres für Österreich zu gewinnen.

Was nun kam, war ergreifend. Ich konnte den Kanzler, ihm gegenüberstehend, aus der Nähe beobachten. Mit einem fast visionären Ausdruck in den Augen aufwärts blickend, sagte der Kanzler, seine Stimme zu einem Flüstern dämpfend – es ist mir, als sähe ich ihn heute noch vor mir wie damals, jede Silbe abmessend:

«Ich weiss, ich verlange viel von euch. Jeder von uns muss alles, was er kann, daransetzen. Es ist das Befreiungswerk, das wir für unser Volk zu vollbringen haben. Ich bin mir bewusst, dass ich mit meinem Unternehmen viel aufs Spiel setze, vielleicht auch die Existenz meiner Familie, vielleicht» – einige Sekunden lang hielt er inne –, «vielleicht auch mein Leben. Aber es muss sein! ...»

Ich war nicht der einzige in unserer Runde, für den die Zeugenschaft ein erschütterndes Erlebnis war.

Sah Dollfuss in dieser Stunde sein Schicksal voraus? Legte er, ein um das Ende irgendwie Wissender, die Opferschale auf den Altar des Vaterlandes? Es war nicht anders.

\*

Nach kurzem Verweilen verliess der Kanzler die Sitzung, die der Vorsitzende unterbrach, um den Vorstandsmitgliedern Gelegenheit zu geben, sich in intimer Aussprache über das Weitere zu verständigen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung eröffnete Kollmann als Vorsitzender den Anwesenden den bestimmten Wunsch des Bundeskanzlers, es sei in der Person

des gewesenen Ministers Dr. Emmerich Czermak «ein geschäftsführender Ohmann zu bestellen».

Der Wunsch war nach der Lage der Dinge ein autoritatives Verlangen, an die Spitze der führenden Staatspartei einen Nichtparlamentarier zu stellen. Dr. Czermak hatte nie dem Nationalrat angehört. Seine Berufung bedeutete den sichtbaren Bruch mit der bisherigen Begriffswelt. Stets war die höchste Würde der Partei einem vom Volke gewählten Abgeordneten anvertraut gewesen. Czermak war eine sehr achtbare Persönlichkeit, aber seine Bestellung in Form einer Scheinwahl war für die meisten Anwesenden eine unliebsame Neuerung, die man, dem Appell des Kanzlers folgend, hinzunehmen hatte.

Unwillig erhob sich der niederösterreichische Abgeordnete Manhalter und verliess die Sitzung.

Dr. Czermak war bei diesen Vorgängen nicht anwesend und erfuhr von seiner Bestellung erst, als er zufällig in den Couloirs mit dem Bundesrat Sturm zusammentraf und von diesem über das Geschehene unterrichtet wurde.

Dr. Czermak näherte sich nur zögernd der ihm zugedachten Rolle. «Geschäftsführender Bundesparteiobmann?» Was besagte der Titel? Dr. Czermak sah den Dingen nicht ganz auf den Grund. Soll das der Anfang vom Ende sein? Das Ende der Christlichsozialen Partei? Er war beunruhigt. In einer mehrstündigen Unterredung, zu der Dr. Dollfuss ihn in seine Privatwohnung geladen hatte, gelang es dem Kanzler, die Bedenken Czermaks zu verscheuchen. Mit grosser Eindringlichkeit hatte Dollfuss seinem Gegenüber vorgehalten, er brauche an der Spitze der Christlichsozialen Partei eine absolut zuverlässige Hand, einen Mann, auf dessen Treue er sich unbedingt verlassen könne, und er appelliere an die Loyalität seines Gesprächspartners, die Geschäftsführung der Partei für den Übergang zu neuer verfassungsrechtlicher Ordnung zu übernehmen. Da gab sich Dr. Czermak gefangen und nahm an. Ihm ist später in seiner Rolle nicht ganz wohl ge-

worden. Er war ein alter Christlichsozialer, der eingeleiteten Entwicklung konnte er nicht folgen.

Kurze Zeit, nachdem Dr. Czermak sein Amt angetreten hatte, suchte Dr. Renner mit ihm Fühlung. Um die Jahreswende kam es zu einer nächtlichen Unterredung der beiden Männer. Wie Dr. Czermak seinen Freunden berichtete, erklärte ihm Dr. Renner die einverständliche Vorsorge für eine Übergangszeit mit der erstrebten späteren Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände als das zu erreichende Ziel. Er sei berechtigt, die Bereitschaft seiner Partei zu erklären, für eine Verständigung der beiden grossen Parteien für dieses Vorhaben bis zur äussersten Grenze des Entgegenkommens zu gehen. Man habe volles Verständnis für die schwierige Stellung des Bundeskanzlers.

Nach dieser Unterredung liess Dr. Renner noch wissen, dass er mit seinen Vorschlägen bis Mitte Jänner im Wort bleibe.

Am 18. Jänner antwortete der Kanzler, erkennbar auf das Angebot Renners eingehend, vom Christlichsozialen Klub aus mit einer Rede, in der er an «alle ehrlichen Arbeiterführer» appellierte und sie aufrief zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs.

Der schöne Akt des Kanzlers wurde jedoch durch pressepolizeiliche Massnahmen durchkreuzt. Was war da geschehen? Am 20. Jänner hatte das Wiener sozialdemokratische Hauptorgan einen Leitartikel veröffentlicht, der die Frage aufwarf, ob es möglich sei, dass der österreichische Bundeskanzler dem zurzeit in Wien weilenden italienischen Unterstaatssekretär Suvich sage, «wie stark das Mitgefühl aller Österreicher für das Schicksal der bedrängten Deutschen in Südtirol ist». Der Artikel wurde polizeilich beschlagnahmt und die «Arbeiterzeitung» unter ein zweimonatiges Verbreitungsverbot gestellt. Es muss gerechterweise festgestellt werden, dass die Sprache des Artikels vorsichtig und taktvoll war. Es wäre eine gesuchte Auslegung gewesen, aus dem Artikel eine Unhöflichkeit

gegenüber dem italienischen Gaste oder Unsachlichkeit herauszulesen. Ein zweiter pressepolizeilicher Zugriff traf ein paar Tage später dasselbe sozialdemokratische Organ durch die Konfiskation einer Stelle aus der Antwort an den Kanzler, die der neugeschaffene sozialdemokratische Parteirat am 28. Jänner beschlossen und in der «Arbeiter-Zeitung» veröffentlicht hatte. Diese Antwort, gefasst in dem gewohnten parteiamtlichen Stil, enthielt die Erklärung, dass die sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten «zur Unabhängigkeit Österreichs stehen und bereit sind, sie mit allen Mitteln zu verteidigen. Auch jetzt in diesem Augenblicke bereit sind, an einer friedlichen und verfassungsmässigen Entwirrung der politischen Krise mitzuwirken.» Diese Zusage war mit verschiedenen naheliegenden politischen Voraussetzungen verknüpft. Ein Drittel der in Druck erschienenen Antwort verfiel der Zensur.

Politisch zu rechtfertigen war diese Konfiskation ebenso wenig wie die vorausgegangene Beschlagnahme und die gleichzeitige Strafverfügung. Mit diesen jähen pressepolizeilichen Eingriffen konnte allerdings der Annäherung «der aus klassenkämpferischen Gründen noch abseits stehenden Kreise der Bevölkerung», wie sie der Kanzler erstrebt hatte, nicht gedient werden. Die Frage lag nahe, ob das pressepolizeiliche Eingreifen in beiden Fällen über höheren Auftrag erfolgt sei. Seit 11. Jänner stand in der Regierung als Leiter des Sicherheitswesens wieder Major Fey. Beide Konfiskationen hatten unter den obwaltenden Umständen ausgesprochen politischen Charakter. Eine Deckung seitens des Bundeskanzleramtes für diese politischen Akte lag nicht vor. Waren sie aber einmal geschehen, so waren sie, so störend sie waren, nicht mehr zu beheben. Ob Fey die Verantwortung für das Geschehene trug, ist nicht aufgeklärt worden.

Fey war ein Mann von hohem militärischen Ruf; eine der aus seiner Initiative vollbrachten Waffentaten war 1916 die Erstürmung des Kapellenberges von San Oswaldo im Val

Sugana gewesen, einer das Tal wie eine Festung beherrschenden, von den Italienern zäh verteidigten Stellung, deren Eroberung das Tal frei machte für die einsetzende österreichische Offensive. Das Maria Theresien-Kreuz und andere Tapferkeitsauszeichnungen sowie vier Verwundungen bezeugten den Angriffsg Geist dieses militärischen Führers. Er hatte davon einen Schuss – Kenner meinten: einen allzu starken Schuss – in seine Ministerschaft mitgebracht. Im September als Vizekanzler in das neugebildete Kabinett Dollfuss berufen, hatte er das zuvor durch vier Monate innegehabte Ressort des Sicherheitswesens nicht wieder erhalten. Fey trug an diesem Verluste. Doch nun hatte er seit wenigen Tagen das Sicherheitswesen wieder als Ressort zurückerhalten, da sich im Linkslager die Zeichen einer gefährlichen Vorbereitung verschärften. Der Kanzler hatte in solcher Lage in ihm den rechten Mann gesehen, den augenscheinlich im Gange befindlichen Aufrüstungen sozialistischer Eisenfresser zu begegnen.

Damals war jeden Tag der Bürgerfrieden auf dem Spiel – gestern gewonnen, heute in Gefahr, morgen vielleicht verloren ...

#### IV. KAPITEL

### DER VERSUCHER IN DER AULA

*Üppiger Flugschriftenimport – Unzufriedene und Idealisten – Spekulation auf das Nationalgefühl der Jugend – Zunehmender Radikalismus – Aufschlussreiche Hochschulwahlen – Nationalsozialistische Werbemethoden – Papen als Vertrauensmann Hindenburgs – Gedankenaustausch mit bayrischen Gesinnungsfreunden – Unerwünschter Besuch in Wien – Anschauungsunterricht für Österreicher – Dr. Eisele als Hiobsbote – Auf der schwarzen Liste – Bedrohung einer weltanschaulichen Brückenstellung – Die kulturpolitische Mission des CV – Infiltrationsversuche des Gegners – Der Austritt aus der «Deutschen Studentenschaft» – Gleichschaltung mit zielstrebigem Methodik – Weisungen, Befehle und ein Ultimatum – Die Auseinandersetzung im «Weissen Turm» – Abschaltung vom reichsdeutschen CV – Die erste Manifestation einer österreichischen Widerstandsbewegung*

Der Verteidigungskrieg, den Österreich im zweiten Jahrzehnt seines Bestandes als Republik zu führen hatte, besitzt kein Beispiel in der europäischen Geschichte.

Bis in das Frühjahr 1931 hatte die nationalsozialistische Propaganda noch geschwiegen. Dann aber setzte sie mit grosser Heftigkeit ein. Ihr standen bedeutende Geldmittel zur Verfügung, die gewiss nicht aus Österreich stammten. Methode und Praxis verrieten die Herkunft. Zu einem üppigen Flugschriftenimport gesellte sich ein reichdotiertes Zeitungswesen, in dem es nicht darauf ankam, dass Wagenladungen fertiger Erzeugnisse unverbraucht blieben. Das Vorgehen der Propaganda zeigte Routine.

Die anfängliche Überlegenheit der nationalsozialistischen Werbung gegenüber der österreichischen Abwehr erklärte nur zum Teil den starken Einbruch, den die nationalsozialistischen Stimmeroberungen in den Landtagswahlen

von Wien, Niederösterreich und Salzburg (April 1932) machten, in denen die Christlichsozialen 55.000 und die Sozialdemokraten 48.000 Stimmen in Wien und Niederösterreich einbüssten. Es gab dafür tiefere Gründe. Weite Schichten des Volkes waren von der zermürbenden Unsicherheit ihrer Existenz, von dem Rückgang der Produktion, von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Mittelstand des Handels und Gewerbes sah seinen Lebensstandard sinken. Bis tief in die Arbeitsstätten hinein war eine eigentümliche Unruhe erkennbar. Wir Zeitungsleute erlebten aus der Nähe, wie alte Kunden des Anzeigenteiles von der christlichsozialen Presse plötzlich ihren Platz wechselten, wortlos Abschied nahmen und dann bei dem oder jenem neuen nazistischen Blatte als Inserenten auftauchten. In den Kaufläden der Grossstadt hatten von Berlin aus während der Achtzigerjahre die Rassentheorien des Professors der Orientalistik, Dr. Ahlwardt, und seines Partners, Graf Pückler, einen Anhang gefunden, in dem geschäftliche Interessen den Doktrinen der gelehrten Theoretiker zu Hilfe kamen. In den Krisen des Nationalsozialismus zerfiel auch dieses Fassadenstück eines politischen Lehrgebäudes. Die dem staatlichen Haushalt auferlegten Sparmassregeln, der rasche Wechsel von sechs kurzlebigen Regierungen seit dem Rücktritt Dr. Seipels von seiner Kanzlerschaft, die Zerfahrenheit des Parteiwesens und erst recht der Zusammenbruch der Creditanstalt wurden in der Redeweise bedenkenloser Kritiker selbstverständlich Beweise für die Unfähigkeit des bisher herrschenden nichtswürdigen Systems, dessen Vernichtung mit mächtigen Sprüchen in Aussicht gestellt wurde. Da war dann auch der Chor der Schwätzer, der Miesmacher, politischer «Gschaftlhuber», die alles «eh schon immer gwusst» hatten. Ihr Publikum waren alle Unzufriedenen, die Sorgenvollen und die nationalen Idealisten, unter denen ein himmelstürmender Radikalismus sich heimisch machte.

Die Verkünder der neuen Lehre hatten sich die grossen und kleinen Städte als ihr Hauptarbeitsfeld erwählt. Weniger

Freude hatten sie an den Bauern; in sozialistischen Gemeinschaften fanden sie Eingang. Und immer wieder trommelte auf die Gehirne das Schlagwort von dem «lebensunfähigen Österreich». Also hin zu Hitler und Hakenkreuz! Hin zu dem kommenden, in seinen Propheten und Führern schon sichtbaren Grossdeutschland.

Mit aller Kraft warfen sich die neuen Weltverbesserer auf die Jugend.

Auf die in der österreichischen Jugend auf kommende nationalsozialistische Bewegung machte in der Nationalrats-sitzung vom 13. Februar 1933 der oberösterreichische Abgeordnete Dr. Aigner aufmerksam:

«Es wird geschickt auf das Nationalgefühl unserer Jugend spekuliert. Das wird missbraucht in einer Zeit, da unsere Jugend wegen der Stellensperre, wegen der Drosselung unserer Industrie, unseres Gewerbes, unserer höheren Landwirtschaft keine Existenz und keine Unterkunftsmöglichkeit findet. Da kommen neue Parteien mit neuen Zielen und neuen Idealen und verkünden, dass nach Zerstörung des alten Reiches, durch Schaffung eines neuen Dritten grossen Deutschen Reiches mit einem Schlag die Not werde beseitigt werden können. Das ist die Agitation, die den Fundamenten unseres österreichischen Vaterlandes in erster Linie gefährlich wird. Da sind wir alle daran interessiert, dass wir einer solchen Verführung der Jugend das Paroli bieten.»

An den Hochschulen fanden die nazistischen Werber einen wohl vorbereiteten Boden. Die Ekstase des Bismarck- und Schönerer-Kults hatte in der jungen akademischen Generation, der wohlhabenden liberalen Oberschicht, die vornehmlich in den sechzig bestehenden Burschenschaften sich zusammenfand, den alten Idealismus des deutschen Burschentums zu einer Vorstellungswelt abgedrängt, in der Wissen um die grosse Staatsaufgabe des österreichischen Deutschtums als völkerverbindende und kulturschaffende Kraft verkümmerte. Persönlichkeiten aus den Reihen der alten Burschenschaft, der Nobelgarde des liberalen Nationalismus, wie ein Doktor Steinwender, ein Dr. Schürff, ein Dr. Stölzl, hatten ihre Vereinsamung oft empfinden müssen. Ein erheblicher Bruchteil



der intellektuellen Jungmannschaft war von den alldeutschen «Verbindungen» und «Vereinen» erfasst, die, den Nationalismus der Burschenschaften übersteigernd, schon einen hektischen Stich ins Revolutionäre hatten; nicht umsonst kam 1899 aus der Wiener Verbindung «Ostmark» die Losung, der leidenschaftliche Impetus zur Los-von-Rom-Bewegung, dieser religionsfremden Mischung aus überhitztem Nationalismus und Unkenntnis der Wirklichkeit. Die Radikalen gaben den Ton an in der Deutschen Studentenwelt und auch gegenüber den akademischen Behörden.

Vorgänge, in welche die grosse Akademikerschaft des CVs 1933 hineingerissen wurde, erreichten durch ihre Ursachen und ihre grosse Tragweite zeitgeschichtliche Bedeutung. Die zünftige Geschichtsschreibung ist bisher an den keineswegs bloss episodenhaften Geschehnissen vorübergegangen.

Für jene, die sich bisher über den Ernst der Tatsachen getäuscht und die oftmaligen tumultuösen Ausschreitungen an den Hochschulen als ungezogene jugendliche Kraftäusserungen verstanden hatten, brachten die *Hochschulwahlen im Februar 1931* eine vielsagende Aufklärung. An der Wiener Universität hatte die Nationalsozialistische Liste 2278 Stimmen erreicht, indes die «Völkische Front», die bei diesen Wahlen noch eine selbständige Mittelstellung bewahrte, sich mit 1751 Stimmen bescheiden musste. Am besten hatten sich die Reihen der katholischen Hochschülerschaft gehalten, die mit 2163 Stimmen ganz nahe an den nationalsozialistischen Wahlerfolg herankam und demzufolge im Hochschulausschuss der Universität sich mit 14 Mandaten den 15 der Nationalsozialisten zunächst stellen konnte. Aus dem Wahlergebnis sprang eine kleine Merkwürdigkeit hervor: An der Katholischen Theologischen Fakultät waren 187 Stimmen für die Liste der Katholischen Hochschülerschaft und zwei für die nazistische Liste abgegeben worden. Ob diese zwei Stimmen der Katholisch-Akademischen Jungfront, einer Neubildung, angehörten, die ihre eigenen Wege ging, oder eingeschmuggelt waren, ist

nicht ermittelt worden. Die feurige Redekunst der braunen Minnesänger wusste da und dort auch junge katholische Studenten zu bezaubern. An der Wiener Technischen Hochschule und an der Hochschule für Welthandel errangen die Hakenkreuzler unbestreitbare Spitzenstellungen. Fast hätten sie an der Wiener Technischen Hochschule mit 1'164 Stimmen gegenüber den 726 der Völkischen Front und 461 der katholischen Liste die absolute Mehrheit gewonnen. Das grossdeutsche Lager war an der Tierärztlichen und Welthandels-hochschule bis auf schmale Reste zersprengt worden.

Der Ausgang dieser Wahlen bot keinen allgemeinen Massstab für die Meinung der Bevölkerung, er regte aber zu Nachdenklichkeit an, mahnte die zwei grossen Parteien, die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten, sich auf eine neue Frontenbildung in kommenden Wahlen vorzubereiten.

Über die nordwestlichen Grenzen herüber wirkten die überraschenden Veränderungen in Deutschland. Mit Staunen sah man alte Stellungen der grossen deutschen Parteien, auch des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei, plötzlich fall-süchtig werden. In der Schichte der Jungwähler kündigte sich, in einem noch nicht berechenbaren Umfang feststellbar, ein schon in die Breite gehender Stellungswechsel an. Die Trommler der nationalsozialistischen Werbung, die mit gedämpfem Schlag angefangen hatten, lärmten schon jetzt in scharfem Stakkato. Terror setzte ein. Die Verwirrung stieg. Kurz vor der für 13. März 1932 angesetzten Reichspräsi-dentenwahl waren in Deutschland weithin in den Gebieten katholischer Bevölkerung an Häusern, Briefkästen, Tele-graphenmasten Massen von Handzetteln angeklebt worden, auf denen zu lesen stand:

**«Katholiken!**

**Wählt den gläubigen Katholiken**

**Adolf Hitler!»**

Das klang nach allem, was man schon wusste, wie ein schlechter Scherz und war doch ein Beitrag zu dem blutigen

Ernst, der dann aus dem Ergebnis der Präsidentenwahl sprach: Reichspräsident Hindenburg hatte von den 38 Millionen am 13. März abgegebenen gültigen Stimmen 18,65 Millionen erhalten, indes Hitler, der einem Hindenburg als Kandidat die höchste Staatswürde streitig gemacht hatte, mit 11,3 Millionen Stimmen die Summe aller anderen Parteikandidaten zu übertrumpfen vermochte. Keine andere Partei war bisher in einem so kurzen Zeitraum zu gleicher Stimmenmacht emporgeschnellt. Da für Hindenburg nicht die absolute Stimmenmehrheit erreicht worden war und deshalb vier Wochen später der zweite Wahlgang folgen musste, ging zwar aus der heissen Wahlschlacht Hindenburg, für den sich der Wählerstand auf 19,36 Millionen erhöht hatte, als gewählter Reichspräsident hervor, doch war es eine vielsagende Überraschung, dass Adolf Hitler vier Wochen nach dem ersten Wahltag seine Wählerziffer um 2,1 Millionen höher zu türmen vermocht hatte. Noch deutlicher illustrierte die Bedeutung des Wahlergebnisses, dass im Prozentverhältnis der abgegebenen Stimmen auf Hindenburg im ersten Wahlgang 49,6 Prozent, daneben auf Hitler 30,1 Prozent entfallen waren, während vier Wochen später die Wahlstatistik 53 Prozent Hindenburg und 36,8 Prozent für Hitler – für diesen ein Mehr von fast sieben Millionen Stimmen – verzeichnete. Dieser jähe Hochsprung wurde die politische Sensation dieser Wahlgänge.

Ein unheimlicher Eroberer war in Deutschland und auch in Österreich im düsteren Glanze dieser Millionenziffern erschienen. Sie sollten bei den ein Jahr später, am 5. März 1933, stattfindenden Reichstagswahlen noch deutlicher ins Licht gerückt werden. Bei der Reichstagswahl im November 1932 hatten die Nationalsozialisten 11,7 Millionen Stimmen erhalten, nun aber – vier Monate später – sprang der Gewinn von 5,5 Millionen auf 17,2 Millionen. Die Presse sprach von Wahlen der Verzweiflung.

Hunderttausende fragten sich nun in Deutschland: Wie

hatte man sich gegen diesen Eroberer zu verteidigen? Und gespannt sahen die Österreicher nach dem nachbarlichen Bayern. Welchen Bescheid würde man dort aus den Erfahrungen dieser Wahl schöpfen?

In Salzburg trafen sich am 19. November 1932 Österreicher mit ihren bayrischen Freunden – der christlichsoziale Parteiohmann Vaugoin, Bundeskanzler Dollfuss, Landeshauptmann Dr. Rehr, Dr. Kienböck, Dr. Ramek, Parteisekretär Abgeordneter Schönsteiner, ich – und ihre Gäste: Ministerpräsident Dr. Held, der Präsident der Landtagsfraktion, Prälat Dr. Wohlmuth, die Abgeordneten Dr. Schlittenbacher, Dr. Hundshammer, Prälat Dr. Leicht und Dr. Schäffer und noch einige Herren. Der eingehende Gedankenaustausch galt zunächst der in Deutschland durch die jüngste Entwicklung geschaffenen Lage. Die Darstellung aus bayrischer Sicht war ernst, aber zuversichtlich, jäh überwältigender Ereignisse nicht gewärtig. Um die Person des greisen Reichspräsidenten konzentrierte sich der Kampf um die Macht; die Besorgnis sei, ob Hindenburg, der am Grabesrande stehende alte Mann, den in seiner Nähe nach der Herrschaft greifenden Elementen gewachsen sein werde. Alles werde darauf ankommen, dass die Nachfolgerschaft Hindenburgs in redliche Hände gelangen werde. Scharfe Kritik wandte sich gegen Papen, der als Reichskanzler und Vertrauensmann Hindenburgs die Verordnungsgewalt des Reichspräsidenten zugunsten parteipolitischer Mächte missbrauche. In der anschließenden Österreichdebatte beschäftigte man sich mit dem Anschlussfeldgeschrei aller nationalistischen Riten. Die Österreicher erhielten von ihren bayrischen Freunden den dringenden Rat, nicht einen Schritt in der Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit zurückzuweichen; jeder auch nur scheinbare Erfolg des nationalistischen Anschlussgelärms in Österreich komme dem gemeinsamen Feind in Deutschland zustatten. Der geführte Meinungs-austausch im Geiste nachbarlicher Freundschaft dauerte bis in die Abendstunden. Er

zeigte Übereinstimmung in der grundsätzlichen und taktischen Behandlung der schicksalsschwer obschwebenden Probleme.

Als sich die bayrischen Gesinnungsfreunde verabschiedeten, hatte wohl keiner von ihnen eine Vorstellung, dass wenige Wochen später der Terror, alle Schranken niederbrechend, durch Bayern rasen werde und die meisten Herren als Opfer der gegen die Bayrische Volkspartei und das Zentrum geführten Gewaltstreiches ihrer Freiheit beraubt sein würden. Und wer hatte eine Vorstellung gehabt, dass am 11. Juni der grosse Katholische Gesellentag in München im Blute erstickt, alle Kolpinghäuser Bayerns von SA-Kommandos überfallen, die katholischen und die evangelischen Arbeitervereine Deutschlands zersprengt, die verdientesten Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ein Stegerwald, ein Imbach, ein Theodor Brauner, aus der Deutschen Arbeitsfront ausgestossen sein würden! «Jeder, der es wagt, den grossen revolutionären Aufbau der Nation anzutasten, wird für alle Zeiten geächtet sein», verkündigte der Führer der «Deutschen Arbeitsfront», Dr. Ley. Die ersten Proben in Deutschland genügten, um jeden Österreicher, der sich Herz und Verstand gesund bewahrt hatte, ins rechte Bild zu setzen.

In diesem Frühling hatte auch Österreich schon die ersten Anmeldungen des von München her gelenkten Nazismus empfangen. Dafür sorgte der ungebetene Besuch des Reichsjustizkommissärs Dr. Frank, mit dem auch der preussische Justizminister Dr. Kerrl und Dr. Ley gekommen waren, um in Wien einen angeblichen Deutschen Juristentag und eine angebliche Türkenbefreiungsfeier abzuhalten. Justizminister Dr. Kerrl durfte für sich in Anspruch nehmen, dass er aus seinem Herzen keine Mördergrube machte und öffentlich seine Grundsätze mit den lapidaren Feststellungen bekannte:

«Als mein Führer mich an meinen Platz stellte, da wusste ich: vorbei muss es jetzt sein mit der Objektivität. Gewiss, der

Richter muss unparteiisch sein. Aber ich verlange, dass er parteiisch ist bis zum Äussersten, wenn es um den Bestand der Nation geht. Es gibt kein Wolkenkuckucksheim eines göttlichen objektiven Rechts.» («Völkischer Beobachter», Juni 1932.)

Das brutal herausfordernde Auftreten des Herrn Justizkommissärs Dr. Frank war für das österreichische Publikum ein so trefflicher Anschauungsunterricht, dass es am Platze gewesen wäre, Herrn Dr. Frank bei seiner behördlichen Ausweisung aus Österreich eine Dankadresse für seine ausgiebige Tätigkeit im Dienste der Aufklärung des österreichischen Volkes mitzugeben.

Am 13. Mai, an dem Tage, da der fälschlich als bayrischer Justizminister bezeichnete Dr. Frank mit Genossen mit Flugzeug in Wien zu seinem «unerwünschten Besuch» eingetroffen war, um seine abenteuerlichen Herausforderungen gegen Österreich fortzusetzen, erschien nachmittags in meiner Privatwohnung, zur grossen Überraschung meiner Familie, der Pressechef der Bayrischen Landesregierung, Dr. Hans Eisele. Er war mir ein lieber, teurer Freund. Wie kam er heute, an diesem spannungsgeladenen Tage, nach Wien? Was bedeutete die Gleichzeitigkeit seines Kommens mit Dr. Frank und dessen Begleitern, Dr. Kerrl und Dr. Ley? Ein Verdacht, dass Dr. Eisele vor dem Hakenkreuz kapituliert habe wie mancher andere reichsdeutsche Bekannte kam nicht in Betracht. Dieser prächtige Schwabe hatte als Leiter des Berliner Büros der «Kölnischen Volkszeitung», der führenden katholischen Tageszeitung Deutschlands, zu den angesehensten Publizisten der Zentrums Presse gehört. Er war ein Freund des Admirals Tirpitz gewesen, hatte während des ersten Weltkrieges ausgezeichnete Beziehungen zur deutschen Obersten Heeresleitung gehabt, war wiederholt mit wichtigen politischen Missionen betraut worden. Sein patriotischer Enthusiasmus während des Krieges hatte ihn nach dessen unglücklichem Ausgang seine grosse Berliner Stellung gekostet; er hatte sie mit der Korrespondentenstelle der «Kölnischen

Volkszeitung» am Wiener Platz vertauschen müssen. In den ersten schweren Jahren der österreichischen Republik hatte er uns Österreichern mit seiner glänzenden Feder gute Dienste geleistet. Der Chef der bayrischen Staatsregierung, Dr. Held, hatte den ausgezeichneten Journalisten Dr. Eisele ins Reich heimgeholt und ihn im bayrischen Staatsdienst mit der Leitung des Presseamtes betraut. — Nach hastiger Begrüßung schilderte Dr. Eisele sein Schicksal:

Eines Tages war die bayrische Regierung gestürzt — fast über Nacht — und er selbst hatte sich plötzlich dem hakenkreuzlerischen Innenminister Wagner, einem der grobknochigsten Herren des neuen Regimes, als seinem Vorgesetzten gegenübergesehen. Man hatte ihn, den gefeierten Journalisten, im Amt belassen, aber die neuen Herren hatten ihn aller Selbständigkeit entkleidet. Noch in dieser Stellung stehend, war er in den politischen Umsturz hineingeraten und hatte jetzt unter der neuen nationalsozialistischen Herrschaft zu dienen. Und jetzt war er am selben Tage wie der Friedensstörer Dr. Frank nach Wien gekommen. Was hatte das zu bedeuten? Erregt berichtete Dr. Eisele, unsere alte brüderliche Freundschaft habe ihn unter dienstlichen Vorwänden zu dem Wagnis getrieben, zugleich mit Frank die Reise nach Wien zu unternehmen. Er sei gekommen, mich zu beschwören, mit meiner Familie mich vor den unaufhaltsam herankommenden Ereignissen in Sicherheit zu bringen. Er habe bei der Macht ergreifung der Hitler-Herrschaft in Bayern in seiner nächsten Umgebung furchtbare Einzelschicksale erlebt. Bis in die Familien dringe die Zersetzung, die vom Nazismus ausgehe. Scheinbar stärkste Positionen des Zentrums seien im Reich unterminiert gewesen. Was noch vor wenigen Monaten unvorstellbar war, die Zerschlagung der ältesten und stärksten Kader der Bayrischen Volkspartei und des Zentrums, sei diesem Angreifer gelungen; selbst in katholischen Verbänden habe sich die nazistische Sekte Raum zu schaffen vermocht. Könne ich denn glauben, dass das kleine Österreich stärkeren

Widerstand leisten könne als das katholische Bayern, als die Katholiken des Rheinlandes? «Um Himmels willen!» rief mein Münchner Freund, «glaube mir, der nach furchtbaren Erlebnissen dich anfleht: Nimm es ernst, was sie in ihren Reden sagen: ‚Wir werden jeden Widerstand in Österreich unter den Stiefeln zerstampfen.‘ Du hast persönlich von ihnen das Schlimmste zu erwarten. Du hast nicht mehr lange Zeit!» Nicht zum ersten Male in meinem Berufsleben war ich in ähnlicher Weise schon bedrängt worden. Das erste Mal hatte ich den Rat unter verlockenden Umständen zurückgewiesen und den getroffenen Entscheid gewissenhaft geprüft, ohne ihn zu ändern. Ich hätte kein Recht gehabt, als christlicher Journalist zur Verteidigung des Vaterlandes und der Kirche auf die Barrikaden zu rufen, würde ich mir selber je Vorbehalten haben, wenn es ganz ernst wird, mich in aller Stille um die Ecke zu schleichen. Schon vor Monaten hatte ich aus Berlin von einem mir aus gemeinsamen Studienzeiten Wohlgesinnten, der den Geschehnissen sehr nahestand, die Warnung bekommen: mein Name stehe auf der schwarzen Liste der kommenden Machthaber, ich möge mich vorsehen. Aber man darf nicht Soldat sein wollen, wenn man das Davonlaufen als der Weisheit letzten Schluss betrachtet. Der journalistische Beruf ist, wenn er unter Gefahren für die geistigen Güter erfüllt werden muss, ein soldatischer Beruf. Dies hielt ich meinem Freunde Dr. Eisele vor, der zu der Garde des katholischen Journalismus im Reiche draussen gezählt hatte und für sich selbst unter anderen äusseren Verhältnissen entschieden hatte, als sie bei uns bestanden. Ich machte dem bayrischen Freunde deutlich: Wir sind fest entschlossen, unsere Sache mit aller Kraft zu verteidigen.

In der Morgenfrühe des 15. Mai erschien er nochmals bei mir zu einem Abschiedsbesuch. Er war tief ergriffen, da er erkannte, ich würde seinem Drängen nicht Rechnung tragen. Schluchzend umarmte er mich: «In einem Jahr seid ihr Österreicher verloren!» Er glaubte, sich ohne Gesinnungs-



opfer durch Klugheit in seiner Stellung halten zu können. Er hat Lehrgeld bezahlen müssen. Aber untergekriegt haben sie ihn nicht.

Mein Besuch aus München hatte nicht mit Unrecht von den auch uns Österreichern erwartenden Gefahren gesprochen. Wir standen am Anfang einer von noch unberechenbaren Strömungen bestimmten Entwicklung, die schon die normalen Bahnen verlassen hatte. Das sprunghafte Ansteigen der nationalsozialistischen Wahlerfolge in Deutschland, die jüngst, am 5. März 1933, bei der Reichstagswahl fast über Nacht in einem beispiellosen Zuwachs von fünfeneinhalb Millionen Stimmen gipfelten, bekräftigte aufs Neue die Richtigkeit des alten amerikanischen Wortspiels: «Der Erfolg ist der Erfolg des Erfolges.» Der Erfolg wurde der stärkste Bundesgenosse der Hitler-Propaganda. Er übte auch in Österreich seine Streuwirkungen aus. Wir wussten darum und waren zur Abwehr mit allen unseren Kräften entschlossen.

Eben kam von Bayern her die *Bedrohung einer wichtigen, von weltanschaulichen Pfeilern getragenen Brückenstellung*.

Eine solche besass bisher das katholische deutsche Volkstum Deutschlands und Österreichs in dem «*Cartellverband katholischer deutscher Studentenverbindungen*» und seiner Altherrenverbände, einer überstaatlichen Gemeinschaft, an der auch die Schweiz« Danzig, die Deutschen der Tschechoslowakei und Rumäniens Anteil hatten. Durch grundsätzliche Geschlossenheit seiner weltanschaulichen und vaterländischen Einstellung und einer gepflegten Lebensfreundschaft stellte der Verband eine Heim- und Werkstätte katholischer heranwachsender und schaffender Menschen der Bildungsschicht dar. In dem Verbände waren 91 katholische Hochschulverbindungen des Deutschen Reiches (7'826 Studierende und 14.693 Altmitglieder – «Alte Herren») mit 26 österreichischen Verbindungen (2'025 Studierenden und 3'100 Alten Herren) und mit 15 Verbindungen der genannten anderen Staats-



*Josef Reither*



*Dr. Viktor Kienböck*

gebiete zusammengeschlossen. Das war nach dem Ständeausweis vom 1. Juni 1933 das Ergebnis einer fast 80jährigen aufsteigenden Entwicklung, die nicht auf die Masse, sondern auf das Wesen einer christlichen Gemeinschaft und auf das männliche Bekenntnis katholischer vaterländischer Treue gerichtet war. Missdeutung und Befeindung sind dem Verbands nicht erspart geblieben, zumal in Österreich. In seiner Schrift «Katholisches Studententum in Österreich» konnte Robert Krasser, der langjährige treue Ekkehard der Altherrenschaft des österreichischen CV aussagen: «Keine andere akademische Körperschaft, aber auch keine andere katholische Gemeinschaft hat auch nur annähernd so viele Blutopfer, Freiheitsberaubungen, Kerkerstrafen und Existenzvernichtungen zu erleiden gehabt wie der CV. Seine Passion war auch seine Stärke, zumal in seinem österreichischen, dem heissesten Bereich, den er zu durchschreiten hatte.» Die stärksten Gegner des Verbandes standen im nationalsozialistischen Lager, dessen Gedankenwelt in Österreich eine stammesmäßige Verwandtschaft mit der alldeutschen Schönerer-Ideologie früherer Jahrzehnte, ihrer Rassenlehre und ihrem übersteigerten Nationalismus besass und durch sie an den Mittel- und Hochschulen den Boden vorbereitet gefunden hatte. Zuzufolge dieser Verwandtschaft gehörte auch der Krieg gegen den CV zur Tradition des Nazismus. So stürzte er sich denn auch auf seinem siegreichen Vormarsch nach der grossen Wahlschlacht des 5. März im Sturmschritt auf den CV. Fast von heute auf morgen sahen in Bayern die Katholiken sich ihrer ältesten und besten kulturellen und politischen Heimstätten beraubt. Der Triumph der «nationalen Revolution» war auch für viele Katholiken verwirrend.

In örtlicher Nähe zu dem süddeutschen Hauptquartier der Hitler-Bewegung hatte in diesem Jahre die Hauptleitung des Gesamt-CV in München ihren Sitz. Eine der angesehensten akademischen Körperschaften der deutschen Hochschulwelt, die katholische Verbindung «Aenania» – sie war älter als das

im Spiegelsaal des Versailler Schlosses gegründete Kaiserreich der Hohenzollern –, führte als «Vorort», von der Cartellversammlung des grossen Verbandes gewählt, seit einem Jahr die zentralen Geschäfte des Verbandes.

An dieser Führerstellung notierte man schon anfangs der Dreissigerjahre die Vorzeichen sich anspinnender kritischer Entwicklung. Die nationalsozialistische Strategie war darauf aus, Spitzenpositionen der politischen und weltanschaulichen Gegner zu infiltrieren. Unter dem Schlagwort der nationalen «Gleichschaltung» war, von Goebbels und dem Leiter des Aussenpolitischen Amtes des nationalsozialistischen Studentebundes, Alfred Rosenberg, gelenkt, eine geistige Informierung im Gange. 25 Verbindungen des CV, die sich unter dem Titel «Weisser Ring» zusammengetan hatten, zeigten schon ein fremdgeistiges Gebaren, anfällig für die Versuchungen der neuen nationalen Heilsbringer.

Mit Besorgnis horchte man in Österreich auf die fragmentarischen Berichte, welche die gegen Österreich verhängte deutsche Verkehrssperre passierten. *Der Austritt sämtlicher österreichischer CV-Korporationen aus der «Deutschen Studentenschaft»* war das erste Feuersignal am dunklen Horizonte. Der Gesamt-CV war der «Deutschen Studentenschaft» beigetreten; ihr anzugehören war als eine Erfüllung idealer völkischer Hochziele erklärt worden. Aber die Sprecher, diese doch so redefertigen nationalsozialistischen Sprecher der «Deutschen Studentenschaft», hatten kein Wort des Protestes gefunden, als in den wüsten Exzessen, die sich in den letzten Wochen an den Hochschulen von Wien und Graz abgespielt hatten, dem CV angehörige Mitglieder der «Deutschen Studentenschaft» angefallen worden waren, weil sie sich als Katholiken zeigten, das Duell grundsätzlich ablehnten und mit ihren Farben ihre Überzeugung offen bekannten. Die österreichischen Verbindungen des CV hielten es nach diesen Vorfällen mit ihrer Ehre für unvereinbar, einer Vereinigung anzugehören, in der ihnen der Schutz der Ehre versagt wurde,

und zogen mit ihrem Austritt aus der «Deutschen Studentenschaft» die Konsequenzen. Stimmen harten Vorwurfs ob des Austrittes der Österreicher aus der «Deutschen Studentenschaft», aber auch gegen das Verhalten des CV-Vororts «Aenania», der das Vorgehen der Österreicher durch sein Schweigen gedeckt hatte, meldeten sich aus dem «Weissen Ring», in dessen exotischem Klima Anträge einzelner seiner Mitglieder gediehen, den Vorort «Aenania» abzusetzen, da er es unterlassen habe, sich sofort hinter Adolf Hitler zu stellen. Eine Misstrauenskundgebung derselben Herkunft war auch gegen den Leiter des Studentenseelsorgeamtes des CV, P. Erhard Schlund, gerichtet, der sich Missbilligung durch eine grundsätzliche Stellungnahme gegen den Nationalsozialismus zugezogen hatte. Es fehlte auch nicht der Antrag einer blutjungen Breslauer Verbindung, die verlangte, die österreichischen Minister Dr. Dollfuss und Vaugoin ihrer CV-Mitgliedschaft zu entkleiden und die aus der «Deutschen Studentenschaft» ausgetretenen Verbindungen – das waren zuvorderst die Österreicher und die Schweizer – auszuschliessen. Obwohl der Vorort «Aenania» unter scharfem nationalsozialistischen Druck stand, setzte er diesmal noch mit der Androhung eines ehrenrechtlichen Verfahrens die Rückziehung der die österreichischen Verbindungen verletzenden Antragstellung durch.

Eine stark besuchte Altherrentagung bemühte sich Ende April in langwierigen Beratungen vergeblich, aus dem sich verschärfenden Konflikt einen Ausweg zu finden, der die Erhaltung des Gesamtverbandes und das Verbleiben der österreichischen Korporationen in seinen Reihen gestattete. Diesem Bemühen schien die vom Münchner Verbandsvorort getroffene Neuregelung entgegenzukommen, welche den Gesamtverband in fünf Kreise zergliederte; der fünfte sollte die österreichische Korporation umfassen. Aber die darauf gerichteten Hoffnungen zerrannen wie der Schaum in einem wilden Gewässer. Die nationalsozialistische Instanz des Ver-

bandes verlangte vom Münchner Vorort die Weitergabe der Anordnung, dass dem österreichischen Kreis eine dreigliedrige, von oben her bestimmte Leitung vorgesetzt werde. Von aussen her wäre damit dem österreichischen Kreise die Freiheit genommen und die innere Ordnung vorgeschrieben worden. Der Wille nach einer diktatorischen Steuerung nationalsozialistischer Herkunft bedurfte keiner weiteren Demonstration mehr.

Die Gleichschaltung arbeitete mit zielstrebigem Methodik. An die Stelle des gewählten Vorortspräsidenten des CV trat in kurzer Frist ein von dem Führer des nationalsozialistischen Studentenbundes eingesetzter «Commissarius», der als oberster Instanz dem Leiter des aussenpolitischen Amtes der NSDAP unterstellt war. Der Commissarius hatte in Hochschulsachen des CV bindende Rechte, die auch dem ganzen «Fünften Kreis» der neuen deutschen Hochschulorganisation – dem «Österreichischen Kreis» – gelten sollten.

Am 28. Mai 1933 beging «Norica» ihr 50. Stiftungsfest mit grosser Feierlichkeit, an der zur Begehung ihres Halbjahrhundertbestandes ihre zwei Wiener Tochterverbindungen teilnahmen. Der Vorort «Aenania» war bei diesem Anlass noch vertreten. Sein Delegierter, der sein Mandat mit Unlust vertrat, verhehlte nicht seinen Wiener Freunden, dass sich die Österreicher innerhalb des Verbandes nur halten könnten durch eine gehorsame Annahme der Anordnungen, die dem Österreichischen Kreis durch ein dreigliedriges, selbstverständlich nationalsozialistisches Trifolium vorgeschrieben würden. Vierzehn Tage später – am 14. Juni – sassen die Österreicher in Marienbad mit ihren sudetendeutschen Verbandsgenossen in trüber Stimmung beisammen; die Eröffnung, die ihnen der Vorortsvertreter gemacht hatte, liess an der Unabänderlichkeit der nationalsozialistischen Machtplanung keinen Zweifel mehr aufkommen.

Nach dem bewegten vorausgegangenen Hin und Her von geführten Konferenzen und Korrespondenzen, ausgegebenen

und abgelehnten Befehlen nationalsozialistischer Herkunft, Gefechten, in denen sich der Widerstand der Österreicher gegen die Unterwerfung unter das Totalitätssystem der neuen, auch in die Leitung des CV eingedrungenen Machthaber über das Hochschulwesen und seine Menschen immer stärker erhoben hatte, war jetzt die Stunde der Entscheidung angebrochen. Den Österreichern wird nun mit schriftlich vorgelegter Erklärung ein Ultimatum präsentiert, ein regelrechtes, *mit 10. Juli befristetes Ultimatum*, bei dessen Entscheidung sie zu wählen haben zwischen Unterwerfung oder – das Oder ist eine Drohung mit «entsprechenden Massnahmen».

In ersterem Fall haben die Verbindungen schriftlich zu beurkunden, «ein *vorbehaltloses Bekenntnis* zur Zusammenfassung *aller Deutschen in einem Deutschen Reich*»; ferner haben sie, also als Österreicher, die Verleugnung ihres Heimatstaates von ihren einzelnen Mitgliedern, also auch von ihren im Berufsleben stehenden Altherren, zu verlangen, da «*Verstösse gegen diese Grundsätze nicht geduldet werden können*». Die zur Unterschrift vorgelegte «*Erklärung*» besagt fortgehend: «Aus diesem Bekenntnis heraus lehnt die (unterschreibende) Verbindung alle Bestrebungen auf Gründung einer ‚Österreichischen Studentenschaft‘ ab und sie wird sich an einer solchen nicht beteiligen. *Studentische Gemeinschaftsarbeit ist für die Verbindung nur im Rahmen einer grossdeutschen Studentenschaft denkbar.*» (Ehe Unterschreibenden haben auch «bereit zu sein, die Mitarbeit in der deutschen Studentenschaft wiederaufzunehmen».)

#### *Das war der Befehl.*

Er redete Fraktur. Den Österreichern wurde verboten, sich zu Österreich zu bekennen. Dafür wurde ihnen aufgetragen, sich in eine Gemeinschaft zu begeben, die ihren Überzeugungen widersprach. Es roch nach Gefängnisluft. In seinen Grundfesten erzitterte das Gebäude des CV. Bis in das mährische Gesenke und hinaus über den Karpatenkamm reichten die Wirkungen. Die neuen Machthaber in Deutsch-



land verlangten Befehlsgewalt über alles, was deutsch ist. Das war die «Gleichschaltung».

Zu den ersten notwendigen Schutzmassnahmen gegen dieses Diktat erhielt die Wiener «Norica» von ihren Schwester-korporationen das Mandat.

Am 29. Juni vereinigten sich in dem Wiener Klub der Altherrenschaft des CV, im «Weissen Turm», Wien I, Singerstrasse 7, die Vertreter aller österreichischen Gliederungen des CV, um zur geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. In ihrer Mitte war ein Vertreter der Münchner Verbandsleitung erschienen, der ihnen ein Schriftstück präsentierte, die bewusste «*Erklärung*» mit der alle österreichischen Verbindungen sich zur Annahme der vorgelegten Satzungen verpflichten sollten.

***Ja, die Stunde der Entscheidung war angebrochen.***

Die im «Weissen Turm» eröffneten Auseinandersetzungen entsprachen in ihrem Verlauf der gewohnten geschäftsordnungsmässigen Disziplin der grossen und kleinen Parlamente des CV. Noch einmal bewährte sich die strenge Gesetzlichkeit der akademischen Gemeinschaft, die an Alter viele verfassungsmässige Staatskörperschaften Europas übertraf.

Auch unter den österreichischen Katholiken gab es Idealisten grossdeutscher Gesinnung, untadelige Charaktere, einigermassen weltferne Theoretiker. In der Wechselrede meldeten sich einige Proredner, die ein bedingtes Einlassen der österreichischen Korporation auf die Rosenbergschen Richtlinien zuliessen: Annahme des grossdeutschen Konzeptes mit der Verpflichtung, alle Mitglieder diesem Konzept zu unterwerfen, das von Grund auf grossdeutsch war und ungemessene Möglichkeiten im Raume der Diktatur zuliess. Die Proredner begegneten sofort unwilligem Widerspruch: Nein, wir beugen uns nicht! Wir sind keine Hakenkreuzler und wünschen nicht, als solche zu erscheinen! – Und dann wieder ein Vorschlag von anderer Seite: Wenn die österreichischen Korporationen dem an sie gestellten Verlangen entsprechen, in die Deutsche Studentenschaft zurückzukehren, werden sie

für unser Entgegenkommen Bedingungen stellen können? Und dann wieder die Antwort: Diesen Unerbittlichen des Hitler-Lagers hat noch kein Kompromissler etwas abgerungen! Da griff in die Debatte Professor Robert Krasser ein, der meisterliche Kenner des CV-Terrains, der mit hinreissender Beredsamkeit darlegte, welche ausserordentliche, weit über den geistigen Raum des CV hinausreichende Bedeutung der Entschliessung der Österreicher des CV zukomme. Jeder werde zu entscheiden haben, ob er mit seiner Entschliessung Verderben hinaustragen werde in das katholische Volk oder aber Vorbild sei für die ungezählten Katholiken Deutschlands, die nicht selten vereinsamt in Verteidigung ihrer Gewissensfreiheit nach Vorbildern ausschauen, die ihnen Mut machen in ihrem schweren Ringen. Der CV sei berufen, ein solches Beispiel den Glaubensbrüdern vorzustellen.

Stürmischer Beifall dankte dem Sprecher.

Die Wechselrede, an der sich u.a. die Altherren Richard Wollek, Dr. Emmerich Czermak und ich beteiligten, mündete in einer eindeutigen positiven Stellungnahme zu den Grundsätzen, denen die österreichischen Verbindungen im CV bisher gefolgt waren. Die Beratung krönte eine einmütige Wissenskundgebung, lieber alle Konsequenzen ertragen zu wollen, als die geheiligten Fundamente zu verlassen, mit denen der CV stehe und falle.

Ein tiefes, erlöstes Auf atmen ging durch die Versammlung, als die Würfel gefallen waren. Mit einer Reihe einhelliger Beschlüsse, die «Norica» zum Vorort des «Österreichischen CV» erhoben und die von dem nunmehrigen Vorort für die neue österreichische CV-Gemeinschaft vorgelegten Satzungen genehmigten, schloss die bedeutsame Tagung.

Im Namen der österreichischen CV-Verbindungen erfolgte die Notifizierung der Beschlüsse nach München am 5. Juli. Sie blieb ohne bestätigende Antwort, worauf vom Vorort «Norica» am 11. Juli folgendes Schreiben nach München erging:

«Am 5. d. M. hatte die neue Leitung des Kreises Österreich des CV unter Übersendung der Satzungen die Schaffung des autonomen Kreises Österreich' mitgeteilt. Gleichzeitig hatten wir bekanntgegeben, dass die im Vorortsrundschreiben vom 1. Juli von uns verlangte Erklärung nicht unterfertigt würde. Mochte damals vielleicht noch die leise Hoffnung unsererseits bestehen, dass von der Erzwingung der Abgabe jener Erklärung doch noch im letzten Moment abgesehen und damit das CV-Band aufrechterhalten würde, so haben die Bestellungen neuer Führer für den CV sowie deren Grundsätze und dem Geiste des CV widersprechende Verfügungen uns belehrt, dass an unser weiteres Verbleiben im CV leider nicht mehr zu denken ist. Die Kreisleitung sieht sich daher veranlasst, einem hohen Vorort die feierliche Erklärung auszusprechen, dass die österreichischen Verbindungen des CV mit dem 10. Juni 1933 ihre Abschaltung vom Reichsdeutschen CV vorgenommen haben. Auf dem Boden der CV-Satzung und der CV-Geschäftsordnung nach wie vor stehend, sind die österreichischen Verbindungen nunmehr als .Österreichischer CV' unter dem Vorort ,Norica' zusammengeschlossen und wollen die Tradition des CV fürderhin hüten und pflegen. Treu und frei!»

Das Schreiben schliesst:

«Zum letzten Male mit herzlichem Cartellgruss.

Jur. Heinz Pruckner  
1. Vorortsschriftführer  
Phil. Alfred Benn\*  
Vorortspräsident»

So nahmen die Österreicher Abschied von dem Verband, dem ihre Verbindungen in tiefer Anhänglichkeit durch 80 Jahre angehört hatten. Sie taten dies mit einem Dokument ritterlicher Gesinnung.

Der Abschiedsbrief der Österreicher erhielt seitens des neuen «Führers», eines extremen Nazisten, und einer neu-eingesetzten nationalsozialistischen Stabsleitung des reichsdeutschen CV in München ein Nachwort, datiert vom 17. Juli, das einer anderen Stilgattung folgte als das Wiener Schreiben. Unter anderem wurde in dieser «Verfügung» angeordnet, dass es «bei Strafe des Ausschlusses» Mitgliedern des CV Deutsch-

\* Alfred Benn, nach der Hitlerschen Okkupation Österreichs nach Dachau gebracht, dann befehlsgemäss der SA und dann der Armee eingereicht, ist 1944 vor Kiew gefallen.

lands verboten sei, weiterhin Beziehungen zu den österreichischen Verbindungen zu unterhalten ... «Wer eine österreichische Verbindung materiell (durch Leistung von Mitgliedsbeiträgen) unterstützt, schliesst sich damit selbst aus dem CV aus; zu *dieser Ausstossung bedarf es keines besonderen Verfahrens*».

Es muss gesagt werden, dass in West- und Ostdeutschland trotz allem Inseln treuer Verbundenheit mit den österreichischen CV-Verbindungen erhalten geblieben sind.

Die Loslösung des österreichischen CV von der grossen alten Gemeinschaft war ein Auszug aus brennender Heimstatt. Die Ausziehenden hatten für sich die Grundsätze und den Geist des alten, unverfälschten CV mitgenommen. Eine seltsame Fügung, gleich einer symbolhaften Bekundung des Geschehens, war es, dass das geweihte, ehrerbietig behütete Wahrzeichen des alten grossen CV, seine Standarte, in österreichischer Hand damals verblieb und bis heute verblieben ist.

Nach dem Auszug der Österreicher vollzogen die nationalsozialistischen Regenten des CV in Deutschland die Beseitigung der wesentlichen Merkmale des alten Verbandes. Sie entkleideten den Verband seines statutarischen Charakters durch Befehl vom 31. Jänner 1934 und hoben das im CV bestehende Duellverbot auf.

\*

Der in den vorstehenden Blättern gebotene Ausschnitt aus jüngerer Zeitgeschichte behandelt ein scheinbar abseits des grossen damaligen öffentlichen Geschehens gelegenes, eher der privaten Sphäre, den Bezirken akademischen Jungvolks angehörendes Thema. Eine Zusammenschau mit den damaligen innerpolitischen Vorgängen ergibt jedoch ein anderes Bild.

Die Raschheit und Energie, mit der sofort im Frühjahr 1933 die Unterwerfung der österreichischen Gruppe des grossen CV eingeleitet und mit steigender Heftigkeit weiter-

verfolgt wurde, zeigte das wohlberechnete grosse Konzept des Angriffs. Die Stellung des CV in Österreich, die organisatorische Verknüpfung seiner österreichischen mit den reichsdeutschen Gliederungen verlieh dem Plan, *vom CV aus politisch in Österreich vorzustossen und die österreichische Front von innen her aufzurollen, scheinbar eine Chance, die keine andere grosse Körperschaft eröffnete.*

Wären die österreichischen Korporationen des grossen CV einem von ihrer Mitte aus vordringenden Nationalismus erlegen, so hätte, aus dieser Schlüsselstellung der katholischen Intellektuellen in Österreich, der siegreiche Angreifer, unterstützt von den Machtmitteln des Hitler-Staates, die Hoffnungslosigkeit der Positionen des Bundeskanzlers Dollfuss erweisen können, dem auf seinem Wege – er gehörte selbst einer österreichischen CV-Korporation an – sogar seine engsten, angesehensten, ihm weltanschaulich verbundenen Freunde zu folgen sich weigerten. Die Schockwirkung unter der Bevölkerung des kleinen Staates wäre imstande gewesen, die ohnehin schwerbedrängte Dollfuss-Regierung zu Fall zu bringen. Hingegen war die entschlossene Verteidigung, mit der eine Elite der österreichischen Katholiken sich der Front gegen den Nationalsozialismus einordnete und der eigenen Grundsatztreue einen alten, geliebten Gesinnungs- und Freundesbund zum Opfer brachte, die erste Manifestation einer österreichischen Widerstandsbewegung. Wäre sie ausgeblieben, so hätte Hitler mit der Okkupation nicht bis zum März 1938 zu warten brauchen.

Eine geschichtliche Denkwürdigkeit sei mit diesen Zeilen vermerkt.

## V. KAPITEL

### ABSCHIED VON DER CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI

*Der Führerstab im Klub des Nationalrates – Eine denkwürdige Sitzung – Leopold Kunschaks parteigeschichtlicher Bericht – Eine Rückschau und ein Nachruf – «König Arthurs Tafelrunde» – Dr. Karl Lueger und Dr. Richard Weiskirchner – Jodok Fink und die Vorarlberger – Der Genfer Erfolg Dr. Seipels – Eine ehrliche Gewissensforschung – Die Vaterländische Front als Erbe – Das letzte Wort an die Öffentlichkeit – Würdigung und Dank des Bundespräsidenten Miklas – Das Schicksal des Archivs – Die Redaktion der «Reichspost» als Verbindungsstelle – Die Besuche des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Wirth – Vereitelter Anschlag auf Dr. Brüning*

Das jähe Ende, das brutal und halb rätselhaft 1933 den österreichischen Parlamentarismus befallen hatte, riss in rascher Folge auch das politische Parteiwesen zu Boden. Am 14. Mai 1934 erreichte das Schicksal auch die Christlichsoziale Partei.

Der Personenkreis, in dem sich die von Abschiedsstimmung überschattete Feierlichkeit vollzog, war der Klub des Nationalrates, nicht die Partei, in deren Namen die Bundesparteileitung zu beschliessen gehabt hätte. Aber er repräsentierte den Führerstab der Partei, und wenn er sein Präsidium, so wie es geschah, ermächtigte, «alle mit der Liquidierung des Klubs zusammenhängenden Entscheidungen selbständig zu treffen», so war in der damaligen Periode des Abbaues der bisher gültigen politischen Formen die Tragweite der Ankündigung eindeutig. Die ausgebrochene Krise der Demokratie führte zu unabsehbaren Opfern.

Die Bedeutung des Geschehens wurde noch dadurch unterstrichen, dass Bundeskanzler Dr. Dollfuss, begleitet von

fünf Regierungsmitgliedern, zu dieser Beschlussfassung erschienen war. Es nahmen an der Sitzung 62 National- und 28 Bundesräte, vier ehemalige Nationalräte, Dr. Czermak als geschäftsführender letzter Bundesparteiobmann und ich teil. Entschuldigt hatten sich Dr. Schuschnigg und die Landeshauptleute von Salzburg und Tirol, Dr. Rehrle und Dr. Stumpf.

Leopold Kunschak, ihm, der die Verkörperung gelebter christlichsozialer Parteigeschichte war, fiel die Aufgabe zu, bei diesem Treffen der christlichsozialen Volksbeauftragten im Parlament Rückschau zu halten über Wesen und Wirken des christlichsozialen Führerstabes, der jetzt nach fast einem halben Jahrhundert seines Bestandes Abschied nehmen sollte von der Stätte, an der seine Mitglieder mit dem Einsatz ihrer Volksverbundenheit und Vaterlandsliebe grundsatztreu mitgeschaffen hatten an dem Aufstieg aus dem alten liberalen Verfassungsstaat und seinem plutokratischen Zensuswahlsystem zu dem modernen sozialen Staat des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Nach den 1907 auf Grund dieses Wahlrechtes zustande gekommenen Neuwahlen zogen die christlichsozialen Gewählten, 98 Mann stark, als die grösste parlamentarische Gesinnungsgemeinschaft in das neue Haus ein. Sie hatten die Genugtuung, für das Programm der christlichen Sozialreform unter den Gewählten der anderen Nationen gleichgesinnte Gruppen zu finden, bei den Südtiroler Italienern wie bei den Polen, Ukrainern und bei den Slowenen. *Eine grosse übernationale Bundesgenossenschaft für die Erkämpfung lebenswichtiger Reformziele kündigte sich an.* Am Horizonte zeigte sich damals ein neues Österreich.

Es wurde die Tragik des alten Kaiserstaates und so auch der Christlichsozialen Partei, dass nach diesem ihrem Höhepunkte die innerpolitische Entwicklung um die Jahrhundertwende in die trostlose Zone heisser Sprachenkämpfe hinausgestossen wurde. Von dieser Heimsuchung hat sich das alte Österreich nicht mehr erholt. Auch die Christlichsoziale Partei musste daran mittragen.

Jedoch heute noch sind die Spuren christlichsozialer Wirksamkeit in der Gesetzgebung und in den grossen Erregungsschaffungen auf dem Gebiete der Selbstverwaltung und Verstädtlichung feststellbar, so wie auch die 43 Jahre des Bestandes des christlichsozialen Parlamentklubs Perioden umschliessen, in denen christlichsozialer Gemeingeist ringsum über Parteigeist und feindliche Parteiung obsiegen und lebensgefährliche Bedrängnisse des Staates überwinden konnte.

\*

Der am 14. Mai 1934 von Leopold Kunschak erstattete parteigeschichtliche Bericht, der ein abschliessendes historisches Dokument zu sein bestimmt war, möge hier wegen seines Quellenwertes wörtlich Platz finden:

«Der Christlichsoziale Klub hat das Recht und die Pflicht, *vor der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen* mit einer Umschau über die Zeit seines Bestandes. Seiner Tätigkeit ist 1885 die Wahl Dr. Luegers in den österreichischen Reichsrat vorausgegangen. Sie begann mit seinem Bekenntnis zur Demokratie. Er hat diese Gesinnung unter Beweis gestellt, als er im Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes einbrachte.

In den Neuwahlen des Jahres 1891 zogen die ersten zehn Abgeordneten ins Parlament ein, die auf den Fundamenten eines christlichsozialen Programms ihren Klub begründeten\*. Schon diese ersten Tage wurden ein politisches Ereignis durch die Bedeutung der Männer, die sich in ihm zusammenfanden, zuvorderst unter ihnen Dr. Karl Lueger, Dr. Albert Gessmann, Prinz Alois Liechtenstein und Dr. Josef Scheicher. Ihre Namen

---

\* Bei den 1897 auf Grund der Wahlen in einer fünften allgemeinen Wählerkurie vollzogenen Neuwahlen in den Reichstag errangen die Christlichsozialen zehn von den zweiundsiebzig dieser fünften Kurie zugewiesenen Mandaten; das war die Anmeldung einer jungen, neuen Kraft, die bald zu ausserordentlichem Erfolg schreiten sollte.



und ihr Werk sind in die österreichische Geschichte eingegangen.

Seine grosse politische Bedeutung gewann der Christlichsoziale Klub 1907 nach der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, bei der Reform, die zuvorderst von den Christlichsozialen erkämpft worden war. Der grosse Sieg wurde dadurch vervollständigt, dass sich die bisher in der ‚Katholischen Volkspartei‘ vereinigten deutschen Abgeordneten der Alpenländer dem Christlichsozialen Klub anschlossen. Als die mit 98 Mandaten ausgestattete, nunmehr grösste Parteiformung des österreichischen Reichsrates stellte die Christlichsoziale Partei den ersten Präsidenten des Hauses in der Person des späteren Bürgermeisters der Stadt Wien, Dr. Richard Weiskirchner. Das Parlament hat weder vorher noch nachher einen besseren und geschäftskundigeren Präsidenten besessen. Die gewachsene Verantwortlichkeit der Partei führte sie auch zur Teilnahme an der Regierung. Der erste, der aus ihren Reihen die Ministerschaft erhielt, war Doktor Gessmann, zu dieser Zeit wohl eine der bedeutendsten und einflussreichsten Persönlichkeiten des Staates. Sozusagen für ihn wurde das erste Ministerium für öffentliche Arbeiten geschaffen. Kein anderer Parlamentarier hatte einen so grossen Anteil an dem Gelingen des grossen Reformwerkes, dem Zustandekommen des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes. Ausserordentlich waren auch die Leistungen dieses Mannes als Leiter seines Ministeriums. In meiner Erinnerung steht eine Feier im Grand Hotel, die festliche Begehung der Vereinigung der dreissig katholisch konservativen Abgeordneten mit den Christlichsozialen. Bei dieser Gelegenheit hielt der oberösterreichische Führer der zu den Christlichsozialen gestossenen Konservativen, Dr. Alfred Ebenhoch, eine Rede, in der er mit dem Titel «König Arthurs Tafelrunde» die nun unter Doktor Karl Lueger vereinigte Führerschaft des deutschsprachigen christlichen Volkes in Österreich unter stürmischem Beifall bezeichnete.

Den Zusammenschluss der beiden Parteien, ein ganz eigenartiges Ereignis, das solcher Art in der österreichischen innerpolitischen Geschichte kein Vorbild und keinen Nachfolger hatte, leitete eine durchaus harmonische Entwicklung der neuen Einheit ein. Es hatte zwischen den katholisch Konservativen der Alpenländer und den Christlichsozialen in den vorausgegangenen Jahren manchen Strauss gegeben. Nichts dergleichen störte die neue Gemeinschaft, in der Männer wie Ebenhoch, Morsey und der steirische Bauernführer Hagenhofer eine erhöhte Bedeutung erlangten.

Nach raschem Aufstieg und stolzen Errungenschaften sind der Christlichsozialen Partei Rückschläge nicht erspart geblieben. Im Jahre 1911 erlitt sie namentlich auf Wiener Boden im Gefolge einer schweren inneren Krise einen empfindlichen Rückschlag. Im Jahre zuvor war Dr. Lueger gestorben. Mit ihm hatte die Partei ihren Gründer und ihr Haupt verloren. In ihren Reihen fehlte in dem damaligen Wahlkampf die Einigkeit, die von Dr. Lueger mit seiner Autorität stets bewahrt worden war.

In ihrer Erstlingszeit waren in der Partei verschiedene Kräfte zusammengefloßen, jetzt glaubten so manche, nicht mehr an die Treue gebunden zu sein und versuchten, ihre eigenen Wege zu gehen. Ihre Eigenbrötelei hat auf Wiener Boden für die Christlichsoziale Partei zwangsläufig die Niederlage von 1911 herbeigeführt. Als dann 1918 der staatliche Umsturz kam, die Zeit der Heimsuchung, da das Schicksal des alten Österreichs und seines Kaiserhauses besiegelt wurde, verhinderten die Männer des Christlichsozialen Klubs viel, was zu schwerem Nachteil Österreichs hätte werden müssen. Sie schufen die Voraussetzung für den Aufbau des kleinen, aus altem, natürlichem Gefüge gerissenen Österreichs von heute. Dankbar müssen wir dieser Männer gedenken, die unter härtesten Bedingungen die Aufgabe übernahmen, den neuen Staat einzurichten und ihn vor der Bolschewisierung zu bewahren. Damals galt es, die Menschen der aufgelösten Armee

wieder in das politische Leben hinüberzuleiten. Zum Glück gab es viele Offiziere, die sich ganz in den Dienst dieser Ordnungsaufgabe stellten und wertvolle Teile der Armee intakt zu halten vermochten. Aus ihren Reihen sei Generaloberst Fürst Schönburg-Hartenstein und auch ein Wiener, der damalige Oberstleutnant Bitterlich, genannt, der auf Veranlassung Vaugoins aussertourlich zum General befördert wurde in Anerkennung seiner Verdienste um das Ordnungselement, das wir in der kleinen Wehrmacht des neuen Staates erhielten. Damals bedurfte es nicht selten der ganzen Persönlichkeit, ja des Einsatzes des eigenen Lebens, um vor die in offener Meuterei stehende Truppe hinzutreten und sie zur Pflicht zu rufen. Viel konnte damals geleistet und verhindert werden. Jodok Fink war der Mann, der es in dieser kritischen Zeit zustande brachte, in der ihm eigenen einfachen und doch so eindringlichen und unwiderstehlichen Art seines Verhaltens und Argumentierens die Sozialistische Partei an die Seite der Christlichsozialen für die Wiedererrichtung Österreichs zu bringen. Jodok Fink war es auch, der der christlichsozialen Vereinigung den Rat gab, eine Regierung mit den Sozialdemokraten auf Grund eines Arbeitsbündnisses zu bilden. Dieses Bündnis wurde oft abfällig beurteilt, merkwürdigerweise zu meist von Menschen, die die Pflicht gehabt hätten, sich um das Vaterland, um den Kaiser zu kümmern und dafür nicht zu finden waren. Um die Abreise des Kaisers, die von der Entente anbefohlen war, ohne Gefahr durchzuführen, übernahm es ein wackerer Mann, der sozialistische Landeshauptmann Sever, den Hofreisemarschall zu spielen und unter seiner, Severs, Führung den Kaiser aus der Gefahrenzone zu bringen. Jodok Fink war damals der grosse Staatsmann Österreichs. Er stand zu Österreich, als man in seinem Heimatlande darüber abstimmte, ob Vorarlberg sich der Schweiz oder Deutschland angliedern solle. Und er hat zu Österreich auch gehalten, als man ihn in seiner eigenen Heimat beschimpfte, eine Puppe, die seinen Namen zeigte, auf offenem Platz in



*Dr. Engelbert Dollfuss*



*Dr. Kurt von Schuschnigg*

Dornbirn aufhängte und ihn attackierte mit der Drohung, ihn in den Bodensee zu werfen. Er hat standgehalten und seine Landsleute haben sich auch bald daran erinnert, was sie an ihm hatten. Als ich 1908 zum ersten Male den Bregenzer Wald besuchte, erzählte mir der Abgeordnete Loser, dass es fast in jedem Dorf in Vorarlberg das Denkmal eines grossen Mannes gab. Er fragte mich: ‚Was glaubst, wer der Nächste sein wird, dem Vorarlberg ein Denkmal setzt? Das ist Jodok Fink, und ich werde dir den Ort zeigen, wo sein Denkmal stehen wird. Jodok Fink gehört heute zu den Grossen in der Geschichte seiner Vorarlberger Heimat und Österreichs. Jeder Vorarlberger ohne Unterschied der Partei weiss, was das Land ihm zu danken hat?‘

1922 kamen jene furchtbaren Junitage, in denen einfach niemand mehr Rat wusste und in allen die Angst lebte, dieses Österreich sei nun verloren, und öffentlich behauptet wurde, Österreich sei als Staat überhaupt nicht lebensfähig. Damals ging die Frage durch alle Klubräume des Parlaments und durch Stadt und Land: Wer wird denn noch den Mut aufbringen, die Regierung zu übernehmen? Dr. Otto Bauer, der Führer der Sozialisten, war es, der in offener Ilaussitzung, auf Seipel deutend, rief: ‚Herr Dr. Seipel, Sie gehören von unten da herauf!‘ Er zeigte auf den Platz des Bundeskanzlers. Der Klub hat diese Aufforderung aufgegriffen und Dr. Seipel wurde Bundeskanzler. Was sich um seine Tätigkeit, um seinen Namen rankt, das ist nichts Geringeres als was in der Begrüssung Seipels durch das Wiener Volk zum Ausdruck kam, als er von seinem ausserordentlichen Genfer Erfolg, der von ihm und seinem Freunde und Mitarbeiter Dr. Viktor Kienböck erreichten Hilfeleistungen des Völkerbundes, zurückkehrte. ‚Retter Österreichs‘ ging der Ruf durch das ganze Land. Damals konnte man Seipels Staatsblick und seine politische Meisterschaft erkennen, als er die grosse Wendung mit seinem Sanierungswerk einleitete. Dr. Otto Bauer glaubte damals, die Lösung des österreichischen Problems in der An-

gliederung der österreichischen Krone an die deutsche Reichsmark finden zu können und stellte seine Auffassung dem Rettungswerke Seipels gegenüber. Doch es dauerte nicht lange, bis die Markwährung zusammensank, tief unter das Niveau der österreichischen Krone, und es zeigte sich, dass, wenn Österreich sich auf Bauers Vorschlag an die Markwährung angeschlossen hätte, es verloren gewesen wäre. Dr. Seipel hat eine wirtschaftliche, finanzpolitische, aber auch eine aussenpolitische und, trotz der gegenteiligen Behauptungen, eine nationale Tat ersten Ranges mit seinem Rettungswerk gesetzt. Er lebte seinem Werke nach mit einer Hingabe, die wir alle bewundert haben, und mit jener tiefen Sachkenntnis, die ihn in seinen Unternehmungen auszeichnete. Es kam dann für ihn, den Schwererkrankten, die Zeit, wo er spürte, dass er nicht mehr an der Spitze der Regierung stehen sollte und andere die Last zu übernehmen hatten. Aus freiem Entschluss zog er sich 1929 zurück.»

Die zeitgeschichtliche Darstellung bedarf hier einer Ergänzung, die durch die Bescheidenheit Kunschaks, ihres Verfassers, erforderlich wurde. Noch am Abend des 3. April 1929, an dem der Bundeskanzler Dr. Seipel seinen Rücktritt vom Amte erklärte, nahm zu dem Ereignis Leopold Kunschak in einer im ersten Wiener Bezirk gehaltenen Versammlung Stellung, indem er erklärte: «Was geschieht, wenn es beim Rücktritt des Kanzlers Seipel bleibt? *Die Sozialdemokraten müssen jetzt Farbe bekennen* und beweisen, ob sie dem Staate und der Volkswirtschaft und damit auch der Arbeiterschaft das geben oder das gewähren wollen, was sie zum Leben brauchen.» Als Nachfolger Seipels kam Leopold Kunschak in Betracht, der aber ablehnte und im gegenwärtigen Augenblick eine möglichst wenig umstrittene Persönlichkeit als notwendig bezeichnete. Die Verhandlungen waren schwierig, aber es deutete sich schliesslich die Wahrheit an, dass die sozialdemokratische Fraktion für eine Beteiligung an einer Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen wäre, wenn Vaugoin als

Heeresminister von den Christlichsozialen fallengelassen würde.

Vier Wochen lang zog sich die Krise hin, sie endete schliesslich mit der Berufung Streeruwitz' zum Bundeskanzler und dem Verbleiben Vaugoins in seinem grossen Wirkungskreis. Der Linken war Carl Vaugoin unbequem. Seine Leistung für den Aufbau der kleinen Wehrmacht und sein wienerisches Wesen hatten ihn volkstümlich gemacht, aber die Opposition interessierte seine Leistung nicht, sie wollte ihn aus seinem Amte weghaben.

In den sorgenschweren Zwanzigerjahren war es den Christlichsozialen beschieden gewesen, der Regierung den Kopf, dem Staate die Führung zu geben. Auch später immer wieder, wenn es hart auf hart ging, wurden aus den Reihen der Christlichsozialen Partei die Männer gefunden, die der Staat brauchte. Jetzt brachte die Kanzlerschaft Schobers eine Unterbrechung.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Ministerien Doktor Ender und Dr. Buresch erinnerte Leopold Kunschak daran, dass Dr. Dollfuss, 1932 an die Spitze der Regierung berufen, damit die Aufgabe übernahm, gefahrendrohender Schwierigkeiten Herr zu werden und es das Ergebnis seiner Politik war, dass die Lausanner Verträge schliesslich zustande kamen; ohne sie hätte Österreich schweren Erschütterungen, sogar der Bedrohung seiner staatlichen Existenz, nicht entgehen können.

So sind die Gedanken und die Kräfte, die für den Bestand Österreichs und das Wohl des österreichischen Volkes aufgeboten wurden, fast ausnahmslos aus den christlichsozialen Reihen gekommen. Ohne Christlichsozialen Klub, ohne die Mitarbeit christlichsozialer Volksbeauftragter, ohne Parlament — sagt besorgt an dieser Stelle Kunschak —, wird nun Dollfuss seinen Weg gehen müssen.

«Wir können», schloss Kunschak seinen parteigeschichtlichen Rückblick, «in dieser Stunde nichts anderes tun, als zum Ausdruck bringen, dass den Bundeskanzler auf seinem



weiteren Wege unsere heissesten Wünsche begleiten und dass wir alle, wenn uns auch Mandat und Zugehörigkeit zu diesem Klub nicht mehr binden, freiwillig, wo immer es sein kann, den Bundeskanzler unterstützen werden. Die Dinge liegen so, dass der Kanzler der Mitwirkung jedes Einzelnen nicht ent-raten kann. Verfassungsgesetze konstruiert man in den Mini-sterien und macht sie im Ministerrate. *Aber dem Gefäss den Inhalt zu geben, die Verbundenheit der Verfassung mit der Volksseele herbeizuführen, das ist das grosse Problem, von dessen Lösung alles abhängt.* Und dieses Problem kann nicht gelöst werden, wenn nicht bis ins letzte Dorf hinaus die Men-schen diese Verfassung ganz verstehen und für sie einzutreten lernen. Dazu mitzuhelfen, wollen wir uns vornehmen und aus-führen. Uns selber aber dürfen wir in dieser Stunde sagen: Eine ehrliche Gewissenserforschung lässt uns ersehen, dass der Christlichsoziale Klub zu allen Zeiten, von der Gründungszeit in der alten Monarchie, während des staatlichen Umsturzes und dann im neuen Österreich, unter den härtesten Verhält-nissen das Seine ohne zu wanken getan hat. Unser Gewissen ist rein. Wir treten ab von unserem bisherigen Wirkungskreis in dem stolzen Bewusstsein treu erfüllter Pflicht.»

\*

Die Stimmen sind späterhin nicht verstummt, welche in leidenschaftsloser Erwägung die aus einem Notstand geborene Ausschaltung des zuverlässigen und unersetzbaren Helfers der Staatsführung als folgenschweren Fehler erkennen wollten.

Bundeskanzler Dr. Dollfuss, der nach dem Berichte Kun-schaks sich erhob, richtete an den Klub und die Christlich-soziale Partei Dankesworte «im Namen des Vaterlands»; unter schwierigsten Verhältnissen habe die Christlichsoziale Partei ihre Pflicht für Land und Volk erfüllt. Wenn sie nicht ge-wesen wäre, dann würde es heute keine Vaterländische Front geben. Der Kanzler glaubte, anfügen zu dürfen: «Das, was in diesen Jahren lebendig geworden ist an vaterländischem Be-

wusstsein, hat in der Vaterländischen Front eine Form gefunden, wie wir sie in Österreich kaum jemals gesehen.»

Nicht leicht hätte man die geschichtlichen Zusammenhänge von christlichsozialer Bewegung und Vaterländischer Front eindrucksvoller feststellen können, als es hier Dollfuss mit dem Satze getan hatte: «Wenn die Christlichsoziale Partei nicht gewesen wäre, dann würde es heute keine Vaterländische Front geben.» Der Satz hat auch für die Gegenwart noch gültigen Sinn.

Der offiziellen Klubsitzung folgte am Abend im Rathauskeller eine freundschaftliche Zusammenkunft, in der die alten Weg- und Kampfgenossen voneinander Abschied nahmen.

\*

Als im September 1934 aus Anlass der feierlichen Beisetzung der sterblichen Überreste Dr. Seipels und Dr. Dollfuss' in der Seipel-Gedächtniskirche sich zahlreiche Mitglieder der christlichsozialen Bundesparteileitung zusammenfanden, lud sie Dr. Czermak für den 27. September zu einer Sitzung im Niederösterreichischen Landhaus ein, zu der auch Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, die Minister Dr. Buresch und Reither sowie Bürgermeister Schmitz erschienen waren. Die eröffnete Aussprache befasste sich mit der durch die neue Verfassung für die Christlichsoziale Partei entstandenen Lage, ein Gedankenaustausch, dessen funebres Ergebnis über Antrag Doktor Czermaks der formelle Beschluss war, die Tätigkeit der Christlichsozialen Partei einzustellen.

Die Archivalien der christlichsozialen parlamentarischen Vereinigungen wurden einem dreigliedrigen Ausschuss übergeben. Die Führung der Christlichsozialen Nachrichtenstelle wurde dem in Gründung begriffenen Verein «Christliche Pressezentrale» einverleibt. Mit Dank für ihre wenig erquickenden Bemühungen wurden Parteiobmann Dr. Czermak und Hofrat Dr. Kolassa, der Generalsekretär der Bundesparteileitung, von ihren Ämtern verabschiedet.

*Das letzte Wort an die Öffentlichkeit* sprach die *christlichsoziale Bundesparteileitung* mit einer am 27. September 1934 veröffentlichten Kundmachung, in der sie noch einmal unverrückbare grundsätzliche *Wegweisung an ihre bisherigen Parteimitglieder* aussprach:

«Die Pflege der christlichen Weltanschauung und die Durchsetzung ihrer Grundsätze im öffentlichen Leben obliegt den kulturellen Organisationen und der Katholischen Aktion. Die Bundesparteileitung empfiehlt daher den Mitgliedern der Christlichsozialen Partei, ihre Mitarbeit allen Verbänden zu widmen, die unter Ausschaltung politischer Betätigung die Zusammenfassung aller auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Staatsbürger sowie die Erziehung der Jugend zum praktischen katholischen Leben zum Ziele haben.

In dankbarer Treue gedenkt die Bundesparteileitung der unvergesslichen, um das Vaterland verdienten Führer der Christlichsozialen Partei, vor allem ihrer grössten Männer, Dr. Lueger und Dr. Seipel, und der ungezählten selbstlosen Mitkämpfer, die seit Jahrzehnten im Sinn der Grundsätze der Partei tätig waren.»

Bundespräsident Miklas richtete an die Partei ein Abschiedswort, an dessen Spitze er die schöne Bezeugung stellte:

«Ich würde es als ein schweres Unrecht empfinden, wenn ich in diesem Augenblick nicht dankbar der hohen Verdienste gedächte, die sich die Christlichsoziale Partei seit ihrer Gründung durch fast eineinhalb Menschenalter um unser Vaterland, um das alte und das neue Österreich, erworben hat. Tief im deutschen Heimatvolk verwurzelt, war sie im politischen Leben Österreichs jahrzehntelang ein *Vorkämpfer für christliche Weltanschauung und soziale Gerechtigkeit, in allem stets ein Bannerträger echten Österreicheriums*. Ohne dass dies anerkannt wurde, ist sie damit, besonders in schlimmen Lagen des Vaterlandes, die stärkste Stütze der Staatsführung gewesen.»

Nicht so bald hätten für eine andere Adresse die gleichen Sätze geprägt werden können.

\*

Das Archiv des Klubs wurde dem letzten geschäftsführenden Bundesparteiohmann in Verwahrung gegeben.

1938 wurde das Archiv wie auch der übrige Besitz der Pressezentrale bei nationalsozialistischen Hausdurchsuchungen

verschleppt. Zunächst wurden die archivalischen Bestände dem Archiv des Innenministeriums in der Wallnerstrasse einverleibt und von dort angeblich später in das Viertel ober dem Wienerwald gebracht.

Dr. Czermak hat als gewesener Liquidator 1945 die Leitung der ÖVP in Kenntnis der verfügbaren Daten gesetzt.

\*

Nun, da die gewohnte Adresse des Christlichsozialen Klubs ausgelöscht war, wurde in vielen Fällen für auswärtige Besucher die Redaktion der «Reichspost» ein Ersatz. Manche wertvolle Verbindung konnte gepflegt und nutzbar gemacht werden.

Ein häufiger Besucher Wiens, der auch gern in der Redaktion erschien, war der gewesene Reichskanzler Doktor Wirth, den ich noch aus friedlicheren Zeiten kannte. In seiner selbstgewählten Verbannung hatte er, ein echter wirtschaftstüchtiger Schwabe, in Triest Anschluss an das Reisimportgeschäft genommen. Von Zeit zu Zeit kam er nach Wien, um von hier aus über die europäische politische Situation und die Vorgänge in Deutschland intime Ausschau zu halten. Wenn er mich besuchte, pflegte er regelmässig das Gespräch mit der Frage zu eröffnen: «Wie steht es bei euch? Werdet ihr euch halten?» Wenn ich dann sehr bestimmt antwortete und keinen Zweifel darüber liess, dass wir uns mit allen Kräften verteidigen werden, dann schüttelte er mir befriedigt die Hand. Mit ihm, dem alten Taktiker, zu plaudern, war ein Genuss. Er verlor auch in schlimmsten Zeiten nicht seinen Humor. Anfang 1938 blieben seine Besuche aus. Das war die Zeit, da auf dem Lechfeld unter dem Befehl deutscher Offiziere bei 10.000 Mann sogenannte Legionäre, irreführte österreichische Burschen und auch solche, die bei einem österreichischen Gericht etwas auf dem Rocken hatten, für einen künftigen Einmarsch in Österreich exerzierten, und schliesslich Kasernenbau um Kasernenbau der Grenze entlang gegen

Österreich entstand. Der Altkanzler war darüber gut unterrichtet und wusste diese und andere Zeichen zu deuten.

Dr. Wirth war im Zentrum immer der Vertreter des Prinzips der starken Bündnisse gewesen, der nach links hinüber gute Beziehungen unterhielt und sie der Staatspolitik dienstbar machte. Die Freunde des Zentrums im Wiener christlichsozialen Hauptquartier hatten da manche Einwände, die Dr. Wirth sehr gut kannte und gegen die er in einem Gespräch, das ich als sein Nachbar bei einer Veranstaltung in den Sofiensälen mit ihm führen konnte, mit kräftigen Argumenten zu Felde zog. Aber die Voraussetzungen waren doch drüben und hüben ganz anders. Auch die Realisten der christlichsozialen Parteipolitik rechneten es Dr. Wirth nicht zum Guten an, dass er, der gewesene Kanzler des Deutschen Reiches, bei einer mächtigen Wiener Veranstaltung den Republikanischen Schutzbund durch sein Erscheinen als Ehrengast ausgezeichnet hatte. Er gewann meine respektvolle Verehrung durch die Art, mit der er die Schicksale und Sorgen eines Verbannten ertrug, der zu Zeiten um das tägliche Brot ringen musste.

Auch einer seiner Nachfolger, Reichskanzler Dr. Brüning, hatte ins Exil müssen. Aus seinem Schicksal hat mir der Chef des Sicherheitswesens von Zürich, Dr. Buomberger, den ich von seiner früheren Stellung als Chef der «Züricher Nachrichten» kannte und der in den Züricher Gemeinderat gewählt worden war, eine Episode erzählt, die für die damaligen Verhältnisse kennzeichnend ist. Dr. Buomberger berichtete mir mit lebendiger Frische das damalige Erlebnis: In den Wochen, da sich die Konzentrationslager Deutschlands mit Zehntausenden von Häftlingen zu füllen begannen und zu uns über die Schweizer Grenze täglich Flüchtlinge kamen, die einer Bedrohung durch die Machthaber sich entzogen, traf in Zürich auch der gewesene Reichskanzler Dr. Brüning ein. Er war krank und musste beim Gehen zwei Stöcke benützen; er fand Aufnahme in einem Züricher Sanatorium. — Einige

Wochen später erschien in dem Meldeamt des Kantonalen Sicherheitsdienstes ein Fremder, der eine höfliche Bitte vorbrachte, man möge ihm die Züricher Adresse eines Herrn Dr. Brüning mitteilen, der nach Zürich gereist war, um hier für ein Fussleiden Heilung zu suchen. Er, der Besucher, habe seinem Freunde Brüning von seiner Familie Nachrichten zu überbringen. — «Mir wurde die Anfrage an unser Meldeamt gemeldet», erzählte mir Dr. Buomberger, «da wir durch die Vorgänge jenseits der Grenze zur Vorsicht gemahnt waren. So wurde der Fremde um die Angabe seiner Personalien ersucht. Die vorgewiesene Legitimation bezeichnete ihn als ‚Beamten‘. Wir wünschten von ihm eine genauere Angabe. Die Antwort kam zögernd und so auffallend zurückhaltend, dass ich den Besucher für Nachmittag desselben Tages bestellen liess mit der Beifügung, dass über den Aufenthaltsort des gefragten Herrn noch Nachfrage gehalten werden müsse. Der Fremde erklärte, nachmittags wiederkommen zu wollen. Ich liess ihn auf seinem Wege kontrollieren. Der Mann ging aber nicht ins Hotel, das er als sein Absteigquartier bezeichnet hatte, sondern zum Bahnhof, wo ich ihn anhalten liess. Es stellte sich heraus, dass der angebliche ‚Freund Dr. Brünings‘ nach Zürich in Gesellschaft von zwei Begleitern gekommen war, die sich ebenso fragwürdig erwiesen wie er. Die Ermittlung wahrscheinlich vorbereitender Handlungen gab allen Anlass zu dem Verdacht, dass ein Anschlag auf Brüning geplant sei und man ihn mit Gewalt über die deutsche Grenze zu bringen beabsichtige. Wir trafen sofort Massregeln. Um einer zwischenstaatlichen Affäre auszuweichen, schwiegen wir und brachten Dr. Brüning nicht mit der Bahn, sondern im Auto, das von zwei gut besetzten Wagen begleitet war, unter meiner persönlichen Obhut ins Tessin, wo wir ihn unter allen Vorsichtsmassregeln in einer Pension einquartierten. Er fand dort eine schönere und zuverlässigere Erholung als bei uns, in dem damals von fremden Agenten durchschwärmten Zürich.»

## VI. KAPITEL

### DIE BAUERN STEHEN AUF

*Zunehmende Bedrohung von aussen – Radikalisierung der Sozialdemokraten – Ausserordentlicher Parteitag im Arbeiterheim – Scharfmacher um Julius Deutsch – Weihnachtsgespräch mit Karl Seitz – Aufrüstung der Linksradikalen – Sprengstofflager in Simmering ausgehoben – Massenkundgebung des Nieder österreichischen Bauernbundes – Gerüchte um Vizekanzler Fey – Dollfuss in der Grazer Industriehalle – Ein grundsätzliches Versprechen an die Arbeiterschaft – Die Terroranschläge der Nationalsozialisten – Bedingtes Einlenken Dr. Otto Bauers – Landeshauptmann Reither soll vermitteln – Erfolgreiche Verständigungsbemühungen*

Der Spätherbst 1933 liess sich ungut an. Der von München her mit grossen Geldmitteln und schrankenloser Brutalität seit einem halben Jahr gegen die Unabhängigkeit Österreichs gerichtete Angriff der nationalsozialistischen Machthaber hätte, wie die gescheiterten Verständigungsversuche klargemacht hatten, nur durch eine Kapitulation und letzten Endes durch Hinopfem der staatlichen Existenz zur Einstellung gebracht werden können. Von dieser Seite gab es keinen Frieden. Diesen Kaufpreis hätten Dollfuss und sein Kabinett niemals bezahlt.

Zu der Bedrohung von aussen her gesellten sich die revolutionäre Radikalisierung des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei und die innere Zermürbung der Demokratie, nicht zuletzt durch ein militarisiertes Parteiwesen, das den Bürgerfrieden immer aufs Neue in Frage stellte.

Schon die am 7. September gemeinsam versammelten Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften hatten einen geheimen Beschluss gefasst, der, «an-

gesichts der Forderungen der Heimwehrrfaschisten nach dem Totalitärstaat», ein Alarmsignal aufzog. Er erklärte:

Sollte eines der drei folgenden Ereignisse eintreten:

- «1. *Auflösung der Sozialdemokratischen Partei,*
2. *Gleichschaltung der Gewerkschaften,*
3. *Besetzung des Wiener Rathauses und Einsetzung eines Regierungskommissärs in Wien\**»,

so sei in diesem Falle «die Arbeiterklasse zum Generalstreik auf zu rufen».

Der ausserordentliche Parteitag, der dann für 14. bis 16. Oktober 1933 in das Arbeiterheim von Favoriten einberufen wurde, «bestätigte und bekräftigte diesen in den parteiamtlichen Berichten an die Presse nicht veröffentlichten Beschluss und forderte die Organisationen auf», die Arbeiterklasse und über sie hinaus die «freiheitlichen Republikaner» mit diesem Beschluss vertraut zu machen.

Bei den Auseinandersetzungen auf dem Parteitag – an 50 Redner hatten sich zu Wort gemeldet – war es sehr heiss hergegangen.

Die Niederösterreicher waren wieder die besonnenen Befürworter «aller Mittel» gewesen, «die zu friedlicher, verfassungsmässiger Entwirrung der politischen Krise dienen können». Der Beisatz lautete: «Diese Mittel dürfen nicht verschmäht werden, wie immer man auch die Aussicht solcher Versuche beurteilt.» Unvergessen war das Wort des alten, geistreichen Kämpfers der Partei, Dr. Karl Leuthner, der in einer hitzigen Parteitagsdebatte den pathetischen Scharfmachern um Julius Deutsch zugerufen hatte: «Sterben ist kein Programm! Sterben ist ein Unglück. Wir wollen nicht als

---

\* In seiner leider bisher nur manuskriptlihaft vorhandenen aufschlussreichen Denkschrift «Ein Beitrag zur Geschichte des 12. Februar 1934» nennt Carl Karwinsky als 4. von dem Oktoberparteitag bezeichnete Voraussetzung für den bewaffneten Aufstand: «Oktroyierung einer faschistischen Verfassung.» Als Quelle nennt Karwinsky die nicht publizierten stenographischen Sitzungsprotokolle des Parteitags.



Helden eingehen in den Himmel der Erinnerung. Dass die grosse Masse lebe und ein lebenswertes Leben lebe, dazu sind wir da!» In der historisch denkwürdigen Favoritner Redeschlacht in jenen Oktobertagen 1933 errangen die Schneidmadl, Helmer, Popp, Schneeberger den Sieg. Das Licht der grossen Öffentlichkeit erblickte nur eine abgeschwächte Wiedergabe des vom Parteivorstand vorgelegten Beschlussantrages.

Ein bedeutsamer Beschluss des Parteitages war die *Gründung eines «Parteirates der österreichischen Sozialdemokratischen Partei»*, der am 2. Dezember zum ersten Male sich versammelte. Der Parteirat bestand aus 60 Mitgliedern, aufgegliedert nach den Bundesländern; den Wienern waren allein 25 Stimmen zugewiesen. In der Kundgebung, der ersten, die dieser Parteirat verlautbarte, wurde mit Betonung gesagt: «Wir sind keine Abgeordneten und keine Bundesräte, keine Angestellten der Partei, der Gewerkschaften oder anderer Arbeiterorganisationen. Wir sind durchweg Arbeiter und Angestellte, die aus den Betrieben und aus den Stempelstellen zu den Sitzungen des Parteirates kommen. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohndruck bedrücken die österreichischen Arbeiter und Angestellten. Unsere Gegner hoffen, die langdauernde wirtschaftliche Not und die langhingeschleppte politische Krise würden die Arbeiter und Angestellten kleinmütig und verzagt machen. Sie sollen nicht kleinmütig und verzagt werden und sich nicht spalten ... Wir kämpfen für die Freiheit, für die Unabhängigkeit Österreichs, um Arbeit, um unsere sozialen Rechte und den Sozialismus. Es gilt Arbeit und Eigentum, die der Kapitalismus getrennt hat, wieder zu vereinen, die Scheidung der Gesellschaft in gegensätzliche Klassen, deren Interessen einander feind sind, aufzuheben und dadurch die Welt von dem Klassenkampf, der unvermeidlichen und unabwendbaren Folge dieser Scheidung, zu befreien. Darum kämpfen wir um die Bodenreform und um die Sozialisierung der grossen Betriebe im Bankwesen, in der Industrie, in der Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr. Es sind Freidenker, aber auch gläubige Christen in unseren Reihen. Wir haben unser Vaterland, die österreichische Republik, von den Tagen ihrer Begründung an geliebt und behütet und haben sie in Kärnten und im Burgenland mit unserem Blute verteidigt, *wir verteidigen heute ihre Unabhängigkeit.*»

Die Sprache dieser Kundgebung war rührend in ihrer Echtheit, ungewöhnlich, ganz ausserhalb des Schemas und im

Widerspruch zu der bisher vorherrschenden Dialektik Bauers. So redeten nicht die gelernten Parteipolitiker. Das war die Sprache der unverfälschten, gutwilligen Menschen aus der Mitte der sozialdemokratischen Anhängerschaft. Gerade die Menschen gattung, die sich Dollfuss als Gesprächspartner wünschte. Wenn diese echte Volksstimme nicht verstummte, so konnte sie unschätzbare Dienste leisten.

Bereitete sich für Österreich vielleicht doch ein glückliches Weihnachten vor, ein Weihnachtsfest des Friedens? Die erwartete Antwort aus dem Rathaus konnte zum Guten und Schlechten Unermessliches bedeuten. Ein Leitartikel des Zentralorgans der österreichischen Sozialdemokratie erweckte Hoffnung. Am 27. Dezember 1933 schrieb die «Arbeiterzeitung»:

«Selbstverständlich steht die Sozialdemokratie in unversöhnlichem Gegensatz zu dem faschistischen Korporationssystem, das das ganze Volk einer Parteidiktatur unterwirft, indem es das Volk des Rechtes der freien Wahl ihrer Vertreter und des Streikrechtes beraubt, machtlos und wehrlos den Unternehmern untertan macht. Dagegen kann sich die Sozialdemokratie *sehr wohl mit dem Gedanken einer gesunden Selbstverwaltung – im Sinne der antifaschistischen Quadragesimo-Anno-Enzyklika – verständigen, die das freie Organisationsrecht und Streikrecht der Arbeiter nicht zerstört, sondern voraussetzt und die politische Demokratie nicht aushöhlt, sondern ergänzt.*»

Das war eine erfreuliche Korrektur so mancher sozialistischer Kritiken, die pauschaliter die Bemühungen um eine nach der Enzyklika «Quadragesimo Anno» ausgerichtete Reform der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens als faschistisch hinstellten.

Wenige Tage vor Weihnachten wurde ich von Bürgermeister Karl Seitz in das Rathaus geladen. Wiederholt hatte ich mit ihm politische Aussprachen gehabt, deren Inhalt nicht für die Öffentlichkeit, zuweilen für den Kanzler, bestimmt waren. Richtigstellungen, Informationen, Warnungen. Seit Wochen lag dicke Luft über den politischen Quartieren; die normalen Gelegenheiten zu Gesprächen über den Zaun hinaus

waren seit Monaten unterbrochen. Was von den Vorgängen auf dem im Oktober im Arbeiterheim von Favoriten abgehaltenen sozialdemokratischen Parteitag bekanntgeworden war, liess erkennen, welche Hochspannungen da glücklich abgeschaltet worden waren, ohne aber behoben worden zu sein.

In dieser Situation liess mich Seitz, der Chef der Sozialdemokratischen Partei, zu sich bitten. Er pflegte frank und frei zu mir in seiner wienerischen Art zu sprechen. Er schenkte mir Vertrauen, vielleicht weil ich kein politisches Mandat besass und mir eine unabhängige Stellung bewahrt hatte.

Die persönliche Beziehung zu Seitz verdanke ich einer ersten Begegnung mit ihm, die auf den 15. Juli zurückdatierte, den Tag nach dem Brande des Justizpalastes und seiner revolutionären Begleiterscheinungen, in denen auch das Betriebsgebäude der «Reichspost» schwer durch Brandstiftung mitgenommen wurde. Meine Dienstwohnung im 3. Stock des Hauses musste auf behördliche Anordnung wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Aber was lag daran! Meine Familie habe ich rechtzeitig in Sicherheit gebracht, ich selbst hatte den wilden Tag gut überstanden. Meine Wohnung war von Plünderern erbrochen worden, die ihr Geschäft sachverständig, aber sozusagen mit rücksichtsvoller Schonung besorgt hatten. In dem unverschlossenen Biedermeierglaskasten hatten sie einen meiner geliebten böhmischen Becher zerbrochen und sich mit der goldenen Uhr meiner Grossmutter und der Kamera meines Sohnes und ähnlichen nützlichen Dingen begnügt. Am Tage nach dem Brande hatte mich Bürgermeister Seitz, ohne mich bisher persönlich zu kennen, telefonisch angerufen und sich nach meinem Befinden erkundigt.

Auch er hatte am Vortag eine Havarie gehabt, als er bei seinem Versuche, die rasende Menge vor dem Justizpalast zu beruhigen, seine Autorität scheitern und sich zum Rückzug gezwungen sah.

In seinem Telefongespräch mit mir hatte ich mein Er-

lebnis unpathetisch als ein Zubehör zu meinem Berufe behandelt. Seitdem verkehrte mit mir Bürgermeister Seitz anders, als er es sonst gegenüber Journalisten halten mochte.

Seine diesmalige Einladung war dem grossen Ernst dieser Tage entsprungen. Man spürte damals, im Dezember 1933, das Herannahen von Gefahren, die lautlos sich näherten, ein Geisterheer in den Wolken, das sich anschickte, auf die Erde niederzusteigen. Der Bürgermeister war sichtlich bedrückt, als er mir ein realistisches Bild der Lage aus seiner Sicht entwarf: Es sei höchste Zeit. Das Gefahrenmoment, das aus den Gegensätzlichkeiten in der Heimwehr drohe, sei unberechenbar.

*Vielleicht sei jetzt die letzte Möglichkeit vor beginnenden Kettenexplosionen*, zwischen der Regierung und der Opposition, zu einer Verständigung zu kommen. Er, Karl Seitz, bürge für den guten Willen der grossen Mehrheit seiner Parteifreunde. Wo so viel auf dem Spiel steht, was könne da noch hindern, *sich zu einer ehrlichen Aussprache zusammensetzen?*

Seitz ermächtigte mich, dem Bundeskanzler Mitteilung zu machen von dem Inhalt unseres Gesprächs, das er in dem Wunsche gipfeln liess, von Kanzler Dollfuss die Bedingungen für die Annahme seines Vorschlags zu hören.

Binnen 24 Stunden hatte Bürgermeister Seitz den verlangten Bescheid.

Dollfuss hatte meinen Bericht, ohne zu unterbrechen, mit gespannter Aufmerksamkeit entgegengenommen und mich mit der Botschaft betraut, er sei verhandlungsbereit und habe nur das Verlangen, dass von sozialdemokratischer Seite für die vertraulichen Verhandlungen eine Persönlichkeit entsandt werde, die nicht zu den prononcierten Scharfmachern gehöre und die Eignung habe, verantwortungsvoll für die Partei zu sprechen.

Von der Auswahl des rechten Mannes musste viel abhängen. Wer würde es sein? Die Weihnachtsfeiertage und Neujahr gingen vorüber. Aus dem Rathaus kam keine Antwort.

War Seitz bei seinen Rücksprachen in seinen Führungskreisen auf starken Widerstand gestossen? Nur ein sehr ernster Grund konnte in der bestehenden Lage die Verzögerung der Antwort begründen.

Erst am 25. Jänner empfing ich von Seitz die Mitteilung, von seinen «Leuten» sei Gemeinderat Richter zum Unterhändler ausersehen worden. — Durchsickernde Nachrichten aus der sozialistischen Häuslichkeit deuteten auf Familienzwist und Aufrüstung der Linksradikalen.

Das war eine erfreuliche Mitteilung. Richters Entsendung entsprach der Bedingung, die Dollfuss gestellt hatte.

Am nächsten Vormittag erwartete mich im Kanzleramt eine Enttäuschung:

«Ja, Richter», sagte Kanzler Dollfuss, «das wäre schon der rechte Mann! Aber es ist zu spät!»

Wieder das schreckliche: «Es ist zu spät!», mit dem in den letzten Jahren so manche Hoffnung auf den inneren Frieden begraben worden war.

«Ja, zu spät!» wiederholte der Kanzler und griff, an seinem Schreibtisch sitzend, an eine obere Lade zu seiner Linken. Er entnahm ihr ein grosses Lichtbild, das eine Menge aneinandergereihter kegelartiger Körper zeigte. Der Kanzler erklärte mir, die Körper seien Flaschen, die von der Polizei in Simmering in einem grossen Sprengstofflager entdeckt worden seien. Die Explosion dieser Körper werde durch Kontakt mit flüssiger Luft hervorgerufen. Ein einziger würde genügen, ein grosses Gebäude dem Erdboden gleichzumachen.

Vorgefundene Aufzeichnungen liessen erkennen, dass diese Sprengkörper für Unternehmungen bestimmt gewesen seien, die von den Kanälen aus gegen öffentliche Gebäude hätten zur Entladung gebracht werden sollen. Es handle sich um einen Attentatsplan von besonderer Tücke. Offenbar habe im sozialistischen Lager die revolutionäre Gruppe die Oberhand gewonnen. In diesem Zustand Verteidigungsverhandlungen zu eröffnen, sei unmöglich. Also wirklich — zu spät!

Es war erschütternd. Gab es unausweichlich nichts anderes mehr, als die gewaltsame Auseinandersetzung?

\*

*Gegen das Gefackel mit der Gewalt* erhob sich der niederösterreichische Bauer. In der Nacht auf den Lichtmess-tag 1934 rollten gegen Wien mehr als 50 Extrazüge heran, besetzt von niederösterreichischen Bauern, die ihre prachtvolle Standesvereinigung, der Niederösterreichische Bauernbund, zu einer Massenkundgebung für den Bürgerfrieden und gegen den nazistischen Terror aufgerufen hatte. In langen Kolonnen zogen in Fussmärschen andere Zehntausende heran. Am X or-mittag des 2. Februar füllten sich die grossen Plätze an der Ringstrasse mit den einmarschierenden Bauern. Nach dem von Prälat Wagner vor der Votivkirche zelebrierten Fest-gottesdienst setzten sich 110.000 Mann bäuerlicher Menschen gegen die riesige Halle des Nordwestbahnhofes in Bewegung; sie füllten in Kürze den mächtigen Raum und, da er nicht reichte, auch den anliegenden Rangierbahnhof – kernhaftes Volk von der Scholle, Ackerbauer und Bergler, Förster und Jägersleute. Nie noch hatte Wien ein solches Bauernheer in seinen Mauern gesehen. Schwarz wogte die Menge um die Bahnhofshalle. Ein starkes Aufgebot von Polizeimanschaften zu Fuss und Berittene trachteten in dem Menschenmeere die Passagen freizuhalten, ein Bemühen, das nur zeitweise gelang.

Zu dieser Zeit sass in seinem Arbeitszimmer des Aus-wärtigen Amtes der Leiter der politischen Sektion, Gesandter Theodor Hornbostel, am Telephon, die Lagemeldungen ab-horchend. Er erhielt überraschend den Besuch des fran-zösischen Gesandten Gabriel Puaux. Der französische Diplo-mat berichtete in fliegender Hast, von absolut zuverlässiger Seite habe er die Information erhalten, der Heimwehrführer und als Minister derzeit Verwalter des gesamten staatlichen Sicherheitswesens, Major Fey, beabsichtige, die Gelegenheit zu benützen, um einen Schlag gegen das Rathaus zu führen

und dabei «ganze Arbeit» zu machen und «das Rathaus auszuräumen». Die Nachricht war glaubhaft; ähnliche Äusserungen, die auf ein bevorstehendes Unternehmen hindeuten konnten, waren in der Tat gefallen; eine günstigere Gelegenheit als nun, da die Polizei mit starken Kräften bei der Massenversammlung und noch stundenlang bei dem Auseinanderströmen der hunderttausend Versammlungsteilnehmer gebunden war, konnte für ein erfolgreiches Zuschlagen kaum gewählt werden. Das unverzügliche Eingreifen des Kanzlers war herbeizuführen. Wahrscheinlich war er irgendwo in der Menschenflut um den Nordwestbahnhof. Also zu ihm! Kein Dienstwagen war verfügbar. Auf dem Michaelerplatz erreichte Hornbostel ein Taxi, jagte mit ihm in die Leopoldstadt, traf an den Ufern des Menschenmeeres am Nordwestbahnhof als Kommandanten den ihm wohlbekannten Polizeioffizier Jansa, der ihm sofort eine Gasse bahnte. Die Lautsprecher schmetterten soeben über den weiten Raum die Stimme des Kanzlers, der am Rednerpulte stand. Jede Minute ist kostbar. Hornbostel kämpfte sich durch die dichtgeballte Menge, erreicht die Rednerbühne, duckt sich nieder, zupft den Kanzler am Rock, flüstert ihm die Botschaft zu. Dollfuss erfasst sofort die Situation, gibt sogleich Order für Fey und setzt seine Rede fort. Die flüchtige Unterbrechung war nur von wenigen bemerkt worden. Und nun jagt Hornbostel im ratternden Galopp seines Taxis nach dem Vizekanzler, findet ihn schliesslich friedlich in seiner Wohnung beim Mittagessen und unterrichtet den Überraschten über die Weisung des Kanzlers. Fey verspricht, ohne zu zögern, es werde heute nichts geschehen . . .

Der unheildrohende Tag ist ohne Störung vorübergegangen. Er hatte sogar trefflichen Ertrag gebracht. Noch nie hatte Dollfuss unter solch dramatischen Umständen eine solche Stärkung seiner Stellung erhalten wie durch diese Massenkundgebung des niederösterreichischen Landvolkes, das auf kurzen Ruf in einmütiger Entschlossenheit sich um den Kanzler geschart hatte. Die beiden Sprecher der Massen-

versammlung, Landeshauptmann Reither und Kanzler Dollfuss, hatten in eindrucksvoller Übereinstimmung die Schärfe ihrer parteipolitischen Auseinandersetzung gegen den Nationalsozialismus gekehrt, der die Freiheit und die Unabhängigkeit Österreichs zu zerschlagen versuchte. Landeshauptmann Reither forderte unter donnernden Beifallstürmen die Anwendung der strengsten gesetzlichen Abwehrmassregeln von der Regierung und rief nach links hinüber die Bereitschaft aus, in dieser Abwehr *«besonders mit den Arbeitern Hand in Hand gehen zu wollen»*. Das sagte der Führer der niederösterreichischen Bauernschaft, mit dessen Willen zweifellos die Bauernschaft ganz Österreichs einig war. Kanzler Dollfuss liess unmissverständlich diejenigen, die innerhalb und ausserhalb der österreichischen Grenzen darauf rechneten, die Widerstandskraft Österreichs in dem Kampfe um seine Freiheit zermürben zu können, bündig wissen: «Wir werden den Weg der Pflicht im Vertrauen auf unser Recht weitergehen. Unser Kampf geht für die Ehre und Freiheit unseres Staates.»

Wurde die Bedeutung dieser Manifestation im Linkslager erkannt? Erst vor vierzehn Tagen hatte Bundeskanzler Dollfuss in einer vom «Freiheitsbund», dieser Organisation christlicher Arbeiter und Angestellten, veranstalteten Massenversammlung in der *Grazer Industriehalle* erklärt:

«Nach den christlichen Grundsätzen wird die Arbeiterschaft in der Staatsgestaltung, die wir anstreben, mitformend am öffentlichen Leben, unmittelbar herangezogen werden. Ich habe auch immer wieder bei Zusammenkünften mit Unternehmern, Industriellen, Kaufleuten und Gewerbetreibenden und auch Bauern daran erinnert, dass sie im Arbeiter den Menschen sehen müssen und schliesslich die Wirtschaft nur dazu da ist, dass sie dem Menschen, dem Nächsten, zu dienen hat ... Wir wollen die lebendige Gemeinschaft, wir wollen die praktische christliche Liebe in unser Volk hineintragen und den Arbeiter als Vollmensen in unsere Gesellschaft einbauen. Wir wollen den Arbeiter seelisch und gesellschaftlich



höherstellen und ringsherum allen zum Bewusstsein bringen, dass jeder, der seine Pflicht erfüllt, und sei er der letzte Hilfsarbeiter, gleich zu werten ist mit jedem seiner Mitmenschen.» Die Worte des Kanzlers waren unmissverständlich ein an die Arbeiterschaft gerichtetes grundsätzliches Versprechen, ein Aufruf zur Bundesgenossenschaft zur Abwehr eines lebensgefährlichen Angriffes auf Österreich. Die vor einem halben Jahr verhängte Tausend-Mark-Sperre zur Erdrosselung des österreichischen Fremdenverkehrs aus Deutschland war nur die offizielle Einleitung des seither über Österreich niederprasselnden Trommelfeuers von Attentaten, Bombenanschlägen und Brandstiftungen gewesen. Machtmittel des Dritten Reiches forderten den Angriff, der das kleine Österreich vor dem Hakenkreuz auf die Knie zwingen sollte. Versuche, den grossen deutschen Nachbarn zum Einlenken zu bewegen und eine mit der Existenz und Freiheit Österreichs vereinbarliche Verständigung herbeizuführen, hatten sich in kurzer Zeit als optimistischer Irrtum erwiesen. Das Versprechen des Kanzlers war also nicht eine blumige Theorie, eine Schönrederei für eine Massenversammlung.

Zu gleicher Zeit ereignete sich etwas beinahe Sensationelles. Dr. Otto Bauer, von dem man nur an Verneinung und marxistischen Radikalismus in Theorie und Praxis gewöhnt war, äusserte sich bedingt zustimmend zu dem kardinalen Vorhaben des Kanzlers Dr. Dollfuss, dem Neuaufbau der Gesellschaft von der berufsständischen Seite her. Die Stellungnahme Dr. Otto Bauers erfolgte zu einem Zeitpunkt, da der Plan der berufsständischen Ordnung in den Anfängen seines Reifens begriffen und verschiedener Gestaltung offen war. Zu seiner Plattform hatte dabei Dr. Otto Bauer die wissenschaftliche Monatsschrift des österreichischen Sozialismus, «Der Kampf», gewählt, als wollte er damit die ernste Diskussionsbereitschaft unterstreichen. Der Ausgangspunkt seiner Darlegung ist typisch für den Verfasser:

«Der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und den

Herrenklassen ist immer ein Kampf um die Seele des Kleinbürgertums und der Bauernschaft. Gelingt es den Herrenklassen, Kleinbürger und Bauern unter ihre Führung zu bringen und sie gegen das Proletariat zu mobilisieren, dann ist die Lage konterrevolutionär. Gelingt es umgekehrt dem Proletariat, die Sympathien der Kleinbürger und Bauern zu gewinnen und sich mit ihnen gegen die Herrenklasse zu verbünden, dann marschiert die Demokratie ..Dann fährt der Autor fort:

«Die Arbeiterklasse kann gewiss nicht die kleinbürgerliche Illusion teilen, dass die «berufsständische\* Organisation eine neue Gesellschaftsordnung begründen, die Klassengegensätze auf geben könnte. Aber die Arbeiterklasse braucht darum den Aufbau berufsgenossenschaftlicher Organisationen nicht bedingungslos abzulehnen. Sie kann sich mit dem Kleinbürgertum und mit der Bauernschaft über den Aufbau berufsgenossenschaftlicher Organisationen verständigen, wenn diese berufsständische Ordnung freie berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung, also echte Wirtschaftsdemokratie bedeuten soll, die *die politische Demokratie nicht aufhebt, sondern ergänzt und ausbaut*. Gerade durch die Verständigung mit dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft über eine wirtschaftsdemokratische berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung kann die Arbeiterklasse im Kleinbürgertum und in der Bauernschaft Bundesgenossenschaften gewinnen gegen eine antidemokratische «corporative\* Zwangs- und Herrschaftsorganisation nach italienischem Vorbild, die die Vernichtung der politischen Demokratie, die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur bedeuten würde\*.»

Dr. Otto Bauer will die berufsständische Ordnung in eine «wirtschaftsdemokratische Selbstverwaltung» münden sehen, aber er spürt doch, dass diese von der Gesellschaft her beginnende Neuformung ein so grosses Ereignis wäre, dass dadurch auch die «politische Demokratie ergänzt und ausgebaut» werden könnte. Hier kam die Auffassung des sozialistischen Führers nahe an das Konzept Dollfuss' heran, sie enthielt ein so positives Element, dass in dieser Beleuchtung der Dollfuss-Plan für die sozialistische Opposition ein ganz anderes Gesicht

---

\* Otto Bauer: «Klassenkampf und Ständeversammlung», «Der Kampf», Jänner 1934, Nr. 1.

gewinnen konnte. Somit auch von dieser Seite her eine gewisse Annäherung, vielleicht eine konstruktive Möglichkeit zur Verständigung.

Irgendwie gedieh der Verständigungswille auch zu Vorschlägen, die von sozialistischer Seite an Landeshauptmann Reither herangetragen wurden. In einer am 18. März in Tulln abgehaltenen Versammlung nahm der Landeshauptmann zum Gegenstände Stellung:

«In diesem Jahre suchten die Sozialdemokraten immer wieder einen Weg zu Dollfuss, um eine Koalition herbeizuführen. Sie haben auch versucht, sich meiner Vermittlung zu bedienen. Selbst am 12. Februar kamen ihre Führer noch zu mir und verlangten, ich möge eine Proklamation an die Bauern erlassen, dass sie sich zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern zum Schutze der Republik zur Verfügung stellen. Ich habe dieses Ansinnen selbstverständlich abgelehnt. Dr. Renner ging aber noch weiter, er verlangte die sofortige Abberufung der Regierung Dollfuss und bot mir den Kanzlerposten an. Ich habe selbstverständlich auch diese Zumutung zurückgewiesen (lebhafter Beifall und Rufe: Hoch Dollfuss!). Ich habe aber», fuhr der Landeshauptmann fort, «unmittelbar nach Niederringung des Aufruhrs den Kanzler gebeten, den Arbeitern ihre wirtschaftlichen Einrichtungen zu belassen und überhaupt weitestgehende Milde walten zu lassen, um eine versöhnliche Stimmung zu schaffen.»

Der Landeshauptmann hatte die Vermittlung nicht zurückgewiesen. Augenscheinlich haben Fehler der Regie oder plumpe Taktik inmitten der sich jagenden stürmischen Ereignisse den Erfolg der Vermittlung behindert, so dass das Bemühen um die mühselige Aufgabe zu früh aufgegeben wurde. Wahrhaft tragisch ist es, dass weder die sachlich logische Erkenntnis Dr. Otto Bauers an der schicksalsschweren Jahreswende 1933/34 noch die Vermittlungsaktion im Niederösterreichischen Landhaus zur positiven Tat auszureifen vermochte. Die Geschichte hätte sonst einen anderen Gang genommen.

## VII. KAPITEL

### IRRTUM, DER GESCHICHTE MACHT

*Gerüchte aus Linz – Wie es zu den Februarereignissen kam – Der französische Gesandte Puaux über die Lage – Die Gewerkschaften und die Vaterländische Front – Extremisten verhindern eine Verständigung – Irreführende Wiedergabe einer Rede des Vizekanzlers Fey – Die Ursache einer folgenschweren Kettenreaktion – Der echte und der verstümmelte Text – Das Entstehen einer geschichtswidrigen Legende – Das Signal zum Generalstreik – Die Mobilisierung der roten Miliz – Gemeindebauten als Bollwerke des Schutzbundes – Übertreibungen der Auslandspresse – Heftige Kämpfe in Floridsdorf – Feuerüberfall in der Kagraner Allee – Der Generalstreik wird nicht durchgeführt – Besonnenes Verhalten der Arbeiter verhütet grösseres Unheil – Der Zusammenbruch des Aufstandes – Hilfsaktion des Kanzlers für die Opfer auf beiden Seiten – Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten – Auflösung der Sozialdemokratischen Partei – Bürgermeister Seitz in Verwahrungshaft – Aufschlussreiche Besuche im «Grauen Haus» – Die Arbeiterzyklika Leos XIII. als Gesprächsthema – Kontaktmangel schädigt die Demokratie – Die Rolle der sozialdemokratischen Parteigrössen – Otto Bauer und Julius Deutsch fliehen in die Tschechoslowakei – Ober österreichischer Schutzbundführer provoziert Kampfhandlungen – Das Ergebnis einer jahrzehntelangen Vorgeschichte – Die Schuldfrage und das gerechte Mass für die Beurteilung des Aufstandes*

In unsere Redaktionsstuben krochen dunkle Gerüchte. Es war gegen die Mittagstunde, Montag, 12. Februar 1934. In Linz war es zu einem Zusammenstoss zwischen Polizeimannschaften und Bewaffneten des Republikanischen Schutzbundes gekommen. Noch fehlten nähere Angaben.

Die Luft war seit Wochen geschwängert von Spannungen, die geboren waren aus der Wirklichkeit und auf gescheuchten Phantasien. Aus dem Rathaus kam zu uns die Meldung, dass der eben von einer Sitzung zurückkehrende amtsführende Stadtrat für Finanzen, Dr. Robert Danneberg, einem leitenden

Beamten mit Bezug auf die Gerüchte erklärt hatte, es sei kein Anlass zu einer Beunruhigung, einem Heimwehrmann sei in Linz das Gewehr losgegangen, daraus habe sich ein Wirbel entwickelt, doch schon seien die massgeblichen Organe daran, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Aber die Meldung stimmte nicht. Mit einem Schlag erstarb draussen in den Setzersälen des Herold-Hauses das Geknatter der Maschinen. Der Strom war ausgeblieben, der Verkehr der Strassenbahnen kam zum Stillstand.

Das schreckliche Drama begann.

Die nachfolgenden Aufzeichnungen wollen nicht einer erschöpfenden Darstellung der tragischen Februarereignisse dienen; eine umfangreiche, wenn auch zumeist nicht unparteiische Literatur macht sie überflüssig. Das hier verfolgte Vorhaben ist vielmehr der Versuch, aus dem wirren Gemenge eines revolutionären Geschehnisses die letzten ursächlichen Tatsachen herauszulösen. Der Versuch soll, gestützt auf die Aussage zuständiger Zeugen und wenig bekannter und beachteter Einzelheiten, ein Beitrag zu dem längst fällig gewordenen, uns allen – links und rechts – obliegenden Unternehmen sein, die junge Generation von dem moralischen Gerümpel aus einer verwichenen, von Vorurteil und Leidenschaften irreführten Zeit zu befreien. Auch dort, wo Fehl ist, soll nach einem gerechten Verstehen gesucht werden.

\*

In dem Aufsatz «Chancelier Dollfuss» hat der damalige französische Gesandte Gabriel Puaux in der «Revue de Paris» (November 1950) eine scharfsichtige Charakteristik der politischen Situation und der handelnden Persönlichkeiten veröffentlicht. Seine Aufzeichnungen über die Februarereignisse – Aussage eines unersetzbaren Zeugen – sind umso wertvoller, als der Autor aus persönlicher Nähe und eingehender Kenntnis der politischen Probleme jener Zeit seine Urteile formt. Aus seiner Stellung heraus trägt er für sie eine besondere

Verantwortung; wegen ihrer besonderen Bedeutung seien diese Zeugenaussagen hier festgehalten; es wird von ihnen, dank der freundlichen Erlaubnis des Verfassers und der Verleger, hier Gebrauch gemacht in dem Wunsche, der Objektivität zu dienen, wo der österreichischen Aussage von vornherein Parteilichkeit zugemutet wird.

Nach einer Skizzierung der gegnerischen Lager, ihrer Führergestalten und Gegensätze, schreibt der französische Diplomat:

«Die Spannung wurde mit der Zeit gefährlich. Dollfuss bemühte sich, den Kampfeifer einiger seiner Mitarbeiter zu zügeln, die davon träumten, ‚die Roten‘ aus dem Wiener Rathaus hinauszujagen, nötigenfalls mit Gewalt. Schon Ernst Rüdiger von Starhemberg hatte öffentlich Drohungen geäußert, die sogleich von sozialistischer Seite im Ausland gegen ihn ausgespielt wurden. Doch der junge Fürst hatte Vertrauen zum Kanzler und nie würde er sich über dessen Warnung hinweggesetzt haben. Der gefährliche Mann aus dem Heimatschutz» – urteilt der französische Diplomat – «war der Minister Major Emil Fey, dessen kantiges und hartes Antlitz ein auf Autorität pochendes Temperament erkennen liess. Sein physischer Mut war nach seiner Vergangenheit als Offizier der K. u. K. Armee nicht zu bezweifeln. Weit weniger galt dies von seinen politischen Handlungen. Der Kanzler sagte mir über ihn eines Tages: ‚Er ist für die Problematik nicht begabt...‘

Fey befahl die Wiener Heimwehrmiliz und wartete augenscheinlich ungeduldig darauf, diese mit den sozialistischen Truppen sich messen zu sehen. Der Republikanische Schutzbund, den eine Verordnung vom 31. März 1933 gesetzmässig aufgelöst hatte, fuhr aber nicht weniger eifrig in seinen geheimen Aufrüstungen fort. Er bereitete sich» – sagt der französische Beobachter – «auf einen Aufstand vor, dessen Eventualität Otto Bauer und Julius Deutsch ganz kalt vor Augen hatten. Die österreichischen Sozialisten hatten für den Herbst 1933 einen Parteitag anberaumt und zu diesem verschiedene Persönlichkeiten der Zweiten Internationale eingeladen. Fey hatte ganz offen die Absicht bekundet, die Tagung zu verbieten. Doch Dollfuss billigte das Verbot nicht und das sozialistische Konzil fand zum angesagten Datum in Wien statt. Auf dem Parteitag vertrat Leon Blum den französischen Sozialismus. Er ersuchte mich», berichtet Pauax, «beim Kanzler zu erwirken, dass die Kongressteilnehmer eine Versammlung ohne den gesetzlich vorgesehenen Polizeikommissär abhalten können. Dollfuss zeigte sich gerne bereit, diesem Anliegen zu entsprechen, überzeugt, es würde

ihm leicht fallen, auf andere Weise die Beschlüsse des Kongresses erfahren zu können.

Die Entschliessungen des Parteitags\* zeigten einen ausserordentlichen Ernst. Die österreichischen Sozialisten, bestärkt durch den moralischen Rückhalt, den ihnen ihre französischen und englischen Gesinnungsgenossen in der gegebenen Lage verhieszen, hatten sich entschlossen, einen Generalstreik mit Unterstützung der Truppen des Republikanischen Schutzbundes zu eröffnen, falls entweder gegen die Partei oder gegen die sozialistische Stadtverwaltung oder die Gewerkschaften sich Auflösungsmaßnahmen der Regierung richten würden. Der Kanzler trug jedoch gar kein Verlangen darnach, den Kampf gegen das Proletariat zu entfesseln. Sein einziges Verlangen war darauf gerichtet, alle Österreicher in einer Abwehrbewegung wider die Hitler-Gefahr zusammenzufassen. In dieser Absicht hatte er die ‚Vaterländische Front‘ gegründet, die im weiten Sinne allen offenstand. Er hatte einen seiner Mitarbeiter beauftragt, Kontakt mit einem sozialistischen Dirigenten aufzunehmen, den er als weitblickenden Mann erkannte und der ihm – es war der niederösterreichische Landtagsabgeordnete Schneidmadl – den folgenden Vorschlag machte: ‚An Stelle der Partei wollten die sozialistischen Gewerkschaften sich in die Vaterländische Front eingliedern, wobei sie ihre volle Selbständigkeit behalten sollten und die Interessen der Arbeiterklasse im Schosse der vaterländischen Bewegung selbst vertreten und verteidigen würden.‘

Der Plan missfiel keineswegs den Gemässigten, doch die Extremisten brachten ihn zu Fall. Das Ausbleiben einer Verständigung war folgenschwer.»

\*

Noch am Abend des ereignisreichen 12. Februar, an dem Theodor von Hornbostel vom Gesandten Puaux alarmiert wurde, gelangte an den französischen Diplomaten ein telephonischer Anruf des Ministerpräsidenten Daladier, der anfragte, ob es wahr sei, dass das Wiener Rathaus von Fey-Truppen besetzt worden sei. Der Kabinettschef beauftragte dringlich den Gesandten, bei Kanzler Dollfuss vorstellig zu werden, dass dieser gegenüber den Sozialisten Mässigung walten lasse. Der Kanzler gab dem Gesandten sofort eine beruhigende Antwort und erbat sich nur eine Bedenkzeit, um präziser antworten zu können. Als einen Tag später Puaux abermals beim Kanzler

---

\* Oktober 1933, Arbeiterheim Favoriten.

vorsprach, bat ihn Dollfuss, er möge den Regierungschef wissen lassen, dass auf das Bestimmteste ein Gewaltakt weder gegen die Sozialdemokratische Partei noch gegen die Wiener Stadtverwaltung noch gegen die Gewerkschaften unternommen werden würde. Die Regierung sei entschlossen, auf einer strikten Defensive zu bestehen, trotz der Aufrüstung von sozialistischer Seite, von der die in Simmering auf gedeckten Geheimplager an Granaten und Explosivstoff Zeugnis geben. Die Bundesregierung hatte beschlossen, wie aus den Mitteilungen des Kanzlers hervorging, dieser geheimen Aufrüstung des Schutzbundes ein Ende zu setzen, indem sie selbst die Verantwortung für die Sicherheit in Wien übernahm und auf Grund ihrer verfassungsmässigen Rechte im Interesse der Öffentlichen Ordnung und Sicherheit die Polizeigewalt erster Instanz an sich zog.

Die Erklärungen des Kanzlers waren von solcher Bestimmtheit, dass der französische Gesandte, der die Antwort des Kanzlers nach Paris ohne Verzug weitergab, zuversichtlich hoffte, es werde zufolge dieser Haltung der Regierung der Bürgerkrieg vermieden werden können. Doch die folgenden Ereignisse erhielten den Anstoss von ganz anderer Seite ...

Ein Unglücksvogel kann eine Lawine auslösen und Unheil anrichten, ein Menschenwort kann ein Gleiches tun.

Eine kleine Gelegenheitsrede, gehalten am Fusse des Bisamberges bei Wien, wurde zufolge einer irreführenden, gekürzten Wiedergabe der ursächliche Anfang einer Kette politisch folgenschwerer Anschuldigungen und tragischer Ereignisse, die in der österreichischen Geschichte als «die Februarereignisse 1934» bezeichnet werden. Sie eröffneten eine der dunkelsten Passagen auf dem Wege der österreichischen Republik. Selbst heute ist das damalige Erlebnis noch nicht überall überwunden. Heute noch steigt aus dem Erinnern Schmerz und Klage auf, heute noch ist es *im Namen der Liebe zu diesem Lande und seinem Volke Aufgabe und Auftrag, diese traurige Verlassenschaft liquidieren zu helfen.*



Am 11. Februar 1934 hatten sich Mannschaften einer Wiener Heimatschutzabteilung nach einer Geländeübung in Lang-Enzersdorf bei Wien vor dem Kriegerdenkmal des Ortes zu einer Ehrung der Gefallenen aus dem ersten Weltkrieg versammelt, einer Kundgebung, der Vizekanzler Fey und Staatssekretär Fürst Schönburg-Hartenstein beiwohnten. Der Vizekanzler hielt eine Rede, die sofort am nächsten Tage das allgemeine Gespräch bildete und mit den Linzer Ereignissen in Verbindung gebracht wurde. Linksstehende Journalisten der Auslandspresse und nach ihnen verschiedene interessierte Parteiblätter verbreiteten die Nachricht, der Vizekanzler habe in seiner Rede in drohendem Ton angeblich für den nächsten Tag einen *Gewalt streich gegen die Sozialistische Partei angekündigt* und sich dabei auf die Zustimmung des Bundeskanzlers berufen. Der angelsächsische Korrespondent Gedye wiederholte diese Behauptung noch in seinem später erschienenen Buch «Österreichs Selbstmord». Eine Quelle für seine Darstellung nannte er nicht.

*Die Behauptung ist falsch.* Sie entstand durch die im nachstehenden feststellbare *Verstümmelung des echten Textes der Rede, hervorgerufen durch eine sinnwidrige Kürzung.*

### *Der echte Text:*

#### I.

«Ich will am Grabe altösterreichischer Soldaten keine politische Rede halten.

Ich möchte Ihnen nur sagen, dass wir dieselben Aufgaben und Pflichten haben wie die Helden des grossen Krieges: Zu kämpfen für unser Vaterland und, wenn es gilt, für das Vaterland auch zu sterben. Ihr Heimatschützer habt

### *Der verstümmelte Text:*

#### II.

«Ich will am Grabe *alter* österreichischer Soldaten keine politische Rede halten.

Ich möchte euch nur sagen, dass wir dieselben Aufgaben und dieselben Pflichten haben wie die Helden des grossen Krieges: ...

... die Aussprachen von gestern und vorgestern haben uns die Gewissheit gegeben,

brav gekämpft und darum dass Kanzler Dollfuss der habt ihr Anspruch auf Lob Unsrige ist. Ich kann euch und Anerkennung, die euch sogar noch mehr sagen, wenn das Vaterland nicht ver- auch nur in kurzen Worten: sagen wird. Ich kann euch Wir werden morgen an die beruhigen, die Aussprachen Arbeit gehen und die ganze von vorgestern und gestern Arbeit gründlich machen.»

haben uns die Gewissheit ge-  
geben, dass Kanzler Dr. Doll-  
fuss der Unsrige ist. Ich kann  
euch noch mehr, wenn auch  
nur mit kurzen Worten,  
sagen: Wir werden morgen  
an die Arbeit gehen und wir  
werden ganze Arbeit leisten  
*für unser Vaterland, das nur  
uns Österreichern allein ge-  
hört, das wir uns von nie-  
mandem nehmen lassen und  
für das wir kämpfen wie jene  
Helden, die wir grüssen mit  
dem Grusse: Heil Österreich!»*

(Wortlaut nach Charles A. Gulick:  
«Österreich von Habsburg zu Hitler»,  
Band IV, S. 295, Deutsche Überset-  
zung Danubia-Verlag, Wien 1949.)

(Bericht der «Reichspost» in dem  
Montag, 12. Februar, erschienenen  
Blatte. Wiedergabe nach dem von der  
Pressestelle des Heimatschutzes aus-  
gegebenen Wortlaut.)

Eine Analyse des echten Textes ergibt:

1. *Der echte Text widerlegt die Behauptung, dass die Rede gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet gewesen sei.*
2. Der echte Text redet von «altösterreichischen Soldaten» (nicht von «alten österreichischen»), die für das alte Reich, ihr Vaterland, gegen einen *Angriff von aussen als «Helden des grossen Krieges» 1914/1918* gekämpft haben.

3. «Dieselben Aufgaben und Pflichten obliegen nun auch den Heimatschützern von heute, da auch sie *gegen einen Angreifer von aussen* ihr Vaterland zu verteidigen haben, das *nur uns Österreichern allein gehört* und das wir uns von niemandem nehmen lassen.» Damit ist ausgesprochen, dass sich die Rede nicht gegen die Sozialdemokratische Partei, sondern *gegen die Hitler-Macht* richtet, die durch Gewalt und Terror die Unabhängigkeit Österreichs zu zerstören und «den Österreichern ihr Vaterland zu nehmen sucht».

Diejenigen, die in dem Satze «wir werden morgen an die Arbeit gehen» eine Gewaltandrohung herauslesen wollen, finden die richtige Erklärung in den von Fey selbst gebrauchten Worten: «Die Aussprachen von vorgestern und gestern haben uns die Gewissheit gegeben, dass Kanzler Dollfuss der Unsrige ist.»

*Der nüchterne Sachverhalt* ist, dass, wie heute noch feststellbar, kurz zuvor eine Aktion des Heimatschutzes ins Stocken geraten war, die auf eine Beteiligung an der Regierungsmacht in den Bundesländern abzielte; der Anspruch der Heimwehr begegnete in fast allen Bundesländern Widerspruch als ein Eingriff in die Länderautonomie, der selbst die ältesten Rechte der Landtage nicht unangetastet liess. Die Verhandlungen der Heimwehr sollten nach der Rückkehr des Kanzlers aus Ungarn in Übereinstimmung mit ihm fortgeführt werden.

«Kein Zweifel», urteilt Staatssekretär Karl Karwinsky in seinem «Beitrag zur Geschichte des 12. Februar», «dass der Heimatschutz den Kanzler, da am 12. Februar die Besprechungen mit den Ländervertretern beginnen sollten, für seine Absichten schon gewonnen zu haben hoffte, da ‚Kanzler Dollfuss der Unsrige ist‘.» Inwieweit Dollfuss in den «vorgestern und gestern geführten Aussprachen» bereit war, dem Heimatschutz entgegenzukommen, bleibt dahingestellt. Immerhin nahm Fey an, dass nun der Heimatschutz «an die Arbeit gehen», also die begonnene Aktion für die *Heranziehung des*

*Heimatschutzes zur Führung der Länder* günstig abschliessen könne.

Durch die Verstümmelung des richtigen Wortlautes einer in bescheidenem Rahmen zu bescheidenem Anlass gehaltenen Rede sind Fehldeutungen und falsche Bezeichnungen\* hervorgerufen worden, weitergeschleppt in einer grossen, einschlägigen politischen Literatur, die in einer kritischen Situation ein gefährlicher Beitrag zur Verwirrung und zur Vergiftung der öffentlichen Meinung wurde.

Es wäre an der Zeit, dass einer geschichtswidrigen Legende, die schon genug Unheil angerichtet hat, ein Ende gemacht werde.

An dem Morgen des 12. Februar gab der Wiener Havas-Korrespondent telephonisch an den französischen Gesandten die Nachricht von dem Linzer Vorfall. Puaux notiert: «Einige Augenblicke darnach rief eine andere Stimme mich an den Apparat. Es war die des Herrn Zdenko Fierlinger, des Wiener Gesandten der Tschechoslowakei. Sie hatte einen Klang von Triumph. ‚Die Sozialistische Partei‘, so sagte der Gesandte, ‚hat den Generalstreik beschlossen.‘» – «Mag sein» – urteilt Karl Karwinsky in seinem Memorandum «Ein Beitrag zur Geschichte des 12. Februar» –, «dass die Parteileitung und Otto Bauer seihst sich am Vormittag des 12. dort anders entschieden hätten, als diese nachträgliche Erklärung Bauers besagt, wenn sie einer nüchternen Abwägung der Lage und ihrer Erfolgsaussichten fähig gewesen wären. Aber die Geister, die sie so lange gerufen hatten, wurden sie nun nicht los. Sie behielten jetzt die Oberhand und liessen die Partei – entgegen dem Rate besonnener Männer, wie Helmer und Schneidmad I – in ein aussichtsloses Unternehmen hineinschlittem.»

«An diesem selben Morgen», fährt der französische Diplomat in seiner Schilderung fort, «fand im Stephansdom

---

\* Selbst in einer wohlmeinenden Literatur, so in Robert Ingrims «Der Griff nach Österreich» – Die Herausforderung, S. 44 bis 52 –, Europa-Verlag, Zürich 1938.

ein feierlicher Gottesdienst aus Anlass der Papstkrönung statt. Das Diplomatische Korps hatte im Chorgestühl Platz genommen. Ich sah, mit dem Gesicht mir gegenüber, den Kanzler, ernst, erstarrt in einer sorgenvollen Bewegungslosigkeit. Kardinal Innitzer zelebrierte das Hochamt. Um 11.30 Uhr erloschen plötzlich die elektrischen Lampen\*, dann wurden sie wieder hell, dann wieder dunkelten sie ab im Zeitraum weniger Sekunden. Das hohe Kirchenschiff war finster; Wachskerzen erleuchteten nur schwach den Chor.

«Das Signal zu dem aufrührerischen Generalstreik», fährt der Bericht des Gesandten Puaux fort, «war jetzt gegeben worden; das Licht der Industrie hatte dem Befehl der marxistischen Führer gehorcht. Auf dem Altar flammten noch immer die mittelalterlichen Kerzen des katholischen Österreichs. Wer sollte es überwältigen? Der sozialistische Plan war darauf berechnet, durch den Generalstreik das Leben im Lande lahmzulegen und damit die Regierung auf die Knie zu zwingen. Die mobilisierte rote Miliz hatte den Befehl, die grossen Gebäudekomplexe, die von der Gemeinde Wien am Stadtrand errichtet worden waren, zu besetzen. Sie beherrschten von dorther die Zufahrtswege zur Inneren Stadt. Der Plan scheiterte, denn der Befehl zum Generalstreik wurde nicht befolgt. Unter den Truppen des Republikanischen Schutzbundes gab es zahlreiche Desertionen. Ganze Gruppen weigerten sich, die Waffen zu ergreifen. Weder Barrikaden noch Strassenkämpfe gab es. Der Kampf beschränkte sich auf den Umkreis einiger Gemeindehäuser. Man hat die Frage er-

---

\* Zufolge einer vertraulichen Mitteilung, die von Seiten eines englischen Journalisten an den Wiener Korrespondenten des «Temps», Marcel Dunan, gelangte, soll Otto Bauer die Verantwortung für die Initiative (das Zeichen zum Losschlagen) auf sich genommen haben. «Hätten wir nicht», sagte er, «jetzt gehandelt, da man uns Schritt für Schritt entwaffnete und in Deutschland die Sozialdemokratie widerstandslos zusammenbrach, so wären wir nie wiedergekehrt, während wir, da wir die Waffen zur Hand nahmen, wiederkehren werden.» «Cahiers du Redressement Français», 2. Serie, Nr. 19, S. 65.



*Robert Krasser*



*General der Infanterie Wilhelm Zehner*

örtert, ob diese Bauten planmässig als Festungen ausgebaut und mit Waffen ausgestattet gewesen waren. Ich habe in den Kellern», vermerkt Puaux, «Schiesscharten gesehen, in gleicher Höhe mit dem Erdboden. Sie hatten die Form von Maschinengewehrmündungen und waren bestimmt, die Zugänge zu dem Gebäudekomplex zu beherrschen. Ich habe einen im Souterrain montierten Schiessstand gesehen. Die Silhouetten der Zielscheiben hatten Polizeihelme auf.

Am 13. Februar, da der Kampf fort dauerte, entschloss ich mich», berichtet der Gesandte, «zu einer nochmaligen Demarche beim Kanzler, um die Bitte um möglichste Milde bei der Niederwerfung des Aufstandes zu wiederholen. Der Kanzler antwortete mir, ‚ich bin kein brutaler Mensch‘ und gab mir die Zusicherung, er werde sich bemühen, die Ordnung mit dem kleinstmöglichen Einsatz an Opfern wiederherstellen zu lassen. In der Tat liess er verlautbaren, dass Kämpfer, soweit sie nicht verantwortliche Führer seien, straffrei bleiben würden, wenn sie die Waffe niederlegten.» Gegenüber Übertreibungen der Auslandspresse stellte der Gesandte fest, dass am dritten Tage der Einsatz von Artillerie erfolgte, um durch die moralische Wirkung den Kampf abzukürzen. Die Artillerie schoss dabei mit Übungsgranaten. «Ich habe den Karl-Marx-Hof am Tage nach dem Kampf besucht. Zuzufolge einer parteimässig interessierten Propaganda hatten sich im Auslande Vorstellungen von tragischen Verwüstungen gebildet, von neronischen Bränden und Ruinenhaufen. Indes hatte die Feuerwehr in der ganzen Stadt nur eine Stunde lang zu tun, sie hatte nur ein einziges Feuer zu löschen.»

\*

Um in dem Durcheinander der wahren und falschen Nachrichten, die unaufhörlich in die Redaktion einströmten, ein eigenes Urteil zu gewinnen, besuchte ich am 12. und 13. Februar einzelne Kampfregionen. Als ich Dienstag vormittag in Ottakring zu Fuss durch die Thaliastrasse ging, in



deren Nähe Kämpfe um das sozialistische Arbeiterheim im Gange waren – Major Fey führte hier einige Stunden seihst den Angriff –, traf ich zu meinem Erstaunen Hausfrauen seelenruhig auf ihrem häuslichen Einkaufsgange, als ob das ganze Geschieße, das über die Dächer herüberscholl, eine Männerangelegenheit sei, die sie nichts angehe. Anders waren die Bilder, die sich vor mir aus den Rothschildgärten an der Hohen Warte bei dem Blick auf den nahen Karl-Marx-Hof eröffneten, aus dessen mächtigem Gebäude geschickt postierte Maschinengewehre ihre Geschosse spien.

Ein von Polizeimanschaften und Heimwehren sehr tapfer unternommener Versuch, den Eingang unter dem blauen Torbogen zu erstürmen, war unter erheblichen Verlusten misslungen. Deutlich erwies es sich hier, wie wahrscheinlich anderwärts, dass die Stellungen der wohlverschanzten Schutzbündler im offenen Angriff mit Handfeuerwaffen nur mit schwersten Opfern an Menschenleben genommen werden könnten. Erst als leichte Feldartillerie hier eingesetzt wurde – sie schoss, wie bereits erwähnt, mit Übungsmunition ohne explosive Ladung, erkennbar an den scharf begrenzten runden Mauerlöchern, die der Beschuss ohne grössere Zerstörungen zurückliess –, flaute das Feuer ab und verstummte dann plötzlich. Wie sich bald erwies, waren die Verteidiger restlos, wie weggezaubert, durch die Kanäle entwichen und hatten ihre Verwundeten, wenn sie solche gehabt hatten, und ihre Maschinengewehre mitgenommen. Mit der Einnahme der einen Stellung war aber noch lange nicht das reichgegliederte, kilometerlange Gebäude genommen. Der Karl-Marx-Hof war einer der letzten Gemeindebauten, in denen der Aufstand erlosch. Am meisten versteift hatte sich bis zum 14. Februar die Lage in Floridsdorf, namentlich in den Kämpfen um den Schlinger-Hof und die am Stadtrand weiter südöstlich zerstreuten Gemeindebauten. Hier bot sich mir und meinen zwei Begleitern, Angestellten unseres Hauses, dem Verwaltungsdirektor Franz Bernecker und dem Direk-

tionsbeamten Tibor Rados, der uns in seinem Steyr-Wagen an den Schauplatz geführt hatte, das typische makabre Bild nach einem Kampf im verbauten Gelände. Die Leute des Republikanischen Schutzbundes hatten sich mit Todesverachtung geschlagen. Es war schmerzlich, zu sehen, wieviel Standhaftigkeit und Aufopferung hier für eine falsche Sache eingesetzt worden waren. In dichtem Wagengedränge wurden vom Roten Kreuz Verwundete geborgen. Am Gehsteig lag ein erschossener Zivilist. Um noch die Lage am Stadtrand kennenzulernen, beschlossen wir, über die Kagraner Brücke die Rückfahrt zu nehmen. Die Polizei gab uns den Weg frei. Es dämmerte schon stark, als wir durch die letzte Häuserzeile Kagran zufuhren. Hier hatte eine grössere Abteilung des Bundesheeres im Schatten der Bauten Deckung genommen. Der kommandierende Hauptmann, bei dem ich mich legitimierte, liess uns passieren. Von ferne bissen noch einzelne Gewehrschüsse in die Stille, in der dieser traurige Tag versank.

Einbiegend in die Allee der gegen die Donau zu führenden Kagraner Strasse, sahen wir die Fahrbahn mit niedrigen Mauern, mit Steinen und Ziegeln besetzt, überquert. Die Hindernisse mussten langsam angefahren werden. Plötzlich von hinten ein Schuss und ein Schlag! Ein Projektil trifft in die rückwärtige Wagenwand, ein zweites geht splitternd durch das rückwärtige Glasfenster zwischen unseren Köpfen hindurch und nimmt seinen Weg durch die Windschutzscheibe der Wagenfront. Die Schützen hatten in der schnurgeraden Allee leichtes Ziel. Weiterfahrt ist unmöglich. Wir springen aus dem Auto, nehmen Deckung hinter den nächsten Akazienbäumen. Die Herrschaften hinter uns halten uns vermutlich für Polizei, da sie fortfahren, an uns unbewaffnete Zivilisten ihre Munition zu verschiessen. Da beginnt es plötzlich über uns zu krachen. Es pfeift und pufft, schlägt ein und fetzt in das Dach unseres Wagens. Glaskugeln der Strassenbeleuchtung sausen samt ihrem eisernen Gehänge hernieder. Ringsherum spritzt und belfert es, drischt seitwärts der Strasse in die

nahen Schrebergartenhäuserin, dass die Bretter fliegen. Ein Hexensabbat! Die Gewehrschüsse haben auf gehört. Unsere Verfolger haben offenbar begriffen, dass wir nicht das rechte Ziel für ihre Schüsse sind, da wir von einer ganz anderen Seite mit Feuer belegt werden. Wir liegen im Beschuss leichter Artillerie, deren silberglänzende Ladung um uns versprüht. Wir haben mit einigen Sprüngen hinter dem Betonsockel des nächsten Strassenbahnhäuschens und hinter einem Stapel Pflastersteinen Deckung genommen und begreifen nun, von der ersten Überraschung befreit, die Situation, die so gar nicht zum Metier friedliebender Zeitungsleute passt. Wir waren festgenagelt an dem Zugang zur Kagraner Brücke. Jenseits der Donau postierte Artilleristen des Bundesheeres hatten geglaubt, in dem Schiessen einen Rebellenangriff auf die Donaubrücke zu hören, hatten Sperrfeuer vor den Brückeneingang gelegt — ausgerechnet auf uns harmlose Nichtkombattanten. Eine halbe Stunde dauerte das Gebell der Geschütze. Dann schwieg es plötzlich. Es sei nicht geaugnet, dass wir einigermassen erleichtert auf atmeten.

Wir hatten das Intermezzo gut überstanden. Die einzige Verwundung hatte die Hose des Direktors Bernecker davongetragen, die an der Bügelfalte den Durchschuss einer Gewehrkugel zeigte. Besorgt bestiegen wir unseren Wagen. Wenn er bewegungsunfähig gemacht worden war, was taten wir hier in der sinkenden Nacht, weit weg von schutzbietenden Häusern, vielleicht von umherstreifenden Freischärlern wieder angegriffen? Was war zu tun, wenn wir hier übernachten mussten? In der Nähe lag ein unbewirtschaftetes Sommergasthaus, dessen grosse Glasveranda von zahllosen Schrapnell-spritzern durchsiebt worden war. Aber der liebe Steyr-Wagen liess mit sich reden, er bewegte sich schliesslich und liess sich sogar zum Fahren herbei. Sehr vergnügt traten wir die Rückfahrt an in einer wandernden Ruine, die drei Menschen barg.

Wir haben in der Stadt einiges Aufsehen erregt, und als wir vor dem Herold-Hause, glücklich eingelangt, hielten, war

des Staunens der bald angesamunelten Zuschauermenge kein Ende. Wir beschlossen die gemachte Erfahrung mit der Feststellung, dass es sehr dankenswert seitens des Bundesheeres war, seine Artillerie dieser Tage nur ihre etwas harmlosere Übungsmunition verschossen zu lassen.

\*

Nach allem, was eine leidenschaftslose Prüfung des Geschehens vom Februar 1934 und nicht zuletzt auch die Zeugnisse sozialistischer Autoren erwiesen haben, stand die überwältigende Mehrheit der österreichischen Arbeiterschaft in den Kampftagen abseits, ging ihrer Arbeit nach und lehnte es ab, mit den Umstürzern gemeinsame Sache zu machen. «Mehr noch als die Waffen der Exekutive», urteilt Karl Karwinsky in der mir vorliegenden Niederschrift, «hat das besonnene Verhalten des österreichischen Arbeiters dazu beigetragen, weit grösseres Unheil zu verhüten.» Nachdem die Versorgung Wiens mit elektrischem Strom nach wenigen Stunden wiederhergestellt war, musste keine von den vielfachen für den Fall eines Generalstreiks vorgesehenen Gegenmassnahmen in Funktion treten. Die Eisenbahnen verkehrten, Post und Telegraph funktionierten, die Fabriken arbeiteten, die Kaufläden waren geöffnet, die Zeitungen erschienen – mit Ausnahme der «Arbeiter-Zeitung» – und die Versorgung Wiens wie auch aller übrigen Städte mit Lebensmitteln, Licht, Gas erlitt keine Störung. Das Versagen des Generalstreiks war so offenkundig, dass es auch von allen sozialistischen Autoren zugegeben wird. So schreibt Julius Deutsch in seiner Gedenkschrift «Alexander Eifler»: «Dieser Heldenmut (des Schutzbundes) war umso bewundernswerter, als die Hauptvoraussetzung eines erfolgreichen Kampfes, der Generalstreik, von allem Anfang an misslungen war.» Gulick zitiert die Äusserung Kautskys, die erste und wichtigste Ursache der Niederlage sei die Tatsache, dass der Generalstreik nicht wirksam geworden war. Selbst Otto Bauer sagt in seiner Schrift «Aufstand der österreichischen

Arbeiter»: «Aber der Generalstreik ist keineswegs vollständig gelungen.» Doch findet Otto Bauer den bewaffneten Aufstand des Republikanischen Schutzbundes als «gewaltig, imponierend, hinreissend über alle Massen». Aber er fügt bei: «Zwar gab es auch da Lücken.» Manche Bezirke haben überhaupt nicht zu den Waffen gegriffen, und er wirft anderen Bezirken vor, dass es der lokalen Führung des Schutzbundes wohl auch an Mut, an Offensivgeist gefehlt habe. Im 1., 2., 8. und 9. Bezirk wurde überhaupt nicht gekämpft.

«Am Abend des 13.», erzählt Karl Karwinsky, «erschien bei mir der Schutzbundführer Korbel, dem als Kommandanten des Kreises Wien-West die Bezirke 6, 7, 13, 14, 15 und 16 unterstanden – mit Ausnahme des letztgenannten war es in diesen Bezirken teils überhaupt zu keinen, teils nur zu unbedeutenden Kämpfen gekommen. Korbel bot mir die Kapitulation dieser sechs Bezirke gegen Strafflosigkeit wegen des verbotenen Waffenbesitzes an. Nach kurzer Verständigung mit dem damaligen Justizminister Dr. Schuschnigg nahm ich das Angebot unter der Bedingung an, dass sowohl die in den Händen der Leute Korbels befindlichen wie die noch in geheimen Depots lagernden Waffen sofort an Organe der Polizeidirektion übergeben würden; das geschah noch zum Grossteil im Laufe der Nacht. Die bald von einem Prager sozialistischen Blatt auf gestellte Behauptung, Korbel sei von mir bestochen worden, ist frei erfunden. Eduard Korbel, ein Lehrer von Beruf, hatte mir auf meine Frage, was ihn zu seinem Schritt, der für ihn nicht ohne Gefahr war, bewogen habe, zur Antwort gegeben, er sei ‚Rosenkreuzer‘, also Mitglied einer freimaurerischen pazifistischen Sekte; als solcher war er Gegner jedes Blutvergiessens.»

Sofort nach Beendigung des Kampfes hat Kanzler Dollfuss nicht nur den Opfern auf Seiten der Exekutive, sondern durch eine Aktion seiner Gattin auch den Witwen und Waisen nach gefallenem Aufständischen Hilfe zuteil werden lassen.

Die Zahl der Opfer dieser unglücklichen Tage war auf

beiden Seiten wahrlich gross genug, um Entsetzen und tiefen Schmerz zu erregen. Sie betrug aber nur Prozente von den Ziffern, die eine feindselige Propaganda verbreitete. Die genaue amtliche Bezifferung stellte für ganz Österreich als Opfer der Kämpfe 311 Tote und 802 Verwundete fest. Die Verluste waren auf beiden Seiten ziemlich gleich gross. Nach einem Bericht in der «Reichspost» sprach Reichskanzler Hitler von «1'600 Toten und 5'000 Verwundeten».

\*

Noch im Laufe des 12. Februar, an dem die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei verfügt wurde, nahm die Sicherheitsbehörde den Bürgermeister Karl Seitz in Gewahrsam. Wer ihn kannte, der wusste, dass Seitz an den revolutionären Zettelungen unbeteiligt war. Wenn dies von einem des sozialdemokratischen Führerteams mit Sicherheit gesagt werden konnte, so war es der Bürgermeister von Wien. Soweit die Gefängnisordnung im Landesgericht dies zulies, trug man dem auch Rechnung. Aber Zelle ist Zelle, auch eine humane Verwahrungshaft konnte daran nicht viel ändern.

Eines Tages – es war Anfang März – meldete mir telefonisch ein Beamter des Wiener Landesgerichtes, «der Herr Bürgermeister» – so sagte er – «möchte um meinen Besuch bitten». Die behördliche Erlaubnis dazu sei bereits erteilt.

Vom Rathaus bis zum «Grauen Haus» waren nur ein paar Schritte, doch ein langer und schwerer Weg, wenn er von der würdevollen Amtsstube des Bürgermeisters dieser grossen, stolzen Stadt und ihrer Freiheit hinüberführt, wo in den endlosen Gängen, in denen sich Tür an Tür reiht, ohne Schuld und Fehl ab gehandelt wird. Wie mag Karl Seitz diesen Weg vom Bürgerpalast Wiens zu dem Gerichtshaus, der so kurz und doch so lang war, bestanden haben?

Der Chef der Sozialdemokratischen Partei, Bürgermeister Seitz, ein Gestürzter, und ihm gegenüber der Mann der «Reichspost», der in einem stürmischen Geschehen von Tag zu Tag

als Christ und Österreicher und als Leiter des journalistischen Hauptorgans der zuvorderst im Kampfe stehenden Christlich-sozialen Partei mit seiner Feder zu Argument und Widerargument aufgerufen war! Wenn Karl Seitz die Veränderung seiner Rolle als niederdrückend empfand, so liess er davon nichts merken. In Haltung und Stimme war er der alte. Sein ironischer Humor war ihm geblieben. Nein, der Sturz hatte ihm nichts anhaben können. Er fragte nicht um das Geschehen draussen auf der Strasse und in der Politik. Aber ein Anliegen hatte er doch an mich: Sein Nierenleiden beginne ihn jetzt bei der Körperhaltung, zu der ihn der Stuhl in der Zelle zwingt, zu quälen. Ob ich nicht Abhilfe schaffen, für ihn einen Lehnstuhl erhalten könne. — Sei das alles? Ja, das sei alles, was er mir zumute. Die halbe Stunde meines Besuchserlaubnis war allzu rasch vorüber. Mit der Bitte, ihn in seiner «Einsamkeit wieder einmal heimzusuchen», verabschiedete er mich.

Nach 14 Tagen wiederholte ich meinen Besuch. Die Zelleneinrichtung ergänzte jetzt ein gepolsterter Fauteuil und auch sonst hatte sich einiges geändert. Der diensthabende Gerichtsbeamte zog sich rücksichtsvoll nach einigen Minuten zurück. Mich erwartete eine Überraschung. Seitz lenkte das Gespräch unvermittelt auf den Inhalt der «Quadragesimo Anno» und stellte eine Reihe Fragen in Bezug auf dieses grosse päpstliche Dokument. Merklich hatte er seine Fragen vorbereitet. Es waren die Wünsche eines Aussenseiters nach Auskunft, der an das Thema lieranging, doch wohl nur von ferne herangekommen war. Für Karl Seitz war unser Gedankenaustausch Anlass zu dem Ersuchen, ich möge ihm die Originaltexte der Arbeiterencyklika Leos XIII. und des päpstlichen Rundschreibens über die berufsständische Ordnung verschaffen. Er habe bisher noch keine volle Wiedergabe der beiden Dokumente in der Hand gehabt. Ich wurde um die Erfahrung reicher, dass man in den obersten Führerstellungen der beiden um die sozialen Probleme zuvorderst bemühten

Parteien voneinander so weit entfernt war, dass der eine Partner über grundsätzliche Ausgangspositionen des anderen nur oberflächlich orientiert war, ein Kontaktmangel, der ein wirkliches Verstehen des anderen und ein Zusammenfinden zu gemeinsamer Leistung hemmen musste. An solchen Lücken muss die Demokratie zu Schaden kommen.

Ein gerichtliches Verfahren ist gegen die öffentlichen Amtsträger der Sozialdemokratischen Partei, die im Zusammenhang mit der Auflösung ihrer Partei am 12. Februar in Gewahrsam genommen worden waren, nicht eingeleitet worden, so auch nicht gegen Karl Seitz, dessen Anhaltung schliesslich in einem kontrollierten Aufenthalt im Sanatorium Auersperg verlief.

Als ich nach dem Ende der Hitler-Herrschaft Karl Seitz zum ersten Male wieder begegnete, war der Bedauernswerte nur noch ein Schatten seines Einst. Im öffentlichen Leben war seine Rolle erloschen. Eine kompromisslose, eindeutige Erscheinung von hoher Begabung, ein Kämpfer, aber ein Mensch von Herz, war Karl Seitz eine der bedeutendsten Persönlichkeiten, die, herkommend aus der Welt der alten Monarchie, ihre Erfüllung in der jungen Republik fanden.

Staatssekretär Karwinsky schliesst seinen «Bericht» mit der Darstellung einer Episode, die, wie er sagt, ihn persönlich tief berührte und zugleich für die Haltung Dollfuss' bezeichnend ist: «Die ältere Generation in Österreich erinnert sich noch an die Person des sozialdemokratischen Abgeordneten und Klubobmannes Albert Sever. Weit über die eigene Partei hinaus erfreute sich dieser wirkliche Demokrat allgemeiner Achtung. Ihn traf während der Februarkämpfe ein besonders tragisches Schicksal. Seine Frau war in der bescheidenen Wohnung im Ottakringer Arbeiterheim geblieben, selbst als das von den Schutzbündlern zäh verteidigte Haus nach vorheriger Warnung mit Artillerie beschossen wurde. Ein Granattreffer tötete die Gattin Severs und vernichtete den Grossteil seiner Habe. Sein Unglück ging auch mir sehr nahe. Ich hatte



als junger Beamter unter Sever, der damals Landeshauptmann von Niederösterreich war, als sein Präsidialist gedient und war ihm auch menschlich nahegekommen. Nach den Kampf- tagen bat ich ihn zu mir, um ihm im Auftrage des Kanzlers Dollfuss eine Hilfeleistung zum Wiederaufbau seiner Existenz anzubieten. Unter Tränen nahm Sever die angebotene Hilfe an. Niemals hätte dieser charakterfeste Mann dies getan, wenn er geglaubt hätte, dass die Regierung, von der diese Hilfe kam, sich tatsächlich mit so schwerer Schuld beladen habe, wie es manche seiner Parteigenossen glauben wollten.»

In der politischen Literatur, die sich mit den Wiener Februarereignissen beschäftigt, ist viel die Frage erörtert worden, welchen *persönlichen Anteil die politischen Führer* der radikalen Linken an den Geschehnissen nahmen. Verschiedene Kommentare sagen Dr. Otto Bauer und Dr. Julius Deutsch nach, dass beide allzu eifertig den Schauplatz der Ereignisse, an deren Vorbereitung sie mitgearbeitet haben, verlassen und sich jenseits der Grenzen in der Tschechoslowakei in Sicherheit gebracht haben. In einer Rechtfertigungsschrift, die Dr. Otto Bauer noch im Verlauf des Februars in dem Prager Verlag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakei veröffentlichte, sagt er über seine Rolle wörtlich aus:

«Montag Mittag haben sich Deutsch und ich in einem Wiener Arbeiterbezirk zum Sitz der zentralen Kampfleitung begeben. Dass wir dort waren, hat uns für die Polizei unauffindbar gemacht. Die Kampfleitung hatte die Verbindung zwischen den kämpfenden Truppen in Wien und, soweit es möglich war, auch in der Provinz hergestellt und aufrecht- erhalten. Aber die Kampfleitung hat unter ausserordentlich schwierigen Verhältnissen gearbeitet. Der Bezirksteil, in dem sie ihren Standort hatte, fiel in die Hände der Regierungstruppen. Wir haben trotzdem, jeden Augenblick von der Verhaftung bedroht, unsere Arbeit bis Dienstag früh fort- gesetzt. Dienstag früh war das nicht mehr möglich. Unsere

Verbindungsleute, die Nachrichten brachten, Weisungen hinaustrugen, stiessen schon unmittelbar vor dem Hause, in dem wir arbeiteten, auf Militär- und Polizeipatrouillen. Wir haben daher die Kampfleitung Dienstag früh geteilt und an zwei andere Standorte verlegt. Aber nach wenigen Stunden waren auch die Bezirke, in denen unsere Standorte lagen, in den Händen des Feindes und auch dort alle Kampfhandlungen zu Ende. Wir versuchten es nunmehr, zu einer der noch kämpfenden Gruppen zu gelangen. Dieser Versuch scheiterte an der militärischen Absperrung, die wir nicht durchdringen konnten. Auch unsere Verbindungsleute konnten zu den noch kämpfenden Gruppen nicht vordringen. So waren wir von den kämpfenden Gruppen abgeschnitten. Die Polizei war uns auf den Fersen. Ich wurde trotz Verkleidung auf der Strasse erkannt. Deutsch, schon verwundet, entging der Verhaftung nur durch einen fast wunderbaren Zufall: Polizeiorgane durchsuchten das Haus, in dem er sich gerade aufhielt, und bemerkten ihn nicht. Ohne jede Möglichkeit, in die letzten Kämpfe einzugreifen, hatten wir nur noch die Wahl, untätig unsere Verhaftung abzuwarten oder zu fliehen. Erst als in dem ganzen Stadtgebiet, in dem wir uns aufhielten, alle Kämpfe zu Ende waren und jede Hoffnung auf eine Wendung geschwunden war, haben wir uns zu dem Versuch entschlossen, die tschechoslowakische Grenze zu erreichen.»

Der deutsche Publizist Dr. E. Franzel (München) hat dem Verfasser dieser Erinnerungen an eine stürmisch bewegte Periode der jungen österreichischen Republik die nachstehende abweichende Zeugenaussage übergeben:

«In seinem Buch ‚Österreich von Habsburg zu Hitler‘ lässt Charles Gulick sich weitläufig über die Umstände um den Termin der Flucht Bauers und Deutsch’ aus, zitiert die Angaben beider und schliesst daraus: Ein Vergleich der Berichte Bauers und Deutsch’ zeigt, dass sich dies (die Flucht beider in die CSR) am *Mittwoch, dem 14. Februar*, abspielte.» Und Gulick fährt dann fort:

«... Kein Zweifel, dass Schuschniggs Erklärung vom 12. Februar ebenso unrichtig war wie die Feys vom 13. Ob diese Erklärungen überlegte Fälschungen waren oder in gutem Glauben abgegeben wurden, kann nicht bewiesen werden. Jedenfalls wurden sie damals von vielen Schutzbündlern geglaubt und allerdings eine geringe Anzahl glaubte sie auch noch im Jahre 1937.»

Dr. Franzel widerspricht der Auffassung Gulicks und sagt: «Folgendes ist in Bezug auf Otto Bauer die geschichtliche Wahrheit: Er verliess seinen Standort als Führer des Aufstandes in den frühen Morgenstunden *Dienstag, 13. Februar*, und begab sich in die Wohnung des Presseattachés der tschechoslowakischen Gesandtschaft, Srom, der ein alter Sozialdemokrat und Mitarbeiter des Parteiblattes ‚Pravo Lidu‘ in Prag war. Srom war über den Besuch seines Parteifreundes keineswegs erfreut. Er teilte dem tschechoslowakischen Gesandten, Dr. Zdenko Fierlinger, der auch Sozialdemokrat war, telephonisch mit, dass sich ein Mann in seine Wohnung geflüchtet habe, den er unmöglich lange beherbergen könne, ohne die CSR peinlichen diplomatischen Verwicklungen auszusetzen, den er aber aus menschlichen Gründen auch nicht wegschicken könne. Fierlinger war jedenfalls in grosser Verlegenheit. Er liess zwei sudetendeutsche Journalisten, die damals in Wien weilten – den damaligen deutschen Bundestagsabgeordneten Ernst Paul und den Schreiber dieser Zeilen, Dr. Franzel –, in das Gesandtschaftspalais am Lobkowitzplatz rufen und teilte ihnen den Sachverhalt mit. Mit Paul besprach er den Fluchtplan für Otto Bauer, um den allein es sich bei dem fremden, asylsuchenden Mann handeln konnte; von mir forderte er meinen Pass mit der kategorischen Begründung, dass er ihn benötige. Er werde mir einen regulären anderen Pass ausstellen. Ich sollte Wien auf dem schnellsten Wege verlassen. Würde ich verhaftet, so könne es sich nur um wenige Wochen handeln, dann werde er mich freibekommen. Ich war in einer Zwangslage doppelter Art: Ich konnte als tschechoslowakischer Staatsbürger und Journalist in der vom Bürgerkrieg durchtobten Stadt nicht gegen

‚meinen‘ Gesandten meutern, ohne mich grössten Unannehmlichkeiten auszusetzen. Ich wollte auch menschlich nicht schuld sein, wenn Bauer in die Hände der Polizei fiel und es ihm ans Leben ginge, obwohl ich sein Verhalten unbegreiflich fand. Ich gab Fierlinger meinen Pass, erhielt zwei Stunden später einen anderen auf meinen Namen, allerdings einen mit einer mir wenig gleichenden fremden Photographie, wurde nachmittags in einem Wagen der Gesandtschaft zum Nussdorfer Bahnhof gebracht – während eben die Artillerie von der Hohen Warte auf den Karl-Marx-Hof feuerte – und fuhr mit dem nächsten Schnellzug nach Prag.

Um die gleiche Nachmittagsstunde brachte ein Wagen der Gesandtschaft Bauer aus der Hietzinger Wohnung Sroms in die Innere Stadt, wo Ernst Paul mit einem Mietauto und einem verlässlichen Chauffeur wartete. Man händigte Bauer meinen Pass aus. Der Wagen verliess merkwürdigerweise völlig unbehelligt Wien, passierte bei Pressburg-Engerau die Grenze und Bauer befand sich *in den frühen Abendstunden des 13. Februar* in einem Pressburger Hotel auf slowakischem Boden in Sicherheit. In Prag eingetroffen, erhielt Dr. Franzel kurze Zeit später seinen Pass zurück, dessen Vidierung an der Grenze vom 13. Februar 1934 den Zeitpunkt der Flucht Doktor Bauers ersichtlich machte.

Deutsch hat nach Aussage Bauers den ‚Standort‘ zur gleichen Zeit wie Bauer, also in den frühen Morgenstunden des Dienstag, 13. Februar, verlassen. Er hat sich dann auf eigene Faust durchgeschlagen und die Grenze später überschritten als Bauer.

So weit hier die Aussage Dr. Franzels, eines angesehenen, erfahrungsreichen deutschen Publizisten. Vielleicht wird Professor Gulick künftig doch etwas vorsichtiger mit Ausdrücken umgehen, wenn er Darstellungen ehrenhafter Gesinnungsgegner in Zweifel zu ziehen für gut findet.

Was die Rollen Dr. Otto Bauers und des Schutzbundkommandanten Julius Deutsch betrifft, so kann man zu ihren

Gunsten wohl sagen, dass sie es in ihrer politischen Führerstellung als ihre Pflicht erachtet haben mochten, die vorbereitete Aufnahmstellung in Brünn zu erreichen und von dort aus ihre schwer betroffene Partei nicht führerlos zu lassen.

\*

Wer gab den letzten Anstoss zu dem Ausbruch der revolutionären Ereignisse?

Aus Schilderungen von sozialistischer Seite stellt Karwinsky fest — und er beruft sich dabei auf Buttinger «Am Beispiel Österreichs» und auf Gulick, Band IV, Seite 316 ff. —, dass die Auffassung innerhalb des sozialdemokratischen Parteivorstandes «alles eher als einheitlich war». So habe, nach Gulick, Berthold König, der Präsident der Eisenbahnergewerkschaft, vor der Ausrufung des Generalstreiks gewarnt, da er Zweifel hege, ob seine Leute tatsächlich streiken würden. Julius Deutsch gab der Überzeugung Ausdruck, dass eine wirksame bewaffnete Aktion des Schutzbundes von vornherein zum Misserfolg verurteilt sei, wenn nicht ein Generalstreik ausgerufen werde. Oskar Helmer hinwieder hatte ernsten Zweifel ausgedrückt, ob ein Generalstreik ratsam sei, und sei für weitere Verhandlungen mit den Christlichsozialen eingetreten. Am schärfsten habe sich Johann Schorsch, der Sekretär des Freien Gewerkschaftsbundes, für den Generalstreik eingesetzt und sei hierbei am stärksten von Otto Bauer unterstützt worden. Nach Buttingers Darstellung wäre Bauer mit seinem Antrag, den Generalstreik auszurufen und den Schutzbund zu mobilisieren, fast unterlegen. Schliesslich sei er — Otto Bauer — es gewesen, der die Kampfleitung an ihren vorbestimmten Platz beordnete, den Gewerkschaftssekretären die Weisung zum Generalstreik zukommen liess und dem Propagandareferenten Felix Karnitz den Auftrag gab, den längst schon geschriebenen Kampfaufruf herstellen zu lassen.

In seiner mir vorliegenden Aufzeichnung gibt Staats-

Sekretär Karl Karwinsky auf die gestellte Frage, von wem der letzte Anstoss ausging, die Antwort: «Es war das ungezügelte Temperament eines Mannes, das an jenem Montagmorgen in Linz den Ausschlag gab. Bernhard Bernaschek, sozialdemokratischer Parteichef und Schutzbundführer in Oberösterreich, hatte am Vortag einen Boten mit einem Brief zu Otto Bauer nach Wien gesandt, in dem er mitteilte, es würde in Hinkunft gewaltsamer Widerstand geleistet werden, wenn in Oberösterreich eine Waffensuche begonnen oder Verhaftungen durchgeführt werden sollten. Bernaschek erwartete, dass Bauer auf eine solche Nachricht der Arbeiterschaft ein Zeichen zum Losschlagen geben werde. Wie Wilhelm Böhm in seiner Broschüre «Februar 1934» mitteilt, lag dem Brief an Otto Bauer ein Zettel mit den Worten bei: ‚Waffensuche provozieren!‘ Bauers Antwort lautete jedoch ablehnend: ‚Anna erkrankt, nichts unternehmen.‘ Die Antwort erreichte Bernaschek in den ersten Morgenstunden des 12. Februar. *Ungeachtet dieser Weisung der obersten Parteistelle gab Bernaschek seinen Schutzbündlern, als er Polizei gegen das Linzer Parteiheim vorgehen sah, knapp noch bevor ihn die Verhaftung erreichte, den Befehl, die Waffen zu ergreifen.*»

In seinem Arbeitszimmer im alten Modenapalais in der Wiener Herrengasse erreichte auch den Staatssekretär Karwinsky das Lichtsignal, das die Erhebung einleitete.

Im Laufe des Vormittags des 12. Februar kamen sich überstürzende Nachrichten, die, wie der Staatssekretär notiert, ihn auf direktem Draht der Polizeidirektion erreichten. Sie meldeten aus fast allen Teilen Wiens das Auftreten der Schutzbündler, die, einzeln oder in Gruppen, teils bereits bewaffnet, ihren Sammelpunkten oder den Ausgabestellen für Waffen zustrebten, wobei es mehrfach zu Angriffen auf Angehörige der Polizei oder der Selbstschutzverbände kam. Als erster fiel bereits um 11.15 Uhr der Polizeirayonsinspektor Josef Schiel einem solchen Angriff in Simmering zum Opfer. In diesem Bezirk erfolgten auch die ersten grösseren Angriffshandlungen

des Schutzbundes. Bereits um die Mittagsstunde gelang es den Aufständischen, sich in den Besitz mehrerer Polizeiwachstuben von Simmering zu setzen. Die Simmeringer Schutzbündler machten sogar im Verlauf des Tages Vorstösse in der Richtung gegen die inneren Stadtbezirke.

Schon von Anfang an funktionierte der revolutionäre Apparat nicht recht, nicht nur deshalb, weil einsichtige Mitglieder der Parteileitung mit dem revolutionären Unternehmen nicht einverstanden waren, sondern auch, weil, wie es sich bald zeigte, der Befehl zum Losschlagen die wahre Einstellung der Arbeiterschaft verkannte.

Ein unheilvolles Geschehen, wie das dieser Februartage in Österreich, wird nicht plötzlich geboren, es kann nur verstanden werden aus seinen wurzelhaften Zusammenhängen, in denen sich Schuld und Unschuld vielfach und ursächlich und schwer trennbar verflechten. Da versagt als Auskunft das *gesalzte* Recht. Unwägbares hat das Geschehen mitbestimmt und verlangt nach Einsatz in dem gewissenhaften Urteil. Man spricht von der Geschichte als der zuverlässigen Richterin, oft nicht gewahr der zahlreichen Geschichtslügen, die ungestraft und unbeirrt durch die Zeiten wandern können.

Die österreichischen Ereignisse des Februar 1934 hatten eine jahrzehntelange Vorgeschichte. Sie kündigten sich in warnenden Vorläufern an. Sie würden erst zum übergrossen Unglück anwachsen, wenn man aufhörte, das Herkommen aufgetretener Heimsuchungen zu prüfen. Auch Unglück und Schmerz sind grosse Lehrmeister, und ihnen zu folgen ist wichtiger, als in den wirbelnden Entwicklungen zuverlässig Schuldfragen enträtseln zu wollen. Derjenige wird der Lösung am ehesten nahekommen, der bereit ist, Schuld und Fehl nicht nach dem Erfolg oder Misserfolg zu messen. Im letzten wird sich freilich der suchende Mensch zu dem demütigen Wissen bekennen, dass das gerechte Mass für alles Geschehen, das Grosse und das Kleine, nur in der Hand des ewigen Richters ruht.



*Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg*





*Oskar Helmer*

## VIII. KAPITEL

### NACH DEM UNGLÜCK DIE TAT

*Ein Apostolat brüderlicher Versöhnung – Volksbundkundgebung in Mödling – Dollfuss und Starhemberg sprechen in Salzburg – Im Brünner Führerquartier der sozialistischen Emigration – Dollfuss versucht Frontenbildung mit Sozialdemokraten – Gedankenaustausch des Bundeskanzlers mit Bürgermeister Schmitz – Die Mission des Vizebürgermeisters Dr. Winter – Diskussionsabende im Margaretner Volksbildungshaus – Zustimmung und Kritik von beiden Seiten – Das Ergebnis der Aktion Winter – Ein gewagtes Unternehmen bewusster christlicher Politik – Gründung eines Berufsverbandes der Arbeiter und Angestellten – Im Zeichen der berufsständischen Reformideen – Kollektivverträge und Gewerkschaftsbund – Sicherung gegen unlauteren Wettbewerb und Lohndruck – Das Ende der Freien Gewerkschaften – Eine Erklärung des Ministers Dr. Resch – Aussprachen mit früheren Gewerkschaftsführern – Unterschriftenaktion der gesamten Arbeiterschaft eingeleitet – Für die Unabhängigkeit Österreichs – Betriebsterror bedroht Gesinnungsfreiheit – Ambros Opitz muss kapitulieren – Die christliche Gewerkschaftsbewegung – Ein Leitartikel der «Reichspost» – Die neue Stadtverwaltung unter Richard Schmitz – Erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – Bau der Wiener Höhenstrasse*

Als nach den drei blutbesprengten Februartagen endlich die Waffen schwiegen, glichen die Schauplätze des Bürgerkrieges Feldern, die ein der Unterwelt entstiegenes Ungetüm zerwühlt hatte. Die Aufräumarbeit war schwer.

Aus dem Ödland, das die Katastrophenhage des Februar 1934 zurückgelassen hatten, wagte sich aber doch, und sehr bald, einiges Grün hervor. In einer vor Kurzem noch kritischen Zone, dem niederösterreichischen Industriegebiet an der Südbahn, fanden sich spontan Menschen zu einem Apostolat brüderlicher Versöhnung zusammen, getrieben von dem Verlangen, die Dämonen des Bürgerkrieges zu verjagen. «Es gibt

keine Sieger und keine Besiegten! Wir sind Brüder und Schwestern! Weg mit dem Vergeltungswillen! Reichen wir uns die Hände, begraben wir den unseligen Streit!» Stürmischer Dank war die Antwort auf diese Sätze, die am 28. Februar 1934 der Kaplan Schebeck in die um ihn versammelte Menge einer Volksbundkundgebung in Mödling geworfen hatte. Fast mit denselben Worten formulierte wenige Wochen später Starhemberg in der Massenkundgebung, in der er neben Bundeskanzler Dollfuß in Salzburg sprach, das Gebot der Stunde: «Wenn sich Österreicher bekriegen, darf es zwischen ihnen keine Sieger und keine Besiegten geben. Wir wollen den Weg freimachen zu den Herzen und Seelen der Volksgenossen, die vor wenigen Monaten noch als Anhänger einer falschen Idee, aber mit echtem Heroismus gegen uns gekämpft haben!» – In dem Brünner Führerquartier der sozialistischen Emigration zeigte man sich allerdings solchen Gedankengängen nicht geneigt. Auf der Tribüne des Brünner Blattes, mit dem Dr. Otto Bauer seine aus Österreich geflüchteten Gesinnungsgenossen zusammenzuhalten und mit Wien Verbindung zu halten suchte, liess er sich unter dem Titel: «Neue Wege zum alten Ziel» am 18. März, ganz in dem Stile und der Vorstellungswelt seiner Kommentare, zu dem von ihm geschaffenen Linzer Programm also vernehmen: «Die ganze internationale Entwicklung, die auf neuen Weltkrieg zusteuert, all das gibt uns die Gewähr, dass die Gelegenheiten für eine neue revolutionäre Volkserhebung in Österreich kommen werden.» Deshalb der Weisheit letzter Schluss: «Die revolutionäre Diktatur muss die Banken, die Grossindustrie, die grossen Handelshäuser, die Forste in das Eigentum der Volksgesamtheit überführen, den landwirtschaftlichen Grossgrundbesitz auf Landarbeiter- und Bauernsöhne aufteilen und auf diese Weise die Grundlagen einer Gesellschaftsordnung schaffen. Erst wenn die revolutionäre Diktatur diese Aufgaben erfüllt haben wird, wird in Österreich echte, wirkliche, dauerhafte Demokratie möglich sein.»

Zu gleicher Zeit, da der Führer des sozialistischen Linksradikalismus in solchen Theorien schwelgte, schritt Kanzler Dollfuss zu einem drastischen Versuch, eine gemeinsame Frontenbildung mit der Sozialdemokratie anzubahnen. Es war eine tapfere Tat. Den Kanzler bestimmten dazu Aussprachen, die er mit einem kühnen Denker, dem Soziologen Dr. E. K. Winter, hatte, mit dem ihn aus gemeinsamer Soldatenzeit freundschaftliche Beziehungen verbanden. War der Plan, den ihm Dr. Winter vortrug, eine taktische Gemeinsamkeit der christlichen und der sozialistischen Volkskräfte gegen die nationalsozialistische Bedrohung der staatlichen Existenz Österreichs herzustellen, bei den tatsächlichen Gegebenheiten zurzeit nicht eine verwegene Illusion? Die Absicht Winters war, in direktem Kontakt mit der sozialistischen Bevölkerung von unten her eine Liga der Gegensätze aufzubauen. Das Ziel entsprach der idealistischen kämpferischen Natur seines Verkünders. Dr. Dollfuss erhoffte sich aus dem Versuch nicht alles, aber doch eine Auflockerung der Gegensätze zwischen den beiden grossen Gesinnungslagern, die kein Verschmelzen zu befürchten hatten, wenn sie zur Arbeit sich zusammenschlossen. Ein Gedankenaustausch des Kanzlers mit dem Bürgermeister von Wien, Richard Schmitz, führte zu dem Entschluss, Dr. Winter mit der Autorität eines Vizebürgermeisters der Stadt und dem besonderen Mandat zu bekleiden, mit einer Aussprache sozusagen von Mann zu Mann in die sozialdemokratische Masse vorzustossen.

Das Unternehmen war von einer unmissverständlichen Loyalität getragen. Der Mann, der mit der Durchführung betraut war, der nunmehrige Vizebürgermeister Winter, hatte keinen Anteil an der nach dem ersten revolutionären Ausbruch in den Februartagen erfolgten Auflösung der Sozialdemokratischen Partei. Er trat an sein Vorhaben heran, gestützt auf die Billigung des Bundeskanzlers und des Wiener Bürgermeisters, aber mit nichts ausgerüstet als mit seinem guten Willen, seinem Wissen und seinem Wort. In der euro-

päischen Parteiengeschichte ist der Versuch von originaler Einmaligkeit.

Vizebürgermeister Dr. Winter begann Anfang April, wenige Wochen nach dem Verebben der revolutionären Unruhen, seinen Feldzug mit Diskussionsabenden im Margaretner Volksbildungshaus, zu denen ohne ängstliche Beschränkungen ein sozialdemokratisches Publikum geladen war. Gegenstand der ersten Vorträge war das Thema «Der Arbeiter im neuen Staat», seine Anteilnahme am staatlichen Aufbau. Noch im April wurde auch im Ottakringer Volksbildungsheim von Dr. Winter eine Folge von Sprechabenden der Aktion eröffnet, dort begrüßt von feindseligen Demonstrationen junger Leute.

Das psychologische Milieu dieser Ausspracheabende schilderte die «Reichspost», wie es am 13. April der Referent des Blattes im Margaretner Volksbildungsheim erlebt hatte: Die Gedanken und Ansichten, von welchen heute die Wiener sozialdemokratischen Massen beherrscht werden, kommen in vielen äusserst impulsiven Äusserungen in einer manchmal erschütternden Weise zum Ausdruck. Groll, Hoffnung, Verzweiflung, Misstrauen und dann wieder neu aufkommende Hoffnung, alles brodelte hier noch wild durcheinander. Noch stehen die meisten viel zu sehr im Banne der Februarereignisse und ihrer Folgen. Es meldete sich aber auch da und dort ehrlicher Wille, zur geschaffenen neuen Lage eine positive Einstellung zu gewinnen. An einem der ersten dieser Diskussionsabende nahm der gewesene sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Reif aus Purkersdorf bei Wien das Wort. Er sah einen Hauptfehler, den die Sozialdemokratische Partei begangen habe, darin, dass sich die Partei seit 1920 von jeder positiven Mitarbeit im Staate freiwillig abgeschaltet und selbst dann eine Möglichkeit der Mitarbeit am Staate von sich gewiesen habe, als ihr durch Dr. Seipel 1930 unter ausserordentlich günstigen Bedingungen die Teilnahme an der Staatsführung angeboten wurde. Dreizehn Jahre lang habe die

Partei dann nur noch theoretischen Problemen nachgejagt, jetzt gelte es, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, dem unfruchtbaren Beiseitestehen ein Ende zu machen und eine wirklich positive Politik mit der Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu führen.

Die Aussprechabende waren sehr gut besucht. Die Teilnehmer waren Sozialdemokraten, nur eine kleine Minderzahl Kommunisten. Über die Aussichten des Unternehmens gingen die Meinungen der Zuhörer und Sprecher weit auseinander. Die Aussprachen durchliefen die ganze Skala der Empfindungen und Leidenschaften, die durch das schwere Erlebnis aufgepeitscht worden waren. So heftig bewegt zuweilen die Debatten waren, so war doch die Haltung der meisten Sprecher diszipliniert. Dem Versammlungsleiter wurde in mancher Äusserung Achtung bezeugt und seine gute Absicht anerkannt. Aber eine zustimmende Urteilsbildung konnte sich nicht durchsetzen.

Aufschlussreich war die grosse Korrespondenz, die, aus ganz Österreich zu Dr. Winter fliessend, an seine Diskussionsleitung anknüpfte und in mehr als hundert Schreiben einen vielsagend widerspruchsvollen Eindruck vermittelte. Ein objektiver Beobachter der Aktion legte das Ergebnis einer gewissenhaften Prüfung dieser Korrespondenz mit folgenden Wahrnehmungen nieder: «Diese Briefe bieten nicht nur einen tiefen Einblick in den Seelenkampf, den die von ihren radikalsten Führern im Stich gelassene sozialdemokratische Arbeiterschaft nach dem Niederbruch des Marxismus durchzumachen hat, sondern sie lassen auch gewisse Schlüsse auf die Gesinnung und vielleicht auch auf die künftige Einstellung mancher dieser Arbeiter zu.»

Naheliegend war, dass das unternommene Experiment – sozusagen der Versuch einer Geistessanierung auf offenem Platze – auch Zweifel und Widerspruch und Protest in der breiten Öffentlichkeit fordern würde. Gerade der wirkliche Ertrag dieser Aussprachen war nur schätzungsweise zu be-

rechnen, indessen Absagen, Misserfolge, Enttäuschung sich leicht vernehmlich machten. Auch von nichtsozialistischer Seite, von zeitaufgeschlossenen katholischen Menschen, kam Kritik, namentlich wenn die Tadler es versäumten, die ausserordentliche Schwierigkeit des übernommenen Ausgleichsvcrsuches in Rechnung zu stellen. Die stärksten Einwände kehrten sich gegen Versuche, die Gesprächspartner durch Konzessionen zu gewinnen, zum Beispiel, indem man ihnen erklärte, das sozialistische Programm sei zum grossen Teil richtig.

Je mehr sich die Aktion ins Politische erging, desto stärkerer Widerspruch wurde vernehmlich. Im Jänner 1935 geschah das Ungewöhnliche, dass in der Ausgabe des wöchentlichen Informationsdienstes der Christlichen Pressezentrale\* ein von Bundeskanzler Dr. Dollfuss berufener und an der Seite des Bürgermeisters als Wiener Vizebürgermeister tätiger Funktionär einer herben Kritik unterzogen wurde. Das bisherige Ergebnis des neunmonatigen Bemühens der Aktion Winter um das Ziel nach Ertrag und Niete abwägend, äusserte sich der Pressedienst der führenden Regierungspartei, das «Experiment» habe bisher «verhältnismässig geringe Erfolge gezeigt, obwohl der Aktion als wichtige Hilfsmittel eine Reihe von Zeitungen des Verlages ‚Vorwärts‘ zur Verfügung gestellt wurden». Anzuerkennen sei, dass der Veranstalter dieser Aussprachen, persönlich ein gläubiger Christ, bei seinem Unternehmen von den besten Absichten geleitet sei: aber der Versuch dieses Gelehrten, eine Verbindung zwischen dem Marxismus und den tragenden Ideen einer Gesellschaftsordnung im Geiste der Enzyklika Quadragesimo Anno herzustellen, müsse scheitern. «Wenn man die Aktion Winter richtig beurteilen will, muss man immer daran denken, dass man es mit einem Gelehrten zu tun hat, dessen richtiger Platz auf einem Lehrstuhl der Soziologie der Universität ist.»

---

\* «Informationsdienst der Christlichen Pressezentrale», 12. Jänner 1935.

Nach einer durch 15 Monate mit grosser Zähigkeit unternommenen Anstrengung, einem Bemühen, das in der letzten Phase steigendem Widerspruch begegnet war, wurde die Aktion Winter Anfang Juli 1935 eingestellt. Ihr Leiter gab den um sein Unternehmen geführten kritischen Untersuchungen keinen glücklichen Abschluss, als er sich in seinen «Wiener Politischen Blättern\*» in Betrachtungen über die «Schuld des offiziellen Christentums» verlor, die «sich offenbart in der Diskrepanz der Rerum Novarum zur Vogelsangschen Sozialreform und in dem noch immer vorhandenen Affekt gegen den Sozialismus, der die Quadragesimo Anno beherrscht».

Vogelsang in allen Ehren – aber das war zuviel.

\*

Es ist am Platze, hier Professor Dr. E. K. Winter selbst das Wort zu geben, der in einem Briefe an den Verfasser dieser Aufzeichnungen am 16. November 1955 schrieb:

«Es hat sich in meiner eigenen Intention niemals um eine ‚Versöhnungsaktion« gehandelt, wie Dollfuss möglicherweise eine Zeitlang dachte, sondern immer ganz bewusst in jeder Einzelheit um den staatspolitischen Versuch der konstruktiven Verbindung und Frontbildung von der Rechten bis zur Linken gegen die drohende Gefahr des Nazismus, den ich immer als *den* Feind angesehen habe. Die Aktion W. war, wie überhaupt mein Hinaustreten von der Wissenschaft in die Politik, diktiert von meinem staatspolitischen, christlichen Gewissen. Das ganze war in der Tat ein Unternehmen bewusster christlicher Politik, die ich immer für nötig gehalten habe. In einer Zeit festgefrorener parteipolitischer Konzeptionen und Fronten, an denen auch das autoritäre Regime noch immer in entscheidenden Fragen partizipierte, war das Experiment, zwischen der Rechten und der Linken geistige

\* «Wiener Politische Blätter», Nr. 1, Jahrgang 4, Jänner 1936.



Fäden zu ziehen und Brücken zu schlagen, eine christlich politische Tat ...

Falsch ist auch die Version, dass es sich bei meinem Unternehmen um eine monarchistische Aktion gehandelt hat, wie oft behauptet wird, wie zum Beispiel in dem Sammelwerk von H. Benedikt. Erst in der allerletzten Phase, eigentlich bereits in meinem persönlichen Abtreten aus der offiziellen Politik, gehörte ich zu jenen, welche glaubten, man solle ‚die letzte Karte‘ spielen. Damals habe ich in der Tat breite Kreise der Arbeiterschaft für diese Idee gewonnen, da sie den Rechtsstaat der konstitutionellen Monarchie dem autoritären Regime vorzogen.»

Das Unternehmen Winter war auf politischem Felde für einen Gelehrten, der kein politischer Praktiker war, ein halsbrecherisches Wagnis and in seinem Verlaufe mit Fehleinstellungen behaftet. Aber es war in einer trostlosen Zeit der Verzagtheit und des Pessimismus Beispiel eines tapferen und Dank verdienenden Samaritertums.

\*

In dieser Periode geschah eine Tat, die fürs erste als ein Akt gegen die sozialistisch gerichteten Arbeiter missverstanden, der Anfang einer in die Zukunft reichenden arbeitsrechtlichen Entwicklung werden sollte. Was damals in den Umwälzungen des Frühjahrs 1934 für die Erstellung eines neuen Gewerkschaftssystems geschah – und geschah mit bewusster Hinordnung auf die berufsständische Idee –, das wurde und ist heute noch eine Errungenschaft in der Verfassung des österreichischen Gewerkschaftswesens. Dessen geschichtliche Herkunft ist oft vergessen und unbedankt, auch wenn von dem Werden und Wachsen der Organisation und der gewerkschaftlichen Kraft der Arbeiter und Angestellten Österreichs die Rede ist.

Am 2. März 1934 beschloss der Ministerrat unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dollfuss, über Antrag des Mi-

nisters Richard Schmitz an die Stelle der bisherigen politisch und weltanschaulich auf gespaltenen Gewerkschaften einen unpolitisch, fachlich und gebietsmässig gegliederten Berufsverband der Arbeiter und Angestellten zu setzen, ausgerichtet im Zeichen der berufsständischen Reformideen und bestimmt, ohne Zwang womöglich alle bisherigen Mitglieder gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer der Industrie, des Gewerbes, des Bergbaues, des Handels und Verkehrs und des Geld- und Kreditwesens zusammenzufassen. Die am 6. März erschienene Verordnung erhob den erstrebten Berufsverband zu einer Einrichtung öffentlichen Rechtes. Frei von Klassenkämpferei und auf vaterländischem Boden stehend, sollte er ausgestattet sein mit dem ausschliesslichen Recht zum Abschluss von allgemein für alle Berufsangehörigen gültigen Kollektivverträgen. Der neue Verband – er bekam in kurzer Frist den bis heute bewahrten Titel «Gewerkschaftsbund» – trat in alle in seinem Wirkungskreise geltenden Kollektivverträge ein und erhielt ungeschmälert alle Vermögensrechte der bisherigen Gemeinschaften zugewiesen. Nicht zuletzt empfing die Arbeiterschaft mit der nunmehr ausnahmslosen Allgemeingeltung aller bestehenden und künftigen Terminverträge eine Sicherung gegen die Bedrohung ihrer Arbeitsplätze durch unlauteren Wettbewerb und Lohndruck.

Die neue Ordnung verlangte von keinem Arbeiter oder Angestellten Eintritt in den Gewerkschaftsbund, aber von allen irgendwie gleichzieligen Vereinigungen bis zum 1. Jänner 1936 Anschluss oder ihre Auflösung.

Der Gewerkschaftsbund erhielt damit seine Prägung und Autorität. Er war kein Schreibtischprodukt, keine Erfindung, die man als faschistisch abtun konnte. Sein Herkommen datierte in den besten Überlieferungen sozialer Organisation zurück, in ihm fruchtete der Geist der einstigen Bruderladen. Das erwies sich denn auch in der weiteren Entfaltung des Gewerkschaftsbundes. Würde dann auch plangemäss der gleichgeordnete und gleichgegliederte Berufsverband der

Unternehmer in sachlicher Verbundenheit sich formieren, so würde die geistige und organisatorische höhere Einheit des Berufstandes erreicht sein.

Ein wichtiger Akt berufsständischen Aufbaues war also auf dem Wege zu diesem Ziele in dem bedeutungsvollsten Sektor des Gesamtkomplexes des gesellschaftlichen und staatlichen Neuaufbaues mit der Gründung des Gewerkschaftsbundes gesetzt worden. Es war ein erster Akt, eine erste Stufe für die neue berufsständische Ordnung und auch ein wertvoller Beitrag zur Beruhigung und Befriedung jener Arbeitermassen, die durch das Verschwinden der freien Gewerkschaften obdachlos geworden, jetzt eine Heimstätte beziehen konnten, die mit grösserer Wirksamkeit und grösseren Rechten ausgestattet war als die bisherigen gewerkschaftlichen Körperschaften.

Der Eindruck war in breiten Schichten der Arbeitnehmerschaft spürbar. Schliesslich war ja den freien Gewerkschaften immer als ihr Ideal vorgeschwebt, in höchster Steigerung der Zusammenfassung die zusammengeballte Kraft der Arbeiterschaft im Staate zu sein, mächtigstes Instrument gegen die Klassenherrschaft der kapitalistischen Welt, ein Monopol, mit unerbittlicher Härte erstritten über alle weltanschaulichen und politischen Unterschiede hinweg. So fand mancher freigewerkschaftliche sozialdemokratische Führer in der neuen Einheitsgewerkschaft ein ganz gut erträglich Ding.

Im sozialistischen Lager herrschte zunächst Verwirrung. In die Reihen der sozialdemokratischen Freigewerkschafter und der strengen Marxisten, die sich «revolutionäre Sozialisten» nannten und es zumeist wohl auch waren, funkten die Häupter der sozialistischen Emigration, wie Julius Deutsch, Otto Bauer und Genossen. Gegen alle lagen die Kommunisten auf Vorpass, mit grossen Geldmitteln ausgerüstet für eine Untergrundbewegung, die, mit neuen Umsturzplänen beladen, von obdachlos gewordenen Freigewerkschaften getragen werden sollte. Müde des Hin und Her und

der blutroten Hirngespinnste der Unbelehrbaren, kehrten sich jetzt tausende Arbeiter und so manche ihrer Führer der neuen Erscheinung des Gewerkschaftsbundes zu. Im Juni 1934, zwei Monate nachdem der Österreichische Gewerkschaftsbund seine Tätigkeit eröffnet hatte, vereinigte er bereits gegen 150.000 Mitglieder, wobei nach den Satzungen die Angestellten des öffentlichen Dienstes und die Landarbeiterschaft nicht in Betracht kamen. Schon am 1. Mai 1934, acht Wochen nach Eröffnung der Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes, konnten 35 Gewerkschaften den Kern der neuen berufsständischen Hauptkörperschaft bilden: aus dem Berufsverband für Geld- und Versicherungswesen zwei Gewerkschaften, für Handel und Verkehr vier, aus dem Verband für Industrie und Bergbau und für Gewerbe je neun und aus den Freien Berufen elf Fachverbände-Gewerkschaften. Mehr noch hatte zu sagen, dass der Gewerkschaftsbund in den ersten vier Monaten seines Bestandes mehr als 70 neue Tarifverträge abgeschlossen hatte. Darunter eine ansehnliche Zahl solcher, die gegenüber dem früheren Zustand erhebliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen enthielten. Bis zur Jahreswende 1934/35 hatte rund die Hälfte der in den Freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft zum Gewerkschaftsbund hingefunden. Aus christlichsozialer Grunderfassung entsprang das schöne Wort, das am 21. November 1937 der nunmehrige Minister für Soziale Verwaltung, Dr. Josef Resch, vor einer Massenversammlung in St. Pölten ausgesprochen hatte, um ein für allemal den unter Dollfuss geschaffenen Gewerkschaftsbund vor Fehldeutungen zu schützen:

«Die Gewerkschaft darf dem Arbeiter kein Zwang, sie muss ihm Herzenssache sein. Die Gewerkschaft ist vom Staate unabhängig. (Zu den Hörern gewendet:) Sie haben von mir noch niemals Aufträge und Befehle erhalten, und das ist auch nicht notwendig. Die Arbeiterschaft in Österreich ist mündig, sie braucht keinen Vormund, sie muss selbst wissen, was ihr nottut. So wie wir die Werkgemeinschaftswahlen durchgeführt haben, so glaube ich zuversichtlich, dass man auch im Gewerkschaftsbund zu Wahlen kommt. Ich habe keine Freude daran, Ernennungen und Bestellungen vorzu-

nehmen, obwohl ich da nur unterschreibe, was mir die Gewerkschaft vorträgt. Man wird daher bald zu Wahlen übergehen können, was für mich ein Tag der Freude sein wird\*.»

So sprach ein Mann, der in enger Gesinnungsgemeinschaft mit dem Bundeskanzler stand, kein Dilettant und Schwätzer, schon gar nicht in Sachen ehrlicher Sozialpolitik und christlicher Sozialgesinnung. So wie der Gewerkschaftsbund augenblicklich beschaffen war, stellte er kein festes Wesen dar, sondern er bedurfte noch der vertikalen Weiterentwicklung im berufsständischen Sinn. Wenn der Sozialminister der Regierung Schuschnigg von Werkgemeinschaftswahlen sprach, so zeigte er schon die noch zurückzulegende Wegstrecke an einem Beispiel an. Niemand wusste es besser als dieser christlichsoziale Volksmann, dass der Gewerkschaftsbund, damals wie heute, eine Säule und noch nicht der ganze zu errichtende Bau war und ist. Tatsächlich hat sich in der weiteren Entwicklung ganz von selbst das berufsständische Element der Gemeinschaft da und dort in beachtlichen Belangen, so in der Einrichtung der *Tarifkommissionen*, durchgesetzt und noch geschieht in der Wirtschaft so manches, das ohne Berufung auf seine berufsständische Herkunft berufsständischer Wesenheit ist.

Josef Buttinger\*\* vermerkt in seinem aufschlussreichen Erinnerungsbuch «Am Beispiel Österreichs» (S. 312): «Die legale Einheitsgewerkschaft wuchs trotz des freigewerkschaftlichen Boykotts.» Derselbe sozialistische Gewährsmann berichtet von einer Aussprache, die wenige Tage nach dem 12. Februar 1934 – das Datum ist vielsagend! –, vermittelt von dem Sekretär der Arbeiterkammer, Dr. Palla, im Gebäude der Arbeiterkammer stattgefunden habe unter Teilnahme des Obmannes der Christlichen Gewerkschaft, Josef

---

\* «Sozialpolitischer Dienst», 11/570, S. 4.

\*\* Pseudonym für Gustav Richter, Obmann der Zentralkommission der revolutionären Sozialisten und der «Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten».

Staud, und zweier Führer der aufgelösten Freien Gewerkschaften, Redakteur Straas und Haerting, des Obmannes des Bundes der Industrieangestellten. Dieser Konferenz sei eine Vorberatung der Freien Gewerkschaften, unter besonderer Erlaubnis und gesichert gegen eine Störung seitens der Heimwehr durch eine Wache der Ostmärkischen Sturmsharen, vorausgegangen. Zur Debatte stand ein von dem Obmann des freigewerkschaftlichen Bundes der Industrieangestellten vorgelegter Vorschlag, «positiv für den Eintritt der Freien Gewerkschaften in den Österreichischen Gewerkschaftsbund Stellung zu nehmen». Die Aussprache hatte keinen unmittelbaren Ertrag, doch wurde der aufgenommene Kontakt zwischen den Vertretern der Freien Gewerkschaften und der Leitung des Gewerkschaftsbundes zunächst in einer in Hernals stattgefundenen Konferenz fortgesetzt und riss auch dann nie gänzlich ab. Wie Buttinger weiterhin notiert, fand auch noch Anfang 1938 eine Fortsetzung der Aussprache statt. Die Beratung führte Anfang März 1934 zu einer Vorsprache der Führer der Freien Gewerkschaften beim Bundeskanzler, an der der Sekretär der Metallarbeiter der Freien Gewerkschaft, Tomandl, Haerting, Mantler, Vitztum, Fraenkl, teilnahmen. Buttinger notiert, Dollfuss habe die Erschienenen nach ihrer Aussage «überaus nett und freundlich» empfangen. Freilich werde es in den Gewerkschaften die geforderten freien Wahlen geben, er sei immer für die sozialen Rechte und eine unabhängige wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter gewesen. Dollfuss habe der Deputation gesagt: «Gehen Sie zu meinem neuen Sozialminister, um mit ihm die Einzelheiten zu besprechen, und sagen Sie ihm, dass der Bundeskanzler mit Ihnen vollkommen übereinstimmt.» Nach der von Buttinger gegebenen Darstellung habe Neustädter-Stürmer\* die Er-

---

\* Der um die bürdenreiche und bewegte Frühzeit des Gewerkschaftsbundes sehr verdiente Erste Präsident Josef Staud starb im Oktober 1939 in dem Steinbruch-KZ-Lager Flossenbürg in Oberfranken an einem Herzleiden, das plötzlich zu einem Schlaganfall führte. Die Lager-

schienenen schroff abgefertigt. Dollfuss hat dies zweifellos vorausgesehen, aber er wollte den vor ihm Erschienenen offenbar seine schwere Situation zeigen, in der er, bei allem sachlichen Einverständnis und seinem eigenen guten Willen, angewiesen auf seine einzigen Verbündeten, die Heimwehren, augenblicklich seine eigene Meinung nicht verwirklichen könne. — Soviel erkenntlich, waren auch in den nächsten Jahren die Fäden zwischen den Führern der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und den Leitern des Gewerkschaftsbundes, an deren Seite auch weiterhin neben dem Präsidenten Staud der gewesene Abgeordnete Prof. Dr. Drexel für eine Verständigung wirkte, nicht gänzlich abgerissen.

Anfang Februar 1938 trafen einander dann auch in der Wiener Wohnung des Dr. Drexel der Führer des Gewerkschaftsbundes, Josef Staud, und die freigewerkschaftlichen Unterhändler Mantler, Böhm und Weigelt. Staud war von zwei Freunden und Mitarbeitern in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, den Sekretären Waschnigg und Prinke, begleitet. Die Beratung beschäftigte sich mit dem Plane einer Unterschriftenaktion, mit der sich die geeinigte Arbeiterschaft zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs hinter die Regierung stellen sollte. Doch die in jenen Märztagen 1938 sich überstürzenden Ereignisse begruben das Unternehmen in seinen Anfängen. Verblieben ist für das Andenken der Nachwelt die Erinnerung, dass in der höchsten Not des Vaterlandes auch die österreichische Arbeiterschaft sich zur gemeinsamen Abwehr rüstete.

\*

Neben der sozialdemokratischen «Freien Gewerkschaft», die behauptet hatte, unpolitisch zu sein, und das niemals war, hatte das christliche Gewerkschaftswesen in seinen Anfängen um die Jahrhundertwende einen sehr schweren Stand gehabt.

---

leitung bezeugte dem ungebeugten Kämpfer im Tode ihre Achtung, indem sie zur Überführung der Leiche nach Wien das Erscheinen der nächsten Angehörigen des Toten — eine seltene Ausnahme — gestattete.

Der christliche Arbeiter, der sich weigerte, sich einer sozialistischen Körperschaft anzuschliessen und ihrem ausgeübten Zwang zum Eintritt widerstand, war damals allen Schicksalen des Vereinsamten und Wehrlosen ausgeliefert. Wer etwa als Angestellter in dem gleichen Druckereibetriebe aus der Nähe täglich aufs Neue das bittere Los dieser Menschen mit ansehen musste, konnte vor diesen Helden im Arbeiterkittel nur mit scheuer Bewunderung stehen. Der damalige Herausgeber der «Reichspost», der Druckereibesitzer Ambros Opitz, pflegte das technische Personal des Betriebes aus der christlichen Arbeiterschaft seiner Heimat zu ergänzen. So war in unsere Druckerei auch der Metteur Karl Herrschei gekommen, der sich standhaft weigerte, der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaft der Buchdrucker sich anzuschliessen; zwei Jahre lang hielt er, von Ambros Opitz geschützt, dem Andrängen der Freien Gewerkschaft stand, die seiner Weigerung mit hartem Drucke begegnete. Schliesslich brachten passive Resistenz und eine ernstzunehmende Streikansage auch den Herausgeber Ambros Opitz zur Kapitulation. Brotlos geworden, ohne Hoffnung, in einem Wiener Betrieb Aufnahme zu finden, musste Herrschei daran glauben, dass er, ein Familienvater, verurteilt war, einer unbarmherzigen Macht zu unterliegen. Sein Schicksal war ein Beispiel für viele. Zuzugeben ist, dass das Vorgehen der Gewerkschaft diktiert war von dem Bestreben, die Berufsangehörigen geschlossen zusammenzuhalten und dem Unternehmer eine undurchdringliche Wand entgegenzustellen, hinter der die mit eiserner Disziplin geübte private Innergesetzlichkeit der Gewerkschaft herrschte, in der die soziale Gesetzgebung zum Schutze noch nicht ausreichte.

In dieser Lage für die Gesinnungsfreiheit der christlichen Arbeiter die Bahn frei zu machen und eine Entfaltung des christlichen Gewerkschaftswesens zu erreichen, wie im Deutschen Reiche, gelang trotz des höchsten Einsatzes von Bekenntnisstärke und Opfergeist damals nur in beschränktem Masse. Die Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung



in Österreich stellt eines der schmerzenreichsten und erhabensten Kapitel der christlichen Volksbewegung in Österreich dar.

Den christlichen Gewerkschaften war in der Neuordnung des Gewerkschaftswesens, in der dem «Gewerkschaftsbund» eine Stellung öffentlichen Rechts und konkurrenzloser Geltung eingeräumt war, gleichwie den «roten» und «gelben» gewerkschaftlichen Gebilden nur eine Stellung privaten Rechts eingeräumt. Sie, die für ihre christliche Überzeugung jahrzehntelang auf der Schanze gestanden, Spott und Verfolgung ertragen hatten, mussten nun, da mit ihrem Verdienstanteil ein Neuaufbau der Gesellschaft im Geiste christlicher Sozialreform in Angriff genommen wurde, in den unterschiedslosen Gewerkschaftsbund einrücken. Die «Reichspost» schrieb damals an leitender Stelle das gebührende Wort: «Niemand, der die Bedeutung der sich vollziehenden Änderung ermisst, wird der christlichen Arbeiterschaft das achtungsvolle Verstehen verweigern, dass ihr der jetzt auferlegte Verzicht nicht leicht wird. Es war für sie eine Ehrenbezeugung, dass an die Spitze der neuen Einheitsgewerkschaft ihr Joseph Staud berufen wurde.»

\*

Noch während die Furie des Bürgerkrieges ihr Haupt über die in tiefe Finsternis gehüllte Stadt erhob, ernannte die Bundesregierung den Sozialminister Richard Schmitz zum Bundeskommissär für die Stadt Wien. In derselben Nacht werden einige leitende Beamte des Rathauses für den nächsten Vormittag, den 12. Februar, in das Büro des Bürgermeisters geladen. Die Gerufenen waren Mann für Mann ausgewählt auf Grund ihrer erprobten Tüchtigkeit und Erfahrung, ohne Rücksicht auf ihre Konfession oder private politische Einstellung.

Der 12. Februar 1934 war ein sehr bewegter Tag. Das Eintreffen des neuernannten Leiters der Stadtverwaltung verzögerte sich. Es war gegen 10 Uhr, als Richard Schmitz vor die Geladenen trat und sich ihnen als ihr neuer Vorgesetzter

vorstellte. Er sei nicht gekommen, um an Stelle des früheren Regimes ein anderes zu setzen oder ein neues aufzurichten, sondern lediglich, um die oberste Leitung der Stadt Wien genau nach den bestehenden Gesetzen und zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu übernehmen. Er beabsichtige, die heute hierher gerufenen Beamten mit der Führung der bestehenden Verwaltungsgruppen zu betrauen, und setze hierbei voraus, dass die ausersehenen Beamten loyal und unparteiisch zum Wohl der geliebten Stadt auch weiterhin zu dienen bereit seien und auch aus eigener Initiative Vorschläge an ihn herantragen würden. Die erste Sorge müsste der sofortige Einsatz aller Kräfte zur Bekämpfung der quälenden Arbeitslosigkeit sein. Ihm schwebte deshalb die Ausarbeitung eines weitausegreifenden Arbeitsbeschaffungsprogrammes vor; seitens der Bundesregierung sei ihm ein ausserordentlicher Hilfsbeitrag von 30 Millionen bestimmt zugesichert worden. Die Stadtverwaltung hat sich dann ohne diesen ihr zugesicherten Betrag behelfen müssen, denn er ist ihr nicht zugeflossen.

Es wurde sofort ans Werk gegangen. Schon Mitte März 1934 stand das Arbeitsbeschaffungsprogramm mit allen Einzelheiten fest und wurde ohne Säumen in Angriff genommen. Es sei hier nur von einer Tat die Rede. Nur am Rande sei vermerkt, dass es, dank des Zugriffes der Wiener Stadtverwaltung, ab 1935 in Wien keinen beschäftigungslosen Bauarbeiter gab und es oft Monate dauerte, bis die von der Stadt geförderte Renovierung oder Fertigstellung von Bauten die erforderlichen Gerüste zugeteilt erhalten konnte. Die Hauptleistung wurde aber im März 1934 mit dem Beschlusse eingeleitet, in dem vom Bürgermeister Dr. Karl Lueger geschaffenen Wald- und Wiesengürtel um die Grossstadt die Erbauung der Wiener Höhenstrasse in Angriff zu nehmen. Unter dem bedeutenden Vollbringen, das in der Zeitspanne von nur vier Jahren, 1934 bis 1938, sich dem Wiener Stadtbild einprägte, wurde die Höhenstrasse wohl das imposanteste Werk. Die Höhenstrasse hatte den Verkehr von der unzureichenden und hässlichen alten

Kahlenberger Strasse abzulenken und in einer aussichtsreichen Trassenanlage zu den Höhen des Kahlen- und Leopoldsberges zu führen und mit einem vom Kobenzl schwingenden Ast den Abstieg nach Salmansdorf zu vermitteln. Es beweist die Tüchtigkeit der Stadtplaner, dass schon nach wenigen Wochen nach Übernahme der Amtsgeschäfte durch Richard Schmitz zunächst die Trasse auf den Kahlenberg ausgesteckt war. Und es gelang das Unwahrscheinliche: noch im gleichen Jahre konnten die ersten Autos die neue Strasse befahren. Bald aber führte die Strasse auch weiter auf den Leopoldsberg, auf dem rund um die alte Babenbergerburg ein neuer Promenadenweg wahrhaft herrliche Ausblicke nach beiden Seiten des Donautales eröffnete. Die bezaubernden Schönheiten, die auf dem waldigen Höhensaum um Wien erschlossen wurden, sind heute ein Schatz der Grossstadt, an dem jeder Wiener Anteil hat. Heute ist die Wiener Höhenstrasse eine weltbekannte Sehenswürdigkeit.

Mit ihrer Anlage ist eine bleibende Tat geschaffen worden, die immer aufs Neue Segen und Befruchtung bringt. Wohl ist die Gedenktafel beseitigt worden, die an ihren Planer erinnerte. Aber diese Tat kann man aus dem Antlitz der Stadt nimmermehr löschen.

## IX. KAPITEL

### RINGEN UM DIE BERUFSSTÄNDISCHE ORDNUNG

*Aus dem Schriftennachlass des Vizekanzlers Schmitz – Die Grundzüge des Staatsreformplanes – Die Berufsstände als soziologisches und politisches Bauelement – Ein Mann mit der Seele eines modernen Winkelried – Das Bekenntnis eines christlichen Staatsmannes – Die Mitarbeiter des Bundeskanzlers – Viel Idealismus und bedeutendes Können – Die Zeit des Überganges zur neuen Ordnung – Vorstoss ins Kernproblem des Reformplanes – Gedankenaustausch mit dem Hauptverband der Industrie – Entwurf einer Notverordnung – Eine «Ständekammer» als gesetzgebende Instanz – Zurückhaltende Stellungnahme der Handelskammern – Ein Dokument der österreichischen Sozialgeschichte – Zusammenfassung der Wirtschafts führ er in Bünden – Gegen faschistische Bestrebungen – Ausscheiden Starhemberts aus der Regierung – Die Erste Soziale Woche der Katholischen Aktion – Aufklärungsarbeit der intellektuellen Jungmannschaft – Neustädter-Stürmer als Sozialminister – Eine Geburtstagsfeier mit Vorbehalt – Das Verfassungsübergangsgesetz – Bauernschaft und Landarbeiterschaft – Eine Bewährung echter Gemeinschaftsgesinnung – Die Propagandaparolen der Nationalsozialisten – Die Bauernwahlen in Vorarlberg – Eine Kundgebung im Staatsrat*

In Geschichtsschreibung und Kritik hat das «Experiment» zur Errichtung der Berufsständischen Ordnung für Gesellschaft und Staat, das inspiriert war durch die Enzyklika Quadragesimo Anno, eine widerspruchsvolle Beurteilung gefunden. War der Plan der berufsständischen Neuformung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft wirklich eine Zuflucht ins Imaginäre oder im wahrscheinlichen Ergebnis nichts anderes als die Einleitung des automatischen Überganges eines Abgleitens aus einer ins Stocken geratenen parlamentarischen Demokratie, wie Dobretsberger, selbst in den Anfängen als Minister mittätig, in tiefer Enttäuschung den Zug der Entwicklung zu erkennen meinte? Das tatsächliche Schicksal

des österreichischen Versuches, dem von aussen her Hitlers Machtergreifung ein Ende setzte, scheint den Aburteilern recht zu geben. Sieht man näher zu, so sind alle auf kurze Termine eingestellten Erklärungen durch die nüchterne Tatsache widerlegt, dass die Ursachen, die am 4. März 1933 in jähem Überfall die Enthauptung des Parlamentes herbeiführten, schon längst die verfassungsmässige Ordnung unterminiert hatten. Hier wurde der Versuch gemacht, von einer grossen Idee geführt, neu zu beginnen, als alles zum Zusammenbrechen war.

\*

Dem Verfasser dieser Erinnerungen liegt aus dem reichen Schriftennachlass des Direktors des Katholischen Volksbundes und späteren Ministers und Vizekanzlers Richard Schmitz der Text einer von ihm im Februar 1933 einem Kreise katholischer Soziologen dargelegten Untersuchung vor, in der vom Sprecher die Grundzüge eines Staatsreformplanes entworfen wurden. Der Referent sah — immer die Enzyklika vor Augen — die Verwirklichung der berufsständischen Idee als «das in späterer Zukunft zu erreichende Ziel» an, auf das aber schon jetzt vorbereitend hinzuarbeiten sei; dabei seien die demokratischen Grundlagen ohne wesentliche Einbusse zu erhalten, die Stellung des Nationalrates solle nicht zurückgedrängt werden. Als augenblickliche Reformaufgabe betrachtete der Redner «die nach guter Vorbereitung schrittweise zu vollziehende Übertragung von Agenden, die heute der Staat zu führen hat». Also Entlastung des staatlichen Apparates durch autonome Pflichtenträger innerhalb berufsständischer Körperschaften. Den Bundesrat habe eine Wirtschaftskammer zu ersetzen, deren Mitglieder durch Urwahlen aus eigenen Wirtschaftskörpern (Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verteilt nach gesetzlichem Schlüssel) hervorzugehen hätten. Dieses bescheidene Konzept ist wie so manches andere ehrliche Bemühen um eine in massvollen Bahnen verlaufende

Staatsreform in der stürmischen Entwicklung, die mit den Februarereignissen Platz griff, nicht zum Zuge gekommen. Und doch begann Engelbert Dollfuss das Unternehmen, die Berufsstände als soziologisches und politisches Bauelement in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu legitimieren. Gewiss war das ein Experiment, weil es nicht mit dem Winkelmass vorgezeichnet, sondern aus heisserkämpften Erkenntnissen entsprungen war, ein Experiment auch, weil keine politische und keine Finanzmacht hinter diesem Beginnen stand, dessen Ausgang unter keinen Umständen in naher Reichweite war; schliesslich auch ein Experiment, weil niemand wusste, wieviel Aufwand an Zeit, des kostbarsten Bedarfes für den Neubau eines Staates, es erfordern würde.

Das politische Klima war dem Unternehmen nicht günstig. Der kleine junge Staat war umklammert von sozialen und staatsrechtlichen Einrichtungen, die darnach strebten, ihn nach ihrem Geschmacke zu adaptieren. Bis in die Mitte der österreichischen Kabinette hinein funkten zum Überfluss die Gegensätzlichkeiten aus einem zerrütteten Parteileben des Inlandes. Zu allem kam der atembeklemmende Druck der Weltwirtschaftskrise, gegen die der Staat nur durch tief einschneidende Massregeln sein Leben retten konnte. Trotzdem unternahm in dieser Situation Österreich die grundsätzliche Umstellung seiner Verfassung auf den «Christlichen deutschen Bundesstaat auf berufsständischer Grundlage». Nicht nur auf vorbereitende und auf weite Sicht gerichtete Handlungen kam es dabei an, sondern vor allem darauf, eine innere Anteilnahme der heimischen Bevölkerung an dem grossen Aufbauwerk zu gewinnen, Verstand und Herz der Menschen für das grosse Vorhaben zu erobern und durch eine echte Bewegung die Reform unablässig und mit Geduld zur Tat reifen zu lassen. Das war die unerlässliche Bedingung.

Dem reformerischen Unternehmen war in Engelbert Dollfuss ein Mann mit der Seele eines modernen Winkelried geschenkt worden. Als Dollfuss an jenem von feierlicher

Schönheit durchleuchteten denkwürdigen 9. September 1933 in Gegenwart des Kardinallegaten La Fontaine im Wiener Stadion den Vorsatz\* kundtat, Österreich nach den Grundsätzen des päpstlichen Rundschreibens auszurichten, da war dies das Bekenntnis eines christlichen Staatsmannes zu einer empfangenen Sendung, vor der für ihn alle persönlichen Interessen als unwichtig versanken. Die versammelten Hunderttausende verstanden ihn und schworen ihm zu. Viele in der grossen Öffentlichkeit, die ihm in dem Höhenflug seines Denkens nicht zu folgen vermochten, zollten Achtung dem Mut und der tiefen Vaterlandsliebe, die sie in seinem Auftreten empfanden. Er riss die Müden und Matten empor, und er lenkte auf seine Brust die Speere der Gegner. Sie ahnten und fürchteten, was der Sieg der im Geiste der Enzyklika geführten Erneuerungsbewegung bedeuten würde.

Schon im Frühsommer 1933 hatte Dollfuss den gewesenen Bundeskanzler, Dr. Ender, diesen makellosen Vorarlberger Demokraten, für die verfassungsrechtliche Vorbereitung der berufsständischen Reform an seine Seite berufen; am 21. September manifestierte sich bei der Umbildung des Dollfuss-Kabinetts dessen grundsätzliche Einstellung auf die programmatische Reform als eine Hauptaufgabe. Richard Schmitz übernahm die Formung der berufsständischen Körperschaften, vertraut mit der Materie als Sozialminister des ersten und zweiten Seipel-Kabinetts. Nun übernahm er abermals das soziale Ressort mit seinen jetzt ausserordentlich bedeutungsvollen Obliegenheiten. Dem Bundeskanzler Dollfuss stand bei seinem grossen Vorhaben ein hochgesinnter Berater zur Seite, der Tiroler Dr. Johannes Messner, ein Wissenschaftler der Gesellschaftslehre, ein Mann mit sachlichem,

---

\* Engelbert Dollfuss am 9. September 1933: «Wir werden ständische Formen und ständische Grundlagen, wie sie die Enzyklika Quadragesimo Anno uns verkündet, zur Grundlage des Verfassungslebens nehmen. Wir haben den Ehrgeiz, das erste Land zu sein, das dem Ruf dieser herrlichen Enzyklika im Staatsleben Folge leistet.»

unabhängigem Urteil und einem trefflichen publizistischen Werkzeug, der von ihm geschaffenen Monatsschrift «Kultur und Politik».

Über die Schwierigkeiten der abverlangten Leistung gaben sich Dollfuss und seine nächsten Mitarbeiter keiner Täuschung hin. Zu ermessen war die Stärke der Widerstände noch nicht. In jeder Berechnung mussten unbekannte Grössen stehen, wenn man nur daran dachte, dass Sinn und Wesen der berufsständischen Reform und ihre Begriffswelt herauszustellen waren. Selbst unter den katholischen Aktivisten der Sozialen Arbeit gab es verschiedene Lehrmeinungen, Gruppenbildungen, Schulrichtungen. Die Diskussionen ergaben ein buntes Gesamtbild. Über den Gruppen stand als Mentor Dr. Johannes Messner, der Hochschulprofessor Ferdinand Westphalen, an der Seite Leopold Kunschaks der federtüchtige Dr. Franz Hemala, an der Spitze der sozialtätigen Frauenschaft Doktor Hildegard Burian, Dr. Alma Motzko und Dr. Berta Pichl. Man traf hier den Verfasser des «Linzer Programms der christlichen Arbeiterschaft» (1923), Dr. Karl Lugmayer, den Oberösterreichler Rudolf Hausleithner, die eigenständigen Kämpfer Dr. Anton Orel und Dr. E. K. Winter, dann, auf verschiedenen Wegen marschierend, seine treffliche Jungmannschaft, in der sich bald bedeutende Begabungen meldeten, wie der Staatsrechtler in Soziologie- Dr. Tzöbl, ein Dr. Hans Schmitz, der Bruder des Sozialministers, so Dr. Anton Burghardt, die Wiener Dr. August Knoll, Dr. Karl Kummer, Nikolaus Hovorka, der Linzer Alfred Maleta und der leider abseits gedrängte Dr. Josef Dobretsberger. Viel Idealismus und bedeutendes Können waren am Werk. Der zu bearbeitende Boden war weithin Neuland. Dollfuss hatte dem Aufbauwerk strenge Termine gesetzt. Die Verfassung des berufsständischen Staates hoffte und wollte er bis Anfang Mai 1934 fertiggestellt sehen. Schon im Oktober unterrichtete Minister Schmitz zuvorderst die wirtschaftlichen Hauptkörperschaften über seine Vorschläge im Sinne der gesetzten Ziele. Zunächst galt



es, über die Methode des Vorgehens bei diesem grossen Gesetzeswerk einig zu werden.

Es ist interessant, den ersten Entschlüssen der Pfadfinder zu folgen. Zunächst ergab sich zwangsweise die Wahl: Sollte man einen umfassenden, auf alle Details eingehenden berufsständischen Aufbau beginnen, damit in breitester Front und auf weiteste Sicht dem viel Zeit erfordernden Ziele hinstreben, oder sollte man einen beschränkten Aktionsradius wählen, der ein rasches Vorgehen auf kleinerem Raume bestimmte? Vor allem: sollte man mit der Verwirklichung der berufsständischen Ideen dort beginnen, wo ihr Fehlen am empfindlichsten ist, in den wirtschaftlichen Berufen? Die Studie des Sozialministers bezeichnete die erste Methode als genauer, systematisch richtiger, verhehlte aber nicht, dass ein bis in die Einzelheiten reichender Gesamtplan, bei dessen Ausführung so manche Hemmungen zu überwinden sein würden – schon deshalb, weil verschiedene Berufsgruppen eine verschiedene Einstellung zur berufsständischen Neuordnung hatten –, die höchsten Anforderungen auch in Bezug auf die Zeitdauer beanspruchen würde.

*Die Wahl fiel auf das raschere Vorgehen in beschränktem Raume.* Doch müsse das Tempo des Vorgehens nicht überall das gleiche sein. Man stehe ja in der lebhaft bewegten Zeit des Überganges von einer alten zu einer neuen Ordnung. Viele Umstände zwingen höchstwahrscheinlich zu einem möglichst raschen Handeln, ohne Furcht vor der Notwendigkeit vielleicht häufiger Änderungen und Anordnungen. «Wir können nicht warten», sagte der Minister, «bis der Gesamtbau im Grossen und Ganzen fertig ist, sondern müssen den Neubau gleichzeitig in mehreren Stockwerken beginnen.»

Mit der erhöhten Eile mussten die Baumeister aber auch eine erhöhte Fehlergrenze in Kauf nehmen. Denn mit jedem Schritt nach vorwärts betrat man unergründetes Terrain. Ein lebendiges Beispiel des Vollbringens gab es nicht. Wo Fehler fast unvermeidlich waren, dort bedurfte es einer unnach-

sichtigen legitimen Kontrolle. Hier musste die oberste Einheit der Gemeinschaft, der Staat, ihres Amtes walten. Doch hier lauerte eine Gefahr: Das Überwuchern einer bürokratischen Oberhoheit, der faschistischen Verfangenheit, der totalitären Omnipotenz. Wenn eine solche Entwicklung die Oberhand gewänne, würde sie den berufsständisch auf Autonomie und Subsidiarität ausgerichteten Organismus zu erdrosseln drohen. Nur eine konstruktive, ihres Lebensprinzipes bewusste starke Kraft würde sich der Bedrohung erwehren. Diese sollte schon nach zwei Jahren berufsständischer Bauleitung beunruhigend sichtbar werden.

Der Minister entschloss sich zu dem Vorschlag, den Löwen in seiner Höhle aufzusuchen. Er riskierte es, zuallererst an die berufsständische Ordnung dort heranzugehen, wo ihr die heikelsten Probleme zu lösen gestellt waren: in der Industrie. Hier, in den Herrschaftsbezirken der Industriemagnaten und der Anführer des Marxismus, in den Maschinenhallen und Bergwerken, würde – so berechnete der Minister – die beispielhafte Probe für die Aufrichtung der Berufsstände zu bestehen sein. Denn hier stiess man in das Kernproblem des Reformplanes. Also lud Richard Schmitz die Vertreter des Hauptverbandes der Industrie mit seinem Motivenbericht über die Aktivierung ständischer Einrichtungen in der Industrie zur Aussprache ein und stellte einen Gesetzentwurf zur Diskussion, die ein von ihm im November gehaltener Vortrag im Industriellenklub unterstützte. In dem geschäftsführenden Vizepräsidenten des Hauptverbandes der Industrie, Freiherrn von Erhard, fand er den hervorragendsten fachlichen Gesprächspartner, den er sich wünschen konnte. Ein reger, schon im Herbst 1933 begonnener Gedankenaustausch führte zu grundsätzlichen Untersuchungen, Vorschlägen und Gutachten. Eine Denkschrift des Ministers bezeichnete als «ständische Elemente, die zur führenden Mitarbeit an dem Reformwerk von der staatlichen Autorität heranzuziehen seien, im industriellen Raume den «Hauptverband der Industrie», der mit

seiner Fülle von Fach- und Berufsvereinigungen auf der Arbeitgeberseite einen starken Arbeitspartner darstellte, und auf der anderen Seite eine zu schaffende Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter und Angestellten, die im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Ressortverwaltern von dem Minister für Soziale Verwaltung zu bilden sei. «Die berufsständische Erfassung», sagte der Minister, «hat dort zu beginnen, wo Unternehmer, Arbeiter und Angestellte sich begegnen müssen: beim Arbeitsvertrag.» Damit ergebe sich «grundsätzlich der erste lebendige Organismus der berufsständischen Neuordnung, paritätisch zusammengesetzt und auf Verständigung gerichtet; bei der Erstellung berufsständischer Selbstverwaltung, so auch der Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeitnehmerschaft, gebühre der Arbeiter- und Angestelltenschaft die Verwaltung, gleichwie in wirtschaftspolitischen Fragen dem Unternehmer die Führung zustehe und ein natürliches Recht den Arbeitnehmern den Anspruch zuteile, bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen ihren Standpunkt mit entsprechendem Gewicht geltend zu machen».

Auf diesen Grundzügen baute der Entwurf einer Notverordnung für eine vorläufige Inkraftsetzung ständischer Einrichtungen auf. Diese Institutionen sollten in einer «Ständekammer» gipfeln, die aus Delegierten der grossen Wirtschaftszweige, Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Gewerbe sowie Handel und Verkehr, zusammengesetzt werden sollte, wobei die Wirtschaftsgruppe der Selbständigen und Unselbständigen ihre besonderen Delegierten in der Ständekammer haben sollten, die als gesetzgebende Instanz in die künftige Verfassung eingebaut werde.

Zur Ausübung des Rechtes der führenden Mitwirkung an der berufsständischen Rechtsgestaltung im industriellen Sektor – einer Anteilnahme, «die zugleich ihre Pflicht ist» –, bildeten nach dem Vorschlag des Ministers der Hauptverband der Industrie und die zu schaffende Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer gemeinsam den Vollzugsausschuss der befugten

Spitzenorganisationen der Industrie. Dies alles war Vorbereitung, Versuch, noch kein Abschluss, aber eine Gutes versprechende Erkundung und Verständigungsbereitschaft.

\*

Mit einem offiziellen Schreiben beschloss der *Hauptverband der Industrie* am 26. Jänner 1934 seine *Stellungnahme zu dem berufsständischen Reformplan*. In seiner Kundgebung bezeichnete er das reformerische Vorhaben, den Übergang zur ständischen Gliederung, als «*eine geschichtliche Umbildung von höchster Tragweite*» und unterstrich dieses Urteil noch durch die Betonung, dass die erstrebte Umbildung «*die geistige und seelische Bereitschaft in allen Schichten der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung unerlässliche Voraussetzung sei*», also eine Sanktion erhalte, die kein anderes Gesetzeswerk auszeichnet.

Der Hauptverband der Industrie Österreichs hob die Bedeutung seiner Kundgebung noch durch die Berufung darauf, dass seiner beschlussfassenden Körperschaft, dem Leitenden Ausschuss, die Vertreter sämtlicher dem Hauptverband angeschlossenen territorialen und fachlichen Verbände angehören.

Der Hauptverband der Industrie war eine sehr weltliche Einrichtung, einer der bedeutendsten Träger österreichischer Wirtschaft und materieller Kultur. Seine Beschlussfassung war eine Achtungbezeugung vor dem sittlichen Ideengut der berufsständischen Reform, ein *denkwürdiges Dokument in der österreichischen Sozialgeschichte*. Es sei hier wegen seiner Bedeutung im Wortlaut festgehalten:

«Sehr geehrter Herr Kanzler!

Der Hauptverband der Industrie Österreichs hat sich in den am 16. und 26. Jänner d. J. abgehaltenen Sitzungen seines Leitenden Ausschusses, dem die Vertreter sämtlicher dem Hauptverband angeschlossenen territorialen und fachlichen Unterverbände angehören, mit der Frage der ständischen Reform befasst und zu diesem Gegenstand einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Die Industrie erkennt den Zug der Zeit nach Neugestaltung des Rahmens für das politische und wirtschaftspolitische Geschehen im Staate. Sie begrüsst daher die Initiative der Regierung, die durch das Programm der Ständeversammlung diesen Bestrebungen ein festes Ziel vorgezeichnet hat.

Bei richtiger Anlage und Durchführung vermag der ständische Aufbau Voraussetzungen für den Wiederaufbau Österreichs in dreierlei Richtungen zu schaffen:

1. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung können neben den kulturellen und sozialen auch die wirtschaftlichen Interessen verlässlichere Wahrung finden als früher.

2. Der Arbeitsfriede kann durch endgültige Ausscheidung des Klassenkampfes vor künftigen Erschütterungen bewahrt, die seelische Beziehung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wiederum inniger geknüpft und auf diese Weise das Gefühl wechselseitiger Verbundenheit in beiden Teilen gestärkt, damit aber auch in allen Zweigen der Wirtschaft die heimische Schaffenskraft zu höchster Entfaltung und Ergiebigkeit gesteigert werden.

Die einzelnen Wirtschaftsgruppen innerhalb sorgsam abgesteckter Grenzen einzuräumende Autonomie kann die Wiederherstellung der infolge politischer und ökonomischer Wechselfälle der letzten Dezennien vielfach aus den Fugen gegangenen wirtschaftlichen Ordnung nachdrücklich fördern und beschleunigen.

*Der Übergang zu ständischer Gliederung bedeutet eine geschichtliche Umbildung von höchster Tragweite, die, wie von autoritativer Seite des Öfteren betont wurde, nicht aus einem kodifikatorischen Akte der Gesetzgebung, sondern nur aus dem heranreifenden ständischen Geiste heraus Wirklichkeit werden könnte. Die geistige und seelische Bereitschaft in allen Schichten der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung ist die unerlässliche Voraussetzung für das Gelingen des ständischen Aufbaues. Darum heisst es, jede Gewaltsamkeit zu vermeiden und, an Gegebenes anknüpfend, den Übergang im Wege einer organischen Entwicklung zu vollziehen.*

Die Schwierigkeit des Problems, die nicht zuletzt gerade auf industriellem Gebiete gelegen ist, bringt es mit sich, dass jede Grundlegung zu ständischen Einrichtungen, jede Betätigung der letzteren, zunächst den Charakter des Experimentes an sich tragen wird. Die staatliche Autorität muss daher, wie sie an der Wiege dieser Einrichtungen steht, auf absehbare Zeit auch ihre Wirksamkeit leiten, kontrollieren, verbessern und nach Bedarf ergänzen. Den Gedanken dieser staatlichen Patronanz entspricht es ebenso wie den Bedürfnissen eines reibungslosen Überganges, dass nicht etwa auf der ganzen Linie neue künstliche Zusammenfassungen nach komplizierten Wahlsystemen geschaffen werden, sondern dass dort, wo bereits wohldurchgebildete Organisationen bestehen, die nach

ihrer allgemeinen Einstellung und Struktur für das neue System geeignet und auch guten Willens sind, diese durch einen Akt der staatlichen Exekutive zur Mitwirkung an der ständischen Arbeit herangezogen werden. Neben diesen allgemeinen Gesichtspunkten muss die Industrie vom engeren Standpunkte der Wirtschaft und insbesondere der industriellen Produktion voraussetzen:

Dass 1. bei allen ständischen Einrichtungen, die irgendwie auf die Wirtschaft Bezug haben, die Stellung der selbständig, unter eigener Verantwortung Arbeitenden in Stadt und Land ausreichend gesichert wird, zumal diesen die Bedürfnisse der Wirtschaft naturgemäss deutlicher vor Augen treten als den Empfängern abgeleiteten Einkommens;

dass 2. in diesem Rahmen die Industrie den ihrer Bedeutung entsprechenden Platz finden wird;

dass 3. der weitestgehend durchgebildeten Organisation, welche die Industrie in ihrem Hauptverband und den in ihm eingegliederten Verbänden besitzt und die alle Vorbedingungen zur Anpassung an das künftige ständische System aufweist, die ihrem Wirkungskreise betreffenden Aufgaben zugewiesen werden.

In der sicheren Annahme, dass die erwähnten Voraussetzungen auch mit den Absichten der Regierung in vollem Einklang stehen, erklärt der Hauptverband der Industrie Österreichs seine volle Bereitschaft, an der Schaffung und Durchführung des Ständewerkes mitzuwirken und seine besten Kräfte aufzubieten, damit das Vaterland auf diesen neuen Bahnen zu neuer Blüte emporschreitet.»

Die Kundgebung ist gezeichnet: Im Namen des Hauptverbandes und dessen Vizepräsidenten und Generalsekretär-Stellvertreters\*.

Im Oktober 1933 hatten die Präsidien der Handelskammern mit einer von dem Wiener Kammerpräsidenten Eduard Heini gezeichneten viergliedrigen Grundsatzserklärung Stellung bezogen. Schon in der Einleitung ihrer Darlegung sprachen sie starke Zurückhaltung und Widerspruch in der Wesenheit aus:

«Einen Staat, der sich auf die Ständeordnung und auf die Rechte der Stände stützt, gibt es nicht. An einem Vorbild für eine Verfassung auf ständischer Grundlage fehlt es daher. In der heutigen Zeit überspitzter politischer Leidenschaften erscheint ein

---

\* Der Akt trägt die E.-Nr. 283, Wien, 26. Jänner 1934.

Sprung ins Dunkel besonders gefährlich. Der beabsichtigte ständische Aufbau ist daher vorsichtig zu beginnen, schrittweise vorzunehmen und in natürlicher Entwicklung weiter auszubauen. Dieser Ausbau wird deshalb an bereits bestehende ständische Einrichtungen anzuknüpfen haben. Die Landwirtschaft, die Gütererzeugung und -Verteilung besitzen solche öffentlich rechtliche Körperschaften, die sich wie die Handelskammer bereits fast ein Jahrhundert lang bewährt haben.»

Mit dieser Auffassung des Begriffes «Ständische Einrichtung» gelangte die Kundgebung des Kammerpräsidiums zu der Schlussfolgerung, dass «der berufsständische Aufbau von vornherein von seinem Ziele abgedrängt würde, wollte man etwa Handel, Gewerbe und Industrie an ihrer Spitze voneinander trennen».

Hier schieden sich die Wege. Gerade auf diese Trennung, die Scheidung selbständiger wirtschaftlicher Funktionen, wie die der Erzeugung – des Gewerbes – und des Handels und die Vereinigung der in demselben Berufszweige tätigen Menschen, war die berufsständische Reform gerichtet. In den nächsten behördlichen Massnahmen erhielten denn auch die verschiedenen Berufsstände die Eigenständigkeit ihrer Kammern und Bünde\*.

Bevor noch der Hauptverband der Industrie seine am 29. Jänner 1934 gefasste Entschliessung in Sachen der berufsständischen Reform der Regierung unterbreitete, erfolgte im Zuge der vorbereitenden Massnahmen für die berufsständische Organisation der Erlass der sogenannten Bündischen Gesetze zur Zusammenfassung der Wirtschaftsführer in Bünde, die das Gegenstück zu den Gemeinschaftsformen der Arbeiter bilden sollten. Eröffnet wurde diese Gesetzesreihe am 5. Jänner mit der Aufrichtung des «Bundes der Industriellen Österreichs». Am 12. März erhielt das Gewerbe seinen «Bund der österreichischen Gewerbetreibenden». Am 12. April folgte der «Bund der Geld- und Versicherungsinstitute»; am 11. Juni

---

\* Siehe Seite 196.

der «Handels- und Verkehrsbund» und am 13. Juli reihten sich an als einzige ihrer Kategorie die Errichtung der Berufsstände «Land- und Forstwirtschaft» und «Öffentlicher Dienst», letzterer war ein Wesen für sich, da in ihm kein Arbeitgeber im Sinne der anderen Berufsstände den Angestellten gegenüberstand.

Diese Bünde, Produkte der Staatsautorität, geschaffen für eine Übergangsperiode und das in ihr zu vollziehende echte berufsständische Werden, sollten das Herankommen an das zu erstrebende Ziel erleichtern. Besorgnissen, es würden in den Bündeln faschistische Sonderbündler sich häuslich einrichten, begegnete Bundeskanzler Dr. Schuschnigg mit einer am 26. April 1936 in Baden gehaltenen Rede. Als 14 Tage später die Umbildung der Regierung erfolgte, verscheuchte sie jeden Schatten einer Zweideutigkeit, denn Starhemberg, der unentwegte Freund des Duce und seines politischen Systems, schied als Vizekanzler aus der Regierung und resignierte als Führer der Vaterländischen Front. Alle politische Autorität war nun in der Hand des Kanzlers vereinigt.

In den ersten Jahren, da die Öffentlichkeit mit den Begriffen der berufsständischen Reform vertraut zu machen war, richteten namentlich Fehldeutungen der Begriffe «Ständestaat», «Ständische Ordnung» mancherlei Verwirrung an, zumal wenn die Debatte auf die politische Ebene geraten war und Sonderbestrebungen in ihr Unterschlupf suchten. Bundeskanzler Dr. Dollfuss wurde auf seinen Dolmetscherfahrten durch Österreich nicht müde, gemeinverständlich den Menschen einzuprägen: «Wer von ‚Stand‘ spricht und glaubt, das sei eine Unternehmerorganisation, eine neue Front der politischen Gestaltung, der missbraucht das Wort Stand. Stand ist nicht nur eine Organisation des Unternehmertums, ist vielmehr die Organisation all derer, die ihrem Berufszweige ihre ganze Existenz verdanken.»

So hatte die Bewegung für die berufsständische Reform auch ihre schwierigen Sprachprobleme. Sie bildeten nicht das



stärkste Hindernis. Das Vorwort zu der Ersten Sozialen Woche, die in Wien vom 12. bis 17. März 1935 von der Katholischen Aktion veranstaltet wurde, musste sagen: «Die Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung nach der Enzyklika ist keine einfache Aufgabe. Die Schwierigkeiten sind ungeheuer gross. Es gilt, falsche Denkgewohnheiten, die sich in den 200 Jahren Aufklärung und Liberalismus zäh eingewurzelt haben, zu überwinden, unrichtige Vorstellungen und Wesensbilder von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu beseitigen, Irrtümer über Sinn und Wollen der Quadragesimo Anno zu widerlegen, ungewollte Missverständnisse auszurotten, oberflächlicher Verharmlosung der Enzyklika entgegenzutreten. Sie ist ein grosser Aufriss, eine Art Rahmengesetz, und kein Rezept.»

Neben der Katholischen Aktion, dem Volksbund und der christlichen Arbeiterschaft wirkte die intellektuelle Jungmannschaft an der Aufklärungsarbeit mit. Sie hatte die päpstliche Programmansage inmitten einer trostlosen Gegenwart, wie sich zeigte, als einen Weckruf zur Tat empfunden. Im Sommer und Herbst 1933 sammelten sich zum Beispiel im Rahmen der Akademikervereinigung von Innsbruck, der die Mehrheit der Katholischen Hochschülerschaft der Tiroler Hauptstadt angehörte, Hochschüler aller Fakultäten um ihren Landsmann Dr. Oskar Hohenbruck zu einem Kolleg, in dem sie die durch die Enzyklika herausgestellten Fragen besprachen. Über die geleistete Arbeit «im Dienste der Erneuerung des öffentlichen Lebens» gibt eine Denkschrift Auskunft: In 55 Positionen, die sich auf die verfassungsrechtlichen Probleme der berufsständischen Erneuerung von Gesellschaft und Staat bezogen, wurde mit Frage und Antwort das grosse Thema durchleuchtet. Die Lektüre dieser interessanten Denkschrift fordert Achtung ab vor dem schönen Ernst, mit dem von jungen Akademikern damals in Österreich um die grossen sozialen und staatsrechtlichen Probleme gerungen wurde.

Eine Folge der Februarereignisse traf auch die ministerielle Werkstatt für den berufsständischen Aufbau. Der



*Dr. Heinrich Brüning*



*K. Joseph Wirth*

Verwalter des Sozialministeriums, Richard Schmitz, war noch am 11. Februar als Bundeskommissär in das Wiener Rathaus entsendet worden und hatte kurze Zeit darauf die Bürgermeisterschaft zu übernehmen. Seine in kaum Jahresfrist als Minister erbrachte erstaunliche Arbeitsleistung lässt sein grosser Schriftennachlass erkennen. Für sein Wirken als Bürgermeister ist die Wiener Höhenstrasse ein Denkmal von nicht zu übertreffender Schönheit geworden.

Bei der am 10. Juli erfolgten Regierungsumbildung hatte Dollfuss als Sozialminister Neustädter-Stürmer in die Regierung berufen. Der Wechsel war mehr als ein Personenaustausch. Der neue Mann des Ministeriums in der Hanuschgasse war ein Heimwehrführer, der in sein Amt faschistische Auffassungen mitbrachte, die denen seines Vorgängers, aber auch des Kanzlers, widersprachen. Das fiel gerade jetzt erheblich ins Gewicht, da mit der neuen Verfassung soziologisch-rechtliche Begriffe in Theorie und Anwendung wirksam wurden, die bei der fällig gewordenen Aufrichtung der vorbereitenden gesetzlichen Körperschaften Bundeskultur- und Bundeswirtschaftsrat zu der Versuchung führen konnten, den für den bürokratischen Apparat bequemen Ausweg zu wählen und anstatt echter berufsständischer Vertreter einfach Ernante in die oberen Körperschaften zu entsenden.

Am 1. Mai 1934 hatte die neue österreichische Verfassung ihren ersten Geburtstag. Orgelton und Glockenklang waren um ihn her. Aber es war ein Geburtstag mit Vorbehalt, behangen mit Übergangsbestimmungen und Klauseln. Zwar sollten der Bundeskulturrat und der Bundeswirtschaftsrat nach der neuen Verfassung durch Delegierungen aus den Reihen der Berufsstände nun von unten her besetzt werden. Doch es fehlte ja noch der berufsständische Unterbau, aus dem die Delegierten hätten erlesen werden können. Der Wardein des neuen Verfassungsrechtes, Dr. Ender, lehnte es ab, die Öffentlichkeit mit Illusionen zu speisen und erklärte in seiner Einbegleitung des Verfassungsübergangsgesetzes vom

19. Juni 1934 mit aller Nüchternheit, «dass noch längere Zeit vergehen kann, bis der Aufbau der Berufsstände vollzogen ist. Genau kann heute niemand angeben, wie lange das dauert». Darum sah die Übergangsverfassung die provisorische Einrichtung des Bundes- und Wirtschaftsrates vor, die auf dem Wege der Berufung durch den Bundespräsidenten nach Vorschlägen des Bundeskanzlers und nach Einholung gutachtlicher Äusserungen der kulturellen und beruflichen Organisationen erfolgen sollte. Als Frist für diese umständliche Ernennungsprozedur wurde der 31. Oktober 1934 bestimmt. Bis zu diesem Tage war auch ein Staatsrat berufen, der zur selben Zeit wie der verfassungsmässige Bundeskultur- und Bundeswirtschaftsrat als Definitivum ins Leben treten sollte.

Die unliebsame Verzögerung liess erkennen, dass der berufsständische Aufbau der ersten Stufe in den kulturellen Gemeinschaften und den Genossenschaften noch ausständig war. Durch Ernennung und Berufungen schuf man aber eben keine echten berufsständischen Körperschaften. Ohne die erste Stufe des berufsständischen Aufbaues, ohne die Begegnung von Meistern und Gesellen, Arbeitern und Fabrikherren konnte es keine berufsständische Erfüllung geben.

Da war es immerhin ein Trost, dass Ende November 1935 in fast allen Bundesländern und in Wien – Vorarlberg war schon beispielgebend vorangegangen – der landesgesetzlich und länderweise in «Bauernbünden» organisierte Berufsstand Land- und Forstwirtschaft auf gerichtet und die innere Gliederung des «Bauernbundes» in Orts-, Bezirks- und, als oberstes Organ, in Landesbauemräte vollzogen werden konnte. In allen diesen Gliederungen erhielt das bäuerliche Gesinde ein Viertel der Stimmen. Auf zwei Pfeilern ruhte nun der Bauernbund: auf der «Bauernschaft» (der Zusammenfassung aller selbständig Berufstätigen und der berufstätigen Familienmitglieder) sowie der «Landarbeiterschaft», die in besonderen Sektionen die Angestellten und Arbeiter des bäuerlichen Berufes vereinigte.

Zu Ehren des österreichischen Bauerntums hatte es viel zu sagen, dass eineinhalb Jahre nach Publikation der berufsständischen Verfassung die Menschen von der heimischen Scholle sich mit ihrer berufsständischen Geschlossenheit aufs neue als Bürgen und Träger echter Gemeinschaftsgesinnung und als konservative Kraft des Staates bewähren konnten.

Die mittelständischen Schichten des Bürgertums vermochten mit der Bauernschaft nicht gleichen Schritt zu halten. Dafür fehlten geschichtliche und soziologische Voraussetzungen. Das Zeitalter des Liberalismus hatte in Handel und Gewerbe das berufsständische Verhältnis zwischen Geschäftsinhaber und Meister und Angestellten und Arbeiter entgeistigt. Jetzt wirkten auch politische Motive mit. Der mit schonungsloser Härte vorgetragene nationalsozialistische Angriff auf die Unabhängigkeit Österreichs hatte das grossdeutsche Lager zersprengt und Zehntausende städtischer Wähler politisch unterstandlos gemacht. Sie verfielen in Scharen den Versprechungen und Propagandaparolen der nationalsozialistischen Werber. Gegen den berufsständischen Aufbau und sein Ideengut richtete sich eine verdeckte Befehdung, die sich in den Jahren 1935 und 1936 deutlich bemerkbar machte. Solange Engelbert Dollfuss lebte, zäh in seinen Anstrengungen, erfüllt von einer unbesiegbaren Zuversicht, stand er unerschütterlich zu seiner Aufgabe. Aber die Angreifer wussten, würde Dollfuss verschwinden, würde für sie die Bahn frei.

Ein Jahr nach der Verkündigung der berufsständischen Verfassung hielt ein angesehener Volkswirt in der Korrespondenz der Christlichen Pressezentrale eine fast elegische Rückschau auf das bisher für die berufsständische Ordnung Erreichte. Die feurigen Anhänger des Aktionsplanes, an ihrer Spitze der Kanzler Dollfuss, hatten an jenem 1. Mai 1934 auf ein baldiges Vollenden gerechnet. Dr. Otto Ender schloss seinen Vorspruch zu der neuen Verfassung, an der er mit zwölf immer wieder erneuerten und revidierten Entwürfen ge-

bosselt hatte, in demütiger Erkenntnis, wie übergross die Aufgabe war, mit den schönen Worten:

«Mit Gott haben wir die Verfassungsarbeit begonnen, um Seinen Beistand haben wir stets gefleht, Seinen Segen erbitten wir für das vollendete Werk – und welches Schicksal immer der Herr dem Verfassungswerke beschieden haben mag – Sein Wille geschehe!»

Die Jahre 1935 bis 1937 können als ein Übergangsstadium aus dem Planen und Beginnen des berufsständischen Aufbaues in Österreich bezeichnet werden. Nützlichendes wurde erreicht, nicht zuletzt durch die Initiative der Staatsführung, anderes blieb ungetan. Missdeutungen und Verschleppungen hatten sich eingestellt. Man hatte auf solche Erscheinungen gefasst sein müssen.

Seit April 1936 kam nach den im Sinne der berufsständischen Ordnung vollzogenen Bauernwahlen in Vorarlberg das berufsständische Werden ins Stocken. In einer von dem Nachrichtendienst der Christlichen Pressezentrale zur Jahreswende 1935/36 verbreiteten Rückschau wurde gemahnt, es werde fortan einer beschleunigten Arbeit bedürfen, um das Übergangsstadium, das Gefahren in sich berge, abzukürzen. Österreich müsse dem Verdacht begegnen, dass man die heutige autoritäre Regierungsform auch nur einen Augenblick länger als notwendig beibehalten wolle. Auch in vorbereiteten Körperschaften der Gesetzgebung erhoben sich Einwände gegen eine Praxis, durch Anordnung von oben herzustellen, was von unten aus dem Volke, von der Gemeinschaft her, hätte wachsen sollen. Im Staatsrat, dessen Mitglieder nicht provisorisch Ernannte, sondern vom Bundespräsidenten Berufene waren, führte der Staatsrechtler der Wiener Universität, Professor Adamovich, Beschwerde, dass nur ein geringer Bruchteil der Gesetzentwürfe dem Staatsrat zukomme und die meisten im Verordnungswege erledigt werden. Der Beifall, den der Sprecher erhielt, war in der abgeklärten Atmosphäre des Staatsrates eine bezeichnende Kundgebung.

Schwerer als die sachlichen Hemmungen, denen das organische Werden der berufsständischen Einrichtungen im Staate begegnete, wogen die Einwände, die dem verfassungsmässigen Aufbau des österreichischen berufsständischen Staates der Maiverfassung von 1934 von verschiedenen Ausgangspunkten aus entgegengesetzt wurden. Auch der Vorwurf des «Verfassungsbruches» fehlte nicht, doch widersprachen ihm angesehenen Juristen. In einer tiefeschürfenden Untersuchung, die August Knoll in der Schweizer «Civitas» veröffentlichte, kommt der Autor\* zu dem Schlüsse, die juristische Legitimation der Maiverfassung 1934 sei und bleibe unbestritten. Aber er sieht eine gültige Legitimation darin, dass Österreich fünf Jahre lang der einzige Staat in Europa war, der Hitler widerstand. Fraglos spräche diese unumstössliche Tatsache, urteilt August Knoll, dem Verfassungs- und Reformwerk Dollfuss', besonders nach seinem Opfertod, im In- und Ausland eine soziologische Legitimität zu, die bis ins sozialistische Lager hinein als Berechtigung erschienen sei, ruhigen Gewissens am «Dollfuss-Staat» mitzuarbeiten. — Man könnte dieses Argument ergänzen, der «Dollfuss-Staat» stand in einem Kampf um seine Existenz gegen den Angriff einer weit überlegenen Macht; zu seiner Verteidigung rief er den Selbstbehauptungswillen seines Volkes durch eine Verfassung zu Hilfe, die alle seine gesellschaftlichen Kräfte mobilisierte. Durfte er dabei sich auf ein moralisches Notrecht berufen, das höher stand als das positive Recht? Darum geht es im Grunde. Dollfuss und seine Mitarbeiter und Mitkämpfer waren ohne Zweifel überzeugt, diesen Rechtstitel zu besitzen, umso mehr, als der Angreifer kein geltendes Recht achtete. Diese Rechtsbedrohung war ebenso gegen das öffentliche wie das private Recht gekehrt. In seinem Entscheid hatte Dollfuss

---

\* «Civitas», Monatsschrift des Schweizer Studentenverbandes, Zürich.  
Univ.-Prof. Dr. August Knoll: «Warum scheiterte der österreichische Ständestaat 1934 bis 1938?» IV. Jahrgang, Aprilheft.



keinen Bundesgenossen. Wer da auf die Rechtssuche geht, muss mehr ins Auge fassen als nur das Buchstabenrecht. Der Christ in Dollfuss musste aus dem tiefsten Gewissensgrund handeln. Nicht anders kam er zu seinen schweren Entscheidungen.

Gewiss, die höchsten Ziele der berufsständischen Reform der Gesellschaft und ihrer Lebensgrundlagen sind nicht erreicht worden. Ist aller Mut und Idealismus, der die Bewegung emportrug, verschwendet worden, umsonst hingeopfert ohne jeglichen Ertrag? Die Geistesgeschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts trägt die deutlichen Spuren der Wandlung an sich, die sich damals, Reaktion auf Liberalismus und Kapitalismus, das soziale Empfinden erweckend, auf ansehnliche mittelständische Schichten erstreckte. Bis in die Gegenwart reichen die Wirkungen. Unsere jetzigen starken hündischen Gemeinschaftsformen haben das berufsständische Wesen nicht erreicht, aber sie haben eine starke, breite Vorstufe gebaut.

## X. KAPITEL VORAKT ZUR TRAGÖDIE

*Auf dem Marsch durch die Wüste – Die Mächte der Stresafront und die Römischen Protokolle – Die Verdienste Dr. Anton Rintelens – Rintelen erstrebt Wahl zum Bundespräsidenten – Ein Ferienausflug in revolutionärem Dilettantismus – Man munkelt von Rintelen – Angstpsychose im grossdeutschen Lager – Querschüsse bei der Kabinettsbildung – Aus dem Grazer Landhaus auf den Wiener Minoritenplatz – Der steirische Ränkeschmied als Gesandter in Rom – Von Stufe zu Stufe abwärts – Die Verbundenheit des Bundeskanzlers mit dem Volk – Vertrauliche Warnung vor nationalsozialistischen Fanatikern – Der Pflicht in Demut folgen – Auch Kriegskameraden warnen den Bundeskanzler – Ein Leben für Österreichs Freiheit*

Auf dem Marsch durch die Wüste, von dem Dr. Ender auf dem Klagenfurter Parteitage vor drei Jahren gesprochen, hatte die Regierung Dollfuß im Frühjahr 1934 ein gefährliches, von bitterem Leide umschattetes Stück Weges zurückgelegt. Immerhin, der Zusammenstoss mit dem blutigen Generalstreikabenteuer des sozialistischen Linksradikalismus war überstanden. Die «Friedensoffensive», die von Berlin-München der Führung des unglückseligen Reichstagsabgeordneten Habicht anvertraut war, hatte sich bald als Täuschungsmanöver, als maskierter Überfall erwiesen. Die entschlossene Abwehr, mit der das kleine Land den Terrorwellen der Hitlermacht begegnete, war zu einem neuen Beweis des österreichischen Bestand rechtes geworden. Dem Staat Österreich war durch die Mächte der Stresafront und durch die Römischen Protokolle die neuerliche Dokumentation seiner unentbehrlichen Funktion für den Frieden Europas zuteil geworden. Kräftiger und freier konnte man jetzt ausschreiten, dem ge-

steckten Ziel entgegen, der verfassungsmässigen Aufrichtung der berufsständischen Ordnung.

Dollfuss drängte jetzt seine Freunde zu raschem Handeln. Am 1. Mai sollte die feierliche Kodifikation des neuen Gesetzeswerkes erfolgen, das neben den totalitären und faschistischen staatsrechtlichen Konstruktionen der Gegenwart Eigenständigkeit zu behaupten berufen war.

Das Vorhaben hätte nicht grösser sein können. Die Entschlossenheit, mit der es Dollfuss anging, war achtungsgebietend. Aber die innenpolitische Konsolidierung zeigte Lücken. Da war die immer wieder in verdächtige Zweideutigkeiten gehüllte Erscheinung des steirischen Landeshauptmannes Dr. Anton Rintelen.

Er entstammte einer westfälischen katholischen Familie; sein Vater hatte in der Zeit des Bismarckschen Kulturkampfes dem neuen Preussen, wie so manche seiner westdeutschen katholischen Gesinnungsgenossen, den Rücken gekehrt und sich als Rechtsanwalt in Graz niedergelassen, wo sich um seine geistig hochstehende Persönlichkeit bald ein Kreis von konservativen, einflussreichen Menschen bildete. In dieser politisch und weltanschaulich eindeutig bestimmten Atmosphäre des Elternhauses wuchs der junge Anton Rintelen heran. Ich lernte ihn 1894 als Zuhörer bei einer Gerichtsverhandlung kennen, in der ich – damals Student der Theologie – der Angeklagte und der alte Dr. Rintelen mein Verteidiger war. Er erfocht für mich einen glatten Freispruch von Rechts wegen, denn ich hatte in dem jüngsten Überfall auf ein Häuflein katholischer Studenten, Mitglieder der Verbindung «Carolina», wirklich nicht den schweren Stockhieb gegen einen aus der grossen Überzahl der Angreifer geführt, als ich mich aus Solidarität zu den Überfallenen gesellt hatte. Meine Bekanntschaft mit dem jungen Anton Rintelen erfuhr ihre Erneuerung in der Umsturzeit, in der Anton Rintelen schon zum führenden Mann der steirischen Christlichsozialen auf gestiegen war. Seine gute Rolle in der Landesverwaltung,

sein kühnes Draufgängertum und seine schlichte Lebensweise hatten ihm Achtung und Vertrauen einer zahlreichen Anhängerschaft, namentlich in der steirischen Bauernschaft, gewonnen. Er war einer der Mitbegründer der steirischen Heimwehr, die ihre Anfänge in der Oststeiermark nahm, als der Bela-Kun-Bolschewismus über die ungarische Grenze hereindrohte, und dann während der Burgenlandkrise, als die Bevölkerung nach Schutz Ausschau hielt gegen die ungarischen Bandenangriffe, die in der Raabtalfurche gegen die oststeirische Grenze ansetzten. Nacht um Nacht bellte damals wochenlang Maschinengewehrfeuer östlich von Fehring-Kapfenstein.

Die grosse Leistung, die damals mit dem handfesten Verriegeln des oststeirischen Einfallstores durch eine tapfere bäuerliche Mobilisierung vollbracht wurde, ist bis heute ohne die gebührende historische Darstellung geblieben. Glaublich beschaffte Dr. Anton Rintelen die nötigen Geldmittel für die Aufrüstung dieses Grenzschutzes durch eine vorsichtige Teilnahme an der damaligen grossen Frankenspekulation, wie ihn überhaupt das Geld- und Bankenwesen und dessen vielfältige Interessenverflechtungen anzogen.

Während der CA-Krise mit den ausserordentlich komplizierten Auseinandersetzungen als Unterhändler mit den ausländischen Gläubigern betraut, hat er ein von der Fachwelt anerkanntes Meisterstück finanzwirtschaftlicher Tüchtigkeit und Verhandlungskunst erbracht. Bei seinen Geschäften hat er sich nie durch Bereicherung beschmutzt. Früh jedoch griff sein Ehrgeiz nach den Sternen.

An einem Novembertag 1920, kurz nach Allerheiligen, war ich auf dem Wege zum Parlament, als mir in der Stadiongasse Rintelen begegnete; er war gerade, wie er sagte, unterwegs zu meiner Redaktion gewesen. Auf der politischen Tagesordnung stand zur Zeit die Wahl des Bundespräsidenten durch die Nationalversammlung. Dr. Rintelen steuerte sofort unser Gespräch auf dieses Thema: Was ich dazu sage, dass

man einen liberalen Katliedersozialisten, den gewiss sehr ehrenwerten Dr. Michael Hainisch, eine politische Einsiedlerfigur, zum Bundespräsidenten machen wolle? Habe das Volk dafür jüngst in der Nationalratswahl die Christlichsozialen mit 85 Mandaten zur stärksten Partei des Staates gemacht, so dass sie die bisherige Herrschaft der Sozialdemokraten jetzt mit einem Vorsprung von 16 Mandaten schlagen konnten? Wolle die christlichsoziale Führung so weit in ihrer Bündnispolitik gehen, dass man einen Exponenten der Freimaurerloge zum Staatsoberhaupt machen wolle? Darauf gehe ja doch im Effekt das Wahlgespräch in den Couloirs hinaus. Es sei notwendig, dem Christlichsozialen Klub ein Licht aufzustecken, wohin man unbewusst steuere.

Dr. Rintelen hatte sich in einen leidenschaftlichen Eifer hineingeredet. Er appellierte an die Grundsatztreue der «Reichspost». Skeptisch gegenüber seiner Bezeichnung des Dr. Hainisch als «Logenbruder», stimmte ich Rintelen bei, wenn er diese Kandidatur als eine unrichtige Antwort auf das Wahlvotum des österreichischen Volkes bezeichnete. In den nächsten Tagen beschäftigte die bevorstehende Wahl die christlichsozialen Nationalräte in lebhaften Debatten.

Ihr Klub hatte damals eine Reihe bedeutender Köpfe in seiner Mitte. Keiner von ihnen, ausser Rintelen, hatte vermeint, sich als Bewerber für die Bundespräsidentschaft anmelden zu sollen. Rintelens Selbstkandidatur wurde von der Mehrheit der christlichsozialen Abgeordneten als zu grosse Betriebsamkeit empfunden.

Am 9. Dezember wurde Dr. Michael Hainisch zum Bundespräsidenten erhoben. Dem steirischen Landeshauptmann hatte sein brennender Ehrgeiz nicht zum letzten Male einen Streich gespielt.

Wenn er in Wien weilte, hatte er in der Regel einen Schwarm von Bekannten und Schmeichlern um sich, unter denen bekannte politische Geschäftemacher und Konjunkturritter nicht fehlten, die für ihn Informationen und Ver-

sprechungen bereit hatten. War es Veranlagung oder Überarbeitung? Wachsend machte sich an dem mit vielversprechenden Fähigkeiten begabten Mann eine Geschäftigkeit bemerkbar, die erkennbar nicht den Klubangelegenheiten, sondern irgendwelchen besonderen Interessen galt. In keiner Klubsitzung litt es ihn auf seinem Platz. Unruhig pendelte er zwischen dem Beratungstisch und der Telephonzelle hin und her. Dann kam eine Zeit, wo sich für ihn auffallende Beziehungen und Nachbarschaften zu Hakenkreuzgegenden verdichteten – Konferenzen hin und Konferenzen her zwischen Café Central und Griechenbeisl mit allerlei Krethi und Plethi. Auch Freunde, die Rintelen ob mancher trefflicher Eigenschaften schätzten, schüttelten besorgt die Köpfe.

In dem politischen Klima der Steiermark gediehen allerdings unruhige Geister, Romantiker und Phantasten. Von ihnen war einer der Judenburg Advokat Dr. Walter Pfrimer, der sich in der Obersteiermark als Oberkommandant eine eigene Heimwehr geschaffen hatte. Ohne seine Verbindung mit Rintelen hätte der sagenhafte «Pfrimer-Putsch», dieser heroische Ferienausflug in den revolutionären Dilettantismus, nicht bis zur Druckerschwärze in den Zeitungen gedeihen können. Überall, wo im Dunkeln gemunkelt wurde, munkelte man auch von Rintelen.

Enttäuscht von der Wiener christlichsozialen Presse, bei der er nicht die erwartete Unterstützung seiner Pläne gefunden hatte, hatte Rintelen Beziehungen zu der hauptstädtischen Zeitungswelt gesucht und gefunden, er war in engen Verkehr mit dem Hof rat im offiziellen Pressedienst, Dr. Perl, und dem Chefredakteur einer vielgelesenen Tageszeitung, Dr. Walter Nagelstock, getreten. Bald wurde es auch bekannt, dass Rintelen mit dem Herausgeber einer Zeitungskorrespondenz Verbindungen hatte, der sich mit dem Vertrieb von parlamentarischen Intimitäten, Sensatiönchen und Couloirgeschwätz durchs Leben schlug. Man hatte sich bald einen Reim darauf gemacht, dass diese Korrespondenz besonders mit

Indiskretionen aus dem Christlichsozialen Klub gut versorgt war. So notorisch Rintelens Beziehungen zu diesem Nachrichtendienst waren, so hatten sie sich doch geschickt einem konkreten Nachweis entzogen. Aber dann war doch eines Tages eine peinliche Entdeckung gekommen. Sie hatte eine nicht gewöhnliche Vorgeschichte. Nach den Teilerfolgen, die in den Landtagswahlen des April 1932 den Nationalsozialisten in Wien, streckenweise auch in Niederösterreich und Salzburg, zugefallen waren — sie bedeuteten, in Ruhe besehen, nirgends eine umstürzende Veränderung —, hatte das grossdeutsche Lager eine sich ausbreitende Angstpsychose befallen, die auch die bürgerliche Verwandtschaft ergriffen hatte. Die Wirkung brachte die schwache Stellung des Ministeriums Buresch zum Sturze und stellte alsbald die neue Kabinettsbildung, mit der im Mai 1932 vom Bundespräsidenten Miklas der bisherige Landwirtschaftsminister Dr. Engelbert Dollfuss betraut worden war, vor eine trostlose Situation. In merkwürdiger Verknennung der Lage hatte sich Dr. Otto Bauer mit seinem Antrag auf allgemeine Neuwahlen, zum Verdrusse nicht weniger seiner Parteigenossen, auf eine Linie mit der bürgerlichen Linken begeben, die, wie von Selbstmordgedanken besessen, es den Hakenkreuzlern in ihrem lärmenden Verlangen nach einer grossen Wahlschlacht gleichtat. Der designierte Kanzler war jedoch eine zähe Natur; mit Geduld und Eindringlichkeit diente er seiner schweren Mission. Er schien sich seinem Ziele, der Sammlung der nicht sozialistischen Parteien, zu nähern. Plötzlich Alarm in allen Gassen: Die Regierungsbildung des Dr. Dollfuss hoffnungslos gescheitert! Auf unüberwindliche Hindernisse in den Parteien gestossen! Noch ist «Polen» nicht verloren. Österreich besitzt noch einen Mann, auf den sich alle Hoffnungen vereinigen: Rintelen! So in Kurzschrift wiedergegeben der Inhalt des Leitartikels, mit dem das Journal des Dr. Walter Nagelstock unter grossem Aufsehen die Schilderhebung für Dr. Rintelen zum Bundeskanzler verkündigte. Wer daran zweifelte, der erfuhr nächster Tage, dass der

Heimatschutz, in dem der steirische Heimwehrführer Doktor Pfrimer sicher für seinen guten Bekannten Dr. Rintelen ein kräftiges Wort mitsprechen durfte, in schriftlicher Bekundung das Verhalten der Heimwehr zu der künftigen Regierung davon abhängig machte, dass der nächste Bundeskanzler Doktor Anton Rintelen heisse. Das war klar ausgesprochen, aber nicht unumstösslich. Denn schliesslich gab dieser Favorit für die Kanzlerschaft sich auch mit dem Amt eines Unterrichtsministers in der Regierung Dollfuss zufrieden.

Dollfuss glaubte mit dem unruhigen Geist besser fertig zu werden, wenn er ihn in seiner Nähe habe und ihn aus dem Grazer Landhaus auf den Wiener Minoritenplatz berief. Was kein anderer noch zustandegebracht hatte – die Vereinigung des obersten Amtes einer autonomen Landesverwaltung mit einer Ministerschaft in der Zentralregierung des Staates –, das brachte der neue Unterrichtsminister Rintelen zustande. Eine solche Machtstellung zu verscherzen – so schätzte der Kanzler –, würde der Ehrgeizige Bedenken tragen. Diesmal irrte sich der Bundeskanzler. Er wusste sich dann keinen anderen Rat, als den steirischen Ränkeschmied 1933 als Gesandten nach Rom zu instradieren, wo er beruhigt der freundlichen Aufmerksamkeit Mussolinis anvertraut werden konnte. Der diplomatische Dienst machte dem Vielgewitzten keine Schwierigkeiten, im Palazzo Chigi sah man ihn selten. Aber bald plauderten die römischen Spatzen von allen Dächern über die ganz seltsamen Beziehungen, die der österreichische Gesandte unterhielt ...

\*

In der bewegten Geschichte der jungen Republik hatte diese Rolle Rintelens den Anspruch auf Einmaligkeit. Auch in der lockeren politischen Disziplin der Periode nach Seipel war es ohne Beispiel, dass einem zu schwerem Vollbringen im Staate aufgerufenen Mann ein Gesinnungsgenosse öffentlich in den Rücken fiel. Dr. Rintelen hatte seine Laufbahn bisher



unter dem Richtungstitel eines Christlichsozialen gemacht; der designierte Bundeskanzler stand ihm gesinnungsgemäss nahe. Keine politische Taktik erlaubte für Rintelen sein Handeln. Er hatte einen Querschuss aus dem Hinterhalt gegen einen in schwerstem Bemühen für den Staat stehenden Gesinnungsfreund gerichtet. Für diejenigen, die Rintelen in seiner damaligen Rolle aus der Nähe sahen, bedurfte sein Charakterbild keiner Ergänzung mehr.

Überschaut man die Laufbahn Rintelens, eines Mannes von hohem Intellekt und bester Erziehung, der lange sich zu einer christlichen Grundhaltung bekannte, so möchte man glauben, dass die geistige Erscheinung Rintelens für den Psychoanalytiker interessanter sei als für den Juristen. Da ist ein Mensch, ausgestattet mit hohen Geistesgaben; er wird in raschem Aufstieg eine scharfprofilierete Persönlichkeit, die grosse Anwartschaften erhoffen konnte. Er hätte ebenso ein grosser Gelehrter wie ein bedeutender Staatsmann werden können, aber ein unheilvoller Hang nach Geltung, nach Macht und Herrschaft, drängte ihn schliesslich von Stufe zu Stufe abwärts, bis er jegliche sittliche Kontrolle über sich selbst verlor. Ein politischer Spieler, der – wahrscheinlich ohne es zu wissen; oder träumte er davon? ---- daran war, ein kleiner Catilina zu werden. Wie man annehmen kann, wollte er das mörderische Geschehen vom 25. Juli nicht, es entsprach nicht seinen eigenen Absichten, aber sein Ehrgeiz hatte ihn ins Uferlose gestossen.

\*

An einem Juniabend hielt Bundeskanzler Dollfuss in seinem Arbeitszimmer mit mir Rückschau auf die Begebenheiten der letzten Tage. Im Frühjahr 1934 hatte sich der von München her gegen die Wirtschaft Österreichs geführte nationalsozialistische Angriff zu anarchistischer Wildheit gesteigert. Die, wenn auch geringen Erwartungen des Kanzlers auf eine versuchte Verständigung mit dem Gegner waren in nichts zer-

rönnen. «Dort drüben ist auch der beste Wille umsonst!» sagte der Kanzler und lud mich ein, ihn noch an diesem späten Abend zu einer Veranstaltung österreichischer Winzer zu begleiten, die eben im Konzerthaus stattfand; er wollte, wie er sagte, dem gastlichen Rufe der wackeren Menschen wenigstens auf eine halbe Stunde folgen. In der Redaktion wartete noch Arbeit auf mich; aber es wäre mir sauertöpfisch erschienen, den Kanzler zu verlassen, der nach einem sorgenvollen Arbeitstag verlangte, ein wenig unter fröhlichen Menschen zu verweilen, die in den unteren Räumen des ansonsten der Göttin der Musik gewidmeten Hauses zu einer Weinkostprobe beisammen waren. Eine grosse Menge umringte bei seinem Erscheinen jubelnd den volkstümlichen Kanzler. Glück und Dankbarkeit strahlten aus seinen Augen. Er war ganz einer der ihren. Der Ehrentisch, an dem er sich niedergelassen hatte, war sofort umringt von Menschen, die ihm die Hand drückten und auf sein Wohl trinken oder von ihm ein Autogramm haben wollten. In diesem Menschenwirbel versank jede Ordnungsregel. Es war später, als mir heb war, da wir Abschied nahmen. Der Abend war eine erfreuliche Kostprobe gewesen, wenn auch einer anderen Art, als sie das Programm verzeichnete. In schöner Weise hatte sich wieder einmal die herzliche Verbundenheit des Volkes mit diesem Kanzler geäussert.

Am nächsten Tag erschien bei mir ein in höheren Semestern stehender Medizinstudent, dem ich einmal in der Not geholfen, einer der vielen armen Teufel, die die Not zu den Braunen getrieben hatte. Er hatte mir nicht verheimlicht, dass er Nationalsozialist war, aber mir erwies er eine dankbare Anhänglichkeit. Ich unterhielt mich gerne mit diesem aufrichtigen jungen Menschen. Ich hörte ihn gerne an bei einem seiner seltenen Besuche, ich lernte dabei manches, was nicht in Büchern stand und mir nicht von Nachrichtendiensten zugebracht wurde. Er begann ohne Umschweife: «Sie waren gestern Abend als Begleiter des Kanzlers im Konzerthaus.»

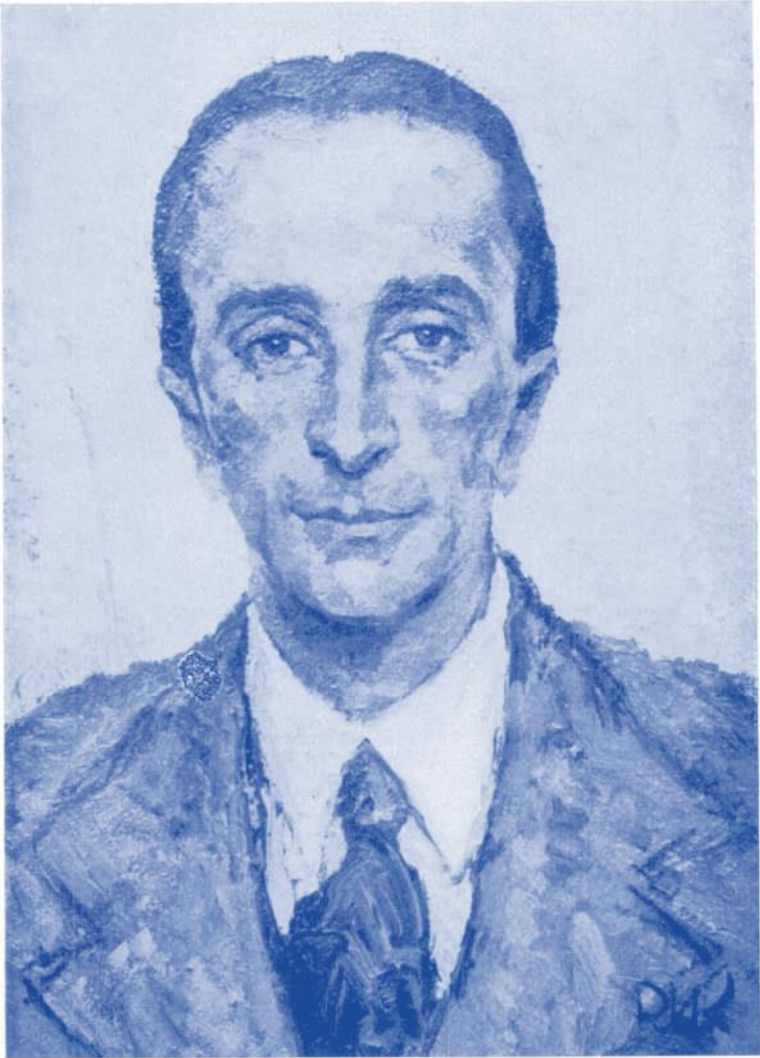
Verwundert fragte ich: «Woher wissen Sie das? Waren Sie bei der Veranstaltung?» Ohne meine Frage zu beantworten, fuhr er erregt fort: «Lassen Sie mich mehr fragen: Sie sassen dem Kanzler am Tisch gegenüber und konnten übersehen, was um den Kanzler vorging. Erinnern Sie sich, dass hinter dem Kanzler die längste Zeit ein Polizeibeamter in Uniform stand?» Als ich bejahte und die Anwesenheit des Polizeibeamten als eine unauffällige Selbstverständlichkeit bezeichnete, sagte mein Besucher: «Ja, weil Sie nicht wissen, dass der Mann einer derjenigen ist, die sich verschworen haben, Doktor Dollfuss zu beseitigen. Er wird zur Tat schreiten, sobald für ihn der Befehl kommt. Um Himmels willen, sagen Sie dem Kanzler, er müsse auf der Hut sein. Auf seinem täglichen Gang von und zu seiner Wohnung in der Stallburggasse sind in letzter Zeit öfter mordbereite Menschen unterwegs. Es gibt bei uns Fanatiker, die zum Verbrechen bereit sind. Mein Gewissen hat mich zu Ihnen getrieben. Ich beschwöre Sie, nehmen Sie die Warnung ernst.» Der junge Mann sprach mit untrüglichem Ernst. Ich habe ihn leider nie wieder gesehen.

Mit aller Eindringlichkeit berichtete ich am nächsten Tage dem Bundeskanzler von der Aussage meines Besuchers und drang in ihn, die Sicherheitsmassregeln um seine Person verstärken zu lassen. Er hörte mich nachdenklich an und sagte, er wisse von den auf ihn zielenden Plänen, von denen oft wüste Drohbriefe an ihn und seine Gattin Zeugnis gäben. Ergreifend sprach er von seiner Stellung: Wem solche Pflicht auferlegt sei, der müsse ihr in Demut folgen.

Ich habe diese Episode oft im Kreise von Freunden und Bekannten erzählt. Sie zeigte den ganzen Dollfuss. Ich war nicht der einzige Mann, der zu ihm als Warner kam. Seine einstigen Kameraden von den Kaiserschützen widmeten ihm nach dem Tode ein Erinnerungsbuch, «Kamerad Dollfuss», als dessen Herausgeber Ludwig Weithaler und Hans Eisenstecken zeichneten. Ein ehrenvolles Dokument schönen österreichischen Soldatengeistes. Auf Seite 156 erzählen seine Autoren:



*Dr. Anton Rintelen*



*Dr. Guido Schmidt*

«Bei Bundeskanzler Dollfuss erscheint im Bundeskanzleramt einer seiner Kaiserschützen-Kameraden und warnt ihn: ‚Ich kann die Befürchtung nicht los werden, dass in deiner Nähe Feinde sitzen, die dein Verderben wollen.‘

Darauf der Kanzler: «Seit wann bist du denn auch unter die Geisterseher gegangen? Ich weiss ja ganz genau, dass es verhetzte Leute gibt, die mich nicht kennen und mir nach dem Leben trachten. Aber in meiner Umgebung gibt es keine Verräter! Verstanden? Ich weiss nicht, was ihr wollt? Erst vor wenigen Tagen hat eine Abordnung Kaiserschützen-Kameraden bei mir vorgeschlagen und die kostenlose Beistellung einer «Kanzlergarde» angeboten. Die Umsorgung der alten Kameraden hat mich ja riesig gefreut. Aber, sagt selber: Ich kann und darf mich doch nicht vom Volke abschliessen. Wenn meine Zeit aus ist, wenn der Herrgott sagt: «Engi, jetzt gehst!«, so geh i halt’.»

Dr. Engelbert Dollfuss ist seinen Todesweg bis zu seinem nahen Ende bewusst gegangen. Diejenigen, die sein Handeln als Staatsmann harten Kritiken unterwerfen, sollten nicht vergessen, in welcher adeliger Gesinnung Engelbert Dollfuss sein Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs einsetzte.

## XI. KAPITEL

### REBELLEN AM BALLHAUSPLATZ

*Zum Nutzen der historischen Wahrheit – Der Sprengkörperkrieg der Nationalsozialisten – Der Name Rintelen in Vorausinformationen – Am 25. Juli, kurz nach 13 Uhr – «Bei der Ravag wird geschossen!» – Ungeklärte Lage auf dem Ballhausplatz – Besuch bei Unterrichtsminister Dr. Schuschnigg – Der Bundeskanzler in der Hand der Aufrührer – Beratung des Rumpfkabinetts im Heeresministerium – Auf der Suche nach Rintelen – Ein bemerkenswertes Geständnis – Selbstmordversuch Rintelens – Ein Bote aus dem Bundeskanzleramt – Falsche Angaben über das Befinden Dr. Dollfuss' – Der geheimnisvolle Kriminalinspektor und die Hauptakteure des Putsches – Neustädter-Stürmer verhandelt mit den Rebellen – Die Ermordung des Bundeskanzlers – Verfälschung der Tatsachen durch die Nationalsozialisten – Die Legende vom Tod im Zweikampf – Fragwürdige Protokolle – Rekonstruierte Gespräche zwischen Dollfuss und Fey – Nur Rebellen als Kronzeugen – Das Ultimatum der Aufrührer – Kein freies Geleit für Mörder – Das Koller-schlager Dokument – Die Vorbereitungen der Verschwörer – Ein aufschlussreiches Memorandum Dr. Schuschniggs – Von der Gestapo ein-vernommen*

Am 25. Juli 1934 fiel Dr. Engelbert Dollfuss durch Mörderhand. Das Ereignis und seine Umstände haben zahlreiche Darstellungen gefunden, sie dürfen in ihrem hauptsächlichsten Verlauf als bekannt vorausgesetzt werden. Der Verfasser dieser Erinnerungsschrift, der durch seinen Beruf wiederholt aus der Nähe Zeuge des Geschehens war, glaubt manche durch Leidenschaft und Parteilichkeit verdunkelte Szene zum Nutzen der historischen Wahrheit anleuchten zu sollen.

\*

Durch ein Jahr hatte mit kurzen Unterbrechungen der Sprengkörperkrieg der Parteilichkeit Hitlers auf Verkehrs-

einrichtungen, Werkstätten, Brücken, Kraftwerke und Kraftleitungen niedergestromt und die Standhaftigkeit Österreichs nicht zerschlagen. Nun aber war auf das Haupt gezielt worden. Dieser kleine Engelbert Dollfuss hatte den verschiedenen Mächtigen des Tausendjährigen Reiches getrotzt. Er war das Hindernis für das Gelingen ihrer Pläne geworden. Er musste verschwinden. So war der 25. Juli gekommen. Schon vor dem Fälligkeitstermine tuschelten Schwätzer und Geschäftemacher von einem bevorstehenden Regierungswechsel in Wien. Zwei Tage vor der Hauptaktion wurden allzu prompt Namen und Bilder der Erstbeteiligten und der Schauplatz der verschiedenen Ereignisse den interessierten Kunden von dem «Deutschen Presseklischeedienst» ins Haus geliefert. In diesen Vorausinformationen – konnte man geschwinder sein! – fehlte, mit Berechtigung, auch der Name Rintelen nicht.

Am 25. Juli, kurz nach 13 Uhr, begannen sämtliche Telephone der Redaktion gleichzeitig zu rattern. Aus jedem Apparat sprühten aufgeregte Fragen: «Ist es wahr?» – «Dollfuss zurück getreten?» – «Rintelen hat die Regierung übernommen?» – «Eine Ravag-Meldung!» Und immer wieder dieselbe Frage: «Ist es wahr?» Ohne Sichereres zu wissen, aber bestimmt durch die Nennung des Namens Rintelen, antworteten wir ohne Unterlass scharf dementierend. Da stürzte der Beamte Tiberius Rados, ein Angestellter des Herold-Hauses, herein: «Bei der Ravag wird geschossen! Ich war soeben in der Johannesgasse Zeuge – es geht blutig zu!» – Er ist mit seinem Steyr-Wagen da. Ich lasse mich sofort von ihm zum Bundeskanzleramt fahren. Ich will Gewissheit haben. Seitwärts des Burgtheaters, am Eingang der Löwelstrasse, steht eine kleine Abteilung Heimwehr, wie es scheint ungeschlüssig, was zu tun ist. Die Löwelstrasse ist menschenleer. Auf dem Ballhausplatz stehen zerstreut und offenbar auf irgendein Ereignis wartend, ein Dutzend Zivilisten. Nahe dem Gitter des Volksgartens hält ein Panzerwagen der Polizei. Was bedeutet er? Ist das alles? Das Rohr seines Maschinengewehres



reckt sich empor zu den Fenstern des Kanzleramtes. Am Tor steht ein Wachmann in Uniform. Als ich aus dem Wagen und zum Tor des Kanzleramtes springe, um es aufzureissen, hält mich erregt der Polizist an: «Wollen Sie erschossen werden? Hier kann niemand hinein!» Aus der Zivilistengruppe löst sich ein Mann los, nähert sich schreiend: «Verschwinden Sie! Militär und Polizei haben das Bundeskanzleramt besetzt und die Minister gefangengenommen!» Eine Militärrebellion und der Schreier ein Agent der Rebellen? Hier kann ich nicht weiter.

In nächster Nähe hat Unterrichtsminister Dr. Schuschnigg seinen Amtssitz. Vielleicht ist er gefangen? Vielleicht kann ich ihn noch retten. Eine Minute später bin ich beim Unterrichtsministerium. Über dem Minoritenplatz liegt die Geruhsamkeit dieses schönen Grossstadt winkels. Hier weiss augenscheinlich noch niemand von dem in der nächsten Nähe Geschehenen. Es ist gegen 13.30 Uhr. Vorbei an dem verwunderten Portier, der mich kennt, eile ich empor zu dem Arbeitszimmer des Ministers. Dr. Schuschnigg sitzt an seinem Schreibtisch. Er ist mutterseelenallein. Beunruhigende Gerüchte sind zu ihm gedrungen. Aber nicht mehr. Er weiss nicht, was sich 150 Schritte entfernt zugetragen hat. Ich melde ihm, was ich auf dem Ballhausplatz sah und hörte. Ist um uns wirklich eine Militärverschwörung im Abrollen? Nicht glaublich! Dr. Schuschnigg lädt mich ein, ihn zu sofortiger Fahrt ins Heeresministerium zu begleiten. Ich bitte ihn, nicht seinen Dienstwagen, sondern mein Privatgefährt aus Gründen der Vorsicht zu benützen. Mit gespannter Aufmerksamkeit durchfahren wir die Strassenkreuzungen, jeden Augenblick gewärtig, festgehalten zu werden, wenn die angebliche Meuterei von Militär und Polizei schon die Oberhand hat. Das Strassenbild zeigt wieder den nervösen Rhythmus der von einem jähen Alarm erfassten Grossstadt. Da scheinen die Menschen andere Gesichter zu haben. Alle sind in Eile, von Unruhe getrieben. — Kein Polizeiposten stört unsere Fahrt. Vom Kai zum Ring einbiegend, sehen wir schon von weitem

die Torwachen des Heeresministeriums in gewohnter Alltagsordnung. Nichts verrät etwas Ungewöhnliches. Am Stiegenaufgang treffen wir mit Staatssekretär Generalmajor Zehner zusammen. Bundeskanzler Dollfuss hat den Staatssekretär sofort nach dem vorzeitigen Abschluss des Ministerrates beauftragt, im Heeresministerium nach dem Rechten zu sehen. So ist jetzt an diesem wichtigen Platze für Ordnung gesorgt. Mit seinem ersten Wort tritt der General den augenscheinlich von der Verschwörerpropaganda ausgestreuten Parolen entgegen: Niemand von seinen Soldaten sei beteiligt – vielleicht aber als Soldaten Verkleidete. Auf meine Frage, ob man das Gebäude nicht ohne Säumen erstürmen könne, erwidert der Staatssekretär, die ganze Wiener Garnison sei zu Übungen im Brucker Lager, vor drei bis vier Stunden könne sie nicht hier sein. In Wien befinde sich nur das geringe Wachepersonal für die öffentlichen Gebäude. Übrigens sei zu bedenken, dass der Bundeskanzler und die ganze Beamtschaft des Kanzleramtes mit den Regierungsmitgliedern Fey, Karwinsky, Tauschitz im Hause ein geschlossen und in der Hand der Auführer seien.

In dem Arbeitszimmer des Staatssekretärs fanden sich im Verlauf der nächsten 45 Minuten fast alle in Freiheit befindlichen Mitglieder der Regierung ein. An Stelle des in Italien weilenden Vizekanzlers Starhemberg, der am nächsten Tage nach Wien zurückkehrte, übernahm als dienstältester anwesender Minister Dr. Schuschnigg den Vorsitz des Rumpfkabinettes. Um etwa 14 Uhr erreichte aus Velden der dort weilende Bundespräsident Miklas telephonisch Verbindung mit den Ministern im Heeresamte. Ohne Verzug betraute er den Minister Dr. Schuschnigg mit der Leitung der Regierungsgeschäfte und aller notwendigen Vorkehrungen zur Befreiung der am Ballhausplatz Eingeschlossenen. Ausser den genannten Regierungsmitgliedern waren den Auführern bei 150 Beamte des Hauses in die Hände gefallen und wurden nun als Geiseln festgehalten.

Als eine der ersten dringlichen Obliegenheiten betrachtete Dr. Schuschnigg, Klarheit über Verbleib und Verhalten Rintelens zu schaffen. Wo steckte der Herr Gesandte, der sich merkwürdig zeitgerecht in Rom Urlaub genommen und am 23. Juli, vormittag, in Wien eingetroffen war? Von den in die Ravag eingedrungenen Putschisten war er doch als Nachfolger Dollfuss', und von diesem mit der Bildung einer neuen Regierung betraut, in die Welt ausgerufen worden. Auch die auf dem Ballhausplatz eingeschlossenen Aufrührer, um die sich eben eine Zernierung durch Polizei und Heimwehr vollzog, hielten ungeduldig Ausschau nach Rintelen. Sein Ausbleiben störte das Programm der Rebellen. Er sollte ja als Regierungschef der Träger der Hauptrolle in dem jetzigen Geschehen sein. Jetzt musste die neue Regierung in Aktion treten; sofortige Anordnungen für Wien und die Bundesländer waren notwendig. Wo blieb er nur, der neue Kanzler? Er brachte mit seinem Säumen das Unternehmen in Gefahr.

Ich weilte neben dem Arbeitszimmer des Staatssekretäre in der Adjutantur, augenblicklich der Auffangstation für die ununterbrochen einlangenden Meldungen. Aus dem Arbeitszimmer heraustretend, richtete Dr. Schuschnigg an mich die Frage, ob ich bereit sei, bei meiner Vertrautheit mit Person und Angelegenheit Dr. Rintelen herbeizubringen. Sein augenblicklicher Aufenthalt sei nicht bekannt. Ich bejahte und machte mich sofort auf – es war 15 Uhr –, begleitet von Rados, meinem treuen Assistenten bei heiklen Unternehmungen, wie sie zu dieser Zeit der journalistische Beruf zuweilen brachte.

Wo Dr. Rintelen, der wahrscheinliche Mitwisser der Verschwörer, gerade deshalb an diesem Tage nicht zu vermuten gewesen war, in seinem gewohnten Absteigquartier im Hotel Imperial, traf ich ihn und meldete die Einladung Doktor Schuschniggs. Verlegen und unschlüssig warf er auf Rados, den stämmigen Sportsmann, einen misstrauischen Blick, als ob er in ihm einen verkappten Häscher fürchte. Aber er willigte

doch ein, mit uns zu fahren. Da fiel ihm ein, er habe noch etwas in seinem Schlafzimmer zu tun, und verschwand. Als er nach einigen Minuten zurückkam, erweckte er meinen Verdacht, dass er sich bewaffnet hatte. Man musste mit ihm auf der Hut sein. Ohne ein Wort weiter zu verlieren, ging er schweigend mit uns hinab zum Wagen, zögerte dann plötzlich vor dem Einsteigen, trat zurück und sagte: «Eigentlich muss ich jetzt zum Ballhausplatz.» Das war nun ein Geständnis! Er bekannte damit seine Beziehung zu den Verschwörern. Im nächsten Augenblick merkte er, dass er sich verraten habe, doch ergab er sich in sein Schicksal, als ich ihm sagte, es sei jetzt keine Zeit für den Ballhausplatz. Wortlos stieg er vor mir in den Wagen. Finster und stumm sass er neben mir, bis wir an unserem Ziele eintrafen.

Er tat mir leid. Welch ein Sturz! ...

Im Heeresamt geleitete ich ihn in die Adjutantur, aus der er sogleich zu den anwesenden Ministern geführt wurde. Der Verlauf der folgenden Aussprache war zu erraten, da nach einer halben Stunde eine Wache antrat, um Rintelen in ein anderes Zimmer zu führen. In diesem Raum richtete dann in vorgerückter Abendstunde der Unglückliche seine Waffe gegen sich; man hatte an ihm keine Leibesvisitation vorgenommen, weil seine Verhaftung noch nicht amtlich ausgesprochen war. Er verwundete sich gefährlich. Rasch eingreifende ärztliche Hilfe rettete ihm das Leben.

Etwa um 15.30 Uhr tauchte im Heeresministerium ein in Begleitung des Polizeipräsidenten Seydl gekommener Polizeibeamter auf, der sich bei dem designierten Bundeskanzler Schuschnigg melden liess mit der Erklärung, vom Ballhausplatz als Bote des dort eingeschlossenen Ministers Fey zu kommen. Er stellte sich auch mir vor, Franz K .. .\*, Inspektor

---

\* Der volle Name ist dem Autor bekannt. Franz K... ist nach dem 25. Juli 1934 nach Deutschland gelangt und dort mit der deutschen Staatsbürgerschaft ausgestattet worden. Nach seiner ein Jahrzehnt später erfolgten Rückkehr nach Österreich haben sich die Gerichte mit ihm be-

der Kriminalpolizei. Auf die Frage nach dem Befinden des Bundeskanzlers und der gefangenen Minister sagte er, der Kanzler habe bei einem Zusammenstoss eine leichte Schussverletzung erlitten, die eine wahrscheinlich vorübergehende Lähmung der Hände herbeigeführt habe. Der Kanzler sei bei vollem Bewusstsein. Sonst sei niemand verletzt. Der Kriminalinspektor wurde vor die Minister gerufen und einem Verhör über die Geschehnisse auf dem Ballhausplatz unterzogen. Mir fiel dann auf, mit welcher Sicherheit er sich im Kreise der vor dem Ministerzimmer versammelten Persönlichkeiten bewege, als gehöre er zu den Vertrauten der hohen Funktionäre. Der Mann war gleichzeitig mit dem Polizeipräsidenten gekommen und enthob mich dadurch zunächst eines weiteren Interesses für ihn. Wie sich später erwies, stimmten die Angaben des Kriminalbeamten nicht. Weder waren die Verwundungen des Kanzlers Dollfuss leicht, einer der Pistolenschüsse hatte das Rückenmark verletzt und Arme und Füsse gelähmt, noch rührten sie von einem Zusammenstoss her, etwa herbeigeführt durch einen Verteidigungsversuch des Kanzlers. Um die angegebene Zeit verlor der Kanzler bereits zeitweise das Bewusstsein und um 15.45 Uhr verschied er.

Der Kriminalinspektor K. tauchte am späteren Nachmittag noch einmal in der Adjutantur auf. Ich hielt ihn an und fragte ihn um das Befinden des Kanzlers. Er wich merklich einer bestimmten Antwort aus. — Die wahren Vorgänge dieses Nachmittags wurden im Heeresministerium an diesem Tage nur bruchstückweise und erst sehr spät bekannt.

\*

Wie kam es nur, dass dieser Inspektor der Kriminalpolizei als einziger die von den Putschisten ausgeübte Tor-

---

fasst. Von den straf gerichtlichen Folgen wurde er schliesslich durch einen der Amnestieakte der österreichischen Regierung 1951 entlastet. Aus Rücksicht auf seine Verwandten und den erfolgten amtlichen Gnadentakt bittet der Autor dieser Erinnerung, von einer Nennung des vollen Namens absehen zu dürfen.

sperre am Bundeskanzleramt ungehindert passieren und sich frei zur Polizeidirektion begeben konnte? Bisher war alles Geschehen während der letzten Stunden innerhalb der Mauern dieses Hauses von Geheimnissen umhüllt gewesen, niemand der Eingeschlossenen hatte bisher noch die Schwelle nach aussen überschritten. Was ging da vor? Wer war dieser seltsame Kriminalinspektor, der anscheinend mit den Rebellen auf recht gutem Fuss stand?

In den meisten Darstellungen des Putsches ist seine Figur völlig verschwunden. Dieser F. K. war neben Holzweber, dem unter dem Namen Hauptmann Friedrich agierenden Anführer des Putsches, *einer der Hauptakteure des Überfalls auf das Bundeskanzleramt.*

Das Dunkel um seine Person sollte für mich erst nach Jahren gelichtet werden, als für mich und viele meiner Freunde die Internierungen und Konfinierungen ein Ende gefunden hatten – und auch das Tausendjährige Reich. Ich wurde auf einen Artikel aufmerksam, der in der ehemals grossdeutschen, dann gleichgeschalteten Tageszeitung «Wiener Neueste Nachrichten» zurzeit der Hitlerschen Okkupation am 24. Juli 1938 als Reinwaschungsversuch für den vor vier Jahren unternommenen Putsch der SS-Rebellen-Standarte 89 erschienen war. Der Artikel, der, als Ergebnis einer «Untersuchung» bezeichnet, ein Jahr später durch seine Übernahme in den «Völkischen Beobachter», das nationalsozialistische Zentralorgan, parteiamtlich punziert worden war, enträtselte die mysteriöse Persönlichkeit dieses F. K.

Die nationalsozialistische Darstellung sagt von dem Inspektor der Kriminalpolizei in dem genannten Artikel der «Wiener Neuesten Nachrichten» wörtlich, dass er *«Dollfuss zu bewachen hatte, aber beim Putsch aktiv mitwirkte»*; also ein beedeter Sicherheitsbeamter, der an dem mörderischen Unternehmen gegen den mitwirkte, den er zu beschützen hatte. Bei diesem Manne liefen, wie zu spät festgestellt wurde, die Machenschaften zusammen, die darauf berechnet waren, die

Umgebung des Kanzlers aus langer Hand auszuspähen, den Mitverschworenen in dem weitläufigen, von Gängen, Stiegen und Wendeltreppen durchzogenen Gebäude des Kanzleramtes zur Wegweisung zu dienen.

\*

Mein Verweilen im Präsidium des Heeresministeriums dauerte von 13.30 bis kurz vor 18 Uhr. Ich begab mich dann direkt in die Redaktion der «Reichspost», wo mich alsbald – meines Erinnerens noch vor 18.20 Uhr – die erste bestimmte Nachricht vom Tode Dr. Dollfuss' erreichte. Vorher hatte es an vagen Gerüchten nicht gefehlt.

Bei dem Abschluss der Verhandlungen mit den Putschisten hatte Neustädter-Stürmer dem Ende zgedrängt. In dem um 16 Uhr schon längst dicht geschlossenen Kordon, der den Ballhausplatz und dessen Umgebung abspernte, äusserte sich, als sich der erwartete Abschluss der Unterhandlungen immer wieder verzögerte, aus den Reihen verschiedener Heimwehrformationen steigende Unruhe und Ungeduld. Der Kommandant einer starken Formation, deren Stammbezirk mir mitgeteilt wurde, begehrte die Entlassung der eingeschlossenen Putschisten; seine Leute würden dann schon «die Verhandlungen mit ihnen zu Ende bringen». Die Verheissung war unmissverständlich gewesen. Neustädter-Stürmer hatte Mühe, die Erregung der Leute zu beschwichtigen, die von einem freien Geleite unter keiner Bedingung etwas wissen wollten. Der Minister drängte deshalb zu einem Abschluss der Verhandlungen mit den Putschisten, denen die bedrohlich werdende Situation aus heftigen Zurufen klargeworden sein dürfte.

\*

Vier Jahre lang liessen sich die nationalsozialistischen Autoren Zeit zur Veröffentlichung ihrer grossangelegten Darstellung der Begebenheiten des 25. Juli 1934. Die Arbeit galt dem Bemühen, ein angebliches Tatsachenbild als das Ergebnis

einer «Untersuchung», also wohl einer amtlichen Erkundung, hinzustellen. Zunächst wandten die Verfasser der «Untersuchung» ihr eifriges Bemühen der Aufgabe zu, die Ermordung des Kanzlers vor der Weltöffentlichkeit sanft zu verharmlosen. Sie benützten dazu das von ihnen zitierte Ministerratsprotokoll Nr. 957 vom 26. Juli 1934, in dem eine Stelle besagt, dass die Regierung zu Beginn der Verhandlungen mit den Rebellen nur gewusst habe, dass eines der Regierungsmitglieder mit der Waffe in der Hand sich der Gefangennahme widersetzt habe und dabei verwundet worden sei. Später habe es geheissen, dass es sich um den Bundeskanzler handle, so dass die Regierung der Meinung gewesen sei, dass die Gewaltanwendung im Zuge einer Kampfhandlung geschehen sei. Merkwürdig rasch fand die Auslegung Verbreitung, die den Mord als Tod im Zweikampf hinzustellen und dem Verbrechen ein romantisches Mäntelchen umzuhängen suchte. Diese aus der Mitte der Rebellen – eine andere Quelle kam bei der Sachlage nicht in Betracht – stammende Umdeutung des Sachverhalts erwies sofort ihre Unhaltbarkeit, weil der Kanzler nie eine Waffe mit sich führte und nach dem Attentate auch keine bei ihm gefunden wurde. Überdies war durch die Aussage des alten, treuen Türhüters Hedvicek, der aus nächster Nähe Zeuge der Ermordung gewesen war, von Anfang an der wirkliche Sachverhalt festgestellt worden. Dieser Zeuge der Mordszene hat ihren Verlauf allen erfinderischen Versionen entrückt. Die «Untersuchung» ist denn auch von dieser unhaltbaren Stelle rasch abgerückt. Im übrigen ist die «Untersuchung» mit einem Vorspruch ausgestattet, der leider verschwie, von wem und mit welcher Legitimation die «Untersuchung» durchgeführt wurde. Der vorgelegte, über drei Zeitungsseiten laufende Text präsentierte sich als eine Mischung von Bericht, Polemik und rüden Beschimpfungen. Da war die Rede von «jesuitischen Auslegungen», von Handlungen der Regierung, die als Treubruch, Gewebe von Lüge und Verrat bezeichnet werden, und wieder



von «jesuitischem Ehrenwort». Die Mitglieder der österreichischen Regierung wurden mit brutalen Ausdrücken beschimpft. Diese Stilübung gibt wenigstens einen beiläufigen Vorgeschmack von der Objektivität und Zuverlässigkeit der vorgelegten Untersuchungsergebnisse. Die Beteiligten, auf deren Aussagen über die angebliche Demission Dollfuss' und die Übergabe der Regierung an Rintelen sich die «Untersuchung», wie sie sagt, beruft, sind ausnahmslos Rebellen. Der Kronzeuge unter ihnen ist sogar der elfmal ins Treffen geführte Hauptmann F. K. Die «geheimen Dokumente der Regierung Schuschnigg», von denen die «Untersuchung» redet, sind mit Ausnahme des genannten Protokolls normale Staatsarchivalien.

In einem solchen Falle von «geheimen Dokumenten der Regierung Schuschnigg» zu reden, ist eine theatralische Redewendung, die den nüchternen Sachverhalt verschleiert. Ersichtlich haben die Untersucher, obschon sie von einer Mehrzahl solcher «geheimer Dokumente der Regierung und von Ministerratsprotokollen» reden, einzig in das Ministerratsprotokoll vom 26. Juli 1934, Zahl 957, Einsicht nehmen können. Wäre es anders, so wäre es Pflicht gewesen, die anderen angeblich dokumentarischen Beweisstücke mindestens mit Datum und Aktennummern anzuführen. Sie sind diese Nachweise schuldig geblieben. Aus dem Ministerratsprotokoll, auf dem keines der anwesend gewesenen Regierungsmitglieder unterschrieben ist, bringen sie zwei kurze Absätze, enthaltend angebliche Äusserungen der Minister Starhemberg und Neustädter-Stürmer. Die Echtheit beider Protokollstellen ist durch den Vorsitzenden des Ministerrates, den Kanzler Dr. Schuschnigg, in seiner an Staatssekretär Karwinsky gerichteten Denkschrift auf das Bestimmteste bestritten. Das Protokoll 957 vom 26. Juli 1934 existiert. Wie es in die Hände der «Untersucher» gekommen ist, obgleich es unter Archivsperre lag, wird nicht gesagt. Der Text des Protokolls gibt befremdlich verschwommene Wendungen wieder,

die zweideutige Auslegungen erlauben und eine ordnungsgemässe überparteiliche Protokollführung bei diesem Aktenstück in Zweifel stellen\*.

Von «*zwei grundlegenden Fragen*» spricht die «Untersuchung», auf Grund deren sie den Nachweis liefern will, dass das «System» die Geschichte in zwei wichtigen Belangen gefälscht habe.

Die erste lautet:

«Hat Dollfuss Rintelen zu seinem Nachfolger ausersehen und wollte er ihn an seine Stelle treten lassen?»

Die Fragesteller geben eine bejahende Antwort mit Berufung auf die Aussagen des Verschwörers F. K., der ein Gespräch mitgehört haben will, das zwischen dem schwerverwundeten Kanzler und dem zu ihm geführten Minister Fey stattfand. Hier seine Aussage:

«Das Gespräch zwischen Dollfuss und Fey drehte sich nun tatsächlich um die Frage der Rückkehr Dollfuss' und der Übernahme der Kanzlerschaft durch Rintelen, zu der sich schliesslich Dollfuss auch bereit erklärte. Es muss dies deswegen festgehalten werden, weil Dollfuss, obwohl er schon an den Füßen gelähmt war, noch kaum mit seinem baldigen Tode rechnete (eineinhalb Stunden später war Dollfuss tot! D. V.), so dass es sich hier tatsächlich um eine förmliche Rücktrittserklärung Dollfuss', nicht bloss um eine Nachfolgeschafft nach seinem Tode, handelte.»

Stimmt dieser letzte Satz, so ist das Ziel erreicht, ein legaler Regierungswechsel hat sich vollzogen, durch den Willen des Kanzlers Dollfuss selbst herbeigeführt. Dieser Auslegung kommen die zwei anwesenden Rebellen, Fleischer und Felber, zu Hilfe; der erstere will gehört haben, dass Dollfuss die Übernahme der Kanzlerschaft durch Rintelen gewünscht hat, indes der zweite sogar talentvoll imstande gewesen ist,

---

\* In seinen vom 6. Oktober 1954 datierten Aufzeichnungen für Staatssekretär Karwinsky, die dem Verfasser dieser Erinnerungen in Abschrift vorliegen, sagt Schuschnigg, der Vorsitzende des Ministerrates vom 26. Juli 1934: «Wenn die unter dem nationalsozialistischen Regime veröffentlichte Form des Protokolls authentisch ist, gibt sie die Debatte *nicht richtig wieder*. Jedenfalls habe ich dieses Protokoll nie gelesen.»

den Verlauf des Gespräches zwischen Dollfuss und Fey folgendermassen zu schildern:

Fey: «Lieber (hochverehrter) Herr Bundeskanzler, bist du einverstanden, dass Rintelen Bundeskanzler wird?»

Dollfuss: «Gut. Rintelen soll Kanzler werden. Was aber dann?»

Fey: «Das werden die Verhandlungen ergeben. Es muss Blutvergiessen vermieden werden.»

Man stelle sich vor: Da liegt ein Mann am Tode. Zeitweilig verliert er das Bewusstsein. Stossweise quillt Blut aus seinem Munde. Zwei Stunden später wird er ausgerungen haben. Da wird von einem der zwei Aufrührer, die mit der Pistole in der Hand vor dem blutdurchtränkten Sofa stehen, ein Gespräch mit dem Sterbenden im Kindergartenstil vorgenommen. Da sagt der Todwunde: «Gut. Rintelen soll Kanzler werden!» Welch naives Idyll in der verbrechenschwangeren Szenerie des Bundeskanzleramtes vom 25. Juli! Oder soll man sagen: Hier wird Unsinn zur Methode? Der eifrigste Zeuge kann sich sogar darauf berufen, dass er «neben dem Kopf» des sterbenden Mannes gewesen sei und eine förmliche Rücktrittserklärung des Todgeweihten aus intimster Nähe mitangehört habe. Noch zwei Zeugen sind anwesend, zwei ehrenhafte, getreue Menschen, die Wachleute Johann Greifeneder und Rudolf Messinger, die im Bundeskanzleramt Dienst hatten und von den einbrechenden Aufrührern gefangengenommen worden waren. Sie hatten kurz nach der Verwundung des Kanzlers die Hilfeleistung für den Schwerverwundeten übernommen und standen ihm bei bis zu seinem letzten Atemzuge. Beide wissen nichts von einer Betrauung Rintelens durch den Kanzler. Nur die drei Rebellen wollen sie gehört haben. Selbst die «Untersuchung» gibt die entscheidende Aussage dieser zwei pflichtgetreuen Polizeibeamten wieder: «dass Dollfuss von einer Übergabe der Regierungsgeschäfte nichts wissen wollte und auch mit Fey nicht über Rintelen gesprochen habe». Der in der «Untersuchung» als

Kronzeuge Angeführte erhält keine glaubhafte Unterstützung für die Behauptung, dass Dollfuss demissioniert und Rintelen zu seinem Nachfolger bestimmt habe. Selbst die «Untersuchung» sieht sich genötigt, zu dem Charakterbild des Kriminalinspektors F. K. beizutragen, er ist der Vertraute Holzwebers, des Anführers der Rebellen. Über ihn erfährt man aus der «Untersuchung», dass Holzweber mit ihm die Stellung eines mit einer Stunde befristeten Ultimatums vereinbarte, das die Aufrührer an die Regierung richteten. «Würde nach Ablauf dieser Frist der neue Bundeskanzler von der Exekutive nicht freigelassen werden, so *sollten die im Haus eingeschlossenen ,Prominenten an die Wand gestellt werden.*» Dieser F. K. ist also kein kleiner Akteur in dem verbrecherischen Spiel. Er ist der eigentliche Vorbereiter und Organisator des Anschlags auf das Bundeskanzleramt. Er versteht es, die längste Zeit während des Putsches sich in Freiheit innerhalb des Schauplatzes zu bewegen und sogar Ausflüge in die Stadt zur Polizeidirektion und zum Heeresamt zu machen. Stets weiss er seine Rede im Sinne des Putsches zu steuern. Zu der Ausführung der Mordvereinbarung, die er mit Holzweber beschlossen hat, ist es zum Glück nicht gekommen, doch erscheint F. K. als Hauptzeuge für die angebliche «förmliche Rücktrittserklärung» Dollfuss', die in seiner Gegenwart vollzogen worden sei, da es gelungen sei, Dollfuss von der Notwendigkeit seines Rücktritts zu überzeugen. Zu der Zeit, da F. K. den Polizeipräsidenten von diesem Ultimatum unterrichtete, war übrigens der Plan, eine Putschistenregierung einzusetzen, mit Rintelen an der Spitze, schon endgültig gescheitert, weil gegen alle Versuchungen geschützt, zu dieser Zeit Rintelen bereits im Heeresministerium weilte und völlig im Klaren darüber war, dass das so schön ausgedachte Ministerium Rintelen ausgespenstert hatte.

Die «*zweite grundlegende Frage*» und deren Bejahung durch die «Untersuchung» behauptet, dass den Aufständischen von der Regierung freies Geleit zugesagt wurde, obwohl

die Regierung bereits von dem Tod Dollfuss' gewusst habe. Dem verworrenen Wortgefecht, das sich an diese falsche Behauptung anschloss, setzte Bundeskanzler Dr. Schuschnigg in seiner Denkschrift ein Ende, die er am 26. Oktober 1934 an den Staatssekretär für Sicherheitswesen, Karwinsky, richtete, mit der präzisen Erklärung, die Meinung, dass die Bundesregierung vor der Gewährung des Geleites von des Kanzlers Tod gewusst habe, sei «tatsachenwidrig und irrig». Schon bei Beginn der Verhandlungen erfuhren die Rebellen den Wortlaut des Ultimatums\*.

Minister Neustädter-Stürmer, der vom Ministerrat mit der Überbringung und der wörtlichen Verlesung des Ultimatums an die im Bundeskanzleramt eingeschlossenen Rebellen beauftragt war, berichtete vor dem Ministerrat über seine Verhandlungen mit den Aufrührern. Von Schuschnigg befragt, ob er «die Bedingungen für Kapitulation und freies Geleit gemäss der schriftlichen Formulierungen mitgeteilt habe», bejahte der Minister und fügte dem Sinn nach an: «Übrigens käme für Kanzlermörder ein freies Geleit unter keinen Umständen in Frage.» Schuschnigg fügte bei: «Dass irgendjemand im Ministerrat Bedenken gegen die Inhaftierung der Aufständischen geäussert oder die Meinung vertreten hätte, formal müssten alle freigelassen werden, ist bestimmt unrichtig. Vor allem hat besonders Neustädter-Stürmer das genaue Gegenteil einer solchen Ansicht vertreten».

Der Wortlaut des Ultimatums, das auf einem einstimmig gefassten Entschluss der Regierung beruhte, war an die eine

---

\* Österreichisches Jahrbuch 1933/34.

«Über Befehl des Herrn Bundespräsidenten werden die Aufrührer aufgefordert, innerhalb einer Viertelstunde das Ballhausgebäude zu räumen. Wenn kein Menschenleben auf Seite der widerrechtlich ihrer Freiheit beraubten Mitglieder der Regierung zu beklagen ist, erklärt die Regierung, den Aufrührern freien Abzug und Überstellung über die Grenze zu sichern. Wenn die gestellte Frist fruchtlos verläuft, werden die Machtmittel des Staates eingesetzt werden.»

Bedingung geknüpft, dass kein Menschenleben auf Seite der ihrer Freiheit beraubten Regierungsmitglieder zu beklagen sei. Die Erfüllung oder Nichterfüllung dieser einen Bedingung war das Entscheidende.

Die Rebellen, denen das Ultimatum in aller Form auftragsgemäss von Minister Neustädter-Stürmer vorgelesen worden war, hatten daraus erfahren, dass das freie Geleite von der Bedingung abhängt, dass «kein Menschenleben zu beklagen ist». Die Bedingung war nicht zeitgebunden und wurde während der Verhandlungen nie widerrufen. Sie blieb also gültig. Es ist deshalb belanglos, in welchem Zeitpunkte, während oder ausserhalb der Verhandlungen, der Tod Dollfuss' der Regierung bekannt wurde. Mit einem Hin und Her, Wenn und Aber um das freie Geleite wurde stundenlang debattiert, bis die Verwirrung kaum mehr den einfachen rechtlichen Sachverhalt erkennen liess. Als endlich sich ein Entschluss aus dem Streit loslöste, weil die Regierung noch nicht wusste, dass der Bundeskanzler tot sei, obwohl er tatsächlich schon vor zwei Stunden verschieden war, wurde der grossen Mehrheit das freie Geleit zugesprochen, und nur die wenigen Putschisten, die dem Aktivdienst der Exekutive angehörten, wurden in Haft genommen: unter ihnen auch die acht Rebellen, die als Führer und mit der Waffe an dem Anschlag teilgenommen hatten und, vor das Militärgericht gestellt, dessen strenger Gesetzlichkeit unterworfen wurden.

Die Aufdeckungen, die das mordgeschwollene Kollerschlager Dokument, amtliche Erhebungen und Zeugenaussagen, ergeben hatten, brachten das enggesponnene Netz des Todes, das den Bundeskanzler umgeben hatte, ans Licht. Bis in seine nächste Umgebung hatten die Vorbereitungen der Verschwörer gereicht. Zu gleicher Zeit waren die Warnungen, die zu romantisch erschienen, zu berechnend schreckhaft, um ernstgenommen zu werden, unkontrolliert geblieben. Dollfuss selbst schob die Warnbriefe und die besorgten Vorstellungen seiner nächsten Umgebung beiseite mit dem Einwand: Jetzt

stunden viele Menschen in dem Schwall des fremden Terrors; ungezählte Beamte, Bürgermeister, Leute der Vaterländischen Front und der Heimwehr erfüllten treu und furchtlos, den Gefahren trotzend, ihre Pflicht; unmöglich sei es, sich von diesen wackeren Menschen beschämen zu lassen. Das Bitterste in der Analyse der Ursachen der Katastrophe war allerdings die Feststellung, die, strenger Wahrheitsliebe gehorchend, Staatssekretär Karwinsky vor die Öffentlichkeit gebracht hat, dass am 25. Juli das Unternehmen der Attentäter im Beginn erstickt wäre, würde nicht schuldbar bewusste Versäumnis des rechten Zugriffes dem aufrollenden Unternehmen der Verschwörer zu Hilfe gekommen sein.

In seiner an den Staatssekretär für Sicherheitswesen, Karl Karwinsky, gerichteten Denkschrift hielt Dr. Schuschnigg die Erinnerung fest, dass er im Sommer 1938, noch in Gestapo-Haft am Morzinplatz befindlich, über verschiedene gegen ihn gerichtete Bezeichnungen einvernommen worden sei, so auch über den sogenannten Wortbruch, den angeblich vorgetäuschten Selbstmordversuch Dr. Rintelens, eine Nichteinhaltung der Abmachungen mit den Rebellen und über den besagten Artikel in den «Wiener Neuesten Nachrichten» vom 25. Juli 1938; bei späteren Einvernahmen sei nicht mehr darauf zurückgegriffen worden, so dass zu schliessen gewesen wäre, dass sogar die Gestapo diese Anschuldigungen nicht mehr aufrechthielt. Zu einer ähnlichen Einvernahme wurde der Verfasser dieser Erinnerungen im Spätsommer 1938 aus Dachau in das Münchner Prinz-Regenten-Palais, die Zentrale der Gestapo, zu einem zweitägigen Aufenthalt geholt. Die Art der Einvernahme liess auch hier erkennen, dass die Gestapo die Hauptschuldigen im Falle Rintelens und ihre Zusammenhänge fallengelassen hatte.

## XII. KAPITEL DIE IDEN DES MÄRZ

*Aus den Aufzeichnungen des Finanzministers Dr. Neumayer – Der Appell auf der Wiener Schmelz – Ermutigende Worte des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg – Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes – Vorbereitung einer Inlandsanleihe – Die Skepsis der Weststaaten – Die Audienz beim Duce – Bemerkenswerter Rückgang der Arbeitslosigkeit – Aktive Gebarung der Postverwaltung und der Bundesbahnen – Ein Beweis für die Lebensfähigkeit Österreichs – Nationalsozialistische Bombenattentate verursachen Erhöhung der Versicherungsprämien – Die Auswirkungen der deutschen Handelspolitik – Rückschläge im Holzhandel und in der Papierindustrie – Der Zinsfuß der Auslandsschulden zu hoch – Mit Dr. Kienböck nach London – Es geht um die Eigenstaatlichkeit Österreichs – Finanzminister Dr. Neumayer und Gesandter Franckenstein bei Eden – Besprechungen in Basel und Zürich – Ansuchen um einen Kredit in Schweizer Franken – Die internationale Lage vereitelt den Anleiheplan*

Tief dunkelten im Winter 1937 die Horizonte um Österreich. Schon deutete das herantappende Geschehen seine Geheimnisse an. – Der österreichische Finanzminister Dr. Rudolf Neumayer anvertraute dem Autor dieses Erinnerungsbuches die nachstehenden Aufzeichnungen als eine illustrative Bezeugung der damaligen europäischen Politik und der Lage Österreichs, das von den Mächten dieser Welt damals verlassen wurde.

Bei seinem grossen Appell auf der Wiener Schmelz im Oktober 1936 hatte Bundeskanzler Dr. Schuschnigg von einer «aufrauschenden rotweissroten Symphonie der Arbeit» gesprochen. Das war ein ermutigendes Wort. Die Erfüllung sollte ihm nachfolgen. Als ich am 4. November 1936 die Leitung des Finanzressorts übernahm, fand ich leere Staatskassen vor. Meine dringendste Aufgabe war es daher, durch eine nach meiner Überzeugung durchaus mögliche Inlandsanleihe die



Geldmittel für die Finanzierung des vom Bundeskanzler angekündigten grossen Arbeitsbeschaffungsprogrammes zu beschaffen. Nach sorgfältiger Vorbereitung, insbesondere nach Beseitigung aller Bestimmungen, die die Annahme zuliessen, in Österreich gäbe es eine Doppelwährung – gewöhnliche Schillinge und Goldschillinge –, wurde der Bundesminister für Finanzen durch ein Spezialgesetz zur Aufnahme einer Inlandsanleihe ermächtigt. Nach diesem Gesetzesbeschluss wurde um Einberufung des «Comité des États-Garanties» gebeten, dessen Zustimmung war nach den seinerzeit übernommenen Verpflichtungen im Falle einer Anleihe erforderlich. Diese Sitzung fand, entgegen der Übung, mit Rücksicht auf den angegriffenen Gesundheitszustand des Vorsitzenden, des Staatssekretärs im italienischen Finanzministerium, Bianchini, in der zweiten Hälfte des Februar 1937 in Rom statt.

Die Sitzung verlief nicht gerade gemütlich. Allgemein wurde beanstandet, dass in Wien das Gesetz, betreffend die Anleihe, beschlossen worden war, ohne vorherige Anführung des Komitees. Insbesondere wurde von den Vertretern Englands und Frankreichs die relativ hohe Dotierung des Armeebudgets aus den Anleihemitteln sehr scharf kritisiert.

Mitten während dieser unfreundlichen Ausführungen der Vertreter der Weststaaten wurde ich zu einer Audienz beim Duce abberufen, der wegen der Anwesenheit des österreichischen Finanzministers seinen Skiurlaub unterbrochen hatte und nach Rom gekommen war. So blieb es dem Sektionschef Dr. Rizzi, der mich begleitete, vorbehalten, auf alle Einwürfe zu antworten. Diesem Meister in der geschickten Führung internationaler Verhandlungen gelang es, die erregten Wogen während meiner einstündigen Abwesenheit zu glätten. Als ich in die Sitzung des Komitees zurückkehrte, war die Stimmung in der Konferenz bereits milder geworden. Ich bekam zwar noch eine Mahnung für die österreichische Regierung zu hören. Mir wurde auf die Seele gebunden, künftig genau nach

den vertraglichen Vorschriften vorzugehen. Aber nach meiner Erklärung, diese Wünsche dem Bundeskanzler zur Kenntnis bringen zu wollen, war die Angelegenheit erledigt und ich im Besitze der Zustimmung des Komitees zur Emission der von uns geplanten Anleihe.

Ich atmete auf. Nun war die Bahn frei für all die notwendigen, seit geraumer Zeit zu rück gestellten öffentlichen Arbeiten: Fortsetzung der Elektrifizierung der Bundesbahnen, systematischer Aufbau der Hauptverkehrsstrassen, Verbesserung der Bewaffnung unserer kleinen Wehrmacht, Förderung wirksamer Massnahmen der Länder gegen die Arbeitslosigkeit, so zum Beispiel für Wien die Errichtung eines Hausreparaturfonds, eines Assanierungsfonds, Inangriffnahme des Baues der Höhenstrasse, der Autoeinfahrtsstrasse usw. Zustatten kam uns die einsetzende Weltkonjunktur, die uns trotz der gegenüber dem Weltmarkt erhöhten Preise eine Fülle von Auslandsaufträgen ins Land brachte.

So konnte die Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche abgebaut werden, so einschneidend, dass bereits im Juni und Juli 1937 in einzelnen Gebieten Österreichs Mangel an Arbeitern eintrat und die Regierung sich sogar mit dem Problem beschäftigte, auf gesetzlichem Wege die Umsiedlung von Arbeitern aus den noch vorhandenen Inseln der Arbeitslosigkeit – Wiener Neustadt, St. Pölten, Traisental – in Gebiete des Arbeitsbedarfes einzuleiten. Bundeskanzler Schuschnigg lehnte bei der Beratung der zu ergreifenden Massnahmen jegliche Zwangseingriffe ab. Der Ministerrat folgte seinen grundsätzlichen Erwägungen. Eine freiwillige Umsiedlung von Arbeitskräften kam praktisch in ausschlaggebender Weise nicht in Betracht. Ebenso wie diese Erscheinungen des österreichischen Arbeitsmarktes völlig vergessen sind, ist aus der Erinnerung der Bevölkerung auch entschwunden, dass nicht nur der Staatshaushalt, sondern auch die Bundesbahn und die Postverwaltung im Jahre 1937 eine aktive Gebarung – nicht bloss eine ausgeglichene – nachweisen konnten. Die national-

sozialistische Propaganda hat damals methodisch versucht, diesen zweifellosen Nachweis der Lebensfähigkeit Österreichs auszulöschen.

Diese günstige Wirtschaftsentwicklung Österreichs, die bis Anfang des Jahres 1938 andauerte, versuchte allerdings wirksam die nationalsozialistische Propaganda durch Bombenattentate zu stören. Sie erreichte es auch, dass die grossen internationalen Versicherungsanstalten sich veranlasst sahen, die Prämien der Transportversicherung durch namhafte Zuschläge zu verteuern, die viele Käufer bewog, die Ware auf ungefährdeten Transportwegen zu einem niedrigeren Preis zu beziehen. Dazu kam, dass der Ausbruch des Krieges im Fernen Osten die Blockierung sowohl der japanischen wie der chinesischen Häfen bewirkte und den bisher dorthin gerichteten Absatz österreichischer Industrieprodukte sperrte. Bis zu diesem Zeitpunkte hatte zum Beispiel Krupp-Berndorf um rund acht Millionen Dollar Metallblättchen für die Anbringung der Zeichen der chinesischen Währung geliefert. Ähnlich erging es unseren österreichischen Papierfabriken. Unsere Papierindustrie hatte einen hohen Prozentsatz ihrer Produktion bisher an den Fernen Osten geliefert. Nun kam Hemmung über Hemmung. Zu gleicher Zeit verschärfte sich empfindlich die unfreundliche Handelspolitik des deutschen Nachbarn und verursachte bedeutsame Störungen im österreichischen Aussenhandel. Ausserdem begehrte Deutschland die Lieferung von allen möglichen wichtigen Produkten von uns, zahlte aber die Ankäufe nicht, obgleich der Clearing-saldo schon eine für Österreich untragbare Höhe erreicht hatte und es von uns aus kaum ein Mittel gab, dieses übermässige Guthaben im Warenaustausch mit Deutschland zu verringern. Nicht genug damit: Nationalsozialistischem Einfluss gelang es, die Aufkündigung grosser italienischer Bestellungen auf österreichische Bau- und Rundholzlieferungen wegen angeblich zu hoher Preiserstellung herbeizuführen, so dass sich nach dem plötzlichen Ausfall des italienischen Absatzmarktes auf den

Kärntner und steirischen Lagerplätzen ungeheure Mengen des bereits geschlagenen Holzes auftürmten. Wie jäh der Schlag unsere alpenländische Wirtschaft traf, dafür ein Beispiel: Noch im August 1937 wurde der österreichischen Zelluloseindustrie die nasse Ware sozusagen aus der Hand gerissen. Aber ein Monat später, schon Anfang September, fand die trockene Zellulose nur noch mühsam Absatz ins Ausland, und im Oktober 1937 mussten bereits grosse Fabriken der Holzindustrie, wie Hailein, aus Mangel an Aufträgen mit einschneidenden Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen vorgehen.

Ähnliche unerfreuliche Erscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung zwangen dazu, das Budget für 1938 auf beträchtliche Anforderungen an den Staat vorzubereiten. Es wurde daher nach Ersparungen auf der Ausgabenseite Ausschau gehalten, insbesondere musste untersucht werden, inwieweit die Aufwendungen für die Staatsschuld vermindert werden könnten. Da erschien es vor allem untragbar, nach dem vollen Gelingen der Investitionsanleihe 1937 noch weiterhin an einem hohen Zinsfuss der früheren Auslandsanleihen, so zum Beispiel der internationalen Bank für Zahlungsausgleich in Basel (IBA), festzuhalten. Schon bei der letzten Zusammenkunft in Genf war mit dem Vertreter Englands, Sir Otto Niemeyer, einem redlichen Freunde Österreichs, der wiederholt sein Interesse für Österreich bekundet hatte, Fühlung genommen worden. Er war gebeten worden, die Stimmung unter den Finanzgewaltigen in London in Bezug auf die Aussichten einer Herabsetzung des Zinsfusses zu sondieren. Schon in einem Brief vom August 1937 konnte Sir Otto durchaus zuversichtlich berichten. So wurde beschlossen, die Angelegenheit weiter zu betreiben. Im September 1937 wurde Sektionschef Dr. Rizzi nach London entsandt, um die Bedingungen unserer Auslandsschulden mit den massgebenden Stellen und den «Underwriters» der Schuld Verträge zu klären. Sektionschef Dr. Rizzi kehrte mit einem absolut negativen Ergebnis

seiner Erkundung zurück. Man hatte ihm unverhohlen gesagt, die politische Situation Österreichs liesse den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geeignet erscheinen, in Verhandlungen wegen Herabsetzung des Zinsfußes einzutreten.

Doch ergab sich im November 1937 Gelegenheit, unter vielleicht günstigeren Umständen das Thema in London nochmals aufzurollen. Präsident Dr. Kienböck war eingeladen worden, in der Bankers Association einen Vortrag über Goldwährung zu halten. Dr. Kienböck hatte die Freundlichkeit, mich einzuladen, ihn auf der Fahrt nach London zu begleiten und seinem Vortrage beizuwohnen. So würde der österreichische Finanzminister nicht in offizieller Eigenschaft, sondern als Begleiter des Präsidenten der Österreichischen Nationalbank privat nach London kommen und doch Gelegenheit haben, in unverbindlichem Gespräche nach dem Stand unserer Aussichten vorzufühlen.

Die Erlebnisse auf dieser Reise sind mir bis heute in lebhaftester Erinnerung haften geblieben. Es ging ja doch um schicksalhafte Dinge für unser Land.

Sir John Simon, damals englischer Finanzminister, gab dem österreichischen Kollegen zu Ehren ein Mittagessen. Zur allgemeinen Verwunderung hielt Sir John Simon, der angeblich kein Wort Deutsch konnte, den üblichen Trinkspruch ohne Konzept in deutscher Sprache. Es war ein Akt von ganz ausserordentlicher Höflichkeit gegenüber dem österreichischen Gaste. Ich war in Verlegenheit, da mein Englisch zu mangelhaft war, als dass ich mich hätte getrauen können, aus dem Stegreif die freundliche Begrüssung geziemend zu erwidern. Der damalige österreichische Botschafter in London, Freiherr von Franckenstein, scheint in Blitzesschnelle die Situation erkannt zu haben und antwortete mit feinfühligem Takte an meiner Stelle. Das französisch persönlich geführte Gespräch zwischen Sir John Simon und mir verlief in angenehmer Atmosphäre.

Sir John Simon lenkte das Gespräch auf die aussenpoli-

tische Lage. Der englische Finanzminister sprach mit grosser Offenheit: Eben jetzt sei in der europäischen Politik eine gefährliche Passage überwunden worden. Es hätte nicht viel gefehlt und es wären Wendungen erfolgt, die bedeutet hätten, dass Österreich beinahe verkauft worden wäre. Aber eben jetzt, da wir uns hier unterhielten, sässen französische Vertreter mit englischen in einem Gedankenaustausch zusammen, in dem nach den notwendigen Sicherungen zur Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Österreichs Ausschau gehalten werde.

Am nächsten Tage gaben die Vertreter der IBA ein offizielles Essen. An einer Stelle ergab sich eine peinliche Situation. Ein Teilnehmer, dessen Name mir entfallen ist, fragte mich, wieviel Nazi es in Österreich wohl gäbe. Ich antwortete darauf, sie seien eine zahlenmässig nicht ausschlaggebende Minderheit. Darauf die nächste Frage meines Gegenübers: Warum dann unter solchen Umständen Bundeskanzler Doktor Schuschnigg nicht durch eine Volksabstimmung die Tatsachen vor aller Welt klarstelle, Österreich würde damit in den demokratischen Ländern einen bedeutenden Gewinn an Ansehen erreichen. Das war nun für mich, den politisch Ungeschulten, eine fatale Frage. Aber Baron Franckenstein rettete die Situation und warf ein: «In einer bombardierten, belagerten Festung kann man nicht abstimmen.» Als dann die Sprache auf die Herabsetzung des Zinsfusses für die österreichischen Auslandsanleihen kam, wurde mir von den Herren der IBA ganz unverblümt erklärt, zwar könnten die «Underwriter» ein Ersuchen Österreichs um die Verbilligung des Zinsfusses durchaus begrifflich finden, jedoch erscheine es nach ihrer Meinung erforderlich, von der englischen Regierung eine Art Garantie für diese Anleihe zu erhalten. Im Einverständnis mit Baron Franckenstein liess ich das Thema fallen.

Als wir wieder unter uns waren, erklärte mir unser Botschafter, er werde sofort bei Eden um eine Audienz ansuchen, da er persönlich der Meinung sei, eine derartige Garantieerklärung der englischen Regierung sei zu erhalten.

Tatsächlich wurde Franckenstein eingeladen, mit mir schon am nächsten Mittag bei Eden vorzusprechen.

So betrat ich am nächsten Tag — ich muss gestehen, voll Ehrfurcht vor der damals politisch bedeutsamsten Stelle der Welt — das berühmte Haus Downing Street Nr. 10. Eden empfing uns sehr freundlich und liess uns erkennen, es sei auch seine Meinung, dass der gegenwärtige Zinsfuss der IBA für Österreich mit der inzwischen eingetretenen sichtbaren wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung Österreichs nicht mehr in rechten Einklang zu bringen sei. Die von mir erbetene Garantie könne jedoch die englische Regierung nur nach Abführung einer Debatte im Unterhaus geben, und da müsse er offen sagen, dass er es nicht für ratsam halte, in dem gegenwärtigen Zeitpunkt mit dieser Angelegenheit im Unterhaus eine Österreichdebatte auszulösen. Aus den Äusserungen Edens sprach das Interesse Englands an der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Österreichs, aber gerade im Sinne dieses Interesses sei es augenblicklich nicht am Platze, mit einer mehr oder weniger untergeordneten Finanzfrage das bedeutsame politische Problem Österreichs zur Debatte zu stellen.

Dr. Kienböck schöpfte gleich mir aus diesen Besprechungen in London die zuversichtliche Hoffnung, was immer in der Welt geschehen werde, England werde an der Seite Österreichs zu finden sein. Zuzufolge dieser sicheren Annahme beschlossen wir, auf der Heimreise in Basel uns aufzuhalten, um zu versuchen, ob es nicht möglich sein werde, im Verhandlungswege einen kurzfristigen Kredit in Schweizer Franken zu erhalten, der dazu dienen sollte, eine aus der ersten Nachkriegszeit stammende kurzfristige Lebensmittelschuld an die Tschechoslowakei, einen Kredit von acht Millionen Schweizer Franken, der sehr drückend war, abzudecken. Während ich in Basel mit den Herren des Schweizerischen Bankvereines verhandelte, konferierte Dr. Kienböck, der nach Zürich gefahren war, mit seinen Kollegen von der Schweizerischen Nationalbank in derselben Sache. Als wir einander wieder

trafen, konnten wir uns gegenseitig durchaus Günstiges berichten. Das Direktorium des Schweizerischen Bankvereines hat mir gegenüber sich bereit gezeigt, uns acht Millionen Schweizer Franken zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen; beigefügt war, dass «aus formalen Gründen» noch die Zustimmung des Aufsichtsrates des Bankvereines einzuholen sei, doch stehe es ausser Zweifel, dass diese Zustimmung erfolgen werde. Doktor Kienböck konnte seinerseits von der ebenso freundlichen Einstellung des Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank zu dem kurzfristigen Achtmillionenkredit für Österreich erzählen.

So fuhren wir in jeder Weise befriedigt nach Wien zurück.

\*

Wenige Tage später erhielt ich die Nachricht aus Basel, dass der Aufsichtsrat des Schweizerischen Bankvereines dem Beschluss seines Direktoriums *nicht zugestimmt habe, mit der Begründung, die Lage Österreichs sei, international gesehen, zu unsicher, um eine derartige Kreditgewährung zu rechtfertigen.*

Mehr der Worte bedurfte es nicht. Ahnung des für unser Vaterland und vielleicht für ganz Europa sich nähernden Unheils stieg auf.



### XIII. KAPITEL

## MÄCHTE UND OHNMÄCHTE

*Schuschnigg wird Bundeskanzler – Die deutsche Einmischung in Österreich verstärkt sich – Die Tausendmarksperrre – In Audienz bei Kardinal-Staatssekretär Pacelli – Der nationalsozialistische Terror wächst – Mussolini und Dollfuss – Hitler befiehlt eine Kampfpause – Dreimächtekonferenz in Stresa – Schwierige Entscheidung – Eine Depesche Starhemberts an Mussolini – IPende in der italienischen Aussenpolitik – Die «Achse Berlin-Rom» – Ein Gespräch mit Glaise-Horstenau – Plan eines «Stillhalteabkommens» – Glaise-Horstenau wird aus dem Staatsrat abberufen – Begegnung Mussolinis und Schuschniggs – Die Rolle Seyss-Inquarts – Das ‚Juliabkommen 1936‘ – Papen und seine Mission – Persönliche Erinnerungen an Papen – Eine sensationelle journalistische Auseinandersetzung – Zunehmende Spannungen – Putschpläne der Illegalen – Hitlers Absichten – Das Hossbach-Protokoll*

Österreich hatte keinen zweiten Dollfuss. In den Ungewittern jenes entsetzlichen Julitages, den Verrat und Blutverbrechen mit Unheil beluden, musste Kurt Schuschnigg sich entscheiden, die Verlassenschaft des ermordeten Freundes anzutreten, die nicht viel mehr war als ein noch ungeschriebener Entwurf. Es war lebensgefährlich für jeden, dem die Übernahme ernst war. Aber Schuschnigg hatte sich zu dem Erbe bekannt. Er und Dollfuss waren aus verschiedenem Holz geschnitzt; verschieden durch ihr Herkommen und ihre Gemütsart, glichen sie einander in ihrer bedingungslosen Vaterlandsliebe. Aus dieser Gemeinsamkeit schöpfte Schuschnigg den Mut zu der Bürde, die am 25. Juli der Bundespräsident auf seine Schultern gelegt hatte. Eine unberechenbare, schwere Bürde. Weder Erfolg noch Ruhm noch Macht noch irgendein Gewinn, am allerwenigsten zu erwartende Dankbarkeit, konnten locken. Sicher war nur die Unsicher-

heit, das Beispiellose des Unternehmens. Niemals in der neuen österreichischen Geschichte hatte ein Staatslenker williger eine undankbare Aufgabe bejaht als Schuschnigg, da er an das Staatssteuer Österreichs herantrat, eines Landes, das in Partiekämpfen zerfleischt, von Wirtschaftskrisen befallen, von einem grossen Nachbarn in seiner Existenz bedroht war.

Aber Kurt Schuschnigg wagte es.

In der zeitgenössischen Literatur gehen die Einschätzungen der Persönlichkeit, des Wollens und Handelns Schuschniggs weit auseinander. Es konnte nicht anders sein. Zu bunt bewegt sind um ihn die Menschen und die Ereignisse. Freund und Feind anerkannten seine unbedingte österreichische Überzeugung, seine hohe Intelligenz und seine persönliche Ehrenhaftigkeit. Selbst ein so aggressiver Gegner wie der englische Journalist Gedye bescheinigte ihm «einen flammenden Glauben an sich und seine Mission, die drohende braune Flut seinem Lande fernzuhalten und die Unabhängigkeit zu bewahren». Sein Katholizismus habe ihn, so meint Gedye, befähigt, «der ständigen Gefahr eines Attentates zu trotzen und der unaufhörlichen Kampagne von Verleumdungen und Herabsetzungen, die das Dritte Reich inszenierte, kühl und höflich zu begegnen\*».

Schuschniggs sachliche Haltung, der Jurist, der in ihm oft zum Vorschein kam, verleitete manchen Beurteiler, einen gefühlsarmen Realisten in ihm zu sehen, dessen strenger Wirklichkeitssinn das Denken des Politikers bestimmte. Doch so wird sein Charakterbild nicht richtig gesehen. Er trug selbst durch eine gewisse Verslossenheit dazu bei. Das Musische in seinem Wesen sprach an; aber es blieb vielen verborgen. Nach manchem Tag heisser, trostloser politischer Auseinandersetzung nahm er, der meisterliche Cellist, Zuflucht zu seinem Instrument in einem kleinen privaten Abendkonzert klassischer Tondichtung. Der leidenschaftliche Musiker liess dann

\* G. E. R. Gedye: «Die Bastionen fielen», S. 141.

den anderen Schuschnigg vergessen, der von seinen Tiroler Freunden 1927 nur mit Mühe zur Annahme eines Abgeordnetenmandates überredet worden war. Wer Schuschniggs «Requiem in Rot-Weiss-Rot» gelesen hatte, der vermochte wohl den ganzen Schuschnigg zu verspüren.

Im Sommer 1933 war die deutsche Einmischung in Österreich immer hemmungsloser geworden. Der deutsche Rundfunk hatte damals alle Register gegen Österreich aufgezogen. Deutsche Offiziere besorgten die Ausbildung aus Österreich geflüchteter Nationalsozialisten in der sogenannten «Österreichischen Legion»; am 27. Mai hatte Hitler, seinem unwürdigen A orspann Theo Habicht folgend, den deutschen Reiseverkehr nach Österreich lahmlegen lassen.

Im Juni 1933 führte mich eine sorgenvolle Obliegenheit nach Rom. Die Tausendmarksperrre, die ein Überschreiten der deutsch-österreichischen Grenze mit einer hohen Straftaxe belegte, war von ihren hakenkreuzlerischen Erfindern nicht zuletzt gegen das festliche Zusammenfinden der deutschen Katholiken bei dem für September nach Wien einberufenen «Allgemeinen Deutschen Katholikentag» gerichtet. Der Kongress sollte der sinnvollen Erinnerung an das grosse historische Ereignis für die abendländische Christenheit geweiht sein, an die vor 250 Jahren erfolgte Befreiung Wiens und Mitteleuropas von der Türkennot. Der Verlauf der grosszügig geplanten Veranstaltung war nun bedroht. Für viele Millionen deutscher Katholiken war die Teilnahme an dieser Kundgebung erster Grösse durch die Sperrtaxe verwehrt. Die Vorbereiter der Wiener Festlichkeiten liessen sich jedoch nicht schrecken. Der Titel der Veranstaltung war zwar durch die Einreiseperrre für Katholiken Deutschlands bestritten, aber deutsche Katholiken aus aller Welt würden kommen und ihn rechtfertigen. Der Anlass, der Inhalt und der Glanz der Veranstaltung würden ihr eine Legitimation geben, die kein politisches Gegenspiel ihr nehmen konnte. Doch wir bedurften dazu eines autoritativen Aktes vom Heiligen Stuhl. So ging

nach Rom das Anliegen um Anerkennung unseres Vorhabens, um seine Krönung durch die Entsendung eines päpstlichen Kardinal-Legaten. Als am 24. Juni Kardinal-Staatssekretär Pacelli den Chefredakteur der «Reichspost» in Audienz empfing, wandte der Kardinal-Staatssekretär das Gespräch alsbald der für Österreich durch die deutschen Sperrmassregeln geschaffenen Lage zu. Es sei vom Heiligen Stuhl geplant gewesen, den Kardinal Dr. Faulhaber von München als päpstlichen Legaten zu der bedeutungsvollen Tagung zu entsenden. Nun sei dies unmöglich geworden, und da auch die anderen Kardinäle Deutschlands durch die erfolgten demonstrativen Massnahmen von der Einreise abgehalten seien, sei Rom die Möglichkeit genommen, einen deutschsprechenden Kardinal zu delegieren. Man habe deshalb schon daran gedacht, den Wiener Kardinal Dr. Innitzer mit der Vertretung des Heiligen Stuhles bei der Feier zu betrauen. Ich machte aufmerksam, dass Kardinal Innitzer den Vorsitz der Tagung führen werde, also eine Funktion habe, die wahrscheinlich mit der eines päpstlichen Legaten nicht vereinbar sei. Aber es werde gar nicht darauf ankommen, dass der erwählte Legat deutsch spreche, sondern das Entscheidende sei, dass er als Repräsentant des Heiligen Stuhls aus Rom komme. Sichtlich befriedigt über die unter solchen Umständen sich anbietende Lösung schloss der Kardinal-Staatssekretär die Unterredung über diesen Gegenstand mit der bestimmten Erklärung, sogleich am nächsten Tag dem Papst über dieses Gespräch berichten zu wollen. (In der Folge entschied sich denn auch der Papst für die Betrauung des Patriarchen von Venedig, Kardinal La Fontaine.) Der Kardinal-Staatssekretär beschäftigte sich in Fortsetzung des Gesprächs mit dem am 5. Juni von Österreich mit dem Heiligen Stuhl abgeschlossenen Konkordat. Erkennbar legte er grossen Wert darauf, den praktischen Zustand in Österreich, der seit Jahrzehnten jeweils nur durch eine kluge Diplomatie überbrückt worden war, in aller Form ehestens zu beenden. Nachdrücklich wies er darauf

hin, dass der von Bundeskanzler Dollfuss und Minister Schuschnigg unterschriebene Vertrag noch der Ratifikation entbehre. «Man hatte es sehr eilig», sagte lächelnd der grosse Staatsmann der Kirche, «das Konkordat zustandezubringen, aber nun geht nichts vorwärts. Das verstehe ich nicht ganz.» Die Deutschen seien anders vorgegangen. Sie hätten getrachtet, das Konkordat rasch fix und fertig zu machen. Warum säume Österreich? Ich musste auf die Schwierigkeiten hinweisen, die jüngst aus der Ausschaltung des Parlaments erwachsen seien und für die nächsten Monate die Entwicklung noch nicht überblicken liessen. Doch immer wieder liess Kardinal Pacelli erkennen, welchen Wert angesichts der in Europa gegenwärtig angehäuften Spannungen der Heilige Stuhl auf die baldige Ratifikation des Konkordats lege. Österreich möge sich nicht an dieser Stelle durch das nationalsozialistische Deutschland beschämen lassen. Ich deutete einen Zweifel an, dass der nationalsozialistische Staat das Konkordat einhalten werde. «Vielleicht nicht», erwiderte der Kardinal-Staatssekretär, «ja vielleicht müssen wir uns darauf sogar gefasst machen. Die Aussicht auf einen Eventualfall kann aber doch nicht Veranlassung sein, auf einen wichtigen Vertrag zu verzichten, weil der Konkordatspartner vielleicht das Abkommen nicht einhalten wird. Nun wohl, tritt ein solcher Fall ein, so wird der Partner, der auf dem Rechtsboden verbleibt, moralisch der Stärkere sein und sich immer auf sein Recht stützen können.» Mit den wärmsten Wünschen für Vorbereitung und Verlauf des grossen Wiener Katholikentages, dessen Bedeutung über die Grenzen Österreichs weit hinausrage, beschloss der Kardinal-Staatssekretär die Audienz.

Während Österreich für sein grosses Friedensfest rüstete, schwoll die nationalsozialistische Terrorwelle immer höher an. Sie schäumte an 27 Tagen während des Sommers zu schweren Verbrechen, Bombenattentaten, Brandstiftungen und Morden aus. Vom Ballhausplatz aus wurden die Grossmächte über den Stand der Dinge unterrichtet. Frankreich, England und Italien



*Walter Adam*



*Theodor von Hornbostel*

gaben eine gemeinsame Erklärung ab, deren Versicherungen immer wiederkehrten, ohne viel zu ändern, wenn das kleine Land nach Hilfe Ausschau hielt. Dann allerdings, bei der Kunde von der Ermordung des Bundeskanzlers, fuhr das erschreckte Europa empor. Mussolini liess sofort vier Divisionen an der Brennergrenze und an den Eingängen der Pustertalfurche Stellung beziehen. Wenn Österreich bedroht wurde, war auch Italien bedroht.

In Mussolinis impulsivem sofortigen Handeln sprach das persönliche Verhältnis mit, das zwischen ihm und Dollfuss bestanden hatte. Schon bei ihrer ersten Begegnung in Riccioni hatte das treuherzige Wesen des Österreicherers die Sympathie seines italienischen Gesprächspartners gewonnen und eine Freundschaft eingeleitet, die familiäre Wärme erhielt. Ritterlich bot Mussolini nach dem Tode des österreichischen Bundeskanzlers seiner Witwe und ihren Kindern ein gastliches Obdach. Viel mehr durch das Gemüt als durch staatspolitische Ideen bestimmt, konnte die Intimität der Beziehungen zwischen den beiden Staatsmännern nicht weitervererbt werden. Der Tiroler Schuschnigg, immer korrekt, von ruhiger Sachlichkeit im Gespräch, konnte dies in seinem Verhältnis zu Mussolini spüren. Als ein Jahr später Hitler in Österreich einfiel, war es eine oft wiederkehrende Äusserung im römischen Tagesgespräch: Wäre Dollfuss am Leben geblieben, nie hätte Hitler gewagt, Österreich zu überfallen.

Die Reaktion Mussolinis auf das blutige Drama am Wiener Ballhausplatz fand die Billigung Frankreichs und Jugoslawiens und, was noch wichtiger war, sie zeigte in Berlin gegenüber scharfmacherischen Illusionen die illusionslosen Tatsachen. Und Hitler verstand. Sein Spürsinn sagte ihm, dass derzeit die österreichische Angelegenheit für seine junge, im Aufbau begriffene Macht ein Rührmichnichtan sei und diejenigen sich jetzt hüten müssten, die nach dem Tode Dollfuss' sich der Vorstellung hingeeben hatten, für ihr Anschlussbegehren sei jetzt die Zeit zu dem grossen Schlag gekommen.



Hitler rief den Gesandten Rieth, der durch die öffentliche Preisgabe seiner Beziehungen zu den Putschisten vom 25. Juli sich und die deutsche Regierung kompromittiert hatte, zornig aus Wien zurück und befahl Habicht und Genossen in der Münchner nationalsozialistischen Kommandostelle Ruhe zu geben. Das bedeutete wahrscheinlich noch keine Befriedung – mehr besagte auch nicht die Entsendung eines Vertrauensmannes mit der weissen Fahne in der Person des Gesandten Franz von Papen in die Metternichgasse –, aber es bedeutete eine Kampfpause. Für wie lange?

\*

Die Dreimächtekonferenz, die in der zweiten Aprilwoche 1935 die Regierungshäupter Englands, Frankreichs und Italiens in dem Städtchen Stresa am Lago Maggiore unter dem Vorsitz Mussolinis zusammengeführt hatte, gestaltete sich zu einer Demonstration gegen die einherrollende Aufrüstung Deutschlands und des Willens, dieser Drohung, gemeinsam, zumal durch die Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs, zu begegnen. Eine der grossen Ironien der Weltgeschichte wurde es, dass die sogenannte Stresafront, die sich in der einmütig verlaufenen Stellungnahme der führenden Staatsmänner des Kontinents geformt hatte, ein halbes Jahr später gerade durch den Mann zerschlagen wurde, der auf italienischem Boden und unter seinem Vorsitz die Einigkeit der Mächte gegen die gemeinsamen Gefahren organisiert hatte.

Inmitten dieser raschströmenden Entwicklung wurde Österreich von einem harten Entweder-Oder bedrängt: Folgte es seiner Verpflichtung als Mitglied des Völkerbundes, so hatte es zu Massregeln gegen Italien auszuholen, den Aggressor in Abessinien, der aber die einzige Macht war, die sofort nach dem 25. Juli gegen einen Angriff auf Österreich die gepanzerte Faust drohend erhoben hatte; lehnte es Österreich ab, der statutarischen Bindung als Mitglied des Völkerbundes zu entsprechen, so stellte es sich in Gegensatz zu allen Mächten,

die gegen den italienischen Friedensbrecher in Genf stimmten, zumal zu England und Frankreich, die vor einem halben Jahr in Stresa in unmissverständlicher Stellungnahme gegen Hitler-Deutschland zum Schutze der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs sich mit Italien erhoben hatten. Der rechte Ausweg war nicht gefunden worden. Die gefühlsbetonte, schwungvolle Dankes- und Treuebezeugung für Italien, die der österreichische Vertreter, Gesandter Baron Pflügl, in Genf darbot, hätte keine direkte Absage der Teilnahme Österreichs an den Sanktionen sein sollen, sondern ein Ausweichen. Aber Gefühlsmomente, wie sie Österreich vorbrachte, hatten in diesem sehr realen Interessenkonflikt kein Gewicht. Man hatte ehrenhaft gehandelt, aber weniger Worte wäre mehr gewesen.

Im Finanzausschuss des Bundestages erhob ich in Gegenwart des Aussenministers Einwände gegen eine einseitige Orientierung der österreichischen Aussenpolitik und warnte, innerpolitische Theorien und Programmstellungen in die Behandlung ausserpolitischer Angelegenheiten zu mischen. In der damaligen Gründerzeit gab der Staatsführung nicht selten das Hereinwirken der Vorstellungswelt des italienischen Faschismus zu schaffen. Ein Beispiel dafür war eine Glückwunschedepesche des Vizekanzlers Starhemberg an Mussolini, die nach Einnahme der abessinischen Hauptstadt durch die italienischen Truppen gratulierte «zu dem ruhmvollen und herrlichen Sieg der faschistischen Waffen über die Barbarei, zu dem Sieg des faschistischen Geistes über die Demokratie der Unehrlichkeit und Heuchelei und zum Sieg der faschistischen Opferfreudigkeit und disziplinierten Entschlossenheit über demokratische Verlogenheit». Den Gratulanten verbanden warme persönliche Beziehungen mit dem Duce, dem er mit Begeisterung huldigte. Aber er war zurzeit nicht Privatmann, sondern trug Verantwortung als Mitglied der österreichischen Regierung, deren Vizekanzler er war. Nicht ohne Humor antwortete der Glückwunschempfeänger in einer sofortigen Depesche an Kanzler Schuschnigg: «Ich nehme an,

dass Fürst Starhemberg sich durch sein Glückwunschtelegramm einen guten Abgang verschaffen wollte.» In der Tat schied eine Woche später Starhemberg aus seiner Vizekanzlerschaft und resignierte als Bundesführer der Vaterländischen Front. Im gleichen Zug erfolgte nach einem halben Jahr die Auflösung der Wehrverbände. Die Kosten seines allzu temperamentvollen illegitimen Ausflugs in die Aussenpolitik waren hoch.

Die politische Laufbahn des Fürsten hatte sympathische und ehrenvolle Perioden, und es soll nicht vergessen werden, dass die von ihm geführte Heimatschutzbewegung zweimal in gefährvoller Lage des Staates mit opferbereiter Dienstleistung das Land vor schwerem Unglück bewahrt hat.

\*

Die einzige Grossmacht, die zu Österreichs Schutze noch gültige Bindungen hatte, Italien, suchte jetzt, je mehr sich infolge des Abessinienkonfliktes ihre Stellung gegenüber den Westmächten vergällte, Freundschaft mit Hitler-Deutschland. Zwar hatte Hitler in seiner Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 jede Angriffsabsicht gegen die Unabhängigkeit Österreichs in Abrede gestellt, ohne aber die Zweifel verscheuchen zu können, die sich an seine Beteuerungen hefteten: «Il piu gran bugiardo del mondo\*» nannte ihn Gabriele Preziosi, der italienische Gesandte, als er mir auseinandersetzte, was Österreich und Italien zu erwarten hätten, wenn sie die Sprache des Herrn vom Berghof für bare Münze hielten.

Als bei dem nächsten diplomatischen Revirement Italiens Francesco Salata in das Gesandtschaftspalais am Wiener Rennweg einzog, war dies mehr als ein Personenaustausch, es war auch eine Umstellung auf das System «Achse Berlin-Rom», dem Mussolini kürzlich seinen Titel gegeben hatte. Für Österreich war der Personenwechsel eine Einbusse. Nicht nur

\* «Der grösste Lügner der Welt.»

die Stresafrent war zerbrochen. Manchem schien nun auch die «Wacht am Brenner» eine seit neuestem dubiose Vorstellung zu sein. Die Schwächung der aussenpolitischen Stellung war für Österreich auch eine wirtschaftliche Hemmung. Zwar hatte das Land die gefährliche Zone der Weltwirtschaftskrise glücklich passiert und dafür die Bestätigung des Kontrollorgans des Völkerbundes erhalten, aber bei seiner Kreditsuche und bei wichtigen Handelsabkommen gab es fatale Enttäuschungen. Der Boykott Hitler-Deutschlands gegen die österreichische Holzeinfuhr, die zuvor 60.000 Waggon Schnitt- und Rundholz jährlich nach Deutschland umfasst hatte, war eine der schärfsten politischen Angriffswaffen geworden. Sie traf die alpenländische Bevölkerung mitten hinein in eine Hauptstellung ihres Volkshaushaltes. Als eine Erlösung wurde es begrüsst, dass Frankreich mit einem Handelsabkommen zu Hilfe kam, das ein Einfuhrkontingent von 30.000 Waggon Schnittholz für sein Land verhies. Das Kontingent wurde nicht annähernd erreicht. Die französischen Waldbesitzer aus den Vogesen und dem Jura liefen gegen das Abkommen Sturm, und sie siegten, denn sie waren eine massgebliche Wählergruppe.

Die gefährlichen wirtschaftlichen, innen- und aussenpolitischen Probleme vermengten sich unheimlich. Das Unberechenbare, die stumme Fassungslosigkeit, die jäh überraschende Besetzung der Rheinlandzone, gesellten sich dazu. Mit einem Fausthieb zerfetzte Hitler das Rheinlandstatut, eine der kardinalen Errungenschaften der Versailler Siegerstaaten, ohne dass darob irgendwo ein Nachtwächter in Ohnmacht gefallen und ein einziges Gewehr losgegangen wäre. Das deutsche Volk sanktionierte zwei Wochen später fast einstimmig mit mehr als 44 Millionen Stimmen den Sieg Hitlers. Nur rund 500.000 Stimmen verweigerten die Zustimmung.

In seinen «Aufzeichnungen\*» sagt Guido Schmidt über die Folgerungen, die von der österreichischen Politik aus dem Triumph der Hitlerschen Üherraschungstaktik, aus den politischen Methoden des Nationalsozialismus und der Mentalität Hitlers zu ziehen seien, es liege nahe, dass ihm das Gelingen seines Rheinlandstreiches auch den Gedanken eines gewaltsamen Anschlusses Österreichs nahebrachte.

Tatsächlich mehrten sich in den internationalen Abschätzungen die Besorgnisse um die Rückwirkungen auf Österreich. Mussolini drängte jetzt in seinen Ratschlägen nach Wien, mit einem vertraglichen Verständigungsabkommen mit Deutschland Ernst zu machen.

Das Wie war ein heikles Problem. Im Staatsrat beschäftigte jetzt ein solcher Plan ausserhalb der offiziellen Tagesordnung die politisch geschulten Köpfe in eifrigen Debatten. In meiner Nähe sass, zufolge der alphabetischen Platzordnung, der Direktor des Heeresarchivs, Edmund Glaise-Horstenau. Ich kannte ihn noch aus der Zeit des ersten Weltkrieges, da er als junger Offizier nach der Schlacht von Gorlice mir attachierter Begleiter auf einer Frontreise durch die Kriegsgelände Westgalziens gewesen war. Ein Jahrzehnt später begegneten wir einander wieder in der damaligen Wiener katholischen Akademikerbewegung, in der sich interessante Köpfe zusammengefunden hatten. Historiker, Staatsrechtler und Künstler, die aus dem unmittelbaren Erleben der ersten Nachkriegszeit und ihren leidenschaftlichen Auseinandersetzungen schöpften, Legitimisten und neben ihnen feurige Republikaner, reformerische Schüler Vogelsangs und Schindlers, eine bunte Schar, aus der bald das öffentliche Leben, Staat, Parteien und Wissenschaft Nachwuchs empfangen. In den Reihen dieser jungen Menschen fiel auch Glaise-Horstenau auf, ein springlebendiges Temperament, sympathisch, vielseitig gebildet, politisch zwischen Christlich-

\* Manuskript: Archiv der «Furche».

sozialen und Deutschnationalen stehend, der Typus des wohltrainierten Intellektuellen, begaht mit den Vorzügen und Schwächen des Österreichers; dass er in der Katholischen Akademikervereinigung, die in der Singerstrasse ihren Sitz hatte, bald zum Vorsitzenden gewählt wurde, sagte allerlei über ihn aus. Einen, der nicht mehr gegolten hätte als ein Ambitionierter, hätte diese Jungmannschaft schwerlich gewählt. Mit ihm über die grossen Fragen der damaligen öffentlichen Tagesordnung zu diskutieren, war ein Vergnügen.

Die Geschäftsordnung des Staatsrates hielt die Debatten in strengen Zügeln. Von selbst ergab es sich, dass der politische Gedankenaustausch sich über die Sitzungen hinaus verlagerte und mein Nachbar Glaise-Horstenau auf dem gemeinsamen Heimweg durch die Neustiftgasse in angeregtem Gespräch mit mir das schwere Problem einer Befriedung mit dem Hitler-Staate hin und her wälzte. Unser Land war im Innern von Parteienkämpfen zerrissen, durch den nationalsozialistischen Verkehrs- und Wirtschaftsboykott schwer getroffen, in seinen internationalen Beziehungen von drohender Isolierung umgeben, einem unberechenbaren, gewalttätigen Nachbarn gegenübergestellt, der nach Siegen und Eroberungen aus war.

*Wo war der Ausweg aus der gefährlichen Lage?* Darum ging unser Gedankenaustausch auf unseren politischen Spaziergängen, eine private Untersuchung zunächst aus journalistischen Motiven. Ganz klar schien uns zu sein, dass, wenn eine Normalisierung der Verhältnisse mit Deutschland angebahnt werden sollte, gegenwärtig nicht schon ein Definitivum erreicht werden könnte. Zu viel war in den letzten Jahren geschehen, zu viele Wunden waren offen, als dass man hätte erwarten dürfen, es werde nun mit irgendeinem Vertragsinstrument das bittere Geschehen weggezaubert werden können. Es musste ein Übergang eingeleitet werden mit Geduld und dem Erweis des ehrlichen guten Willens zu geordneter Nachbarschaft und Gutmachung. Wir nannten unser

Konzept «Stillhalteabkommen»; zwischen der Vergangenheit und einem künftigen dauerhaften Frieden sollte eine zehn Jahre dauernde kampffreie Zwischenzone eingeschaltet werden; für diese Zwischenlösung hätte zu gelten: die ausdrückliche Respektierung der staatlichen Unabhängigkeit Österreichs, die Einstellung der Anschlusspropaganda, die Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Partners, die freie Koordinierung der auswärtigen Politik der beiden Staaten für die Zeit des Stillhaltens.

Das Hauptargument für ein zehnjähriges Stillhalteabkommen: zehn Jahre sind im Leben einer Nation eine Minute; die Nation hat Zeit, grosse Fortschritte in friedlicher Verständigung reifen zu lassen, eine vorteilhafte europäische Ausgangssituation abzuwarten, eine auf dasselbe Ziel gerichtete Aussenpolitik vorzubereiten.

Ich habe dem Bundeskanzler von diesen Besprechungen kurz berichtet.

Für unseren Planentwurf hatten wir von keiner Seite ein Mandat gehabt oder gesucht. Nie haben wir eine Zwischenschaltung in die Mitte der 1935 auf Betreiben des Gesandten Papen einsetzenden vertraulichen Verständigungsverhandlungen der autorisierten diplomatischen und politischen Stellen versucht. Es lag in der Natur der gesetzten Aufgabe, dass in dem Werden des später vielberufenen Abkommens vom 11. Juli 1936, an dem Glaise-Horstenau erheblichen Anteil hatte, sich Anklänge an das Konzept des «Stillhalteabkommens» äusserten.

Die politischen Spaziergänge, die mich mit Glaise-Horstenau zusammengeführt, wurden im April 1936 unversehens unterbrochen. Mein Nebenmann Glaise erschien eines Tages nicht zu den Sitzungen des Staatsrates; ich vermisste ihn auch im «Aussenpolitischen Ausschuss» des Staatsrates, der elfgliedrigen, mit ausserordentlichen Kompetenzen ausgestatteten Körperschaft, die unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Rudolf Graf Hoyos gewichtige Persönlichkeiten des Staats-

rates vereinigte. Sie war der einzige parlamentarische Konvent, der in seinen Beschlüssen völlig autonom war. Aus dieser Runde war plötzlich Glaise verschwunden. Merkwürdige Gerüchte gingen um. Sie sollten eine noch merkwürdigere Bestätigung finden. Generalstaatsarchivar Glaise war auf offizielles Verlangen des italienischen Faschismus auf Knall und Fall in aller Stille aus der Mitgliedschaft der Spitzenkörperschaft ausgebootet worden. Er hatte in Linz eine Rede gehalten, die sich um italienische Politik bewegte und in etwas ungebundener Redeweise für «Italiener» eine Bezeichnung gebraucht, die seit Radetzkys Zeiten der Volkssprache angehörte; wer der Bezeichnung eine unfreundliche Deutung geben wollte, der konnte aus dem Wort einen spöttischen Sinn herauslesen. Dass Glaise in seiner Linzer Rede dieses Namens für die Italiener sich in unziemlicher Weise bediente, rief eine ernste Affäre hervor. Der Presseattaché der italienischen Gesandtschaft, Eugenio Morreale, der eine einflussreiche Stelle als Führer der in Österreich wohnhaften Mitglieder des italienischen Faschio bekleidete, führte ob der rednerischen Entgleisung in aller Form Beschwerde mit dem Ergebnis, dass von der österreichischen Regierung sang- und klanglos die Abberufung Glaises aus dem Staatsrat erfolgte. Man hat damals aus guten Gründen den Zwischenfall nicht vor die Öffentlichkeit gebracht. — Welche Empfindlichkeiten in dem aussenpolitischen Klima dieser Jahre gediehen, zeigte ein anderer ähnlicher Zwischenfall, der den Gesandten Preziosi, diesen gutmütigen, aber zuweilen stürmischen Sohn Süditaliens, beschäftigte. In Danzers «Armeezeitung» war von einem Verfasser in der Schilderung eines Rückzugs italienischer Truppen aus der Poebene das Auftreten von «Marodeuren» erwähnt worden; italienische Kritik hatte darin eine Beleidigung der italienischen Armee ersehen und daraus eine Haupt- und Staatsaktion gemacht. Das Wort «Marodeure» hat damals eine gründliche Analyse nach seinem Herkommen, Sinn und Gebrauch erfahren. Die auf diplomatischem Boden



geführte Untersuchung bereicherte zweifellos die Lehnwörterforschung.

Der Anteil, den Glaise-Horstenau an dem Werden des Juliabkommens hatte, fand seine Bestätigung durch seine Berufung als Minister ohne Portefeuille in die Regierung; er war dem Leitgedanken unseres Konzepts mit seiner Vermittlerrolle, die er alsbald als die eines «ehrlichen Maklers» bezeichnete, beiläufig gefolgt. Das öffentliche Urteil über seine politische Tätigkeit ist ihm nicht ganz gerecht geworden. Als Oberkommandierender der deutschen Okkupationstruppen in dem 1941 von den Achsenmächten Deutschland-Italien-Ungarn ins Leben gerufenen Staat Kroatien erinnerte er an seine Vergangenheit in der österreichisch-ungarischen Armee; er machte kein Hehl aus seinem Widerspruch gegen den Nazismus. Nach dem Zusammenbruch der kroatischen Diktatur an Jugoslawien ausgeliefert, machte der Unglückliche, an allem verzweifelnd, seinem Leben ein Ende.

Seltene politische Umstände deutete die Begegnung Mussolinis und Schuschniggs an, die am 23. April 1937 in Venedig stattfand. Der Duce fand bei dieser Gelegenheit Zeit, der auf der Reede liegenden, mit zahllosen Hakenkreuzfähnchen geschmückten «Milwaukee», einem Propagandaschiff der nationalsozialistischen Aktion «Kraft durch Freude», einen demonstrativ wirkenden Besuch abzustatten, indes er das zu Ehren seiner österreichischen Staatsgäste gegebene Dinner vorzeitig verliess.

Das Interesse für Österreich rückte offenbar zu dieser Zeit für Italien zur Seite. In dem faschistischen Hauptorgan «Giornale d'Italia» konnte man sogar lesen, dass sich unter italienischer Vermittlung und Patronanz in Österreich die Aufnahme der Nationalsozialisten in die Vaterländische Front und späterhin auch in die Regierung vollziehen werde. Und gerade hier war die Stellung, die der österreichische Bundeskanzler bisher gegenüber allem Andrängen Berlins und des Herrn von Papen hartnäckig verteidigt hatte. Wohl hatte sich

Schuschnigg bereit erklärt, Vertreter der bisherigen sogenannten «nationalen Opposition» in der Vaterländischen Front zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen. Aber wer war diese «nationale Opposition»? Als solche bezeichneten sich verschiedene kleine Gruppen, die als Reste der alten grossdeutschen Partei übriggeblieben waren und bisher die Reverenz vor dem Gessler-Hut Hitlers verweigert hatten. Gegenüber diesem bürgerlichen Mikrokosmos politischer Splittergruppen hatte der nationalsozialistische Angreifer leichtes Spiel. Nach der Auffassung der illegalen nationalsozialistischen Parteiführung des Gauleiters Leopold war der Begriff «nationale Opposition» gleichbedeutend mit «illegale NSDAP». Dieser raffinierten Gleichsetzung aller nationalen Begriffe mit dem nationalsozialistischen Gedankengut sind viele «Nationale», die sich bewusst von den Hakenkreuzlern ferngehalten hatten, in dem Auflösungsprozess der alten grossdeutschen Partei zum Opfer gefallen. Aus den in diesen Ruinen Übriggebliebenen suchte *Hitlers Sonderbeauftragter Franz von Papen* eine irgendwie regierungsfähige Kraft zu bilden.

Den radikalen Nationalsozialisten verweigerte Schuschnigg den Zugang zur Vaterländischen Front, zeigte sich aber gemässigten gegenüber verhandlungsbereit. Er sah in dem Wiener Rechtsanwalt Dr. Arthur Seyss-Inquart, der zu den sogenannten «Katholisch-Nationalen» zählte, einer kleinen Gruppe von Wiener Akademikern, den geeigneten Mittelsmann.

Seyss-Inquart, ein Einzelgänger, erwies sich als merkwürdig schwankende Erscheinung, an der eindeutig nur das unbeherrschte Geltungsbedürfnis geblieben war, unzuverlässig, mehr ein Geführter als ein Führer, wie Skubl über ihn urteilte. Er war kein eingeschriebener Parteigenosse und betätigte sich unpolitisch bis zur Anteilnahme an der «nationalen Befriedungspolitik» in der Katholischen Aktion der Wiener Pfarre Dörnbach. An dem Tage, an dem er in den

Staatsrat berufen wurde, prangte sein Name als Referent der Katholischen Aktion auf dem Schwarzen Brett seiner Pfarre. In der Rolle eines «betont Nationalen» erregte er im Staatsrat alsbald Staunen durch seine Haltung. Seyss-Inquart sass im Staatsrat in der Nähe des Verfassers dieser Erinnerungen. In der zweiten Staatsratssitzung, der Seyss-Inquart beiwohnte, erfolgte die Abstimmung über einen Antrag, den er nach seiner bisherigen politischen Stellung hätte ablehnen müssen. Zur grossen Überraschung sah man, dass mit den übrigen Pro-Votanten sich ohne Zögern auch der neue Staatsrat erhob. Von diesem Tage an nahm ich Dr. Seyss-Inquart nicht mehr sehr ernst. Er nötigte zu Vorbehalten. Entweder war er seiner Aufgabe nicht gewachsen, oder er jonglierte mit Gesinnungen. Schuschnigg urteilte über ihn später, dass er nicht einmal den Versuch gemacht habe, loyal zu sein.

Am 11. Juli 1935 überreichte der deutsche Gesandte von Papen dem österreichischen Bundesminister Berger von Waldenegg eine, wie er sagte, «persönliche Studie», die mit der Absicht der Reichsregierung übereinstimme, «vertragsmässig die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich wieder normal und freundlich zu gestalten».

Genau ein Jahr später war es so weit, dass die vor einem Jahr begonnenen und wiederholt durch lange Pausen unterbrochenen Verhandlungen mit einem *vertraglichen Abkommen von Regierung zu Regierung abgeschlossen* und ihre Ergebnisse der überraschten Öffentlichkeit präsentiert werden konnten. Aus verschiedenen Motiven entsprungen, auf verschiedene und sogar letzten Endes widersprechende Zielstellungen der beiden Staatsregierungen ausgerichtet, war innerhalb eines Jahres ein kompliziertes Vertragswerk herangereift, das an einer der empfindlichsten Stellen des politischen Organismus Europas mindestens für eine Zeitlang Rast und Ruhe versprach. Der anfänglich zuweilen gebrauchte Titel «Freundschaftsvertrag» ist bald durch die trockene Bezeichnung «Juliabkommen 1936» verdrängt worden.

Der Leiter der politischen Sektion des Bundeskanzleramtes, Theodor von Hornbostel, schrieb über den Verlauf der mit Papen geführten Entspannungsbesprechungen in einer anschliessenden Bemerkung vom 12. Juli 1936: «Der Wert des auf deutsche Anregung zu stände gekommenen Modus vivendi lässt sich heute noch nicht beurteilen. Er hängt davon ab, ob und wie das Abkommen in der Praxis eingehalten werden kann und wird, das heisst, ob es von deutscher Seite als Schlussstrich unter das tragische Kapitel der Jahre 1933 bis 1936 oder bloss als eine Etappe des gleichen und nur taktisch modifizierten Aufsaugungsplanes gegen Österreich auf gefasst und gehandhabt werden wird.» Der Referent kam zu dem Schluss, dass «dem sicherlich aufrechtbleibenden Ziel Deutschlands, auf lange Sicht Österreich doch noch einmal einzuverleiben, schon infolge des losen Charakters der Abmachungen nicht präjudiziert wurde». Namentlich auch das Verhalten Papens bestätigte bald die *auf dem Ballhausplatz geschöpfte Bewertung des Juliabkommens als richtig*. Alles dagegengerichtete Plänen – modifiziert oder nicht – *scheiterte an dem Eingreifen Hitlers und Görings im März 1938 und seinen Folgen*.

Das Juliabkommen, seine Entstehung und der Untergang seiner staatspolitischen Schöpfung haben in dem 700 Seiten zählenden Folianten der gerichtsordnungsmässigen Wiedergabe des grossen, von einem Freispruch gekrönten sogenannten Guido-Schmidt-Prozesses eine öffentliche Urkunde von starker zeitgeschichtlicher Einprägsamkeit erhalten. Für eine der heldenmütigen und zugleich unheimlichen Perioden österreichischer Geschichte – für die Dreissigerjahre – hat diese quellenmässige Erschliessung eines zeugnisgeladenen Aktenmaterials eine solche Fülle von Erkenntnissen gebracht, dass eine künftige Darstellung der damaligen Ereignisse von tendenziösen Deutungen gefeierter sein wird als zuvor.

Dem *Juliabkommen* ist Franz von Papen schon an der Wiege Pate gestanden. Wie dies kam, ist eine Geschichte von fast tragischer Dramatik. Sie beginnt mit dem 30. Juni 1934, der Bartholomäusnacht des Dritten Reiches, in der auch zwei der jüngsten Mitarbeiter Papens, sein Sekretär E. Jung und sein Pressereferent Major Bose, durch Mörderhände den Tod fanden und er, der Vizekanzler des Deutschen Reiches, knapp dem gleichen Schicksal entrann. So tief packte ihn das schreckliche Erlebnis jener Tage, dass er beschloss, seine Staatswürde niederzulegen, seine Koffer zu packen und sich in das Privatleben zurückzuziehen.

Aber es kam anders.

In der Nacht nach jenem 25. Juli, da der Kanzler Dollfuss bei dem nationalsozialistischen Anschlag gegen die österreichische Regierung unter den Kugeln eines Putschisten verblutete, wurde Papen in Berlin aus Bayreuth von Hitler ans Telephon gerufen, der in höchster Erregung von ihm verlangte, sofort nach Wien zu reisen und dort auf dem Schauplatz der Tragödie nach dem Rechten zu sehen. «Sie sind die einzige Person», hatte ihn Hitler beschworen, «die die Situation retten kann. Ich flehe Sie an, meine Bitte auszuführen!» Als Papen am Morgen des 26. Juli in Bayreuth bei Hitler erschien, um über sein Mandat zu verhandeln, fand er dort, wie er in seinem dem Wiener Prozess vorgelegten Memorandum berichtet, «Hitler und seine ganze Umgebung aufgeregt wie ein Ameisenhaufen»; es war schwer, ein annähernd genaues Bild über den Putsch in Wien und die Rolle der Anstifter Hitlers zu bekommen. Sogar wenn jemand in voller Unwissenheit der verschiedenen Umstände in diese Versammlung gekommen wäre, so hätte er mit einem Blick ersehen, dass sie ein sehr schlechtes Gewissen hatten und nun die Folgen fürchteten.»

In seinem nächtlichen Telefongespräch aus Berlin hatte Papen noch abweisend gegenüber Hitler erklärt: «Nach allem, was geschehen ist, können Sie von mir nicht erwarten, ohne

genaue Kenntnis der Erlebnisse oder der Politik, die in Wien folgen wird, eine Aufgabe zu übernehmen. Der 30. Juni hat zwischen uns eine unüberbrückbare Kluft geschaffen!» Ein paar Wochen später war diese Kluft bereits geschlossen und Papen als Hitlers mit höchsten Versicherungen ausgestatteter Vertrauensträger in Wien mit dem Titel eines Ausserordentlichen Gesandten eingetroffen. Er kam mit dem Mandat, eine Verständigung anzubahnen die einen Akt der Versöhnung und des Friedens bezeugen und – wie es die Österreicher verstanden – vor allem auch den Angriffen auf die Freiheit und Selbständigkeit Österreichs in jeder Weise ein Ende setzen sollte. Man muss sich diese knappen Zusammenhänge vorhalten, um Papen, den Hauptakteur, in dem Ablauf des Dramas zu verstehen.

Doch es war so viel bis zur verbrecherischen Gewalt gesteigertes Böses geschehen, dass das Abkommen von dem ersten Tag seiner Geltung an von Misstrauen umschattet war. Argwohn richtete sich gegen jeden, der als Unterhändler der Werkstatt dieses Abkommens in die Nähe kam, nicht zuletzt gegen Papen, der, im Gegensatz zu den um den illegalen Gauleiter Leopold gescharten aktionsdurstigen Plänemachern, das Abkommen brauchbar zu machen suchte für eine Politik der geduldigen schrittweisen Annäherung an das Ziel eines gewaltlosen Anschlusses. Eines Tages sollte der Anschluss wie ein reifer Apfel dem Gärtner in den Schoss fallen. Das war nun gegen das Vertragsziel, das dem österreichischen Partner vorschwebte. Wo aber Papen hinauswollte, das nagelte er später in seinem Memorandum über Österreich mit aller wünschenswerten Lesbarkeit an: «Meine erste Aufgabe auf diplomatischem Gebiet war, das österreichische Problem seines europäischen Charakters zu berauben und es langsam in ein ausschliesslich internes Problem zwischen dem Reich und Österreich zu entwickeln\*.»

---

\* Guido-Schmidt-Prozess, S. 366.

Das war die Diplomatie des Gärtners mit dem reifen Apfel. Nicht minder vielsagend versichert Papen dem Führer und Reichskanzler Hitler in einem am 27. Juli 1935 aus Wien datierten Kurierbrief: «Der Nationalsozialismus muss und wird die neue österreichische Ideologie überwältigen\*.»

Dem Gesandten Papen stand als Österreicher in den Verhandlungen und bei der Anwendung des Vertrages der Chef der politischen Abteilung des Wiener Aussenamtes, Theodor von Hornbostel, gegenüber, dessen Meisterschaft im diplomatischen Gefechte Papen rasch respektieren lernte. Hornbostel notierte, dass Papen in Wien als «boykottierter Friedensbote» einen schwierigen Start hatte und «unendlich geschickt und schmiegsam und – illoyal arbeitete». Noch schärfer konterfeite der englische Publizist Frédéric Sonders den politischen Unterhändler Papen mit dem lapidaren Satz: «Papens Begabung für Ränkespiel hat nichts Ebenbürtiges im heutigen Europa\*\*.»

Bei aller Wendigkeit konnte Papen den gegen ihn gerichteten Argwohn nicht entwarfen. Allzubald wusste jeder mann: Wenn Papen zu katholischen Zuhörern sprach, so war er der kirchentreue Katholik, und er redete von «Klerikalismus», wenn die Zusammensetzung des Publikums eine anti-klerikale Note empfahl und Gesinnungskatholiken nicht unter den Zuhörern waren. Er hatte als Reichstagsabgeordneter dem Zentrumsklub, der politischen Repräsentanz des katholischen Deutschtums, angehört, hatte die Mehrheit des Gesellschaftseigentums des alten katholischen Zentralorgans, der Berliner «Germania», erworben und war Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft. Er brachte es aber auch zustande, in heftiger Rede gegen den deutschen Episkopat Stellung zu nehmen.

---

\* Guido-Schmidt-Prozess, S. 391.

\*\* «Papens gift for intrigue has no equal in Europe today.» «Readers Digest», Vo. 33, S. 198. – Eine damals in die Wiener Diplomatie erfolgte Umdichtung sagte: «Qui mange du Papen en meurt»



*Dr. Karl Maria Stepan*





*Feldmarschalleutnant Alfred Jansa*

Wessen man sich von ihm in der Innenpolitik Österreichs versehen musste, zeigte sein Bericht an Hitler vom 3. Juli 1936, der von einem Gespräch mit Starhemberg Mitteilung macht und Hitler empfiehlt, eine eventuelle Kandidatur Starhembergs als Bundespräsident oder Reichsverweser nach erfolgter Befriedung zu unterstützen; «sie würde ein glückliches Gegengewicht gegen die allzu klerikalen Tendenzen des Kabinettes Schuschnigg bilden».

Einige persönliche Erinnerungen mögen hier Platz finden, sozusagen kleine politische Landschaftsskizzen.

Papen hatte in Wien bei seiner Ankunft keinen guten Empfang gefunden. Vor ihm verschlossen sich zunächst viele Türen, auf die es ankam. Kardinal Innitzer empfing ihn nicht. Herr von Papen schenkte mir die Aufmerksamkeit, bei mir seine Besuchskarte abzugeben, um damit an wiederholte persönliche Begegnungen und politische Gespräche anzuknüpfen, die vor einem halben Jahrzehnt sich zwischen uns mit heiklen Problemen befasst hatten. Wie die Dinge lagen, musste mir klar sein, dass es nicht eine private Visite war, die ich zu erwidern hatte, sondern ein Akt, der bei den gegebenen Umständen für den Chefredakteur der «Reichspost» mit politischer Verantwortung behaftet war und gegen Missdeutungen geschützt werden musste. Ich erbat mir deshalb Bescheid von Bundeskanzler Schuschnigg, dem eine lose, nicht offiziöse Verbindung zu dem Gesandten als wünschenswert und vielleicht auch als nützlich erschien. Gedeckt durch den Willen des Kanzlers, machte ich meinen Besuch.

Herr von Papen empfing mich mit gewinnender Liebenswürdigkeit. Bald landete er bei dem erwarteten Thema: Ja, er war gekränkt; er, ein alter Freund Österreichs! Er begegne in Wien einer fast feindlichen Stimmung. Am meisten schmerze ihn, dass Kardinal-Erzbischof Innitzer seinen Besuch abgelehnt und damit der Wiener katholischen Gesellschaft ein Zeichen gegeben habe. Bitter beklagte sich Papen bei meinem Besuch, fast scheinete es ihm, als wäre er unter Hottentotten

geraten. Ich versuchte seinen Ärger zu beschwichtigen und bat ihn, verstehen zu wollen, dass die Öffentlichkeit seine Persönlichkeit in Widersprüchen befangen sehe, auf die sie sich keinen Reim zu machen wisse. Gestern noch einer der höchsten Würdenträger des Deutschen Reiches, aber von demselben mörderischen Schicksal bedroht, das zwei seiner Mitarbeiter dahingerafft hatte; heute von demselben Regime, in dessen Zeichen jüngst in Österreich der Kanzlermord geschehen sei, feierlich als Vertrauensmann in dieses Land ausgesandt. Ich folgerte daraus: es werde viel Geduld und Zeit kosten, um in solcher Lage Verstehen und Verständigung schaffen zu können. — Herr von Papen war meinen Worten, ohne mich zu unterbrechen, gefolgt. Nach kurzem Schweigen das Gespräch aufnehmend, lenkte er die Rede auf gesellschaftliche Äusserlichkeiten. — Ich erstattete dem Kanzler Bericht und blieb mit seinem Vorwissen mit Papen in gelegentlicher Fühlung, einem lockeren Verkehr, in dem man auf allerhand vorbereitet sein musste. Eines Tages rief der Gesandte mich telephonisch auf: eine sehr unliebsame Angelegenheit verlange nach einer Aussprache mit mir. Eine Stunde später fuhr er in einem offenen, mit einer imposant grossen Hakenkreuzflagge geschmückten Wagen am Herold-Hause vor. Bevor der Gesandte noch in mein Arbeitszimmer eintrat, war schon eine Anfrage von auswärts erfolgt, was das Hakenkreuz vor der Redaktion der «Reichspost» zu bedeuten habe. Die Aufregung war bei den damaligen Umständen begreiflich. Die Hakenkreuzfahne war zu jener Zeit verboten, nur der Gesandte durfte sie führen. Papen bat mich, wie er sagte, in einer recht peinlichen Sache. Mit Mühe sei nun das Verhältnis Österreich–Deutschland so weit, dass man Schritt für Schritt langsam vorwärtskomme, und da passiere es, dass eine Anzahl Wiener Buchhändler ein Schreiben erhalten hätten, das er mir zeigte. Es enthielt das Ersuchen, die Broschüre «*Hitlers Verrat an Südtirol*» auffallend in die Auslagen zu stellen und für einen möglichst günstigen Vertrieb zu sorgen; dar-

auf lege das Bundeskanzleramt grossen Wert. Papen sagte, in dieser Broschüre seien zwei schwere Fehler enthalten, die von deutscher Seite bereits widerlegt worden seien; nun aber würden diese Unwahrheiten mit Autorität und Empfehlung des Kanzleramtes weiterverbreitet. Es würde zu einer kritischen diplomatischen Intervention kommen, wenn die Sache nicht eher bereinigt werden könne, und es würde sich für den Kanzler eine recht unangenehme Situation ergeben. Eine Entschuldigung würde man da nicht vorbringen können. Da ich sah, dass die Broschüre im Verlag eines meiner Freunde erschienen war, sprach ich sofort nach Papens Weggang mit diesem Verleger. Es stellte sich heraus, dass eine Angestellte des Verlages eigenmächtig das Empfehlungsschreiben verfasst hatte. Gleichzeitig setzte ich mich mit dem Chef des Bundespressdienstes, Ludwig, in Verbindung, um vom Kanzleramt eine Stellungnahme zu erlangen. Binnen zwei Stunden waren zwei schriftliche Erklärungen in meiner Hand, vom Verlag und vom Pressedienst des Kanzleramtes, in denen rundweg erwiesen wurde, dass der Bundespressdienst mit der Broschüre nichts zu tun hatte. Beide Erklärungen übermittelte ich Herrn von Papen. Wie ich später erfuhr, waren innerhalb einer halben Stunde nach dem Eintreffen Papens in meiner Redaktion alle Wiener Gesandtschaften unterrichtet worden, dass im Herold-Hause irgendetwas vorgehe, denn Papen habe dem Chefredakteur Dr. Funder einen Besuch gemacht. Pünktlich ging deshalb auch die Meldung einer Nachrichtenagentur ein, dass Papen für das Blatt Dr. Funders, die «Reichspost», Leitartikel schreibe. Tatsächlich hatte ich einmal einen Beitrag des Herrn von Papen für mein Blatt erhalten; er bestand allerdings nicht in einem Leitartikel, sondern in einer amtlichen Berichtigung seitens des deutschen Gesandten, die eine uns zugewandene und nach dem Original abgedruckte Lagerordnung für die Konzentrationslager von Eschwege und Dachau als unecht erklärte. Kurze Zeit später las ich unter nicht sehr erwünschten Umständen unsere Lagerordnung in

**Dachau, deren echter Wortlaut mit dem für unecht bezeichneten tadellos übereinstimmte.**

\*

*Mit dem sinkenden Jahre 1937 wuchsen die Schatten über Österreich.* Der französische Aussenminister Delbos hatte von seiner Dezemberreise durch die Hauptstädte Mittel- und Südosteuropas wenig erfreuliche Wahrnehmungen heimgebracht. Das alte Staatensystem des Donauraumes mit seiner südöstlichen Nachbarschaft war und blieb gestört. So tief erschüttert war die alte Ordnung, dass ein paar Jahre genügt hatten, das europäische Gemeinschaftsbewusstsein, wie es noch in Stresa auf leuchtete, auszulöschen. Manche freundlichen Bekundungen aus Paris und London besaßen mehr archivalischen als realen Wert. Das Bekenntnis zu einer aktiven Freundschaft für Österreich hörte dort auf, wo das eigene Wagen begann.

Botschafter Neville Henderson, der bei einem Besuch des österreichischen Gesandten Tauschitz in der Berliner britischen Gesandtschaft die mitteleuropäische Lage recht offenerzig besprach, äusserte: «Sie sind Deutsche, und Deutsche gehören zusammen», eine politische Definition, die Sir Neville bisher schwerlich zur Anwendung innerhalb des Empires empfohlen hatte, vermutlich weil er sie nicht für richtig hielt. Irvin Halifax, dieser britische Vormann in der Behandlung der brennenden mitteleuropäischen Probleme, sagte während der kritischen Märztag 1938 in einer Rede\*, er habe bei seinen Unterredungen in Berlin erklärt, er nehme an, dass niemand in England an der Erhaltung des Status quo interessiert sei, einzig eine gewaltsame Änderung würde in England verurteilt; man könne dem Völkerbund nicht zumuten, für Österreich zu intervenieren, dies würde ihn zu sehr belasten. England sehe sich gezwungen, anzuerkennen, dass «Österreich aufgehört habe, als Staat zu existieren».

\* Guido Schmidt, Aussage im Prozess, S. 48.

Eine aufsehenerregende *journalistische Auseinandersetzung* kennzeichnete um *die Jahreswende 1937/38* die internationale Situation und die Stellung Österreichs, aber auch die besondere Art, mit der damals Botschafter von Papen als berufener Mittler auf dem Wiener Platze amtierte. Im «Observer» war ein Aufsatz des angesehenen englischen Publizisten Garwin erschienen, der dargelegt hatte, England habe kein Interesse an der Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit, das Schicksal Österreichs sei eine «deutsche Familienangelegenheit», in die sich niemand einzumischen habe. Dieser gefährlichen Argumentation begegnete ich in der Londoner katholischen Wochenschrift «Tablet», einem Blatt hohen Ranges, mit der Erinnerung, dass kein Geringerer als Dr. Ignaz Seipel auch vor der englischen Öffentlichkeit, im Gegensatz zu solchen Auffassungen, die Bedeutung Österreichs als eine europäische Angelegenheit gezeigt hatte; die europäische Funktion Österreichs sei, Glied der kontinentalen Ordnung zu sein, altes Kulturland, das niemanden bedroht, niemandem etwas wegnehmen will, der unverdächtige, friedliche Vermittler deutschen Geistesgutes zu den umwohnenden kleinen Nationen, Garant des europäischen Friedens durch seine ungestörte Existenz. Das Reich habe in dem Juliabkommen Österreichs Recht auf seine staatliche Eigenständigkeit anerkannt. Würde man heute Österreich als unabhängigen Staat ausschalten, so würde das ganze nach der Zerstörung der alten Monarchie nur mühsam sich einrenkende Staatensystem an der Donau in neue Unordnung gestürzt werden. Heute gäbe es in unserem kleinen Erdteil eben keine «Familienangelegenheiten», die den einen angehen und den anderen nicht. Diejenigen – schrieb ich im «Tablet» –, die glauben, heute die Ruhe und die Sicherheit gewinnen zu können, indem sie Glieder des europäischen Staatensystems opfern, gleichen einer Reisegesellschaft, die in winterlicher Steppe von einem Wolfsrudel angefallen wird, und vermeint, sich retten zu können, wenn sie ihren schwächsten Mitfahrer

aus dem Schlitten wirft, um die Wölfe von sich abzulnken. Meine Darlegung fand in England Zustimmung und in dem Berliner nationalsozialistischen Blatte «Angriff» eine vehemente Erwiderung. Dieses schrieb dem österreichischen Autor zu, er sei für die Einberufung einer Mächtekonferenz und für eine Intervention der Grossmächte in der deutsch-österreichischen Angelegenheit und habe auf die Herstellung einer Donaukonföderation gegen Deutschland abgezielt. Nicht genug an diesen Erfindungen, versicherte das nationalsozialistische Organ, der österreichische Verfasser empfangen seine Weisungen nicht nur vom Ballhausplatz in Wien, sondern auch vom Sekretariat des Vatikans; dieser Dr. Funder werde eines Tages dafür die Konsequenzen persönlich tragen müssen. Die Fälschungen wurden somit durch die übliche Gestapodrohung ergänzt. Der Verfasser dieser Erinnerungen glaubte geltend machen zu können, dass es ein Interesse beider deutschen Staaten sei, aus der Auseinandersetzung im deutschen Raum solche Fälschungen auszuschliessen; ich wandte mich deshalb an den Gesandten von Papen mit dem Ersuchen, der Falschmeldung des nationalsozialistischen Berliner Blattes berichtigend entgegenzutreten und der Wahrheit die Ehre zu geben. Der Herr Gesandte, der wiederholt meine freien Dienste in Anspruch genommen hatte, entzog sich der in einem gefährlichen Zeitpunkt ihm zugemuteten Stellungnahme.

Unruhe brodelte im Innern und steigerte sich in der staatlichen Umgebung. Die einschneidenden Personalveränderungen, die am 5. November von Hitler in Schlüsselstellungen des Staates und der Deutschen Wehrmacht eingeleitet wurden, steuerten einer schrankenlosen Diktatur zu. Die Enthebung des Generalobersten Freiherrn von Fritsch als Oberbefehlshaber des Heeres – ihr folgte die Verabschiedung von mehr als 20 Generalen – stiess die stärkste Persönlichkeit im obersten Rang der Wehrmacht zur Seite. Fritsch war der Mann, der, militärischen Abenteuern abgeneigt, vor allem ein erklärter Gegner der Aggressionspläne des «Führers» und der

Zivilstrategen der Parteigenossen war. Als am 4. Februar 1938 Hitler die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht des Reiches an sich zog, verlor das Reich in Fritsch gerade jenen, den es in der zu erwartenden Entwicklung am meisten brauchte.

In dem Lager der österreichischen Illegalen häuften sich die Spannungen; *unberechenbar, wenn sie sich entladen würden. Es konnte gar nicht anders sein*: Dieser radikale Nationalsozialismus, der sich in ein Dutzend lokaler Verschiedenheiten in Führerschaft und Gefolgschaft aufspaltete, *kannte nur ein Gesetz des Denkens und des Handelns: die Gewalt*. Recht, gesellschaftliche Ordnung, Wohlfahrt, Frieden? Ihre Geltung war so weit in Kraft, als sie ihren Sinn erhielten durch die Macht, die ihr Dasein garantierte. Der Nationalsozialismus war die Staatsphilosophie der absoluten Gewalt. Wer den besseren Schiessprügel, den zuverlässigeren Totschläger zur Hand hatte, der war der Herr. Aus dieser Philosophie liess sich ein bequemer Kodex als Staatsgrundgesetz ableiten. Sittlichkeit? Moral? Angelegenheit der Kerzlweiber. In dieser Sphäre der Verantwortungslosigkeit, über der feierlich die Hakenkreuzfahne flackerte, gedieh das Revoluzzertum der Illegalen, die, ungeduldig, schon nicht mehr die Stunde des Losschlagens erwarten konnten.

Der politische Kalender jener Monate ist interessant: Am 5. November 1937 hielt Hitler in der Reichskanzlei vor seinen Generalen Umschau über seine Pläne, die zunächst auf die Zerschlagung der *Tschechoslowakei und Österreichs*, im weiteren auf die grosse kriegerische Auseinandersetzung im europäischen Raum abzielten. Noch ein Zweiter wälzte einen kriegerischen Putschplan: der gewesene österreichische Gauleiter Leopold verfasste am 24. November 1937 für Hitler eine Denkschrift\*, in der er schildert, wie er unaufhörlich seit 1937 an einem Putsch zur nationalsozialistischen Macht-

\* Archiv der «Furche».



ergreifung gearbeitet und das Netz der illegalen Organisation über ganz Österreich gespannt habe. «Die Stimmung», schreibt er an Hitler, «war auf Kampf gerichtet wie nie zuvor. Das Losschlagen mit dem Bundesheer war beendet. Das war in den ersten Jännertagen 1938. Ich war damals vorbereitet und gewillt, die österreichische Regierung zu stürzen.» Mit geschwellter Brust und stolz auf seine Leistung, stellt dies Leopold fest. Der Plan Leopolds wurde indessen durch das Vorgehen Hitlers zur Erreichung derselben Ziele überflüssig. – Noch ein *dritter Putschplan* gehört in diesen Zeitraum. Er wurde am 26. Jänner 1938 in der Kanzlei des Wiener nationalsozialistischen Rechtsanwaltes Dr. Franz Tavs, der auch den Sitz des Siebenerausschusses der Illegalen, der sogenannten «nationalen Opposition» beherbergte, von der Staatspolizei entdeckt. Die Grosszügigkeit des Planes liess nichts zu wünschen übrig. Der Plan war unter anderem, durch aufwieglerische Brandstifterei Aufruhr in die Bevölkerung Böhmens zu tragen, wirkliche oder angebliche Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen der tschechischen Bevölkerung gegen deutsche Minderheiten hervorzurufen und die Einmischung Deutschlands, die bewaffnete Hilfeleistung und schliesslich – immer wieder dasselbe Rezept! – den Einmarsch deutscher Truppen zu provozieren. Termin: 1938. In seiner Denkschrift an Hitler versichert Leopold, dass er von dem Vorhaben Tavs', der sein Stellvertreter war, nichts gewusst habe; mit diesem Putschplan will er nichts zu tun haben. Bei der unter den illegalen Führern bestehenden Eifersucht ist es nicht ungläubhaft, dass sie voreinander selbst ihre Machenschaften verbargen.

Bald sollte sich die trostlose Verlassenheit Österreichs in den schwersten Tagen seiner Heimsuchung offenbaren, als die ersten Schläge der Hitler-Macht auf das kleine Land niederfielen und niemand, niemand sich auch nur zu einer die Gewalt abwehrenden Handbewegung erhob, während die Okkupationstruppen auf der Wiener Ringstrasse marschierten.

Der Rückzug der Mächte vor der wachsenden Drohung Hitlers war in vollem Gange. Im Oktober 1937 weilte Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen, in London, wo ihn auch Sir Robert Vansittart, dieser vornehme aussenpolitische Berater des britischen Kabinetts, empfing. Im Zuge einer Erörterung der politischen Probleme Mitteleuropas gab Sir Robert dem sudetendeutschen Führer zu verstehen, England halte auf die Dauer einen Zusammenschluss Deutschlands mit Österreich für unvermeidlich. Also auch dieser redliche Freund Österreichs streckte schon die Waffen. Es ist unwahrscheinlich, dass Henlein die Aussage Vansittarts nicht an seine Freunde in Berlin gemeldet hätte. Vielleicht empfing Hitler aus dieser Meldung den Stachel, der ihn zu dem ungeheuerlichen Plane reizte, den sein Sekretär Oberst Hossbach in dem nach ihm benannten Protokoll festgehalten hat. Dieses Aktenstück, obwohl in ernster zeitgeschichtlicher Literatur behandelt, ist heute halb vergessen, und doch beherrschte seine Ideenwelt jahrelang in tragischer Weise das Schicksal Europas. Die Erinnerung daran scheint notwendig zu sein, um eine dunkle Wegstrecke der Historie zu erklären.

Am 5. November 1937 hatte Hitler in der Reichskanzlei die Spitzen der Deutschen Wehrmacht um sich versammelt, um diesen obersten Kriegsherren sein Vorhaben vorzutragen, das er als «das Ergebnis eingehender Überlegungen und der Erfahrungen seiner siebeneinhalbjährigen Regierungszeit und seiner grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten der aussenpolitischen Lage Deutschlands» bezeichnete. An der Spitze seines Konzepts stand der Satz: «Zur Lösung der Deutschen Frage kann es nur den Weg der Gewalt geben. Dieser könne niemals risikolos sein; wie die Lage 1943 bis 1945 sein werde, könne heute niemand wissen. Aber sicher sei», wie Hitler ausmalte, «dass Deutschland nicht länger warten könne.» Als Gründe dafür nannte er: «Das Älterwerden der Bewegung und ihrer Führer.» Würde Frankreich durch einen Krieg mit einem

anderen Staat gefesselt sein – Hitler dachte an Italien –, würde Frankreich gegen Deutschland nicht Bewegungsfreiheit haben; dann sei der Zeitpunkt des Handelns gegen die Tschechoslowakei gekommen. In jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung müsse *erstes Ziel sein, die Tschechoslowakei und Österreich niederzuwerfen*, um die Flankenbedrohung bei einem etwaigen Vorgehen gegen Westen auszuschalten. Die Einverleibung der Tschechoslowakei und Österreichs in das Reich könne den Gewinn von Nahrungsmitteln für fünf bis sechs Millionen bedeuten, unter Zugrundelegung, dass eine «zwangsweise Emigration», also eine gewaltsame Verschleppung oder Vertreibung aus der Tschechoslowakei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange. Wohin die Deportation der zwei Millionen Tschechen und der einen Million Österreicher erfolgen sollte, sagte Hitler nicht; in Europa gab es dafür keine freien Siedlungsplätze, ausser etwa im kommunistischen Osten.

Reichskriegsminister Blomberg und der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Freiherr von Fritsch, traten verantwortungsbewusst den militärpolitischen Berechnungen Hitlers entgegen. Ihnen schloss sich, von aussenpolitischen Gesichtspunkten aus, Reichsaussenminister Freiherr von Neurath an. Die Kritik der hohen Amtsträger wandte sich namentlich gegen die Annahmen des Hitlerschen Planes, der auf der mangelnden Bereitschaft Frankreichs und Englands zum Eintritt in eine kriegerische Auseinandersetzung beruhte. Das Hossbach-Protokoll verzeichnet hier, der Führer glaube, «dass mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich, die Tschechoslowakei bereits abgeschrieben habe und beide sich damit abgefunden hätten, dass diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde». Hitlers Antwort war die Abberufung der Gegenredner von ihren Ämtern.

Der Sturz des Generalobersten Fritsch, den Hitler aus einem eingewurzelteten Unterlegenheitsgefühl nicht liebte,

führte zu dem längst obschwebenden Austausch in der obersten militärischen Führung; so fielen neben Fritsch und Blomberg auch der Generalstabschef Ludwig Beck und mehr als zwanzig hohe Offiziere. Mit einem Schlage entledigte sich so der «Führer» sehr zuständiger, aber zu sehr selbständiger unbequemer Denker. In dem neu gebildeten Oberkommando der Wehrmacht erfand sich Hitler die neuartige Form eines Militärkabinetts, das eine Art obersten Generalstabschef darstellte, in Wahrheit das persönlichste Führungsinstrument eines Alleinherrschers war. Oberst Jodl, der nun in eine immer enger werdende Vertrauensstellung bei Hitler aufrückte, schrieb recht vielsagend am 31. Jänner 1938 in sein Tagebuch: «Führer will die Scheinwerfer von der Wehrmacht ablenken, Europa in Atem halten und durch Neubesetzung verschiedener Stellen den Eindruck einer Kräftekonzentration erwecken. Schuschnigg soll nicht Mut fassen, sondern zittern\*.»

Die beiden Westmächte, die den Schlüssel in der Hand hätten haben können, zögerten so lange mit Verhandlungen, Konzessionen, stückweisen Kapitulationen, stellten vor aller Welt eine solche Unsicherheit zur Schau, dass sie eine Schlacht verloren hätten, bevor sie begonnen. Sie sollten dessen bald gewahr werden: Am 19. September 1938 rieten Daladier und Chamberlain ihren tschechischen Freunden zur Abtretung der deutschen Randgebiete an Deutschland. Eine Woche später schloss sich dem Urteil dieser Ratgeber auch Mussolini an, um in dem sogenannten Münchner Abkommen den Aggressor feierlich zu ermächtigen, eine Annexion dieser Gebiete zu vollziehen. Eine völkerrechtliche Bestimmung, die diesen Beschluss hätte legitimieren können, gab es nicht.

Welch eine Flut des Unrechts und des Unglücks ist damals über das deutsche Volk hereingebrochen, indem man Hunderttausende schutzlos und hilflos ihrer Heimat berauben liess!

\* Jedlicka: «Heer im Schatten der Parteien», S. 165, 175.

#### XIV. KAPITEL

### FÜHRERTRAGÖDIE UNTER DEM HAKENKREUZ

*Das Befriedungsabkommen und die Illegalen – Josef Leopold als Gegenspieler Papens – «Kulturbesprechungen» mit Baldur von Schirach – Leopolds Denkschrift an Hitler – Der Zwist zwischen den Anhängern der revolutionären und der gewaltlosen Taktik – Papen sollte beseitigt werden – Die Affäre Schattenfroh – Leopold in die Enge getrieben – Dr. Führers Erkundungsfahrten nach Berlin – Die Klageschrift des abgesetzten Gauleiters – Leopold schämt sich für die Partei – Bei Hitler in Ungnade gefallen – An der russischen Front – Die typische Verkörperung des österreichischen Nazismus – Als die Götzenbilder stürzten*

Das Befriedungsabkommen und dessen Durchführung begegnete vom ersten Tag an dem Missvergnügen der Illegalen, deren es mehrere Gruppen in mehreren Schattierungen gab. Eine jede von ihnen hatte in der Führerschichte der NSDAP des Reiches einen Gönner, deren mächtigster der vielbelagerte und schwer zugängliche Stellvertreter des Führers, der schweigsame, in okkultistischen Phantastereien verstiegene Rudolf Hess war. Als Gesandter von Papen in der Metternichgasse die Zügel ergriff, pirschte sich an ihn der Anführer der stärksten radikalen Gruppe der österreichischen NSDAP, Gauleiter und Bundesrat Josef Leopold, heran, bedacht darauf, das Vertrauen des Beauftragten Hitlers zu gewinnen und in seine Karten schauen zu können. Der Versuch scheiterte aber bald. Papen, der sich von Leopold irreführt fühlte und Verdacht schöpfte, verschloss ihm in der Folge die Gesandtschaft. Abgeschaltet aus der von Papen verfolgten und jetzt von Berlin legitimierten Politik, tief getroffen in seinem Führerstolz und auf gestachelt in seiner Verschwörematur, suchte fortan Leopold, Papens Taktik zu durchkreuzen.

Im Sinne des Juliabkommens\* war noch im November 1936 ein gemeinsamer deutsch-österreichischer «Kulturausschuss» eingesetzt worden mit der Aufgabe, ohne gesetzliche Massnahmen die Pflege der Kulturinteressen unter Heranziehung berufener Fachleute anzubahnen. Ein aus der Nähe des Bundeskanzlers Schuschnigg stammender Kommentar erklärte, die selbstverständliche Voraussetzung bei dieser Arbeit sei, die während der letzten Jahre eingetretene Verschiedenheit der Entwicklung innerhalb der beiden Länder nicht zu verwischen, sondern gerade die Ergebnisse des Neuaufbaues der beiden Staaten herauszustellen, um so die Besonderheit der hierdurch herbeigeführten neuen Beziehungen festzustellen und das erkannte Gemeinsame fördern zu können. Der auf nationalsozialistischer Seite aufgetauchten Auslegung, es könne sich dabei auch um die Angleichung verschiedener Schultypen von hüben und drüben handeln, wurde von österreichischer Seite unzweideutig entgegengestellt, dass dies nicht die Aufgabe des Kulturausschusses sein könne, wie es überhaupt nicht seine Aufgabe sein werde, Rechts-, Verwaltungs-, Organisationsangleichung zu beraten und zu betreiben.

Die endlich nach langem Hin und Her Anfang März 1937 offiziell eröffneten Verhandlungen dieser «Kulturbesprechungen mit Vertretern des Deutschen Reiches» fanden eine ungute Atmosphäre vor. Leopold, eine von Papen gestellte Falle argwöhnend, unternahm es, das Vorfeld in einer Aussprache mit dem Reichsleiter Baldur von Schirach zu erkunden.

Eine aus dem Kreis Leopolds stammende Korrespondenz spöttelte: «Baldrian (!) repräsentiert, empfängt inländische und ausländische Gäste, hält Festversammlungen ab und besucht mit Gefolge Festvorstellungen in der

---

\* Erhalten gebliebene Gedächtnisnotiz des Gauleiters Leopold, datiert 3. Juli 1937, festhaltend ein Gespräch, das von Leopold mit dem Reichsleiter Baldur von Schirach an diesem Tage geführt wurde.

Staatsoper\*.» In seiner Unterredung mit Leopold suchte Schirach die Besorgnisse des um seine Stellung und seine Pläne beunruhigten österreichischen Gauleiters, dem diese Delegationsverhandlungen lästig waren, zu zerstreuen. Leopold vermerkte in seiner Gedächtnisnotiz befriedigt:

«Über seine (Schirachs) Meinung bezüglich eines Erfolges der Verhandlungen von mir befragt – wobei ich unsere starke Skepsis durchblicken liess –, machte er sich sehr temperamentvoll vernehmlich: Die Verhandlungen haben *bloss den Zweck, Sand in die Augen zu streuen*. Die Leute des Reiches müssen Gelegenheit zu der Feststellung haben, dass bisher nichts zur Verwirklichung des Abkommens\*\* geschehen ist, und die Österreicher müssen Gelegenheit haben, Entschuldigungen, Ausreden vorzubringen. *An einen aktiven Erfolg kann daher nicht gedacht werden*. Und ich glaube mit Sicherheit prophezeien zu können, dass wir uns in sechs Monaten, also ungefähr im Jänner (1938) genau an derselben Stelle befinden werden, auf der wir uns heute befinden! Im Laufe des Gespräches äusserte Reichsleiter Schirach: ‚Es ist kein Zweifel, wir befinden uns am Höhepunkt der Krise.‘«

Mit welchen Methoden diesem Höhepunkt zugesteuert wurde, das war in der Unterredung zur Befriedigung Leopolds bekundet worden.

In der Schilderung seiner Verdienste um den Nationalsozialismus und dessen Stellung in Österreich, die Leopold am 1. Dezember 1938 an Hitler richtete, sagte er über den Krieg, den er mit Papen geführt hatte:

«Seit Abschluss des Vertrages vom 11. Juli 1936 standen sich in Österreich zwei Ansichten gegenüber: die eine des Herrn Botschafters von Papen und die meine. Herr von Papen fasste den Vertrag vom 11. Juli so auf, dass auf lange Jahre, vielleicht Jahrzehnte, keine Möglichkeit mehr besteht, Österreich heimzuführen ins Reich; aus diesem Grunde müssen die Nationalsozialisten Österreichs, die (nach der Auffassung Papens) nun einmal erlegen sind, sich in ihr Schicksal ergeben und darnach handeln, das heisst, die illegale NSDAP müsse aufgelöst, jeglicher Kampf eingestellt und die brauchbaren Anhänger in die Vaterländische Front überführt werden, um so Ruhe und Ordnung im Innern und eine ge-  
deihliche Zusammenarbeit mit dem Reich zu schaffen. – *Meine*

---

\* Archiv der «Furche».

\*\* Juliabkommen 1936.

Ansicht war, den Vertrag vom 11. Juli als Grundlage zum Sammeln und Ordnen der illegalen NSDAP zu nutzen, für den Augenblick bereit zu sein, um dem Reich jederzeit das sittliche Recht zum Eingreifen (in Österreich) zu geben. Diesen Standpunkt vertrat ich auch anlässlich meines ersten Besuches bei Ihnen, mein Führer, am 29. September 1936. Diese zwei Ansichten standen sich nun auch in der Folgezeit immer schroff gegenüber, wohl mit dem Unterschied, dass die Ansicht des Herrn von Papen in Österreich nur einige sogenannte nationale intellektuelle Parteigänger teilten und an deren Seite Schuschnigg mit dem ganzen Machtapparat des Staates stand, während ich die gesamten Nationalsozialisten Österreichs, die sogenannte ‚nationale Opposition‘, für mich hatte. Ich besass eine Volkstümlichkeit, wie sie seit Schönerer *kein nationaler Führer der Ostmark mehr besessen hatte.*»

Aus diesen Sätzen seiner an Hitler gerichteten Denkschrift\* sprach ein von Selbstbewusstsein geschwellter Mut, der gegenüber Hitler das Letzte wagte und sagte.

Der häusliche Zwist zwischen den Anhängern der revolutionären und der gewaltlosen Taktik wurde immer geräuschvoller und drängte an die Öffentlichkeit. Ihm entschwirrten aufregende Gerüchte, schwere Bezeichnungen gegen angesehene Amtsträger der Partei und nun auch gegen den Stellvertreter des Gauleiters, den Rittmeister Franz Schattenfroh, und gegen Leopold selbst. Und gerade jetzt, in der Zeit des Juliabkommens, da es für die NSDAP in Österreich gegolten hätte, der neuen Lage mit innerer Geschlossenheit und Disziplin zu begegnen, wurde *die Spitzenregion der Partei*, wie Schirach richtig erkannt hatte, *von schwerer Krise befallen*. Die Führung lag in den Händen des illegalen Gauleiters Josef Leopold und seines Stellvertreters Franz Schattenfroh. Beide standen bis in das Jahr 1937 hinein in vertraulichen Verbindungen mit Papen, der monatelang glaubte, ihrer für sein Befriedungskonzept sicher zu sein. Er irrte sich in der Einschätzung der Persönlichkeiten, mit denen er sich eingelassen hatte. Vor allem unterschätzte er Leopold, den er arg verkannte, als er ihn in einem seiner Berichte als den «schwach-

\* Archiv der «Furche».



sinnigen Hauptmann» bezeichnete. Leopold hatte nach dem im Juni 1933 erfolgten allgemeinen Verbot der NSDAP in Österreich allerlei untergründige Verbindungen aus dem zerrissenen Organismus mit kräftiger Hand gesammelt. In seiner Nähe gediehen revolutionäre Pläne. Anhänger Leopolds und eine Gruppe junger Abenteurer in der Österreichischen Legion waren im Herbst 1937 daran, unter verdeckten Rollen einen Gesandtenmord zu konstruieren, dessen Opfer Papen sein sollte. Unter anderen Vorzeichen eine neue Ausgabe «Reichstagsbrand». Der Gesandtenmord sollte zu einem kriegesischen Straffeldzug und zur Besetzung Österreichs den Anstoß geben. Papen selbst sagte zu diesem Plan in seiner Denkschrift für den Schmidt-Prozess\*: «Es sollte jemand gedungen werden, um mich umzubringen – das wäre die einfachste Methode von allen gewesen. Der Mord an einem Gesandten konnte nur mit dem Schwerte gesühnt werden, wie zum Beispiel der Mord an dem Gesandten Baron Ketteler in Peking. Dann würde der Anschluss durchgeführt werden und Europa könnte nicht einmal einen Protest erheben.» Für die Stellung Leopolds ist charakteristisch, dass er in diesen Mordplan nicht eingeweiht wurde. Aber mit den berüchtigten Tavs-Dokumenten fiel auch dieser Mordplan dem österreichischen Sicherheitsdienst in die Hände. Papen notierte in seiner Denkschrift dankbar, die österreichische Regierung mit ihrem fähigen Intelligence Service habe das in Erfahrung gebracht, er sei von der österreichischen Regierung gewarnt worden und man habe ihm eine Bewachung gegeben, deren Dienst ihn niemals belästigt habe und ihm sogar angenehm geworden sei.

Leopold hatte nicht völlig unrecht, wenn er sich in der Folge als den nationalsozialistischen Führer und Gauleiter für ganz Österreich bezeichnete. Er war nach seinem Herkommen ein echter Alldeutscher aus der politischen Schule Georg von Schönerers, dabei ein kämpferischer Losgeher und Ver-

\* Wien 1947, Staatsdruckerei.

schwörer aus Passion. Er entstammte dem niederösterreichischen Waldviertel, einer Landschaft, die in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Domäne eines überhitzten Nationalismus gewesen war. Ein fast krankhafter Bismarck- und Hohenzollern-Kultus, Abneigung gegen den alten österreichischen Staat, Feindseligkeit gegen alles Katholische, Vergötterung des Preussentums und Idealisierung dessen geistiger Grundhaltung waren die Wesensmerkmale der damaligen alldeutschen Bewegung, die namentlich in der akademischen Jugend um Anhängerschaft warb. Die raschen Anfänge des Nationalsozialismus in Österreich fanden zum guten Teil ihre Erklärung in der Vorläuferschaft der alldeutschen Bewegung, die um die Jahrhundertwende eine eigenständige parlamentarische Fraktion besitzen konnte. In seinem Kremser Hauptquartier war Leopold umgeben von dem Milieu einer Stammburg der einstigen alldeutschen Bewegung.

Der Zwiespalt innerhalb der Partei griff tief. Der Wiener Rechtsanwalt Dr. Führer, der Berater der Partei, ihr Kontrollor und Weichensteller in dem Getriebe der kleinen und grossen Kommandeure, der politischen Agenten, Finanzleute und Geschäftemacher, sah sich genötigt, in Berlin nach dem Rechten zu sehen. Sein erbarmungsloser Bericht über das Ergebnis seiner Reise, das der Rechtsanwalt in einer Aktennotiz vom 7. November 1936\* zusammenfasste, war für die Wiener illegale Gauleitung besonders schmerzlich. Der Gauleiter erfuhr daraus, dass die Berliner Funktionäre der Partei, bei denen Dr. Führer Umfrage gehalten, die Beibehaltung des bisherigen Bevollmächtigten und Vertreters Leopolds in Berlin, des Rittmeisters Schattenfroh, ablehnten. Einer der einflussreichsten Herren des Berliner Parteiapparates für österreichische Angelegenheiten, Dr. Veessenmayer, erklärte, dass er nicht in der Lage sei, Schattenfroh überhaupt zu empfangen und mit ihm über sachliche Dinge zu sprechen; seine

\* Archiv der «Furche».

Belassung in der bisherigen Stellung sei eine schwere Schädigung des Ansehens Leopolds, da diesem für die Wahl dieses Mannes die Verantwortung angelastet werde.

Eine unerfreuliche Botschaft. Was war geschehen?

Eine fatale Entdeckung rührte an die unantastbaren Grundsätze der Partei, an das Rassenprinzip, den Rassenantisemitismus. Gerade an diesen Eckstein war der Gauleiter Leopold bei der Auswahl seines Stellvertreters angerannt. Die gewiss ehrenwerte Gattin des Gauleiter-Stellvertreters Schattenfroh hatte in ihrem Stammbaum einen Klecks. Der schwere Fall rief grosse Aufregung hervor. Der Gauleiter Leopold hielt es für das klügste, von dem Berliner Befund ohne Verzug am 9. November an den Legationsrat Günther von Altenburg, den Referenten der Wiener Deutschen Gesandtschaft für nationalsozialistische Angelegenheiten, Meldung zu machen und womöglich vorzubauen\*.

Drei Tage später, am 12. November – der böse Fall liess ihm keine Ruhe – wandte sich Leopold brieflich an die oberste Instanz, an Hitler. Der Kasus war von Hitler, wie Leopold glauben durfte, höchstpersönlich aus der Welt geschafft worden. Eine autoritative Dispens von schwerer Grundsatzverletzung war schon am 29. September 1936 erfolgt. Leopold selbst konnte sich dafür als Zeuge melden. In einem in aller Form vollzogenen Attest\*, einer Bekundung für die obersten Parteistellen, hatte Leopold das Geschehnis festgehalten:

«Der Führer regelte (anlässlich der Vorsprache Leopolds und seines Stellvertreters) am 29. September 1936 in München diesen Fall so, dass er in meiner Anwesenheit Schattenfroh sagte, er habe schon in einigen solchen Fällen auch im Reich Nachsicht geübt und Schattenfroh, den er selbst lange genug kenne, sei ihm auch Gewähr dafür. – Damit wurde der Fall bereinigt.»

\* Archiv der «Furche».

Für so bereinigt hielt der Gauleiter diese spinöse Angelegenheit, dass er in seinem dem Briefe bei geschlossenen Attest, nach reichlichen Lobsprüchen auf Schattenfroh, Hitler nahelegte: «Mein Wunsch ist, dass Schattenfroh, seiner hohen Stellung, die er hier eingenommen hat, und seinen ausserordentlich hervorragenden Eigenschaften und Fähigkeiten entsprechend, im Reiche an führender und leitender Stelle verwendet werden möge.»

Der Vorschlag Leopolds wurde nicht zur Kenntnis genommen.

Dem schon kränkelnden Ansehen des Gauleiters war diese Episode schädlich. Seine Gegner sorgten dafür. Überdies war der Fall durchaus nicht bereinigt worden. Ob Hitler seine Münchner Verheissung vergessen oder Grund hatte, sie zu vergessen, ist aus den Akten nicht zu ersehen. Mit dem Rassenprinzip der Partei war augenscheinlich nicht zu spassen. Zeitweise selbst von Hitler nicht. Mit dem Rassenantisemitismus hatte man die Dämonen gerufen.

Das Gerede um die Bonzen, für die es keine Parteigrundsätze gab, war durch den Fall Schattenfroh entzündet worden. Es wuchs und rumorte immer lauter. Es wurde in den unteren Quartieren der Partei disziplinwidrig und gefährlich. Schon am 5. November vermerkte Dr. Führer in seiner Aktennotiz, dass die Angelegenheit Schattenfroh «in weitestem Umfange breitgetreten und besonders der stattgefundene Empfang der Frau Schattenfroh beim Führer kritisiert wird». Leopold selbst musste in seinem Briefe an Hitler gestehen, dass der Vorwurf der Grundsatzverletzung nicht entkräftet werden könne und der Fall propagandistisch gegen die Partei in einer unerträglichen Art ausgenützt werde; mit aller Heftigkeit werde gegen die Verwendung Schattenfrohs in der Partei gekämpft. Der Gauleiter muss sich demnach zu der Ansicht bekennen, dass Schattenfroh im Lande (Österreich) «wegen gefährlicher Erschütterung der Bewegung aus Anlass des Falles nicht gehalten werden könne». Nochmals bezeichnet ihn Leopold als

seinen hochstehendsten (!) Mitarbeiter, mit dem er noch durch feste Freundschaft verbunden sei. Leopold suchte für seinen Freund treulich zu retten, was zu retten ist: Wenn der Unglückliche schon in Österreich nicht bleiben darf, so soll doch für ihn wohl gesorgt werden, je rascher, desto besser.

Der häusliche Aufstand gegen Leopold und seinen Freund Schattenfroh war so kritisch im Gange, dass der hartköpfige Gauleiter sich in die Enge getrieben sah und schon in seinem dienstlichen Schreiben vom 14. November 1936\* an den Zahlmeister Wehofsich, Berlin, Unter den Linden, mitzuteilen für geraten halten musste, sein Freund Schattenfroh sei daran, sich vollkommen ins Privatleben zurückzuziehen und im Reiche einem Zivilberufe nachzugehen.

\*

Das Trauerspiel Schattenfroh schien damit zu Ende zu gehen. Doch es erhielt einen kleinen Nachspruch. Auch Shakespeare liess in seinen Tragödien Raum für Heiterkeit und Ironie.

In seinem Briefe an den Parteizahlmeister Professor Dr. Wehofsich urgierte Leopold, der Fahnenträger der Bewegung in Österreich, die Auszahlung von monatlich 10.000 S für die «Befriedungsarbeit», und dies mit der Beifügung: «Ich benötige diesen Betrag natürlich sehr dringend, da die Aufbringung der Gelder in Österreich selbst auf die Dauer mit zeitraubenden und arbeitshemmenden Schwierigkeiten verbunden ist. Für die nach dem vertraglichen Juliabkommen einzustellende (!) illegale Organisation ist bisher der Betrag von monatlich 5'000 S übermittelt worden und ich muss Sie auch ersuchen, diese Beträge, erhöht auf monatlich 10.000 S, zu meiner Verfügung flüssig zu machen.» Das Befrieden war unter den bestehenden Umständen sichtlich eine kostspielige Angelegenheit.

\* Archiv der «Furche».

Die Begebenheiten des Herbstes waren für die Führerregion der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich unerfreulich. Das zeigten nicht nur zunächst die Erlebnisse des Gauleiters Leopold und seines bisherigen Stellvertreters. Der Rechtsanwalt Dr. Führer hatte von seiner politischen Erkundungsfahrt nach Berlin aus der Nähe der massgeblichen Amtsträger der NSDAP für eine recht zahlreiche Gruppe österreichischer Prominenter eine ausgemacht schlechte parteipolitische Qualifikation heimgebracht. Das schlechte Zeugnis traf die in Österreich vielgenannten Herren Frauenfeld, Proksch und Reschny, also Männer, deren Heranziehung zur Zusammenfassung aller Kräfte für den illegalen Kampf in Österreich und auch für wirtschaftspolitische, kulturpolitische und personelle Angelegenheiten in verantwortlicher Stellung von Gauleiter Josef Leopold selbst beantragt worden war.

Die unmissverständliche Antwort\* auf diesen Vorschlag Leopolds lautete: «Die beabsichtigte Bestellung von Proksch, Frauenfeld und Reschny hat Verwunderung und keineswegs Zustimmung hervorgerufen. Die massgebenden Persönlichkeiten hatten zu diesen Herren, wie ich dies übrigens schon vor mehr als einem Jahre feststellen konnte, tatsächlich jedes Vertrauen, in österreichischen Angelegenheiten eine Rolle zu spielen, verloren. Besonders Dr. Veessenmayer und auch der Gesandtschaftsrat Altenburg sprachen sich, zumal aus aussenpolitischen Gründen, gegen eine solche Bestellung prominenter Emigranten aus. Alle drei würden in diesen Dingen überhaupt keine Wirkungsmöglichkeit haben und nur der österreichischen Sache schweren Schaden zufügen\*.» Diese Ablehnung des Personalvorschlages für wichtige Parteiämter sah einem Misstrauensvotum für den Antragsteller Leopold bedenklich ähnlich. Schon seit einiger Zeit mehrten sich unheimliche Zeichen um seinen Gauleiterthron.

\* Aktnotiz vom 7. November 1936; Archiv der «Furche».

«Mein Führer! Ich habe in der Ostmark innerhalb der NSDAP eine derartige Stellung innegehabt und mein Ansehen in der Öffentlichkeit ist so, dass ich bitten darf, mich anzuhören: Mein Gefühl sagt mir, dass irgendetwas mir verborgen ist, Abträgliches über mich bei Ihnen Eingang gefunden haben muss. Zweifel und Sorge darüber martern mich, ich finde keine Ruhe mehr! ...»

So beginnt die Klage, die der ehemalige, mit den höchsten Parteiorde ausgezeichnete Landesleiter der illegalen NSDAP Österreichs, Josef Leopold, im November 1938, gekränkt und des Vertrauens der Staatsführung nicht mehr sicher, an Hitler unter dem Titel einer Denkschrift heranzutragen beschloss. Schon die ersten folgenden Sätze des Schriftstückes sprechen das rebellische Begehren jener Jahre aus, das Befriedigungsabkommen vom 11. Juli zu durchkreuzen und eine gewaltsame Lösung der sogenannten Anschlussfrage einzuleiten. Kühn und selbstbewusst wie er ist, unternimmt es Leopold, dem «Führer und Reichskanzler» auseinanderzusetzen, wie die europäische Lage für Österreich beschaffen und alles schon darauf vorbereitet ist, mit einem Gewaltstreik Österreich dem Reiche einzuverleiben:

«Es ist nun auch für uns Zeit. Noch nie war sie so günstig wie jetzt: Die Engländer sind mit ihrer Rüstung weit in Verzug und können ohne Gefahr für den Zerfall des Imperiums nicht marschieren; die Franzosen können ohne England nicht eingreifen, und die Italiener nicht, weil sie das Reich als Freund erhalten müssen, und Russland, das seit zwei Jahren seine führenden Männer hängt, kann nie zu einem Waffengang antreten. Wenn jemals die Zeit für uns reif ist, dann ist sie es jetzt. Daher keine Ruhe! Wir haben die Kraft, wir werden die Regierung Schuschnigg stürzen!»

Das klang zwar einer Kannegiesserei verzweifelt ähnlich, aber es war ernst gemeint und entsprach dem Geiste, der schon seit 1934 Unheil gebracht hatte. In seiner Denkschrift fortfahrend, setzt Leopold auseinander, dass er Anfang 1938 mit dem Aufbau der illegalen NSDAP Österreichs fertig und schlagbereit gewesen wäre:

«Die SA war 50.000 Mann stark und trat wöchentlich einmal zum Appell an. Die Stimmung war auf Kampf gerichtet wie nie zuvor. Die Vorbereitung für dieses Losschlagen mit dem Bundes-

heer war beendet. Ich war damals vorbereitet, die österreichische Regierung zu stürzen. Immer höher stieg die Flamme der Empörung. Sie erreichte Ende Jänner 1938, wohlgenährt und geleitet, den Höhepunkt. Erst Ihr Entschluss, mein Führer, einzumarschieren, brachte die Lösung. Sie bestätigte den von mir gegangenen Weg und die eingehaltene Taktik mit der illegalen NSDAP Österreichs vom Abschluss des Vertrages vom 11. Juli 1936 bis zu meiner Abberufung als Gauleiter am 21. Februar 1938. Damals haben Sie mich Ihrem Stabe einverleibt und mich Ihnen persönlich unterstellt. Sie sagten mir eine Kanzlei zu und wollten mich als Faust unter die Nase Schuschniggs halten. Ich glaubte, dass Sie, mein Führer, mich rufen würden. Die Ereignisse überstürzten sich. Sie marschierten mit der Wehrmacht des Reiches in Österreich ein. Ich selbst glaubte, und ich darf es wohl sagen, ganz Österreich erwartete es, dass ich als Führer der Nationalsozialisten in Österreich nun Ihr Beauftragter für die Ostmark werde. Indessen wurde Seyss-Inquart Reichsstatthalter und Bürckel Reichskommissär.»

Der erste Wermutstropfen fiel in den Freudenbecher des abgesetzten Gauleiters, der wähnte, nun zu viel Höherem berufen zu sein. Aber nun beginnt die bittere Nüchternheit, das Erwachen zur Wirklichkeit für den abgesetzten und aus seiner österreichischen Heimat nach München und Berlin gewiesenen Gauleiter, der trotz allem noch an eine Rückberufung in Amt und Würde glaubte, zumal ihm das Glück zuteil wird, die Erlaubnis zu einer Fahrt von Berlin nach Österreich zu erhalten und auf dem Wiener Westbahnhof durch eine ihm jubelnde Menge empfangen zu werden. «Unbegreiflich schien es den Menschen – ist Leopolds Eindruck –, dass ihr Führer aus der Notzeit zu nichts herangezogen wird; auch mir selbst erschien es unfassbar und ungeheuerlich, dass ich die Monate April und Mai 1938 in der Ostmark verbringen musste, ohne auch nur ein Wort mitreden oder mitbestimmen zu dürfen.» Tatsächlich wurde er mit allerhand Vertröstungen und Versprechungen hingehalten, so dass es zuweilen den Anschein haben konnte, als ob boshafte Menschen den fast Verzweifelnden narren wollten, der nur langsam die nüchterne Wahrheit begreift und aus seiner Kremser Führerherrlichkeit nicht herausfindet. «Nach unendlich langen Wochen», vermerkt er in seiner Denkschrift, «wurde ich von der Kanzlei



Bürckel am 22. Mai nach München gerufen, um an der Besprechung zur Bestellung der Gauleiter teilzunehmen. Ich war zur rechten Zeit in München und meldete mich vom Hotel Excelsior aus in der Kanzlei des Stellvertreters des Führers, Hess, von wo mir mitgeteilt wurde, ich solle mich auf Abruf im Hotel bereithalten. So sass ich zwei Tage lang im Hotel und bekam dorthin von Zeit zu Zeit Anrufe, ich solle nur warten, die Besprechung finde am Nachmittag, am Abend, dann am Morgen statt.»

Am 23. Mai, abends, wurde Leopold angewiesen, am 24. Mai um 10 Uhr beim Reichskommissar Bürckel in Wien sich einzufinden, dort bekäme er weiteren Bescheid. Um 10 Uhr wurde ihm im Parlament seine Ernennung zum Reichsinspekteur bekanntgegeben. Seine Freude sollte nicht lange anhalten. Aus Wien nach München befohlen, empfing er dort von Hess die Mitteilung, Hitler habe bestimmt, dass er «als Reichsinspekteur» seinen Sitz in München nehmen müsse, die schwarzen Gauleiterspiegel zu tragen habe und ein Dienstauto bekomme. Zur Einführung in seinen Dienst wurde er dem Sonderbeauftragten Pg. Öxle nach Nussdorf am Bodensee zugewiesen, «um Einsicht in seine künftigen Aufgaben zu erhalten». Er sollte mit Öxle Fahrten zu den Gauen unternehmen, «damit er auch das kennenlerne». Nun aber riss ihm, der noch vor Kurzem einer der gefeiertsten Hauptleute des nationalsozialistischen Lagers war, ihm, dem ehrgeizigsten der ehrgeizigen Kämpfer Hitlers, die Geduld. Er vermag in seinem Memorandum an den Führer nicht seinen Zorn zu unterdrücken, wenn er schreibt: «Ich werde zur Seite geschoben und degradiert, die schwarzen Gauleiterspiegel muss ich als Bestrafung empfinden, weil sie in letzter Zeit wegen schlechten Verhaltens gegeben wurden. In einigen Schreiben der Kanzlei des Ministers Hess werde ich als ‚Mitarbeiter des Pg. Öxle‘ bezeichnet, eine Titelverleihung, mit der sich die bayrischen Herren Parteigenossen einen Jux machten auf Kosten des düsteren Österreichers.» In seinem Bericht an Hitler

sagt Leopold: «Es wurde versucht, mich zu Öxle nach Nussdorf am Bodensee ahzuschieben, obwohl mir von Pg. Reichsminister Hess als Standort München bestimmt wurde. Dagegen habe ich mich in einem Schreiben vom 3. Oktober 1938 auf meine Ernennung zum Reichsinspekteur berufen und darauf die Antwort bekommen: Der Führer hat Sie nicht zum Reichsinspekteur ernannt, sondern hat es dem Stellvertreter des Führers, Reichsminister Hess, anheimgegeben, Sie zu beschäftigen.» In tiefstes Unglück versetzt, schreibt er die Sätze nieder: «Was ist Wahrheit? Ich habe für meine Leistungen nie einen Lohn erwartet, aber das habe ich wahrlich nicht verdient. Ich fühle mich damit degradiert, zurückgesetzt, bestraft. Am heurigen Reichsparteitag in Nürnberg durfte ich als Ehrengast teilnehmen. Da bekam ich im Hotel Bambergerhof im 5. Stock neben Abort und Rumpeldecke der Bedienerin ein Zimmer für mich und meine Frau zugewiesen. Meine Frau ist Ehrenzeichenträgerin. Ich habe mich für die Partei geschämt.»

Die Klage an Hitler klingt in den Sätzen aus: «Ich wuchs durch 18 Jahre mit der Bewegung heran und empor, ich war und bin ein Teil von ihr. Ich habe durch mein ganzes Vorleben in der Partei, durch meine Führerstellung, die ich unbestritten in der Ostmark einnahm und die ich in unbedingtem Gehorsam und Unterordnung gegenüber Ihnen, mein Führer, ausfüllte, mit unantastbarer Treue Leistungen gesetzt, *wie sie kein zweiter in der Ostmark aufweisen kann*. Meine Treue bleibt unbeachtet, der Kameradschaft, die ich stets geübt, wird Feindseligkeit entgegengesetzt, höchste Leistung mit Ausstossung aus der Mitarbeit gelohnt, grösster Einsatz mit Schweigen übergangen, ja selbst ein Verbot ausgesprochen, mit den Angelegenheiten meiner Heimat mich zu befassen. *In mir wurde auf diese Weise der Glaube an die Gerechtigkeit der Partei erschüttert*. Nun sitze ich hier, ein Verbannter förmlich im Altreich, und muss in Untermiete und Hotels einmal da und einmal dort wie ein Reisender

durchs Leben wandern. Mein Führer, beendigen Sie diesen Zustand, der vor allem für die Partei schädlich wirkt, geben Sie mich heim oder, wenn ich gefehlt habe, bitte ich um ein strenges Rechtsverfahren gegen mich\*!»

Der Verfasser des Briefes hatte seine briefliche Vorstellung an Hitler mit den Worten geschlossen: «Ihr treuer und gehorsamer ...» Diese stehende Formel gebrauchte ein aus allen Himmeln Gestürzter, der seiner Sache bis zum Letzten gedient hat. Der ausser Dienst gestellte Gauleiter und verleugnete Reichsinspekteur Josef Leopold musste sich damit begnügen, seinen Schmerz in einer von seinem intimsten Freunde, dem Reichsredner Major Derda, besorgten entzahnten Umstilisierung seiner Denkschrift verbergen zu lassen. Die von Derda auftragsgemäss für den Freund besorgte Neufassung der Denkschrift ist in zweifacher Durchschrift erhalten geblieben. Verglichen mit der Erstfassung Leopolds, erscheint die umredigierte Textierung als ein blosses Geschöpf, das nur leise verrät, dass zurzeit von dem freien deutschen Manneswort wenig übrigblieb.

Die an Hitler gerichtete Klageschrift erhielt keine Antwort. Ihr Verfasser war dienstlich ins Reich verschoben worden, dieser unbequeme, lästige Störenfried sollte in seiner österreichischen Heimat nicht Unruhe stiften können. Er sollte lernen, Ruhe zu geben. Deswegen immer wiederum Zurückweisen seines unaufhörlichen Drängens und Drohens, mit dem er vergeblich die Rückkehr in seine Gauleiterschaft ertrotzen möchte. Darüber sind die Autoritäten der NSDAP einig. Über diesen Stand der Dinge ist seine Umgebung ausreichend unterrichtet worden. Sein Freund Derda war genötigt, ihm reinen Wein einzuschenken. So schreibt denn am 4. Juli 1940 Derda an Frau Sidy Leopold, die Gattin des Freundes in Krems: «Die Lage ist die, dass er (ihr Gatte) beim Führer und dessen nächster Umgebung durch seine Gegenspieler aus

\* Archiv der «Furche».

der illegalen Zeit (vor 21. Februar 1938) in ein schlechtes Licht gerückt wurde und dadurch in Ungnade gefallen ist. Ich bemühe mich, weiteren Diffamierungen Einhalt zu gebieten.» Leider ist die Abneigung und der Unmut gegen Leopold so gross und so unverständlich, dass nicht einmal ein formaler Friede zwischen Jury, Neubacher und Genossen nach dem Urteil Derdas in Frage kommt. Der Brief Schreiber tröstet die Frau des Freundes; vielleicht werde die militärische Tätigkeit ihres Gatten dessen Tüchtigkeit und Verwendbarkeit erweisen und die Aufmerksamkeit Hitlers erregen, so dass «Ihr Gatte», sagt Derda, «nach dem Kriege eine seinen Verdiensten entsprechende Verwendung erhält». Noch eine andere Chance eröffnet sich ihm. Polizeiminister Himmler bietet ihm das Amt eines Polizeipräsidenten an, das irgendwo im Osten sein wird, vielleicht in Lemberg oder Krakau. Doch dieses gewiss gutbezahlte Amt vermag Leopold nicht zu locken. Er dankt Himmler, lehnt jedoch ab, denn, so macht er geltend, würde er das Angebot, Polizeipräsident zu werden, annehmen, so käme dies einem Verzicht auf den Gauleiterposten seiner Heimat gleich; er würde so, wie manche andere Parteigenossen der Ostmark, in die Polizeibürokratie eingereiht, ohne Möglichkeit, wieder in die aktive Politik zurückzukehren. Immer wieder derselbe eigensinnige Starrkopf. Er war der Mann des Handelns, des Zuschlagens, der Verschwörung. Er war der Mann der kämpfenden Front hier und dort, doch für das Kulissenschieben der Politik im Hinterlande fehlte ihm die Begabung, das Masshalten und die Klugheit. Für ihn war die Gewalt die letzte Instanz über der Welt und den Menschen. Da seine Hoffnung, zur Gauleiterschaft zurückkehren zu können, unerfüllt bleibt, treibt es ihn fort aus seinem freudlosen Dasein in München oder Berlin. Er meldet sich zum Dienst an der Front. Als sich im Frühjahr 1941 die Massenheere Deutschlands langsam gegen Osten sammeln und sich vorwärts zu schieben beginnen, in Vorbereitung des Zusammenstosses mit der russischen Wehrmacht,

ist in der Riesenarmatur des Krieges das von Oberstleutnant Josef Leopold geführte Bataillon auch ein winziges Rädchen. Leisen Schrittes zieht in seiner Nähe der Tod. Am 20. Februar fällt Leopolds zweiundzwanzigjähriger einziger Sohn im Dienst der Luftwaffe. Makabre Gerüchte, die Totenvögel des Schlachtfeldes, umflattern ihn selbst, melden in das Hinterland in der ersten Juliwoche fälschlich, er, der gewesene Gauleiter Leopold, sei gefallen, und dringen auch zu der unglücklichen Frau, die den Verlust des Sohnes noch nicht verwunden hat und jetzt schon fürchtet, sich auf ein neues Schreckliches vorbereiten zu müssen. Wie eine grausame Ironie klingt es, wenn zur selben Zeit die Frau Dr. Jurys in telephonischem Anruf der um ihren Gatten bangenden Frau Leopold mitteilt, dem Vernehmen nach sei Oberstleutnant Leopold als Gouverneur für die Halbinsel Krim ausersehen. Also eine ehrenvolle, friedliche Stellung? Wenn irgendeine Wahrheit der Meldung innewohnte, so ist sie wenige Tage später in dem grauenvollen Geschehen der Front versunken. Am 24. Juli 1941 ist in den Kämpfen um den Brückenkopf von Malin in Wolhynien Oberstleutnant Leopold, getroffen von einer Granate im Feuerstoss der russischen Abwehr, gefallen. Verspätet erreicht die Todesbotschaft die bedauernswerte Frau.

An Josef Leopold hat die nationalsozialistische Bewegung in Österreich eine markante Persönlichkeit aus der Gründerzeit verloren, die typische Verkörperung des österreichischen Nazismus von damals, einer Mischung von krampfhaftem Nationalismus, Selbstüberschätzung und verwegendem Rebellentum. Seiner natürlichen Veranlagung nach war er der geborene Soldat. Als Zwanzigjähriger war er 1910 zum Militärdienst beim K. u. K. Infanterieregiment Freiherr von Hess Nr. 49 eingerückt; der österreichische Soldatenrock gefiel ihm so gut, dass er 1913 sich zum Weiterdienen verpflichtete und 1914 als diensttuender Feldwebel mit seinem Regiment ins Feld zog. Schon bei dem ersten Gefecht erwarb er die kleine Silberne Tapferkeitsmedaille und darauf auch die grosse,

Auszeichnungen, die verdient sein wollten. Am 1. August 1915 in russische Kriegsgefangenschaft gefallen, gelang ihm im Jänner 1918 die Flucht, nach der er sofort zu seinem Regiment zurückkehrte. Er entschied sich nun für die militärische Laufbahn. Seine Dienstbeschreibung bezeichnete ihn als geeignet für den Offiziersberuf, in dem er während des ersten Weltkrieges die Hauptmanncharge erreichte.

Nach der Zerstörung der alten österreichisch-ungarischen Monarchie durch die Pariser Friedensverträge bleibt Leopold während des krisenhaften Umbildungsprozesses aus der Volkswehr zum österreichischen Bundesheer dem militärischen Berufe treu, in dem er als einer der erfolgreichsten Absolventen der Heeresoffiziersschule sich die Anwartschaft auf eine gute Offizierslaufbahn erworben hatte. Aber in den Wirrnissen der Umsturzeit und der von leidenschaftlichen Kämpfen durchtobten ersten Bestandsjahre der im Fieber liegenden jungen österreichischen Republik verlor Hauptmann Leopold die Richtung und stürzte in die gärenden Anfänge der nationalsozialistischen Bewegung, ein Opfer einer weltanschaulich richtungslosen Erziehung. Hitler, der auf den schon 1919 in die NSDAP Eingetretenen ein Auge geworfen hatte, ernannte ihn am 29. August 1927 zum Gauleiter von Niederösterreich. Als dann in den bewegten Ereignissen des Jahres 1934 die Organisation der Partei zerbrochen war, zog Leopold am 29. Jänner 1935 mit einem Rundschreiben, das er aus seiner Haft hinaus schmuggeln konnte, die Landesleitung von ganz Österreich an sich.

Ein Zug seines Wesens war die tiefe Heimatliebe, die auch in den Zeiten seiner grössten Verfangenheit im Nationalsozialismus des Dritten Reiches nicht entwurzelt wurde. Als ihm nach der Okkupation Österreichs der Verbleib in der Heimat durch die obersten Parteiinstanzen verwehrt wurde und er im Reiche Aufenthalt zu nehmen hatte, bekennt er, dass er den Tausch als «Verbannung» und die reichsdeutsche Umgebung als «Ausland» empfindet. In dieser Zeit, da seine

Laufbahn unter solchem Erleben ihrem Ende sich nähert, hört man aus seinem Brief an Hitler sein Herz schlagen, das in allen gewaltsamen Wandlungen seiner Umgebung und seiner Irrungen doch ein österreichisches Herz geblieben ist.

Ein herbes Schicksal hat es Leopold erspart, die Enttäuschungen ganz auskosten zu müssen, die mit der von ihm und seinen österreichischen Gesinnungsfreunden heissersehnnten «Heimkehr ins Reich» über die «Ideologen des Anschlusses» hereinbrechen sollten. Sie hatten sich ihre Rolle im Paradies des Tausendjährigen Reiches anders vorgestellt. Nicht sie wurden berufen, die Heimat nach den Grundsätzen der neuen nationalen Heilslehre und der wehenden Hakenkreuzwimpel einzurichten, sondern Menschen anderer Gewohnheit und Lebensart, die so fremd waren dem österreichischen Wesen und seiner Eigenart, dass sie glaubten, den Namen Österreich austilgen und aus Österreichern «Ober-» und «Niederdonauer» machen zu können. Und das war nicht das schlimmste. Es kam für die Enttäuschten noch Schlimmeres. Ihre Götzenbilder stürzten und zerschellten. Am 1. September 1939, da der zweite Weltkrieg ausbrach, konnte Adolf Hitler noch im Deutschen Reichstag den hochmütigen Satz in die Welt hinauswerfen: «Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heisst: kapitulieren.» Hitler, der Mann der grossen Sprüche, der grosse Verantwortliche für den zweiten Weltkrieg, kapitulierte am 24. April 1945 vor seinem Stabe in der Berliner Reichskanzlei mit dem unumwundenen Geständnis, dass der Krieg verloren sei. Seine letzten Verfügungen, bevor er selbst seinem Leben gewaltsam ein Ende setzte, waren die Anordnungen eines Bankrotteurs, der über den ärmlichen Rest der Liquidationsmasse verfügt. Aus diesem Zusammenbruch mussten nun viele, die in leidenschaftliche Irrtümer hineingepeitscht worden waren, sich erst wieder in die Volksgemeinschaft einfinden. Wieviel edles Geistesgut ist damals verstreut worden!

## XV. KAPITEL

### GEFAHRVOLLE BEGEGNUNG

*Quertreibereien zur Freude der Illegalen – Hitler will freie Hand haben – Ein Schreiben an Bundespräsidenten Miklas – Der kalte Krieg geht zu Ende – Die Reise nach Berchtesgaden – Ein Monolog der Masslosigkeit – «Verhandelt wird nicht!» – Eine Frist von drei Tagen – Eine fragwürdige Basis – Eine Nervenprobe ohne Gleichen – Die ersten Verlautbarungen – Der Kommentar der «Reichspost» – Generalamnestie und Umbildung der Regierung – Österreichs Entschlossenheit zu ehrlicher Versöhnung – Audienz bei Kardinal-Staatssekretär Pacelli – Die acht Punkte der Absprache von Berchtesgaden – Im Wiener Polizeigefangenenhaus – Das Dokument in der Brieftasche – Die Entmachtung Österreichs – Opferbereite Treuegenossenschaft*

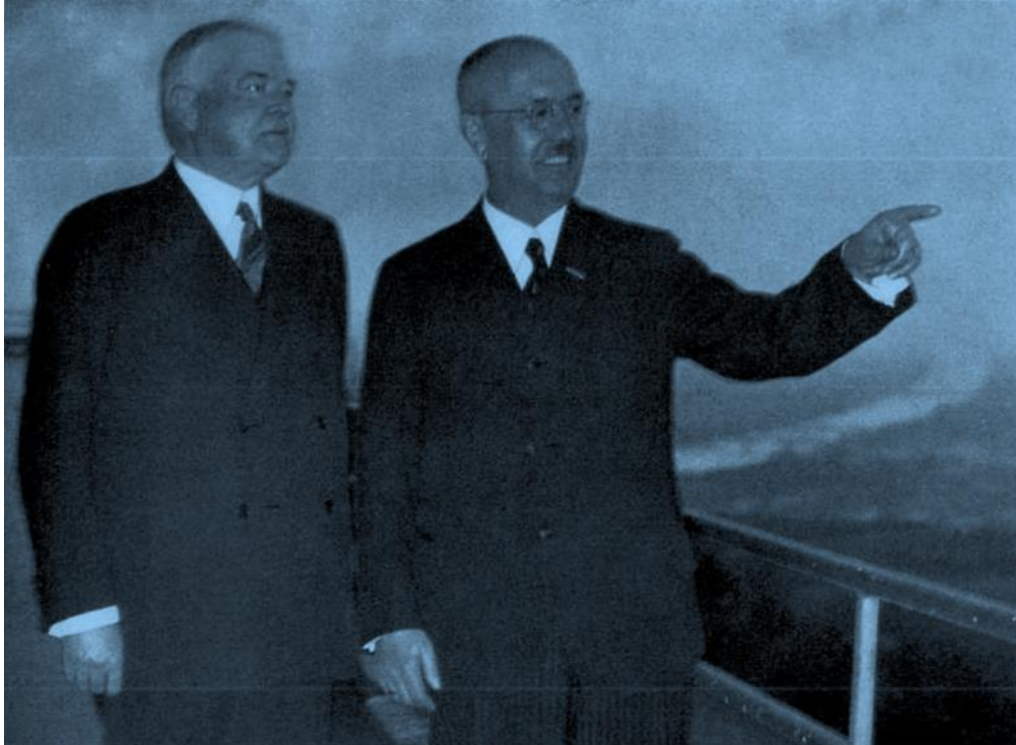
Mit der Einladung zu einer Aussprache, die Hitler am 7. Jänner 1938 durch den Gesandten von Papen am Ballhausplatz, gerichtet an den österreichischen Bundeskanzler, hatte überreichen lassen, wurde, zunächst abseits von der Öffentlichkeit, der Verlauf einer Entwicklung eingeleitet, die von einer Tragweite war, die man befürchten, aber nicht ermessen konnte.

Schon drei Jahre lang, seit seinem Amtsantritt in Wien, hatte Papen das Zustandekommen einer persönlichen Begegnung der beiden Regierungschefs betrieben, immer vergeblich, denn aus Führerquartieren der nationalsozialistischen Radikalen des Reiches war immer wieder dazwischengefunkt worden, nicht zum Bedauern der österreichischen Illegalen, die immer unruhig wurden, wenn zwischen Berlin und Wien eine Verständigung sich anzubahnen schien. Nun aber reiften grosse Pläne in der Berliner Reichskanzlei, für die Hitler freie Hand haben wollte.



Am Wiener Ballhausplatz sah man der Begegnung Hitler—Schuschnigg mit gemischten Gefühlen entgegen. Man konnte sich ausmalen, dachte man an das gewalttätige Temperament Hitlers, in welchem Stile zu Berchtesgaden der Austrag der nun einmal vorhandenen Gegensätze sich abspielen würde. Doch kam eine Nichtannahme der Einladung trotz warnender Stimmen nicht in Betracht. In einem Schreiben an Bundespräsident Miklas erklärte der Kanzler, er habe die Einladung angenommen, um die Lage Österreichs nicht noch mehr zu verschlechtern. Wo eine Verständigung irgendwie in die Nähe rückte, musste ihr entgegengekommen werden. Der gegenwärtige Zustand des kalten Krieges, des grossen Nachbarn gegen den kleinen österreichischen Alpenstaat, drängte in diesen grauen Wintertagen einem Ende zu. Schuschnigg hatte, gemeinsam mit seinem Staatssekretär, immer wieder den Horizont nach Masten rettender Schiffe abgesucht. Allein sie fanden ihn leergefegt.

Am Abend des 11. Februar trat der Kanzler, begleitet von Staatssekretär Dr. Guido Schmidt, in aller Stille die Reise nach Berchtesgaden an. Während der nächtlichen Fahrt mag den Bundeskanzler die Frage beschäftigt haben, wie es mit der Standfestigkeit der friedlich-freundschaftlichen Zusicherungen des Herrn von Papen für den Verlauf der Begegnung sich verhalten würde. Verschiedene Gerüchte erweckten Zweifel. Der Kanzler hatte die Annahme der Einladung nach Berchtesgaden an zwei verschiedene Voraussetzungen geknüpft: Erstens, dass das Juliabkommen 1936 auch weiterhin den unveränderten Rahmen der beiderseits einzuhaltenden Verpflichtungen bilde, somit zusätzliche Forderungen ausser Diskussion gestellt seien, und zweitens, dass in einer abschliessenden Zusammenfassung der bevorstehenden Gespräche die Anerkennung der souveränen Selbständigkeit Österreichs wiederholt werde. Herr von Papen, der Vermittler der Unterredung, hatte vereinbarungsgemäss die erfolgte Annahme dieser Partnerschaftsklausel im Auftrage Hitlers gemeldet.



*Richard Schmitz und Herbert Hoover am Kahlenberg  
Aufnahme vom 2. März 1938*



*Dr. Carl Freiherr von Karwinsky*

Als am 12. Februar gegen 11 Uhr der Bundeskanzler mit seinem Begleiter am Berghof eintraf, erschien zur Begrüssung Hitler in Gesellschaft von drei Generalen. Es handelte sich doch um kein Militärübereinkommen – was hatte also die Abweichung von den Formgesetzen des Protokolls zu bedeuten? Die Begrüssung vollzog sich jedoch in urbaner Form. Diese änderte sich jäh, als im Arbeitsraum des Hausherrn sich Hitler und sein Besucher zu einer Aussprache unter vier Augen niederliessen und Hitler in einen Monolog verfiel, der aggressiv bis zur Masslosigkeit war. Da verdrängte der allmächtige Diktator den Staatsmann und es gab Redeblüten, die unter Zorn und Fussgestampf sich entfalteten. Zum Beispiel, wenn man von Hitler hörte: «Ich habe in der deutschen Geschichte das Grösste geleistet, was je ein Deutscher geleistet hat.» Dann kam wieder die gebrüllte Drohung: «Ich werde die sogenannte österreichische Frage so lösen oder so. ... Sie werden doch nicht glauben, Herr Schuschnigg, dass Sie mich nur eine halbe Stunde aufhalten können! Vielleicht bin ich über Nacht einmal in Wien wie der Frühlingssturm. Dann sollen Sie etwas erleben! Ich möchte es den Österreichern gern ersparen. Das wird viele Opfer kosten. Nach den Truppen kommt die SA und die Österreichische Legion, und niemand wird die Rache hindern können. Auch ich nicht!»

Zwei Stunden lang füllten solche und ähnliche Ausbrüche den Gedankenaustausch in dem Arbeitsraum des Kanzlers des Deutschen Reiches.

In der Mittagsstunde bot eine weitläufige Unterbrechung Raum zu einem in Anwesenheit Papens geführten Gespräch Schuschniggs mit dem Reichsaussenminister Ribbentrop. Nach längeren Sprechpausen, vielem zwecklosen Herumstehen, erschien Hitler, der dem Bundeskanzler eine Niederschrift der an die Österreicher gestellten Forderungen mit den Worten übergab: «Verhandelt wird nicht! Ich ändere keinen Beistrich. Sie haben zu unterschreiben oder alles andere ist

zwecklos\*!)» Als Schuschnigg erklärte, er könne keine Gewähr bieten, dass die eingesetzte Frist von drei Tagen für die Erfüllung der gestellten Forderungen eingehalten werden könne, bekam Hitler einen neuen Zornanfall, drückte auf den Knopf und schrie nach den Generalen, worauf Keitel und Reichenau und mit ihnen der Pressechef Dr. Dietrich eintraten. «Zeigen Sie auf der Karte dem Kanzler», befahl Hitler den Generalen, «welche Vorbereitungen gemacht sind, wenn er die sofortige Erfüllung unserer Forderungen verweigert!»

Die Szene war derart, dass Guido Schmidt den Eindruck hatte, jetzt gehe es um das Äusserste und Letzte, vielleicht würden in den nächsten Minuten der Kanzler und er ihrer Freiheit beraubt werden. Etwa eine halbe Stunde später, nach Äusserungen in höchstem Stimmaufwand, wurde Schuschnigg, wieder zu Hitler gerufen, empfangen mit den Worten: «Ich habe mich entschlossen, zum ersten Male in meinem Leben, von einem gefassten Entschluss noch einmal abzugehen. Ich wiederhole Ihnen, Herr Schuschnigg: Es ist der allerletzte Versuch; innerhalb von drei Tagen erwarte ich die Durchführung!» Nun wurden Guido Schmidt und Papen ins Zimmer gerufen. Hitler hielt noch einen Monolog, worauf der Entwurf, mit einigen nicht ausschlaggebenden Änderungen, die von Guido Schmidt und Ribbentrop hatten vereinbart werden können, zur Reinschrift in die Schreibstube geschickt wurde. Nun beruhigte sich Hitler allmählich und das Gespräch lenkte in tragbare Formen ein. Bei der Abfassung eines abschliessenden Pressekommunikés erinnerte Schuschnigg nochmals daran, dass im Sinne der in Wien erhaltenen ausdrücklichen Zusage die getroffene Vereinbarung aussprechen solle, dass sie ihre Grundlage aus dem Juliabkommen 1936 beziehe. Er erreichte, dass Hitler in Aussicht stellte, er werde nächstens vor dem Reichstag die Sache in einem freundlichen Kommentar für Österreich erwähnen. Diese Zusage wurde eingehalten.

\* Guido-Schmidt-Prozess, S. 458.

Die vom Ballhausplatz an die österreichischen Gesandtschaften ergangenen telegraphischen Informationen sagten über die zwischen Schuschnigg und dem Reichskanzler in Berchtesgaden geführten Besprechungen, sie seien angesichts der von deutscher Seite erhobenen Forderungen und infolge des ausgeübten Druckes «ausserordentlich schwierig und von scharfen Auseinandersetzungen begleitet» gewesen. Erst nach mehrstündigen Verhandlungen konnte eine Basis gefunden werden, auf der eine Einigung erzielt wurde, die in der Hauptsache darin bestand, dass deutscherseits das Fortbestehen des Juliabkommens ausdrücklich erneuert wurde, wogegen Bundeskanzler Schuschnigg sich bereit erklärte, die innere Befriedung in Österreich durch bestimmte, im Geiste grosszügiger Versöhnlichkeit gehaltene Massnahmen zu fördern.

Nach dem letzten Gespräch, das die elf stündigen Verhandlungen abschloss, verliessen Schuschnigg und Guido Schmidt in vorgerückter Abendstunde Berchtesgaden. Kurz vor Mitternacht trafen sie in Salzburg ein, von Landeshauptmann Dr. Rehr mit Sorge erwartet. Der Landeshauptmann, der sich auf einige Minuten mit beiden Herren zurückzog, äusserte später zu Freunden, der Bundeskanzler und der Staatssekretär seien völlig erschöpft gewesen, beide Abbilder eines schrecklichen Erlebnisses, das ihre Gesichter in pergamentfarbige Blässe getaucht hatte; Guido Schmidt bekannte in seiner gerichtlichen Aussage: «Wir waren beide tief erschüttert, als wir Berchtesgaden verliessen, und wussten, dass nunmehr das Urteil über uns gefällt worden war.» Den beiden Heimkehrern fiel es nun zu, durch beherrschte Zurückhaltung vor der Öffentlichkeit einer Panik vorzubeugen. So blieb auch der amtliche österreichische Pressedienst sparsam in seinen Mitteilungen. Man wollte, wie erklärend gesagt wurde, mit der eigenen Schweigsamkeit zu erwartenden Störungsversuchen den Spielraum nehmen und lieber der Phantasie der publizistischen Kärner und ihrer Kombinationskunst für einige Tage das Feld überlassen. Für die in der Presse einzu-

nehmende Haltung galt das Gesetz: Nerven bewahren, Festigkeit, Vertrauen, immer bewusst sein, dass jetzt die höchste Vaterlandsliebe, der Opfergeist, der unerschütterliche Glaube an Österreich eingefordert sei. Der Dienst am geschriebenen Wort wurde für den verantwortungsbewussten Publizisten in diesen Tagen eine seelische Qual.

Die erste Meldung über Berchtesgaden, die am 12. Februar ausgegeben wurde, veröffentlicht in den Morgenzeitungen vom Sonntag, dem 13. Februar, war nichtssagend, von gemüthloser Trockenheit, indes so viele Österreicher um das Geschehen bangten und Auskunft begehrten. Endlich, am 15. Februar, wurde, nach vorausgegangener knapper Meldung über die Rückkehr des Kanzlers und des Staatssekretärs, eine beiläufige Aussage verlautbart; auch sie war, gemessen an der Bedeutsamkeit des Themas, kärglicher Art. Erst die Verlautbarungen am 16. Februar, die gleichlautend in Österreich und Deutschland erschienen, wurden konkreter und sprachen von einer Gewährleistung, dass die in Berchtesgaden beschlossenen Massnahmen ein so enges und freundschaftliches Verhältnis der beiden Staaten herstellen werden, wie es der Geschichte und den Gesamtinteressen des deutschen Volkes entspricht. «Umschliesst diese Verheissung», schrieb die «Reichspost» in ihrem Leiter, mit dem sie die amtliche Verlautbarung begleitete, «nicht alles, was ein jeder ehrliche Österreicher aus tiefstem Herzen wünscht?» Aber der Kommentar konnte den Zweifel nicht unterdrücken: «Ob die Unentwegten, deren starke Seite die politische Disziplin nie gewesen ist – auch das Juliabkommen verschwendete an sie vergeblich seine Autorität –, nun nach der Übereinkunft vom Obersalzberg sich zu einer freundlicheren Einsicht bekehren werden, sei dahingestellt. Wie immer es sei, die Ausführungen der Übereinkunft, in der sich Reichskanzler Hitler und Bundeskanzler Schuschnigg trafen, werden Frieden bedeuten, und wer dann noch diesen Frieden störe, über den würden die Akten geschlossen sein.»

Zu den Massnahmen, von denen die Verlautbarung

sprach, gehörte an erster Stelle, neben einer Generalamnestie für politische Delikte, die sofortige Umbildung der Regierung Schuschnigg. In dem neuen Kabinett Schuschnigg, dem nicht weniger als dreizehn Minister und vier Staatssekretäre als Mitglieder angehörten, sass als Minister des Inneren und Sicherheitswesens Seyss-Inquart, nun als Aussenminister Guido Schmidt, als Handelsminister Ing. Julius Raab, der fortan in der Zweiten Republik, bis hoch hinauf in das sechste Jahrzehnt, Mitglied des Parlamentes und zumeist auch der Regierungen sein wird, ferner als Minister für Finanzen Dr. Neumayer, als Minister ohne Portefeuille gehörten dem Kabinett an Glaise-Horstenau, Rott und Guido Zematto; eine besondere Note erhielt die nunmehrige Regierung durch den Staatssekretär für Arbeiter- und Angestelltenschutz Adolf Watzek, dessen Berufung in die Regierung die Antwort war auf die Reihe eindrucksvoller Grosskundgebungen, mit denen sich in den letzten Monaten die Arbeiter- und Angestelltenschaft an die Seite des Bundeskanzlers gestellt hatte.

Bundeskanzler Schuschnigg hatte nach seiner Rückkehr aus Berchtesgaden nicht geringe Sofortaufgaben zu bewältigen. Die getroffenen Abmachungen waren in Umrissen vorgezeichnet, Einzelheiten standen noch unentschieden dahin, ihre Ausdehnung und Anwendung von Person zu Person unterlag noch der Interpretation. Die wichtigste Zielsetzung der vereinbarten Massnahmen, Haltung und Wille der österreichischen Regierung, sprachen sich zuvorderst in der weitreichenden Amnestie für politische Delikte aus, zu der der österreichische Partner sich bereitgemacht hatte. Der grosszügige Gnadenakt, gedacht für Straffälle aller politischen Kategorien, war nicht die Ausgeburth einer sentimentalen Schwäche, er war bewusster Ausdruck österreichischer Entschlossenheit zu einer ehrlichen Versöhnung. Die Generalamnestie löschte Straffälle aus. Zu ihnen gehörte auch der des wegen Hochverrats zu lebenslänglicher Haft verurteilte Doktor Rintelen, der aus seinem Krankenstande im Lainzer Spital



der Gemeinde Wien sich sofort zu Verwandten nach Deutschland begeben durfte.

Die überstürzte Eile, mit der nach Berchtesgaden, wie nun einmal die Dinge lagen, eine ganze Reihe der sogenannten Massnahmen durchzuführen war, stellte an den Bundeskanzler und seine nächsten Mitarbeiter ausserordentliche Anforderungen körperlicher und geistiger Art.

Drei Tage nach seiner Heimkunft vom Obersalzberg hatte der Bundeskanzler einige vertraute Freunde, die publizistisch tätig waren, in die Leitstelle der Vaterländischen Front gerufen, um ihnen einen Kommentar zu den Begebenheiten des 12. Februar am Berghof zu geben. Ich wohnte dieser Konferenz bei. Dem Kanzler war in dieser Aussprache augenscheinlich darum zu tun, die strengen Tatsachen deutlich zu machen, gegen die sich Österreich zu rüsten habe. Der Kanzler zeigte den brutalen Zwang auf, der sich für Österreich ergeben hatte und es nötigte, den Weg entlang einem Abgrund zu nehmen. Da er wusste, dass ich Mitglied des Vorstandes der Internationalen Union Katholischer Journalisten in Vorbereitung des für den 19. bis 23. Mai dieses Jahres nach Wien einberufenen internationalen Kongresses der Union in nächster Zeit in Rom weilen und auch im Vatikan zu tun haben werde, wünschte er mir Informationen für unsere Gesandten beim Vatikan und Quirinal mitzugeben und erteilte dem Minister Guido Schmidt den Auftrag, als unmittelbar Beteiligter an dem Streitgespräch um die vielberufenen sogenannten «Massnahmen» mich durch einen genauen Bericht über die Vorgänge ins Bild zu setzen. Der Minister gab mir tags darauf in längerer Unterredung eine präzise, sehr lebendige Darstellung, der ich punktweise mit dem Bleistift in der Hand folgen konnte. Von unserem Gesandten beim Vatikan, Dr. Kohlruss, beim Päpstlichen Staatssekretariat ob meiner Mission angemeldet, wurde ich für den nächsten Tag zu Kardinal-Staatssekretär Pacelli geladen, der mich aus den Besprechungen kannte, die er im Frühjahr 1933 über das österreichische

Konkordat geführt hatte. Wiederholt hatte er mich durch sein Wohlwollen ausgezeichnet. An Hand meiner Aufzeichnungen erstattete ich Seiner Eminenz Bericht. Der Kardinal-Staatssekretär folgte meinen Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit, ab und zu mit einer Zwischenfrage mich unterbrechend; die Besorgnis, die er stellenweise verriet, vermochte ich nicht ganz zu zerstreuen, obwohl ich mich bemühte, in der gegebenen trostlosen Lage nicht den Eindruck kapitulationsreifer Stimmung aufkommen zu lassen. Die meinem damaligen Bericht zugrunde gelegenen Vorgänge sind heute auch ein öffentlich zugängliches, in der zeitgeschichtlichen Literatur reichlich verarbeitetes und quellenmässig belegtes Aktenmaterial.

Meine Darstellung zergliederte das politische Ergebnis der Absprache von Berchtesgaden in acht Punkte:

1. Berufung eines Vertrauensmannes des nationalsozialistischen Lagers in der Person des Dr. Seyss-Inquart als Minister des Innern in die Regierung. Übergabe der polizeilichen Exekutive an diesen Minister.
2. Generalamnestie für politische Delikte.
3. Diplomatische Zusammenarbeit bei gemeinsamen auswärtigen Angelegenheiten der beiden Staaten.
4. Zulassung einzelner Nationalsozialisten in die Vaterländische Front.
5. Ausbau der volkspolitischen Referate in der Vaterländischen Front.
6. Annäherung der Wirtschaftssysteme beider Staaten (Zollunion).
7. Berufung eines Exponenten (Dr. Fischböck) in massgebliche Position der Finanzverwaltung.
8. Der Austausch von hundert Offizieren in der Wehrmacht; gemeinsame Besprechung der Generalstäbe.

Das Abkommen ist nicht bis zum Vertrag gereift. Sein Zustandekommen hätte in absehbarer Zeit den Zugang zu den wichtigsten Agenden des österreichischen Staates erschlossen. Es blieb bei der Erklärung der Bereitschaft, in diesem Rahmen die genannten Massnahmen in Vorschlag zu bringen.

Die Zeit meiner Audienz bei Kardinal-Staatssekretär Pacelli war bereits vorgeschritten, und ich war mit meiner Berichterstattung fast zu Ende, als bei Seiner Eminenz ein Besucher gemeldet wurde, den der Kardinal bitten liess, sich noch einige Minuten zu gedulden, da er eben mit dem Abschluss einer Unterredung befasst sei. Als ich geendet hatte, schritt der Kardinal-Staatssekretär in den anstossenden Empfangssaal, um den Besucher zu begrüßen, der anscheinend ein hoher geistlicher Würdenträger aus dem Nahen Orient war. In dessen Gegenwart verabschiedete mich Kardinal Pacelli mit rührenden Segenswünschen für Österreich und das österreichische Volk. Ich war, tiefbewegt, niedergekniet.

Als ich am 11. März bei meinen Verwandten in Kärnten durch die SS verhaftet und am 16. März in das Wiener Polizeigefangenenhaus auf der Elisabethpromenade gebracht wurde, trug ich, ohne daran zu denken, in meiner Brieftasche das Notizblatt mit mir, das mit meinen Kleidern in die Kleiderkammer des Gefängnisses wanderte. In dem Wirbel, der damals Tag und Nacht die «Liesel» erfüllte, blieb meine lederne Brieftasche zu meiner angenehmen Überraschung unkontrolliert. Wäre das Notizblatt mit persönlichen Details aus den Berchtesgadener Verhandlungen entdeckt worden, wäre ich um das Schicksal Guido Schmidts besorgt gewesen. Bei meinem Abtransport in das Landesgericht bekam ich Gelegenheit, das Dokument zu vernichten. Ich konnte es, seinem Inhalt nach, nach meiner Haftentlassung, 18 Monate später, ziemlich genau nach dem Gedächtnis wiederherstellen.

\*

Vom Beginn bis zum Schluss zeigte sich in den Bestimmungen, die in Berchtesgaden den Österreichern abgerungen worden waren, die zielbewusste Entmachtung des österreichischen Staates, dem zwar die Unabhängigkeit vertraglich zugesprochen wurde, dem man aber die wichtigsten Lebensfunktionen: Verwaltung, Wehrmacht, Wirtschaft, zu unter-

binden suchte. Bald würde es so weit sein, dass man unserer Heimat nicht einmal mehr den Namen liess.

Wer in diesen Tagen ein Österreicher war, der trug schwer an seinem Erleben. Das Vaterhaus, das geliebte, wat; am Zusammenstürzen. Welche Opfer verlangte diese schreckliche Stunde? Freund, Bruder, sage es mir in dieser Not, sie ist gebieterisch, und ich will ihr gehorchen!

Man ging um wie in einem Traum, dessen Phantasien erlöschen würden. Aber sie verloschen nicht. Man blieb aufrecht, weil man ein Christ war und deshalb wusste, nicht verlassen zu sein. In diesem Gedanken fanden mit mir die Meinen und die Treuegenossenschaft meiner Freunde Zuversicht.

## XVI. KAPITEL

### ALS ÖSTERREICH DEN STURM BESTAND

*Eine mitreissende Rede Schuschniggs – Das nationale Lager gespalten und zerrissen – Die Abstimmungsparole erweckt ein begeistertes Echo – Der letzte Leitartikel der «Reichspost» – Massive Drohungen Hitlers – Göring setzt sich über alles hinweg – Teie graphischer Hilferuf wird erfunden – Blutige Szene in der Josefstadt – Vbermachtung des Kleinen durch den Grossen – «Gott schütze Österreich!» – Die ultimativen Forderungen der deutschen Regierung – Bundespräsident Miklas als berufener Sprecher – In Abschiedsaudienz bei Kardinal Innitzer – Von der Gestapo verfolgt – Transport nach Dachau – JFalter Adam – Entlassung aus dem KZ – April 1945 – Gründung der «Furche»*

Bei meiner Rückkehr aus Rom kam ich zurecht, um als Mitglied des Bundestages Zeuge zu werden der grossen Rede, mit der Bundeskanzler Schuschnigg am 24. Februar 1938 die Stimme für den «Deutschen Frieden» erhob. Er sprach mit hinreissender Beredsamkeit. Schon lange hatte dieses Haus keine Rede von so vornehmer Schönheit und solcher Wucht gehört. Ich sass in der Nähe des Sprechers, so dass ich mich als Zuhörer wie in der Mitte eines grossen Ereignisses empfand. Die Gesichter in meiner Umgebung zeigten das Gefangensedn der Menschen in einer überwältigenden Faszination. Wie Donner rollte der Beifall von Absatz zu Absatz. Es war keine Übertreibung, wenn die «Reichspost» von einem «Orkan unbeschreiblicher Begeisterung und grenzenloser Freude» sprach, in dem sich die ungeheure Spannung entlud, mit der ganz Österreich der Rede des Bundeskanzlers entgegengeharret hatte. Aus ungezählten Herzen stieg der Wunsch auf: «Gesegnet seien die Abendstunden dieses Tages mit ihrem allen Österreichern unvergesslichen historischen Ereignis!» Frédéric

Sondern bezeichnete die Rede als «one of the most brilliant Speeches that modern Europe has heard\*» (eine der glänzendsten Reden, die das moderne Europa gehört hatte). Unzählige ähnliche Urteile gingen weithin in die Welt. Prickelnd war das Zeugnis aus Berlin, das Gesandter Tauschitz an den Ballhausplatz deeschierte: «Grosse Rede Bundeskanzlers hat in diplomatischen, amtlichen und Parteikreisen stärksten Eindruck hervorgerufen. Allgemeine Verblüffung rief der frenetische Beifall, die Begrüssung des Kanzlers an vielen Stellen und zum Schluss hervor und gibt Anlass zur Überprüfung hier verbreiteter Meinung, österreichische Regierung habe keinen Anhang.»

Noch mehr als Urteile, die aus augenblicklichen Eindrücken geschöpft waren, hatten demonstrative Kundgebungen zu sagen, mit denen sich die Arbeiterschaft um den Kanzler scharte und sich mit ihm und seinem Willen solidarisch erklärte. So wenn die Bergleute und Hüttenwerksarbeiter aus dem Donawitzer Industriegebiet in grossen Gruppen sich sammelten und nach Leoben zogen, um am 27. Februar mit einer imposanten Kundgebung durch den Mund des Obmannes der Gewerkschaft der Metall- und Elektroindustrie in feierlicher Entschlussfassung zu erklären, die Arbeiterschaft stehe zu dem «Deutschen Frieden» im Sinne der Kanzlerworte. Sie werde nicht dulden, dass die Befriedung durch unverantwortliche Elemente gestört werde. Mit entblösten Häuptionen schworen die Arbeiter: «Wir kämpfen mit dem Kanzler Schuschnigg, Rotweissrot bis in den Tod!» Niemand hätte vor einem halben Jahr in einem Landstrich, in dem die nationalsozialistische Bewegung Anhang hatte, eine solche Manifestation – die ganz ausserhalb des Schemas der Propaganda stand – für möglich gehalten. Schon am 16. Februar hatten die berufenen Vertreter der Wiener Arbeiterschaft in lücken-

---

\* Frédéric Sondern: «Schuschnigg's terrible two liours.» «The Reader's Digest», Oktober 1938, Vol. 33, Nr. 198.

loser Geschlossenheit sich zu einer ähnlichen Kundgebung zusammengetan, die den leidenschaftlichen Willen aussprach: «Für die Freiheit, Unabhängigkeit und Würde Österreichs einzutreten.» Durch die Vertrauensmänner der Werkgemeinschaften wurde in allen Betrieben eine Entschliessung zur Unterschrift aufgelegt, die, zufolge des Beschlusses der Vertrauensmänner aller Fachverbände, erklärte, dass sie «namens der von ihnen vertretenen Arbeiterschaft bereit sind, jederzeit den Kampf für die Erhaltung eines freien und unabhängigen Österreichs zu führen und sich mit allen jenen zusammenzufinden, die gleich ihnen diesen Kampf ehrlich führen wollen». Diese Entschliessung, die öffentlich zur Unterschrift in den Betrieben aufgelegt wurde, erhielt binnen 48 Stunden die Unterschrift von mehr als einer Million österreichischer Arbeiter\*.

Der Volkswille brach sich in diesen und vielen ähnlichen Kundgebungen Bahn und veranlasste auch Männer, die dem nationalsozialistischen Lager zugehörten, solchen Manifestationen Rechnung zu tragen; so war es ein Bekenntnis zu Österreich, wenn einer der klügsten Köpfe in der nationalsozialistischen Führung, Staatsrat Dr. Hugo Jury, der stellvertretende Bundesleiter des Volkspolitischen Referates im Amt des Bundeskanzlers, in einer am 3. März gehaltenen Rundfunkrede sich «an alle deutschen Volksgenossen unserer Heimat» als Nationalsozialist im Zeichen des «Deutschen Friedens» von Berchtesgaden wandte und sich an die Seite des Bundeskanzlers stellte mit der Anerkennung, aus der starren Lage des jahrelangen Kampfes, einer so verkrampften Lage, den Ausweg zu finden, sei gewiss nicht leicht gewesen. «Wir danken», sagte der Sprecher, «dem Bundeskanzler unseres Vaterlandes, unseres Österreichs, Dr. Schuschnigg, der, mitten in der harten Arbeit des Tages stehend, darüber hinaus den ruhigen und mutigen Blick bewahrte. Wir werden

---

\* «Rot-Weiss-Rot»-Buch, 1946, Staatsdruckerei, Seite 62.

an dem Geschick unseres Vaterlandes, an einer politischen Willensbildung im Rahmen der Gesetze mitwirken im Bewusstsein der vom Bundeskanzler bekräftigten deutschen Sendung unserer Heimat. Wir bekennen uns feierlich zu einem christlichen Österreich, das zu einem Christentum der Tat, der Gesinnung und Haltung verpflichtet, zu einem ständisch gegliederten, unter autoritärer Führung stehenden Österreich, das seine Söhne in sozialer Gerechtigkeit und Arbeit für das Gemeinwohl vereinigt.»

Es musste viel umgehen in den nationalsozialistischen Bereichen, wenn ein hoher Amtsträger der Partei zu solcher Stellungnahme sich vorwagen konnte.

Eine ähnliche Klangfarbe hatten Sätze, die ein paar Tage darauf Innenminister Seyss-Inquart als Bundesleiter des Volkspolitischen Referates der Vaterländischen Front, mit Berufung auf das Einvernehmen mit dem Bundeskanzler, an die versammelten nationalsozialistischen Vertrauensmänner richtete, denen seine Worte Weisungen für den einzuschlagenden Weg sein sollten. Da hörte man die lapidaren Sätze: «Was sind wir und wo stehen wir? Wir sind Deutsche, ebenso auch Österreicher, und stehen auf österreichischem Boden.» – Der Minister gebrauchte dann die Wendung: «Zu den Grundlagen dieses Österreichs gehören, in Übereinstimmung mit der Verfassung, die Vereinbarungen vom 11. Juli 1936 und 12. Februar 1938»; und fortfahrend sagte Seyss-Inquart: «Positives Christentum muss für jeden von uns und für uns alle Selbstverständlichkeit sein.» – Das waren gewiss achtenswerte Äußerungen, wenn sie standhielten. Ohne Säumen bemühte sich Dr. Jury, seine ob solcher Sprache in Verwirrung geratenden Gesinnungsfreunde zu beschwichtigen. Es war zu verstehen: Das nationale Lager, das sich als nationale Opposition bezeichnete, war in sich zerspalten und zerworfen. Seine Zerrissenheit behinderte jeden Versuch, diese Bruchteile eines längst verlorenen Ganzen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Wer es versuchte, war in Gefahr, in Konflikt mit dem eigenen



Lager zu geraten. So erging es Jury, und so erging es vor allem dem von Leopold und seinem radikalen Anhang ingrimmig als Parteiverderber verfolgten Minister Seyss-Inquart.

Ausführungen «Von besonderer Seite», die in der «Wiener Zeitung\*» einige Tage nach dem Kanzlerappell im Namen des «Deutschen Friedens» erschienen, waren nach den jüngsten Erfahrungen zu der Feststellung veranlasst, der innere Friede in Österreich könne nur gedeihen, wenn alle in Betracht kommenden Gruppen, besonders auch jene, die erst jetzt bereit sind, sich der österreichischen Idee zu verpflichten, unter dem Begriffe Frieden eine ehrenvolle Vereinbarung verstehen, die unter deutschen Männern ehrlich zu halten ist, nicht aber eine Deckung, hinter welcher der Kampf weitergeführt wird. Wenn hier nicht in kürzester Zeit Wandel eintrete, werde die ernste Frage gestellt sein, ob und in welchem Umfange die unerlässlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung des inneren FriedenBprogrammes des Kanzlers und der Bundesregierung gegeben seien. Halbheiten seien da ausgeschlossen. Entweder fänden sich alle Teile bereit, vorbehaltlos zusammenzustehen und eine Weggemeinschaft auf dem Boden der Verfassung zu begründen, oder es werde sich die Notwendigkeit ergeben, einen eindeutigen Klärungsstrich zu ziehen, und schon in allernächster Zeit.

Klärungsstrich? Es waren schon viele solche Striche gezogen worden – vergeblich. Nun aber gedieh bei der Zerfahrenheit und Ziellosgigkeit der Weizen der Illegalen in der national-liberalen Bevölkerungsschichte. Eben jetzt gingen in der Steiermark zwei Flugblätter um, bezeichnend für die Verblendung, die als radikale völkische Politik angesehen wurde. Die Verfasser wendeten sich anonym gegen Seyss-Inquart und Dr. Jury mit der Forderung, die volle Machtübernahme durch die Nationalsozialisten innerhalb der VF zu betreiben. Zu gleicher Zeit schrillten wieder die alten Hetzparolen durch das

\* «Wiener Zeitung» vom 27. Februar 1938.

Land: «Fort mit den Schwarzen!» Damit waren alle irgendwo an verantwortlichen Posten stehenden Männer aufrechter christlicher Gesinnung gemeint. In gleichem Atem wurde die Arbeiterschaft für ihre immer zahlreicher werdenden Demonstrationen österreichischer Gesinnung in brutaler Verfälschung der Wahrheit als «kommunistisch» verschrien. Die Gemässigten von der Art Jurys suchten in der Abwehr dieser unwürdigen Verunglimpfungen den Ton der öffentlichen Auseinandersetzung zu mildern und den Tag um Tag verletzten Frieden der Gemeinschaft vor dem Ertränktwerden in Hass und Verwilderung zu retten. Aber lang durften diese Treibereien nicht andauern, wenn nicht gerade die zum Frieden stehenden Nationalsozialisten, sie waren mindestens eine beachtliche Minderheit, in eine unhaltbare Lage kommen sollten. Mit Recht tönte aus der christlichsozialen Presse der Ruf: Diejenigen müssen sichtbar Recht behalten, die zum «Deutschen Frieden» stehen, nicht jene, die ihn durchlöchern! Aber diese letzteren hatten in ihren Organisationen die Kampfmittel und die Kampfbereitschaft und den Willen «zu allen Mitteln» auf ihrer Seite. Ersichtlich waren die Führer der Illegalen, die Leopold, Rainer und Genossen, jetzt daran, gegen die Seyss-Inquart und die übrigen «Packler, die mit Berlin in Friedensgeschäften machten», mit der scharfen Methode anzutreten. Der innere Konflikt im Lager der sogenannten nationalen Opposition mit der illegalen Unterwelt war im Ausbrechen.

Stand man jetzt vor dem Höhepunkt der Entscheidung?

Um Klarheit zu schaffen, rief Bundeskanzler Schuschnigg am 9. März zur Volksbefragung auf.

Die Abstimmungsparole zündete ringsum. Vom ganzen Bundesvolke sollte Antwort eingefordert werden mit Ja oder Nein auf die Frage:

«Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich. Für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen.»

Die Tiroler Landeshauptstadt bot dem Kanzler, der zum ersten Male in ihrem Weichbild die Losung verkündete, schon bei seinem Eintreffen einen begeisterten Empfang. Etwas von der Atmosphäre des Jahres 1809 schien in die Gegenwart geströmt zu sein, als der Kanzler in den Stadtsälen seinen Appell ergehen liess: «*Am nächsten Sonntag, 13. März, machen wir Volksbefragung!*» Minutenlang umrauschten ihn die zustimmenden Zurufe, da er Andreas Hofers historische Worte gebrauchte: «Mander, 's isch Zeit!» – Die Beifallsstürme erweckten im ganzen Lande ein immer aufs Neue auf rauschendes Echo. Sozialisten und selbst Kommunisten gaben die Losung aus, mit Ja zu stimmen.

Freitag, den 11. März, veröffentlichte die «Reichspost» unter dem Titel «Jasager – Neinsager – Daheimbleiber» einen Leitartikel, der Vorwort sein sollte zu der Volksbefragung. Dieser am 11. März 1938, am letzten Tage des freien Österreichs, erschienene Leitartikel\* der «Reichspost» war auch *der letzte in der Freiheit dieses Blattes*. Inmitten sich schon auflösender Ordnung haben hier aufrechte Männer bis zu allerletzt ihre journalistische Pflicht ihrem Lande und ihrem Volk gegenüber erfüllt, bereit, einem dunklen Geschick zu erliegen, aber nicht, sich freiwillig ihm zu beugen. Vierundzwanzig Stunden später hat es sieben Jahre lang kein freies Österreich mehr gegeben. Wegen seines Bekennermutes und seiner echten Heimatliebe seien hier aus dem Leiter des damaligen führenden katholischen Blattes einige beispiel-

---

\* Der Leitaufsatz stammte aus der Feder des Chefredakteur-Stellvertreters der «Reichspost», Peter Thaler, eines Tirolers von echtem Schrot und Korn, der als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten im Kreise der katholischen Publizistik des herauf ziehenden 20. Jahrhunderts genannt zu werden verdient, ein Rufer, ein Kämpfer, eine Zierde seines Standes. Leider war es ihm nicht beschieden – er wurde am 30. April 1946 in die Ewigkeit berufen –, die Erneuerung des im Wiener Herold-Hause begründeten Erbes der «Reichspost» 1946 miterleben zu können, an dem er einst führend mitgestaltet hatte. Sein Wesen bleibt untrennbar verbunden mit der Geschichte des Blattes und seiner Rolle in der christlichen Volksbewegung und Kulturpolitik einer schicksalsvollen Zeit.



*Dr. Arthur Seyss-Inquart*



*Hauptmann Josef Leopold*

gebende Stellen gebracht; sie mögen eine Charakteristik der hochgesinnten Willensrichtung sein, die dann aus dem Lager der österreichischen Katholiken vorwärts führte, zugleich ein Gedenken an jene, die uns in Jahren schwerer Heim-suchung das freie Österreich vorbereiten und mit Gottes Hilfe gewinnen halfen:

«*Warum eigentlich diese Abstimmung über eine Selbstverständlichkeit?* mag mancher fragen. Ihm gibt *die Innsbrucker Rede des Bundeskanzlers* in einigen ihrer packendsten und ergreifendsten Sätze Bescheid:

„Ihr könnt mir glauben\*, sagte der Bundeskanzler, ‚ich weiss, was es heisst, Verantwortung tragen. Ich habe die Verantwortung für diesen Entschluss ganz allein auf mich genommen und stehe und falle mit allem, was ich will und denke, mit diesem Bekenntnis, das unser österreichisches Volk ablegen soll.‘

Und an einer anderen Stelle:

Jetzt will und muss ich wissen, ob das Volk von Österreich dieses freie und deutsche und soziale, christliche und einige, keine Parteienzerklüftung duldende Vaterland will. Und das muss ich jetzt wissen ... Und mir liegt daran, vor Gott und der Welt und dem ganzen deutschen Volke unter Beweis zu stellen, dass wir, eingedenk unserer Pflicht und im Bewusstsein der historischen Stunde, für unsere Unabhängigkeit, für die deutsche Unabhängigkeit Österreichs einzustehen bereit sind.‘

*Wer hätte den Mut, den Führer, der alle Verantwortung auf sich genommen hat und dessen Parole uns allen als eine Selbstverständlichkeit erscheint, in dieser über unser aller Schicksal entscheidenden historischen Stunde im Stich zu lassen? Der Führer braucht unser Ja, um den Weg zum neuen, besseren Österreich weiterschreiten und sein Programm, dem jeder gesunde Verstand zustimmen muss, verwirklichen zu können. Österreich braucht dieses Ja aller Österreicher, um bei der Verwirklichung des ‚Deutschen Friedens‘, der vor drei Wochen zustande gekommen ist, sich auf die unanfechtbare Autorität des Volkswillens stützen zu können.*

*Seit dem Tage, an dem, weil die Verfassung der Umsturzzeit unbrauchbar und irreparabel geworden war, die Maiver-*

*fassung beschlossen wurde, haben die Rufe nach einer Volksbefragung nicht aufgehört. Für die Möglichkeit einer solchen ist in der Maiverfassung selber Vorsorge getroffen. Die Unklarheiten jeder Übergangszeit, in Österreich noch belastet mit den Wirren des ins Land getragenen Unfriedens, legten ein Zuwarten bis zu einer gewissen Stabilisierung der Verhältnisse nahe. Diese ist durch das harte, an seine Vollendung fortgeschrittene Aufbauwerk erreicht, und schon hat sich der Bundeskanzler bei dem ersten gegebenen Anlass entschlossen, Österreichs Volk zur Willenskundgebung aufzurufen. Mit der ganzen Bevölkerung ist auch jenen, die so beharrlich nach der Volksabstimmung gerufen haben, die Gelegenheit gegeben, von dem Mitbestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Der autoritäre Kurs in Österreich ist nie etwas anderes gewesen und wollte nie etwas anderes sein als die durch einen vom Parteienkampf lahmegelegten Parlamentarismus nicht mehr gehemmte Verwirklichung des unverfälschten Volkswillens, wie er sich in der Erneuerungsbewegung so elementar und unmissverständlich kundgegeben hatte.*

*Dieser Sachverhalt wird jetzt, aller Welt sichtbar, von der Bevölkerung Österreichs bescheinigt werden, weil der Kanzler der richtigen Meinung ist, dass er nur mit dieser ausdrücklichen Befugnis das Dollfuss-Werk vollenden und dem ‚Deutschen Frieden‘ gleichfalls ein Vermächtnis des sterbenden Märtyrers der österreichischen Freiheit, mit hinreichender Autorität und Kraft, sinn- und buchstabengetreu in lebendige Wirklichkeit umzusetzen vermag.»*

Soweit der Leitartikel der «Reichspost» vom 11. März 1938. In allen Bundesländern liessen sich die Abstimmungsvorbereitungen gut an. Kenner der Stimmungslage zählten mit einem unanfechtbaren Ja als Antwort auf die grosse Frage. Selbst für Gegenden von Kärnten, in denen der Nationalsozialismus eine sehr gute Führung und einen gutdisziplinierten Anhang besass, bezifferten berufene Berechner ein Endergebnis von mindestens 65 Prozent Ja-Stimmen. Eine

Umfrage, die von der Redaktion der «Reichspost», so sorgfältig, als es die Umstände zuließen, veranstaltet wurde, bestätigte dieses schätzungsweise zu erwartende Gesamtergebnis.

Zur Durchführung war der Volksbefragung eine kurze Frist gesetzt, um die erzweckte Klarstellung des Volkswillens möglichst bald und möglichst rein, möglichst frei von tendenziöser Verwirrung und Entstellung zu erhalten. Denn Intrige, Störungswille, Vereitelungsabsichten entgegen der Zielstellung dieser einmaligen Volksbefragung lauerten in diesem und jenem Winkel. Die Staatsführung war darauf gefasst. Trotz aller Vorsicht konnte es aber geschehen, dass eine Schreiberin den Terminplan für Ansage und Durchführung der Abstimmung weitergeben und damit der feindseligen Propaganda zu Spielraum verhelfen konnte. Nun stiessen gegen die gut einsetzende Abstimmungswerbung die Tricks einer grosszügigen, aus reichen Geldmitteln gespeisten Gegenaktion vor. Alle Machtmittel des grossen Gegners begannen zu wirken, Schlag auf Schlag. Minister Glaise-Horstenau, der zufällig anwesend war, als man in der Reichskanzlei die Ansage der Volksbefragung erfuhr, erzählte, Hitler habe gerast und geschrien, ob er nun mit Bomben oder Flugzeugen über Österreich herfallen solle. Er werde am 12. März einmarschieren, sonst könne die Volksabstimmung für Österreich ausgehen. War nun auch die Zeit für Romanze und Märchendichtung gekommen? Göring wusste in der Wiener Nordwestbahnhalle von einem «ungeheuerlichen Wahlbetrug», auf dem die Volksbefragung auf gebaut sei, zu berichten: «Wir haben», so lärmte er, «Unterlagen, dass bereits 97 Prozent auf Ja gestimmt worden war. Wir haben Unterlagen, dass bereits nach der Abstimmung dieser oder jener unserer Gesinnungsgenossen wieder aufs Neue zu verhaften sei.» Ähnlich sprach Hitler in seiner Königsberger Rede ein paar Wochen später: «Wir haben Flugblätter und Pakete beschlagnahmt, in denen bereits acht Tage vorher Ziffern des Volksentscheides bekanntgegeben wurden.»



Um Aufschub oder Absage des grossen Volksaktes zu erreichen, sparten Hitler und Göring nicht mit Drohungen. Je heftiger sie die Freiheit des Volksentscheides in Frage stellten, desto mehr entwerteten sie das angestrebte Votum des Volkes, so dass schliesslich Bundeskanzler Schuschnigg auf die Befragung verzichtete, die mit ihrer Freiheit überhaupt den Sinn verloren hatte. Aber fortan ging es um viel mehr, wahrscheinlich um das Äusserste.

Der Vorwand für eine militärische Intervention Deutschlands war hinfällig geworden, da Schuschnigg von der Volksabstimmung zurücktrat, gegen die man aus Berlin mit einer ultimativen Drohung vorgegangen war. Göring erklärte später in Nürnberg vor dem Internationalen Militärgericht, er habe damals das Gefühl gehabt, dass nunmehr endlich die lang- und heissersehnte Möglichkeit in Bezug auf Österreich bestand, *«die ganze und klare Lösung» durchzuführen*. «Und von diesem Augenblick an» – rühmte sich Göring – «muss ich die Verantwortung für das Weitere, das geschah, hundertprozentig auf mich nehmen, denn *es war weniger der Führer als ich selbst*, der hier das Tempo angegeben und sogar, über Bedenken des Führers hinwegschreitend, die Dinge zur Entscheidung gebracht hat\*.»

\*

Man wusste von seinem Konzept. Es sollte, nach Görings Willen, von einer Eigenständigkeit Österreichs nichts übrigbleiben.

Für den Begriff «Anschluss» gab es im nationalsozialistischen Lager verschiedene Deutungen. Unter den österreichischen Illegalen, sogar unter ihren vordersten Führern, verstand man unter Anschluss eine Form der Vereinigung mit dem Reich, die Österreich eine gewisse Selbständigkeit gelassen hätte. Dass sich diese Erwartung sehr rasch als eine

---

\* Eichstädt: «Von Dollfuss zu Hitler», S. 387.

Täuschung erwies, war das bitterste Erlebnis gerade der idealistischen Intellektuellen, die zum Nationalsozialismus gestossen waren. Unter ihnen die Universitätsprofessoren Menghin und Hugelmann, Ministerialrat Dr. Wilhelm Wolff und andere vom sogenannten katholisch-nationalen Flügel, der allerdings klein geraten war. Aber auch Gauleiter, wie Klausner und Leopold, vertraten das Verlangen nach einem eigenständigen Österreich nach dem Anschluss.

Göring, der schärfste Gegner einer österreichfreundlichen Kompromisslösung, hatte jetzt, wie er selbst sich brüstete, die Führung an sich gerissen; er wollte den «totalen Anschluss», ohne Bedachtnahme auf die weitausgreifenden militärischen Pläne Hitlers, aber auch ohne Bedachtnahme auf aussenpolitische Rücksichten und völkerrechtliche Konsequenzen. Er war eben der Mann der absoluten, bedingungslosen Gewalt. In der Rede, die er am 3. März an die deutsche Luftwaffe richtete, hatte er schon angedeutet, wo er hinaus wollte: «Darüber hinaus muss sich jeder Einzelne klar und bewusst sein, dass in dieser neuen deutschen Luftwaffe nicht ein Friedensparadeinstrument geschaffen wurde, sondern das stärkste Kriegsinstrument, das wir auszubilden vermochten. Und wenn der Führer in seiner Reichstagsrede jene stolze Abrechnung vorlegte und jenes stolze Wort gebrauchte, dass wir nicht länger dulden würden, dass zehn Millionen deutscher Volksgenossen jenseits der Grenzen unterdrückt würden ..., dann wisst ihr, Soldaten der Luftwaffe, dass, wenn es sein muss, ihr für dieses Wort des Führers einstehen müsst bis zum Letzten!» Göring bekundete später vor dem Militärtribunal, dass ein Verzicht auf den deutschen Einmarsch nicht im deutschen Interesse gelegen habe\*.

Im Gegensatz zu Göring war Hitler, der sich mit grossen aussenpolitischen Vorhaben trug und sich in dieser Lage aussenpolitisch nicht kompromittieren wollte, darauf bedacht,

---

\* Eichstädt: «Von Dollfuss zu Hitler», S. 421.

sich eine völkerrechtlich gültige Legitimation für den Einmarschbefehl in das friedliche Österreich zu verschaffen. Diese moralische Deckung sollte darin bestehen, dass von Wien aus ein Hilferuf um militärischen Beistand gegen angeblich bedrohliche Unruhen in Österreich ergehe. Doch Seyss-Inquart lehnte korrekt eine Mitwirkung an diesem Einmarschmanöver ab. Dasselbe tat Glaise-Horstenau bei einem Aufenthalt in Berlin, als ihm Göring ein Schreiben an Seyss-Inquart in die Hand zu drücken suchte, das den Entwurf eines Telegramms enthielt, mit dem Seyss-Inquart um den Einmarschbefehl für deutsche Truppen nach Österreich mit vorgetäuschter Begründung bittlich werden sollte. Glaises Ablehnung einer Beteiligung an dem unsauberen Unternehmen führte zu einer hitzigen Auseinandersetzung mit Göring. Mehr Glück hatte dieser bei Staatssekretär Keppler, der, völlig unbefugt, ohne sich, wie er später selbst sagte, darüber Gedanken zu machen, im Namen Seyss-Inquarts telegraphisch die von Göring begehrte Erklärung abgab, durch die militärische Gewalt unter unwahren Voraussetzungen gegen Österreich ins Rollen gebracht wurde. In der Kriegsgeschichte eine düstere, unauslöschliche Episode. Das internationale Militärtribunal bekundete fast ein Jahrzehnt später, dass Seyss-Inquart weder den von Göring verlangten falschen Hilferuf abgesandt noch mit ihm einverstanden gewesen wäre.

Im Fliegerklub in Berlin fand zur selben Stunde, da über den erfundenen telegraphischen Hilferuf verhandelt wurde, ein Ball statt, bei dem Göring Gastgeber war. Zwischen Wiener Walzern und polnischen Polkas telephonierte Göring und sein Adjutant mit Keppler über den einzuleitenden Einmarsch in Österreich und die dafür benötigte telegraphische Falschmeldung. Schliesslich – die Uhr zeigte 21.45 Uhr – trug Keppler dem Adjutanten Görings auf: «Sagen Sie dem Generalfeldmarschall, dass Seyss-Inquart einverstanden wäre.» – Auf die vorsichtige Rückfrage des Adjutanten, ob Minister Seyss-Inquart wirklich einverstanden sei, erwiderte Staats-

Sekretär Keppler: «Jawohl!» *\*Und auch diese Bejahung stimmte nicht.*

In den späteren Nachmittagsstunden des 11. März gewannen revolutionäre Erscheinungen die Oberhand. Die Aufbruchstiftung war, wie die einlaufenden Meldungen verrieten, vorbereitet. In mehreren Bezirken der Grossstadt waren fast mit einem Schlag Zusammenrottungen von kleinen Menschengruppen auf getreten, die rasch zu grösseren Einheiten sich vereinigten, vorwiegend Jungvolk, geführt von Leuten, die Hakenkreuzbinden trugen und durch Radfahrstafetten miteinander Verbindung hatten. Als da und dort Sprechchöre der Nationalsozialisten vernehmlich wurden, sammelte sich Österreicherische Jungmannschaft zur Antwort. Lastautos, besetzt mit Freund oder Feind, fuhrten durch die Hauptstrassen; ihre Besatzungen suchten sich gegenseitig an Lautstärke zu überbieten. Innerhalb von zwei Stunden waren zehntausende Menschen unterwegs in den Strassen, die mit allerhand nationalsozialistischen Schlagern gegen die Regierung Schuschnigg und die Volksbefragung randalierten und gut eingelernt waren, den Zugriffen der auf gebotenen Polizei auszuweichen. Lautsprecher mischten sich in den ausbrechenden Tumult. Geschrei und Gepfeife sprang in West und Ost über die Dächer. Wo die Sicherheitswache die Tumultuanten zu zerstreuen suchte, begegnete sie einem erbitterten Widerstand. Die Demonstranten drängten dem Zentrum der Stadt zu, so ungebärdig und schon auch gewalttätig, dass gegen sie berittene Wachmannschaft eingesetzt wurde. Bis gegen Mitternacht widerhallte Wiens Innere Stadt von dem Lärm, der aus dem Dunkel der Nacht aufstieg.

Um diese Zeit erschien in der Josefstadt ein bewaffneter Stosstrupp der nazistischen Jungmännerorganisation «Oberland», deren Kern die SS-Standarte 89 bildete, bekannt durch ihre Rolle bei dem Kanzlermord auf dem Ballhausplatz. Sie war mit Stahlruten und Schusswaffen ausgerüstet und stiess mit einem Propagandatrupp von Studenten des CV und Arbeitern zusammen. Den Nazisten gelang es nicht, die Oberhand

zu gewinnen, worauf der Obersturmführer von «Oberland» mit dem Kommando: «Fertigmachen!» seinen 60 Mann starken Trupp das Feuer eröffnen liess\*. Die blutige Szene nahm einen so hässlichen Verlauf, dass Mitglieder der Burschenschaft «Teutonia» als Zeugen an Ort und Stelle ihrem Unwillen Ausdruck gaben.

Die sich in den Nachmittagsstunden, Freitag, den 11. März, verstärkende Bedrängnis der österreichischen Regierung fand in der Rede des Bundeskanzlers Schuschnigg am Abend dieses Tages ihren unverhüllten Ausdruck. Es war eine Abschiedsrede im Telegrammstil, aus dem das Gejagtsein durch furchtbare Ereignisse sprach; die Demission der Regierung geschah, ohne zunächst formell ausgesprochen zu werden. Im Auftrage des Bundespräsidenten erklärte der Kanzler: «Wir weichen der Gewalt!» An Stelle der vielberufenen Brüderlichkeit der beiden Staaten trat die Übermachtung des Kleinen durch den Grossen, der erbarmungslose Zustand militärischen Zwanges. Die an Österreich gestellte Forderung diktierte die Ernennung einer Regierung auf fremden Befehl. Der Kanzler schloss seine Rede mit den ergreifenden Worten: «Ich verabschiede mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volke mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch:

Gott schütze Österreich!»

Das Radio schwieg, als der Kanzler ausgesprochen hatte. Dann löste sich aus der Stille, anschwellend wie in feierlichem Gebet, eine der erhabensten Tondichtungen, in der sich die Seele eines Volkes ausspricht, die Variationen zu «Gott erhalte ..

Zu gleicher Zeit breitete sich in Österreich die Rebellion aus, ein mit fremden Mitteln seit langem hochgezüchteter

---

\* Bei dem Zusammenstoss in der Fuhrmannsasse wurden die Mitglieder der «Austria»-Wien, Franz Finstermann, Heinz Geiger und August Redtenbacher, durch Schüsse verwundet. Ein Mitglied der Kolpingjugend und der Student Gino Gaeta wurden mit Stahlruten übel zugerichtet.

**Preis 20 Groschen**

**Wannbezugspreise:**  
Für Wien und die Wien-  
verwalteten Bundesländer  
Postzahlverfahren 20.0558  
B 2—

**Abteilung, Verwaltung,  
Spezialred. und Anstalt:**  
Wien, 4. Bezirk, Alservorstadt Nr. 5

**Vertriebspreis A 23-4-G Wien**

# Reichspost

**Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk**

**Verantwortlicher Redakteur:**  
Dr. **Maximilian Wimmer**  
Wien, 4. Bezirk, Alservorstadt Nr. 5

**Verantwortlicher Schriftführer:**  
Dr. **Maximilian Wimmer**  
Wien, 4. Bezirk, Alservorstadt Nr. 5

**Verlagsanstalt:**  
Wien, 4. Bezirk, Alservorstadt Nr. 5  
Vertriebspreis A 23-4-G Wien

Nr. 71

Wien, Samstag, den 12. März 1938

45. Jahrgang

Die im erscheinenden Texte enthaltenen ausführlichen Mitteilungen sind durch ein separates + gekennzeichnet.

## Die Volksbefragung abgefragt.

In den Nachmittagsstunden des Freitag wurde amtlich verlautbart:

Wien, 11. März.

Der bei beständiger und fromtsinniger Haltung des Bundespräsidenten aufzustoßen, die für den 13. d. angelegte Volksbefragung zu veröffentlichen.

## Rücktritt der Regierung Schuschnigg.

Am Laufe der letzten Wochen wurde vom Bundespräsidenten

## Bundesminister Geyß-Inquart mit der Führung der Regierungsgeschäfte betraut.

An alle öffentlichen Funktionäre

ist die Befehle ergangen, auf ihrem Posten zu verbleiben, bis ihre eventuelle Entsetzung ordnungsgemäß erfolgt.

Titelblatt der letzten in Freiheit erschienenen „Reichspost“, 12. März 1938

Titelblatt der letzten in Freiheit erschienenen «Reichspost», 12. März 1938

Aufruhr, der in ein revolutionäres Chaos zu stürzen drohte. Putschistenführer bemächtigten sich in einzelnen Bundesländern der Staatsgewalt.

Der zunächst geschaffene kurzlebige Zustand, der fast automatisch in den zweiten Weltkrieg und zur Zerreissung des Deutschen Reiches führte, endete in dem Versinken einer schmerzlichen Illusion.

Während des 11. März wurde das Ringen entschieden. Drei Ultimaten hatten auf das wehrlose, von allen irdischen Mächten im Stich gelassene Österreich eingeschlagen. Jede Hoffnung auf ein Eingreifen der Mächte im Sinne des Völkerbundes zum Schutze der Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen österreichischen Republik war geschwunden. Der vom Deutschen Reiche aus genährten und mit allen Mitteln unterstützten Revolution des österreichischen Nationalsozialismus war es in den letzten Tagen gelungen, namentlich in einzelnen Bundesländern, den staatlichen Organismus an sich zu reißen und damit die legitime Regierung unter schweren Druck zu stellen. In dieser Lage sah Bundespräsident Miklas, der bisher mit grosser Standhaftigkeit den blutrünstigen Drohungen der angreifenden Macht widerstanden hatte, alle Mittel der Verteidigung erschöpft. Bewaffneter Widerstand? Es wäre aussichtsloses, unverantwortliches Beginnen gewesen. Es erschien Miklas, der sich mit Schuschnigg und Schmitz ausgesprochen hatte, nunmehr von bedeutsamer staatsrechtlicher Relevanz, auf die Linie österreichischer Verfassungsbestimmungen sich zurückziehen zu können und die Übertragung der Funktionen des Bundespräsidenten auf Seyss-Inquart mit Berufung auf Artikel 77 der *österreichischen Maiverfassung* zu vollziehen und ebenso die nunmehrige Regierung Seyss-Inquart auf dieselbe österreichische Verfassung am Vormittag des 12. März zu vereidigen.

In einem vom 12. April 1938 datierten Akt seines Schriftennachlasses hat Altbundespräsident Miklas eine Aus-

sage gemacht, die er, wie seine Niederschrift besagt, angesichts der mehrfach vorbereiteten «irrigen und wesentlich lückenhaften Darstellungen» der ereignisvollen Zeitspanne der März-tage 1938 für am Platze gehalten habe als wahrheitstreuen Bericht, wie er die Geschehnisse gesehen und miterlebt habe. Die Schilderung des ehrwürdigen Wardeinss österreichischer Geschichte ist um so wertvoller, als sie einen Abschnitt des Geschehens betrifft, in dem sich eine Menge verwirrender Tatsachen häufte; selbst über die Reihenfolge der bevollmächtigten Überbringer der ultimativen Botschaften wurden Verwechslungen kolportiert. Für die Rolle Österreichs in dieser Auseinandersetzung war es von Gewicht, ob der «Anschluss an Deutschland» einem gültigen Willensakt oder einer Übermachtung entsprang. Von einem gültigen Willensakt kann nicht die Rede sein.

Diese Klarstellung hat der berufene Sprecher Miklas in der genannten, vom 12. April 1938 datierten Aufzeichnung gesichert.

In diesem Memorandum notiert Miklas über das Berliner Ultimatum und dessen Verlangen nach

«dem sofortigen Rücktritt des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg und die Ernennung des Innenministers Dr. Seyss-Inquart zum Kanzler einer neu zu bildenden Regierung. Als Begründung für diese mich überraschende Forderung» – vermerkt Bundespräsident Miklas – «werde angeführt, Kanzler Schuschnigg habe einen Vertragsbruch gegen das Protokoll von Berchtesgaden begangen, und zwar angeblich im Zusammenhang mit der von ihm angeordneten Volksabstimmung. Schuschnigg selbst bestritt dies entschieden. Auch mir war der angebliche Zusammenhang mit dem Berchtesgadener Protokoll (das übrigens *kein Staatsvertrag* war, sowenig wie das Juliabkommen 1936, und daher höchstens den Kanzler Schuschnigg persönlich, aber weder mich noch den österreichischen Staat de jure verpflichtete) nicht näher bekannt. Ich verlangte daher Klärung des Sachverhaltes durch sofortige Rücksprache mit dem Deutschen Reich und *bis dahin* das Verbleiben des Kanzlers im Amte. Der Bundeskanzler bestand jedoch auf seiner Demission und erklärte, dass er die angeordnete Volksabstimmung durch das Radio abberaumen bzw. auf unbestimmte Zeit vertagen lassen werde. Ich nahm hierauf die Demission Schuschniggs an und betraute ihn und



seine Regierung mit der interimistischen Fortführung der Geschäfte. *Das Ultimatum des Deutschen Reiches aber erkläre ich nicht annehmen zu können.* Denn der unabhängige österreichische Staat bestimme selbst, *wer hier als Kanzler regiere.*

Dieselbe Antwort gab ich dann auch dem um die sechste Nachmittagsstunde im Flugzeug in Wien eingetroffenen Herrn Staatssekretär Dr. Keppler, als er mir ganz offiziell ‚im Auftrage des Führers und Reichskanzlers‘ das (bis 19.30 Uhr befristete) Ultimatum des Deutschen Reiches (wahrscheinlich identisch mit der vorausgegangenen ultimativen Botschaft) überbrachte. Ich teilte ihm mit, dass sich Kanzler Schuschnigg bereits in statu demissionis befinde und die Volksabstimmung abberaumt sei. Was aber den zweiten Teil des Ultimatus, betreffend die Bestellung der neuen österreichischen Regierung, anlange, so könne ich dieser Forderung bedauerlicherweise keine Folge geben. *Österreich* sei ein unabhängiger Staat. *Es bestimme daher ganz allein, wer hier als Kanzler regiere.* Diese Haltung sei ich auf Grund meines Verfassungseides dem österreichischen Volke schuldig, auch wenn ich darüber falle.

Die ganz gleiche Antwort erhielt dann um zirka 19 Uhr auch Herr Generalleutnant Muff, der mir mitteilte, Generalfeldmarschall Göring habe ihn telephonisch beauftragt, mir unverzüglich mitzuteilen, dass bis 19.30 Uhr Dr. Seyss-Inquart zum Kanzler bestellt sein müsse, widrigenfalls um 20 Uhr 200.000 Mann Reichswehrtruppen, die an den Grenzen Österreichs bereitgestellt seien, Befehl erhalten werden, in Österreich einzumarschieren. Ich habe auch dieses harte Ultimatum abgelehnt, wenn ich mir auch der Verantwortung vor dem eigenen deutschösterreichischen Volk und vor der Ehre Österreichs bewusst war sowie andererseits auch des Umstandes, dass es das grosse deutsche Bruderreich sei, das uns Österreichern *dieses harte Muss stellte.* Unwillkürlich kam mir 1866 (Königgrätz) in den Sinn, da man uns damals aus dem ‚Deutschen Bunde‘ hinauswarf und jetzt wieder mit Waffengewalt ins Reich heimholen wollte.»

In dem Schlusssatz seines zitierten Memorandums hält der von seinem Amte scheidende Bundespräsident Miklas fest: **«Am Samstag Vormittag (12. März) vereidigte ich die neue Regierung Seyss-Inquart auf die österreichische Verfassung von 1934.»**

Hier sei der wörtliche Inhalt des Briefes bewahrt, mit dem Bundespräsident Wilhelm Miklas an dem Umsturztag des 13. März 1938 seine Funktionen an den von ihm am 12. März auf die österreichische Verfassung vereidigten Bundeskanzler Dr. Seyss-Inquart übertrug. Der Brief lautet:

«Herr Bundeskanzler!

In Erwidering Ihres Schreibens vom 13. d. M. bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich mit dem heutigen Tage von meinen Funktionen des Bundespräsidenten zurücktrete und sie gemäss Artikel 77, Punkt 1, der Verfassung 1934 an Herrn Bundeskanzler übertrage. Zu diesem Entschluss bestimmen mich zwingende Umstände in der Lage des Bundesstaates Österreich, die die Zusammenfassung aller höheren Funktionen in der Hand des Herrn Bundeskanzlers als dringend notwendig erscheinen lassen.

Möge dem österreichischen Bundesvolk, dem bis zu meinem letzten Atemzug all mein Sinnen und Trachten und Herz gehört, mit Gottes Hilfe eine glücklichere Zukunft beschieden sein.

Miklas.»

Der Name Wilhelm Miklas, dieses tapferen und treuen Mannes, der in dem letzten Satz seines Schreibens sein ganzes Denken und Empfinden offenbarte, wird, wo immer unter Österreichern von Vorbildern aus der überstandenen schweren Zeit die Rede sein wird, immer mit Dankbarkeit genannt werden.

\*

Unruhe kroch von der Strasse herein in die Häuser. Dumpfe Laute sich bewegender Menschenmassen lagerten wie ein fernes Gewitter über der Stadt. Es war, als ob irgendwo ein ungeheurer Kurzschluss in der gewohnten Ordnung Verheerung angerichtet hätte.

Schon graute der Morgen, als in der Redaktion der eilige Fluss von Nachrichten, Kundgebungen, Anfragen, Aufträgen auf kurze Zeit abebbte. Bei allem, was wir wussten und uns der unerbittliche Ernst der unmittelbaren Ereignisse nahebrachte, empfing ich doch in dieser unbarmherzigen Nacht einen Trost aus den vielen Stimmen, die uns Zeugnis gaben von der Treue und unerschütterlichen Zuversicht, mit der Menschen der verschiedensten Herkunft und geistigen Form an ihrem Glauben an Österreich festhielten. Hier meldete sich eine Elite, die nicht besiegt werden würde und für die noch die Stunde des Angriffs für dieses geliebte Land schlagen würde.

Not und Tod standen vielleicht vielen von uns bevor, aber wir waren doch eine unsichtbare Gemeinde, die Gott vertraute und auf Seinen Beistand in der zu erwartenden Prüfung.

Nach der Abschiedsrede des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg rief ich die Redaktionen unserer Zeitungen zusammen und teilte den Herren den Stand der Ereignisse mit, die ich lückenlos, zufolge einer engen Verbindung mit dem Bundeskanzleramt, hatte verfolgen können. Ich schloss mit der Bitte an die versammelten Kollegen, mit mir ein Vaterunser für das bedrängte Vaterland zu beten und mit mir einzustimmen in Dr. Schuschniggs letzte Worte in seiner Abschiedsrede: Gott schütze Österreich! Sie hielten die Häupter gesenkt; aus gepresstem Herzen kam es: Ja, Gott schütze Österreich!

\*

Eine unheimliche Nacht. Ich war in Kleidern schlafen gegangen. Der Tag lag noch im Morgengrauen, als mich Lärm streitender Männer aus dem Schlafe weckte. Bekannte Stimmen mengten sich zornig mit dem kreischenden Begehren irgendwelcher junger Leute. Der Streit erstarb in dem Geräusch eines aus dem Hause ausfahrenden Wagens.

Zugleich meldete sich an meinem Haustelephon der Leiter unseres Zeitungsversandes: Eine Gruppe mit Hakenkreuzen behängter junger Menschen habe aufgeregt und mit anmasslichen Drohungen nach mir verlangt, aber damit sich zufriedengegeben, sich eines Kraftwagens unseres Zeitungs-expedits bemächtigen zu können. Unter Drohungen, wiederkommen zu wollen, seien die Burschen abgezogen. Allerlei Warnungen ernsterer Herkunft – so eine mit genauen Angaben, überbracht von einem Bewohner des nahen Studentenheimes, waren in den letzten Tagen eingelangt, zugebracht dem Chefredakteur der «Reichspost»; einige hatte ich honetten politischen Gegnern zu verdanken. Die ungestümen nächtlichen Besucher waren in diesen Tagen ein Zubehör zu dem grossen Geschehen, bei dem es um den Hausfrieden im Volks-

Wien, 13. März 1938

Herr Bundeskanzler!

In Ausführung Ihres Befehls vom  
13. M. bitte ich Sie, zur Kenntnis  
zu nehmen, daß ich mit fröhlichem  
Zuge von meinem Funktionen des  
Bundespräsidenten zurückträte und  
so gemäß Artikel 77, Punkt 1 der  
Verfassung 1934 den freien Bundes-  
kanzler übertrage.

In diesem Selbstverständnis bestimmen  
meine dringende Wünsche in der  
Lage des Bundesstaates Österreich,  
daß die Zusammenfassung aller  
österreichischen Funktionen des Staates  
in der Hand des freien Bundeskanzlers  
einstweilen notwendig  
erscheint.

Möge dem österreichischen  
Bundesvolk, dem auf göttlicher

bis zu meinem letzten Atemzuge  
als mein ~~Wort~~, Frieden und  
Waffen sind mein Herz gefasert ~~mit~~  
mit Gottes Hilfe eine glückliche  
Zukunft beschert sein!

Originalschreiben des Bundespräsidenten vom 13. März 1938

leben, die Ordnung und um den Bestand der bürgerlichen Freiheit ging. Man hatte nach mir gefahndet. Sie sollten nicht länger nach mir suchen. Ich hatte schon längst in gründlicher Überlegung beschlossen, nicht zu flüchten.

Bei Sonnenaufgang wanderte ich in den einigermassen still gewordenen Strassen zur Polizeidirektion am Schottenring, in der mich ein nach einem harten Kampftag übermühter, müder Oberpolizeirat empfing. «Man hat mich gesucht, hier bin ich.» Ich legitimierte mich. Der Beamte blätterte in einem langen Schrieb: «Gegen Sie liegt kein Haftbefehl vor. Aber ich frage noch in der Direktion nach.» Der Beamte telephonierte vor mir seine Anfrage: «Nichts. Ihr Name steht nicht in den Verzeichnissen. Aber mit Rücksicht auf Ihre Stellung empfehle ich Ihnen Vorsicht. Weichen Sie der Gestapo aus. Mein privater Rat ist, nehmen Sie für die nächsten Tage mit Ihrer Familie Quartier in einem Hotel in der Inneren Stadt. Bei einem Domizilwechsel versäumen Sie nicht, Ihren Aufenthaltsort hier anzugeben. Im Eventualfall ersparen Sie sich damit Unannehmlichkeiten.» Der Beamte war weiter gegangen, als seines Amtes war. Aber in diesen Tagen versagten viele Gewohnheiten und Vorschriften.

Der wackere Oberpolizeirat hatte mich auf allerlei vorbereitet. Nun hatte ich das Bedürfnis, mich mit einem Freunde zu besprechen.

Die Uhr des Wiener Rathauses wies auf 5.30 Uhr. Über die Universitätsstrasse schlenderte ich der Franckgasse, der Wohnung des Universitätsprofessors Leopold Arzt, zu. Der grosse Mann der medizinischen Wissenschaft war mir ein brüderlich geliebter Freund. Er war ein Frühaufsteher. Überrascht empfing er mich, erfasste jedoch sofort die Situation. Von seinem Bruder Dr. Gustav begleitet, wanderten wir zur Alserkirche, wo eben die Frühmesse begann. An der Schwelle sich drängender, unberechenbarer Ereignisse ein sinnvoller Gang. Die Stunde wurde uns zu einem tiefen inneren Erlebnis.

Bewegten Herzens nahmen wir Freunde voneinander

Abschied, als ob ein jeder das nahende Schicksal ahnen würde. Nun, dem in der Polizeidirektion empfangenen eindringlichen Rate folgend, also eilige Sicherstellung des Quartiers in dem Kärntner-Strassen-Hotel «Erzherzog Karl» für meine Gattin, den Sohn und mich, dann Massregeln in der Redaktion zum Schutze der vertraulichen Dinge, die hier aufzustöbern waren und keinem Unberufenen in die Hände fallen sollten, und Übergabe der laufenden redaktionellen Geschäfte an meinen Freund und redaktionellen Stellvertreter Peter Thaler. Noch oblag mir, die Entlassung aus meinem Pflichtenkreis als Obmannstellvertreter des Vereines Herold herbeizuführen, Enthebung aus einer Tätigkeit im Dienste des katholischen Zeitungswesens, dem ich seit dreissig Jahren verbunden gewesen war in einem Pressewerk, das durch manche sorgenvolle Jahre und glücklich erreichte Fortschritte zu seiner gegenwärtigen Geltung gelangt war. Bei der besonderen inneren Verfassung dieses Werkes hatte ich meine Enthebung vom Dienste in erster Linie von Seiner Eminenz Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer, dem Ehrenvorsitzenden, zu erbitten. Die Führung des Ehrenvorsitzes war keine juristische Funktion, sie war vielmehr Ausdruck der freiwilligen Einordnung unter die kirchliche Autorität. Der Kardinal war der oberste Treuhänder unseres Pressewerkes. Als ich Bericht über die «Reichspost» und das Herold-Haus und die jüngsten und noch in allernächster Zeit zu erwartenden umwälzenden Ereignisse erstattete und nicht verhehlte, dass man auch mit gewaltsamen persönlichen Änderungen rechnen müsse, war der Herr Erzbischof betroffen.

Wie viel hatte ich doch diesem edlen Kirchenfürsten zu danken, der nichts von einem Politiker an sich hatte und dem es Aufgabe geworden war, mit den Problemen einer politisch heftig bewegten Zeit fertig zu werden; dafür ausgerüstet mit einem schier unerschöpflichen Mass an Güte und der Kraft des geduldigen Ertragens. In tiefer Rührung umarmte er mich zum Abschied, segnete mich und meine Familie und segnete

das Werk, das mir bis zur Stunde anvertraut war und von dem der Kardinal wusste, dass es mir ans Herz gewachsen war. Es lässt sich nicht alles sagen, was ich in dieser halben Stunde zuinnerst empfand.

Der revolutionäre Taumel in Wien am 13. März schien sich, vorläufig an Triumphen übersättigt, zu legen. Die nationalsozialistischen Gardien beherrschten die Strasse, Staatsgebäude und Verkehrseinrichtungen. Hakenkreuzfahnen flackerten stolz auf den unglaublichsten Gebäuden. Die meisten Länderregierungen waren, wie man aus den Rundfunkmeldungen entnehmen konnte, gestürzt. An meinem Absteigquartier in der Kärntner Strasse flutete eine Menschenmenge vorüber, die, soweit vom Fenster aus meine Wahrnehmungen reichten, sich an die gewohnte Ordnung hielt. Auffallend waren die vielen geschlossenen Kaufläden, deren Inhaber es für geraten gehalten hatten, unter dem Eindruck böser Vorkommnisse ihre Geschäfte zu sperren. In meinem Hotelzimmer brachte das Radio eine Serie überschwenglicher Siegesberichte. Dazwischen meldete sich vorsichtig aus der Strozzigasse ein Redaktionskamerad, der in der Folge in kurzen Abständen mir verdeckte informative Lageberichte erstattete. Im Laufe des Vormittags wurden seine Meldungen unruhiger, besorgter, ungeduldiger, als ich der Redaktion meine Absicht mitteilte, in Wien verbleiben zu wollen.

In der Mittagszeit erreichte mich am Telephon der gute, treue Peter Thaler. Er ging mich mit ernstem Vorwurf an, dass ich die Lage verkenne und Folgen herausfordere, die auch für meine Familie und meine Freunde in der «Reichspost» und überhaupt für die katholische Presse nicht gleichgültig sein könnten. Das war mit Umschreibungen gesagt, aber ich verstand. So entschloss ich mich, bei Kärntner Verwandten, auf deren Besitz im Gurktal ich oft meine Urlaube verbracht hatte, anzufragen, ob sie mir mit Gattin und Sohn, ohne beunruhigt zu werden, für ein paar Tage Unterstand,

wie gewohnt bieten könnten. Ohne Zögern erhielt ich von dem Senior der Familie, einem welterfahrenen, verantwortungsbewussten Mann, eine Einladung zum sofortigen Kommen. Mit dem nächsten Zug fuhr ich – kontrolliert von fünfzehnjährigen Buben, die meine Bücher nach verborgenen Banknoten zu ihrem Leidwesen vergeblich durchblättern – mit den Meinen nach Kärnten, in vollem Bewusstsein der Umstände mit herzwinnender Gastfreundschaft aufgenommen; aber die Gestapo war mir auf den Fersen. In derselben Nacht holte mich eine SA-Patrouille aus dem Bette, um aufgeregt mir zur Kenntnis zu bringen, dass über mich die Ehrenhaft verhängt sei, die mir nicht erlaube, das Anwesen meiner Gastgeber, eine mittelalterliche Ministerialienburg, bei dem Dörfchen Zweinitz, waldumhegt gelegen, zu verlassen. Da mich die Gurktaler SA für einen zweifellos gefährlichen Zeitgenossen hielt, durfte ich mich nicht wundern, dass in der Morgenfrühe vor dem mächtigen Bergfried neben meinem Logis sechs stämmige Bauernburschen als Wache angetreten waren, die mich bei der ersten Begegnung misstrauisch musterten; die gegenseitigen Beziehungen besserten sich rasch. Meine Bewachung litt darunter, dass die mir unbekanntes Behörde, die sie entsandt hatte, vergass, für die Verpflegung der Männer zu sorgen. Ich erwarb mir die Dankbarkeit meiner Wächter, indem ich für diese Verteidiger der neuen Staatsordnung ungebeten die Atzung bestellte und bezahlte. Da sie aber tagsüber nichts zu tun hatten und nur bei Nacht um den alten Bau patrouillierten, um mein etwaiges Ausbrechen zu verhindern, so setzte ich mich zu ihnen an den Tisch unter dem Lindenbaum vor dem Schlosse und erzählte ihnen romantische Geschichten von bosnischen Räubern und den Strafuni, die auf ihren nächtlichen Streifzügen gegen die Räuberkumpane es liebten, in Baumkronen oder Felslöchern auf Vorpass zu liegen.

Nun aber gab es ein fatales Eck, um das ich herumkommen musste. Ich führte damals das Mitteleuropareferat für die Zeitungsnachrichtenagentur am Zentrum der amerika-



nischen Katholikenorganisation in Washington. An meinem Dienst jetzt behindert, hatte ich die Leitung des Institutes von meiner Verhaftung zu verständigen. Doch der schlichte Bauernbursche, der als Wachtposten in dem kleinen Postamt des Dörfchens fungierte, hatte den Befehl, keine Telegramme in nichtdeutscher Sprache zuzulassen. In deutscher Sprache konnte ich über mein Schicksal nicht melden, was ich zu sagen hatte. Ich beruhigte meinen treuherzigen Wächter durch das Anerbieten, ihm eine deutsche Übersetzung meines englischen Telegrammtextes zu machen. Gegen die Übersetzung, die ich ihm gab, erhob er keinen Einspruch. So liess er den englischen Text ohne Anstand passieren. Was ich melden wollte, ist pünktlich und richtig in Washington eingetroffen, wie ich zu meiner Genugtuung noch nach Jahren aus Washington erfuhr. Der Aufenthalt im Gurktal hat leider schon nach drei Tagen sein Ende durch meine Verbringung in das Bezirksgerichtsgefängnis von St. Veit a. d. Glan gefunden. Ich wurde bei diesem Domizilwechsel von zwei SS-Offizieren begleitet, die sich meiner Frau gegenüber ritterlich benahmen. Wir tauschten noch einen Händedruck, ehe sich die eiserne Gefängnistür von St. Veit hinter mir schloss. Mit den eineinhalb Dutzend Gesinnungs- und Schutzhaftgenossen, die mich in St. Veit neugierig empfangen, fand ich mich rasch zusammen. Unser täglicher Spaziergang im Gefängnishof vereinigte eine Gemeinschaft, in der auch der Humor zu Hause war. Der Häuptling war der bisherige Bahnhofsvorstand von St. Veit, sozusagen im Nebenberuf ein Nimrod und Jagdgeschichtenerzähler. Die Erinnerung, wie diese kleine Gesellschaft aufrechter Männer durch ihre christliche und vaterländische Gesinnung verbunden war, ist mir ein lieber Besitz geblieben. Nach vier Tagen wurde ich aus diesem Kreise prächtiger Menschen herausgeholt, um unter polizeilicher Bedeckung in das Polizeigefangenenhaus auf der Wiener Elisabethpromenade eingeliefert zu werden.

Damit begann meine Bekanntschaft mit der Kehrseite der

Medaille des Gefangenenwesens. Es war gegen Mitternacht, als ich von meiner Reise aus St. Veit in Wien abgeliefert wurde und sich vor mir eine kleine Zelle auftat, die von fünf Insassen sozusagen schon bis zum Rande gefüllt war. Von Schlafen war keine Rede. Man vertrieb sich die Zeit, soweit man seine Laune bewahrt hatte, mit Plaudern. Wer das nicht konnte, war ein armer Teufel, dem sich unglückliche Stunden ins Endlose verlängerten.

\*

Kaum dass der 13. März 1938 vorüber und die Drucker-schwärze auf den eiligen Separatausgaben des Bundesgesetzblattes über die «Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche» trocken geworden war, als die Geheime Staatspolizei sich auch beeilte, den Österreichern zu zeigen, bis zu welcher minuziösen Sorgfalt sie dem Anschluss vorgearbeitet hatte. Die Spitzen waren in zuverlässige Evidenz genommen, Männer, die bisher die österreichische Fahne vorangetragen hatten, sie waren gemahnt worden, sich auf das neue Regime einzustellen. Anders konnte es wohl nicht gedeutet werden, dass Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Gesellschaft, die nie in den Auseinandersetzungen über das Wie und Wann des Anschlusses hervorgetreten waren, in die Anhaltelager geschickt wurden. Heute sind die Akten über die Frage geschlossen, inwieweit die politischen Anhaltelager, wie sie in den Dreissiger jahren in Evidenz geführt wurden, einem Rechtsstaate entsprachen.

An einem der ersten Tage des wunderschönen Monat Mai, der diesmal ein recht verdriessliches Gesicht machte, ging von Wien der zweite Gefangenentransport nach Dachau mit Österreichern, geholt von der Gestapo aus Polizeigefängnissen und überfüllten Gefängnisprovisorien. Die Häftlinge wurden von der Gestapo auf dem Wiener Westbahnhof von SA bayrischer Herkunft mit Kolbenschlägen empfangen und in den bereitstehenden Separatzug getrieben. Der Transport umfasste eine

bunte Gesellschaft zumeist geistiger Arbeiter, hoher Beamter des Staatsdienstes, Universitätsprofessoren, Künstler, Organisationsleiter, Gewerkschaftsführer, Offiziere des Sicherheitsdienstes, Schriftsteller und Publizisten. Uns begleitete auf der Fahrt eine SA-Mannschaft, die ebenso schwer betrunken wie bewaffnet war und ihren Dienst mit lückenloser Austeilung «boarischer Watschen» und steigernd mit sonstigen Leibesübungen begann. Die nächtliche Wien-Dachau-Fahrt wird jedem von uns, der sie überstanden hat – wir hatten während des Transportes viele Verletzte und mehrere Tote –, unvergesslich bleiben.

In Dachau bildete sich bald eine österreichische Gemeinschaft besonderer Art. Sie war zusammen geführt durch dieselben Nöte, dieselben Gefahren und dieselben vaterländischen Gesinnungen, eine in der Glut zusammengehämmerte Einheit in tiefer äusserlicher Erniedrigung und zugleich durch den Adel einer geprüften und bewährten inneren Verbundenheit, auf die man die Variante anwenden durfte: In unserem Lager ist Österreich!

In dieser Gemeinschaft stand neben mir auch Walter Adam, mein teurer Freund und Mithelfer in der «Reichspost»; er kam mit dem ersten Transport nach Dachau, dem ich mit dem zweiten folgte. Unter besonderen Umständen war unsere Freundschaft begründet worden und gewachsen. Der Bericht hierüber gehört zur Zeitgeschichte.

\*

Im Herbst 1924 hatte ich in der Redaktion der «Reichspost» zu meiner Überraschung den Besuch des Obersten des Generalstabes, Walter Adam, aus dem präsidentalen Dienst des Heeresministeriums, erhalten; er war gekommen, um sich um die Aufnahme in den Redaktionsstab der «Reichspost» zu bewerben. Ich wusste um seine Persönlichkeit. Er war ein hochausgezeichneter Offizier, der auf verschiedenen Kriegsschauplätzen sich hervorgetan hatte. Die letzten Jahre hatte er als

Stabschef der österreichisch-ungarischen Truppen in Kleinasien gedient. Meine besondere Aufmerksamkeit hatte er durch seine Darstellung der Übernahme des Burgenlandes durch Österreich erweckt, stilistische Musterarbeiten, die einer damals gar nicht einfachen politischen Aufgabe zugewandt waren. Wie Walter Adam, nach einem Erleben in nächster Nähe historischen Geschehens, aus dem militärpolitischen Terrain in den zivilen, so ganz anders gearteten Bereich einer politischen Tageszeitung aus freiem Entschluss übersiedelte, war für uns in der «Reichspost», die wir diesen Sprung in eine andere Welt beobachten konnten, ein psychologisches Schauspiel. Wir verfolgten es mit steigendem Respekt. Es ergab sich schon nach zwei Jahren, dass ich den wissensreichen und hochgeschulten Mann zu meinem Stellvertreter als Chefredakteur der «Reichspost» machte. Er war in dem schicksalsbeladenen Jahrzehnt 1924 bis 1934 an meiner Seite. Binnen Kurzem zählte Adam zu meinen besten Bearbeitern der Aussen- und Innenpolitik, ein eleganter Analytiker schwerer politischer Probleme, Meister der beherrschten Haltung in der Polemik.

Im Frühsommer 1934 überraschte mich Adam durch die Mitteilung, dass der Bundeskanzler seine – Adams – Berufung als Bundeskommissär für Heimatdienst betreibe, ein Revirement, von dem der Kanzler mir nicht Mitteilung gemacht hatte. Adam war bestürzt durch das für ihn geschaffene Dilemma, entweder dem Willen des Kanzlers zu folgen oder seiner Arbeitsverpflichtung gegenüber der «Reichspost» treu zu bleiben; er bat mich, den Chef der Regierung zu bewegen, von seiner Berufung abzugehen; nur dieser Ausweg sei gegeben, da er – Adam –, nach dem Ehrenkodex des Offiziers, dem Willen der obersten Autorität sich nicht entziehen könne. – Ich betrachtete das Vorgehen des Kanzlers als unzulässigen Eingriff in die Führung der «Reichspost». Aber Dollfuss bat und beschwor mich, ihm in seiner Not an Mann Walter Adam zu lassen, der unersetzlich für ihn sei. Wenn Dollfuss ein solches Anliegen hatte, war er unwidersteh-

lich. Der Kanzler gewann das Treffen. In der Folge erwuchs für Adam nicht nur die Leitung des Heimatdienstes, sondern, was viel wichtiger war, es erwartete ihn auch der aufgabenschwere organisatorische Arbeitsbereich der Vaterländischen Front und des Bundespressedienstes.

Hier beginnt die Tragik des Schicksals dieses edlen Österreicherers. Einige Wochen nach Adams Eintritt in die ihm von Dollfuss zugedachte Laufbahn fiel Engelbert Dollfuss durch Mörderhand. Nach der Übermachtung Österreichs durch Hitler-Deutschland, im März 1938, war Oberst Adam als Generalsekretär der Vaterländischen Front einer der ersten, die den Häschern der Gestapo verfielen. Für ihn begann damit eine fünf Jahre und vier Monate dauernde Haft. Bei der Überprüfung seines Vermögensstandes wurden zweitausend Schilling gefunden.

Im Lager in Flossenbürg, in das ich im Herbst 1939 gebracht wurde, fand ich ihn wieder, den geliebten Freund. Wir waren zunächst demselben Arbeitskommando zugeteilt worden, das auf den Schultern Schienen einer Kleinbahn auf die Höhe des Steinbruchs zu schaffen hatte. Die Arbeit war am stärksten für Adam, dem als körperlich grössten unserer Gruppe das grösste Gewicht zufiel. Die Träger wurden nach dem ersten Arbeitsgang ausgetauscht. Adam musste auf seinem Platz ausharren, obwohl er sichtlich der Anstrengung nicht gewachsen war. Einige Wochen später erblickte ich zu meinem Schrecken den Freund am Fusse der Steinbruchterrasse, auf der wir arbeiteten; dort erstreckte sich an dem nahen Waldrand ein Sumpf, an dessen Ufer Adam von dem Häuptling des Arbeitskommandos gezwungen war, Leibesübungen zu machen. Was hätte ich dafür gegeben, ihm helfen zu können! Er war über und über mit Schlamm bedeckt. In Dachau hatte die Lagerleitung die Ausbildung Adams als technischer Zeichner vernünftig zu nützen verstanden. Welch böser Geist ihn dann in Flossenbürg verfolgte, konnten wir Kameraden nicht feststellen. Aber es griff ans Herz, ihm nicht beistehen zu können.

Nach seiner 1943 erfolgten Freilassung aus dem KZ durfte er eine Anstellung bei Graf Walderdorff im Westerwald annehmen, aus der er endlich nach Österreich zurückkehren konnte. Er erhielt von mir die Einladung, seine leitende Redaktionsstelle im Zeitungsdienst des Herold-Hauses wieder aufzunehmen. Ich bekam eine rührende, aber ausweichende Antwort. Zu meinem Schmerz erfuhr ich bald seine hoffnungslose Erkrankung an Tuberkulose, der er im Landeskrankenhaus in Innsbruck am 26. Februar 1947 erlag. Am 4. März 1947 wurde der Märtyrer treuen Österreichertums in Ischl begraben.

\*

Im Buche der österreichischen Geschichte wurde damals ein erschütterndes Kapitel geschrieben. Es sei heute überblättert. Wenn ich Greuel, die aus dieser Nacht hervorzukriechen schienen, hier nicht schildern will, so wegen der Menschlichkeit, die sich während dieses Erlebens doch auch zuweilen zeigte wie ein Licht in der Finsternis. Selbst in der Ödnis des Betriebes der SA und SS gab es Menschen, die imstande waren, sich aus dem Unmenschlichen ihrer Umgebung zu erheben, oder die das Glück hatten, in ihrem Betriebe auf irgendeiner friedlichen Insel zu landen.

Eines Morgens wurde ich in Dachau auf dem Appellplatz aufgerufen mit der Mitteilung, dass ich sofort für eine Fahrt nach München mich bereitzumachen habe. Die kleine Reise endete vor dem Wittelsbacher Palais in der bayrischen Hauptstadt, das zu dieser Zeit die Zentrale der Geheimen Staatspolizei beherbergte. Was mochte man von mir wollen?

Ich wurde alsbald in den schönen Amtsraum eines freundlichen alten Herrn geführt, der mich ersuchte, vor einer Schreibmaschine Platz zu nehmen oder, wenn es mir lieber sei, mit eigener Handschrift die Aussage niederzulegen, derentwillen ich gerufen worden sei; ich möge aussagen, was ich über die Affäre des gewesenen österreichischen Ministers Doktor Rintelen, mit dem ich zu tun gehabt habe, wisse, über die

Motive und die Verantwortung Dr. Rintelens; meine Bezeugung sei nicht eilig, ich möge in Ruhe notieren, was ich zu sagen habe. Während ich meine Aussage zu Papier brachte, wurde ich durch keine Fragen des vernehmenden Beamten unterbrochen; seinen Namen und Rang habe ich nie erfahren. Mit keiner Zwischenbemerkung wurde von ihm der Versuch gemacht, meine Mitteilungen in eine bestimmte Richtung zu lenken. Als ich nach eineinhalb Stunden meine Aussage abgelieferte, war es eine recht farblose sachliche Darlegung, eine Schilderung, deren Tatsachen aus den Zeitungen bekannt waren. Dem vernehmenden Beamten war es aber augenblicklich gar nicht darum zu tun, dass ich meine Aussage ausdehne, besondere Einzelheiten interessierten offenbar die Geheime Staatspolizei in München nicht. Mit Verwunderung nahm ich in der Stille zur Kenntnis, dass ich noch niemals ein so harmloses Verhör vor einer augenscheinlich hohen Amtsstelle in einer an sich kritischen Affäre hatte. Meine Überraschung wuchs, als der Beamte im Tone einer gesellschaftlichen Unterhaltung ein längeres Gespräch mit mir begann, das gar nicht die Angelegenheit Rintelen, sondern den Dachauer Lagerbetrieb behandelte. Die Vollendung meiner Aussage wurde zunächst auf den folgenden Tag verschoben.

Damit endigte mein erstes Gespräch im Wittelsbacher Palais. Ich durfte in dem sauberen grossen Zimmer, das mir zum Aufenthalt zugewiesen war, ein ausgezeichnetes Mittagmahl einnehmen, zu dem mir ein Krug bayrisches Bier, ohne dass ich darum gebeten hatte, serviert wurde. Eine so angenehme Nachtruhe am Ende dieses ereignislosen und doch mit hundert unausgesprochenen Fragen ausgefüllten Tages hatte ich schon lange nicht gehabt.

Am nächsten Tag wurde das Verhör über die Rintelen-Affäre mit keinem Wort mehr fortgesetzt, und ich erfuhr das Merkwürdige, dass der alte Herr, in dessen Büro ich sass, nun die Fortführung des Gespräches mit mir selber wünsche. So oft habe ich vor mir selbst das Erlebnis dieses Gesprächs in

der Münchner Arbeitsstätte der Geheimpolizei wiederholt, dass ich fast wörtlich die erstaunlichen Sätze wiederholen kann, mit denen der grauhaarige Befrager begann: «Sie werden sich vielleicht wundern, dass ich Sie von Dachau hierher habe bringen lassen. Ja, ich hätte durch einen meiner Beamten Sie in Dachau vernehmen lassen können – doch es dürfte auch für Sie angenehm sein, auf ein paar Tage den Lagerbetrieb von Dachau verlassen zu können. Ist es wahr, dass in Dachau grausame Methoden angewendet werden, um Aussagen festzustellen, die dem Untersuchungsergebnis nachhelfen? Sagen Sie, ist es wahr, dass in Dachau schwere Prügelstrafen verhängt werden und Gefangene ausserhalb des Lagers niedergeknüppelt wurden?» Ich erwiderte darauf, ich könne leider seinem Wunsche nicht entsprechen, denn er selbst werde wissen, dass nach den bestehenden Regeln Mitteilungen über Lagervorgänge über das Lager hinaus mit den schwersten Strafen bedroht seien, mit Strafen, bei denen das Leben auf dem Spiel stehe. Mein Befrager erklärte eindringlich, ich könne beruhigt sein, meine Aussage werde keinem Unberufenen zu Gesicht oder zu Ohren kommen. Ich wiederholte meine Bitte, verstehen zu wollen, dass ich seinen Fragen nicht entsprechen könne. Der alte Herr schloss das Gespräch mit einem verbindlichen Wort des Dankes, er wolle nicht länger in mich dringen, er verstehe meine Lage. Ich wurde mit einem freundlichen Wunsch entlassen und ohne Aufsehen und andere Einmischung nach Dachau zurückgebracht.

Nach dem Verlauf meines Aufenthaltes in dem Wittelsbacher Palais hatte ich den bestimmten Eindruck, dass die Rintelen-Affäre der Geheimen Staatspolizei eine recht gleichgültige Sache geworden sei, dass aber die Lagerzustände in Dachau bestimmten Persönlichkeiten der Münchner Gestapo ein Anstoss seien und vielleicht zu Auseinandersetzungen im Raume der Gestapo geführt haben. Zweifellos war der Beamte, der von mir vertrauliche Auskünfte haben wollte, eine Persönlichkeit von Rang. Augenscheinlich gab es in dem Hause



der Gestapo noch allerlei Rätsel, Anzeichen von Gegensätzen, die eines Tages zum Austrag gelangen würden.

In der Nacht auf den 7. November 1939 wurde ich in Flossenbürg von einem Kameraden geweckt; er flüsterte mir zu: «Du gehst heute frei! Ich habe den Akt gesehen!» – Der Sprecher war seinem Berufe nach ein Berliner Journalist, der in Flossenbürg eine merkwürdig einflussreiche Stellung und eine besondere Bewegungsfreiheit hatte. Er legte auf meine Bettdecke zwei dicke Brotschnitten, die ich sofort gierig verschlang. In diesem unglücklichen Lager kündigte sich schon der Hungertyphus durch seine Vorboten an. Der an meinem Bette erschienene Berliner Kamerad hatte mich, seitdem ich in Flossenbürg war, mit rührender Anhänglichkeit und Hilfsbereitschaft umhegt. Wie oft wünschte ich seither, noch einmal in der Freiheit ihn wiederzusehen, um diesem Helfer danken zu können, der mit jedem Beistand für mich sich einer Gefahr aussetzte. Zwei Stunden später gingen die Entlassungsformalitäten für mich in Ordnung vorüber. Solange ich nicht das Lagertor von Flossenbürg und seine Totenkopfflagge der SS hinter mir sah, wagte ich noch nicht, an das grosse Glück zu glauben, dass ich frei sei. Zweimal war ich bereits durch dieselbe Verheissung genarrt worden. Ein SS-Mann brachte mich aber diesmal nach Weiden zur Bahn. Um Mitternacht erreichte ich Wien. Aller Kummer, alles Leid und alle Erniedrigung waren vergessen, als ich meine Frau und meinen Sohn auf dem Wiener Westbahnhof in meine Arme schliessen konnte.

Strenge Vorschriften verpflichteten mich zur sofortigen Vorstellung in der Wiener Gestapozentrale auf dem Morzinplatz. Der Referent für Pressesachen, dessen Name mir stets verschwiegen wurde, informierte mich: ich würde in Baden, dem Wohnsitz meiner Familie, konfiniert mit dem Verbot, die Grenzen der Stadt ohne Bewilligung zu verlassen, ich hatte Schreibverbot und durfte keine Besuche empfangen. Fürs erste waren diese Freiheitsbeschränkungen zu ertragen. Ein kleiner

monatlicher Bezug, aus meiner Sozialversicherung mir zugewiesen, erlaubte ein knappes Dasein. Aber das war alles. Es war doch der Schimmer der Freiheit, in die ich einziehen durfte. Als ich den Morzinplatz verliess, um mit meiner Gattin in den Stephansdom zu gehen und zu danken, ja, zu danken, traf ich vor dem Churhaus – meine erste Wiener Begegnung – meinen Freund Julius Raab: «Gott sei Dank, du bist wieder bei uns!» begrüßte er mich mit brüderlicher Herzlichkeit. Bald erreichte mich eine Nachricht, die mich zuinnerst ergriff. Kardinal Innitzer, der meine Liebhaberei kannte, mich mit Dingen der kirchlichen Kleinkunst zu befassen, betraute mich mit der Mithilfe an verschiedenen Restaurierungen kirchlicher Bauwerke. Eine der interessantesten Aufgaben für mich war die topographische Aufnahme der Kapellen und christlichen Wegzeichen, zumal im Wechselgebiet, wo ich deren dreihundert feststellen konnte, einige darunter mittelalterlicher Herkunft, wertvolles Kunstgut; eine der bedeutendsten Restaurierungen, an der ich mitwirken konnte, betraf die romanische Kirche von Thernberg. Der herzensgute Kardinal hatte von meiner beengten Lage gehört und mich deshalb mit diesen Arbeiten betraut, um mir einen Honorarbezug zu ermöglichen. Obwohl ich die vorschriftsmässige Bewilligung zu meinen Wanderungen ausserhalb von Baden erhalten hatte, fand die Gestapo in Wiener Neustadt ein Haar in der Suppe, witterte Spionage, unterzog mich und den Pfarrherrn von Thernberg trotz jedem Mangel eines Tatbestandes eingehenden Verhören und liess meine Briefe spoliieren.

Eines Tages im Oktober 1941 meldete sich bei mir in Baden ein rätselhafter Besuch, der sich auf eine amtliche Erlaubnis bezog. Als Legitimation legte er mir ein Schriftstück vor, das als Herkunft die Militärkanzlei des 8. Armeekorps in München notierte. Der Besucher erklärte, in streng vertraulicher Angelegenheit zu kommen. Aus seinen vorsichtigen Äusserungen kristallisierte sich als Kern heraus: gegenwärtig

seien Bemühungen im Gange, für eine bestimmte Stelle im Reich Fühlung mit dem Päpstlichen Staatssekretariat zu erhalten und, wenn es möglich sei, eine Annäherung zur Eröffnung von intimen Friedensgesprächen einzuleiten. Ob ich bereit sei, daran mitzuwirken, meine Beziehungen zu massgeblichen Stellen seien bekannt. Ich antwortete zurückhaltend. Doch der Besucher wurde deutlicher. Es sei das Berliner Auswärtige Amt nicht ohne Fühlung mit dem geplanten Unternehmen. Es käme darauf an, mit entsprechenden Papieren ausgestattet, durch mich in Rom die Fäden aufzunehmen. Der Besucher wiederholte seine Bitte, die Angelegenheit streng konfidentiell zu behandeln. Ich würde in kurzer Frist über die zu erwartenden Handlungen ins Bild gesetzt werden. – Ich zweifelte fürs erste an der Ernsthaftigkeit der mir vorgetragenen Angelegenheit, erhielt aber nach ein paar Wochen eine schriftliche Information, die bewusste Sache sei bereits im Laufen. Ich hätte in Begleitung eines höheren Beamten des Berliner Aussenamtes nach Rom zu gehen und dort die vorbereitenden Friedensgespräche zu vermitteln haben. Kurze Zeit darauf wurde ich gebeten, zur Ausfertigung der notwendigen Papiere drei Passbilder zu senden. Dies geschah, und nun erhielt ich schriftlich die bestimmte Ansage, die Entwicklung der Angelegenheit sei in bestem Lauf. Dann folgte eine Pause, die erst um Weihnachten 1942 durch Nachrichten unterbrochen wurde, die mir auf verschiedene Weise von meinem Oktoberbesuch zukamen. Und dann der knallende Riss: Mein Oktoberbesuch habe ins Ausland flüchten müssen.

In jenen Wochen war ich wieder einmal auf den Morzinplatz\* geladen. Der Referent, der mir entgegnetrat, verbot mir meine kunstgeschichtlichen Reisen. Ich hielt ihm entgegen, dass ich in dem Verbot ein Misstrauen erblicke, das im Widerspruch stehe zu der Haltung, die man in einem höheren Amte

---

\* Sitz der Gestapozentrale in Wien.

als dem der Gestapo mir gegenüber einnehme. Der Gestapomann fuhr auf wie von einer Tarantel gestochen, versperrte sofort die Türen und erklärte, zu seinem Chef wegen meiner Äusserung gehen zu müssen. Er kam nach geraumer Zeit aufgeregt zurück, er müsse mich aufmerksam machen, dass meine Äusserung ihn zu einer strengen Warnung veranlasse, es gäbe lebensgefährliche Angelegenheiten, ich solle aufpassen, nicht in diese Gegend zu kommen. Der Inhalt seiner Warnung wurde mir erst ganz klar, als die Geschichte des Stauffenbergischen Attentates bekannt wurde. Es war eine gefährliche Region gewesen, an deren Rande ich gestanden war.

Einem sorgenvollen Ostern gingen die Wiener Anfang April 1945 entgegen. Der Russe hatte den deutschen Widerstand in Westungarn zerschlagen und war in raschem Anmarsch gegen die Hauptstadt. Schreckhafte Schilderungen von Exzessen gegen waffenlose Bevölkerung erregten die Menschen. Am 6. April stand der Russe schon in nächster Nähe von Baden, so dass ich es für geraten hielt, in einer Waldschlucht hinter dem Gebäudekomplex der Weilburg mit den Meinen das Lager aufzuschlagen. Als der Morgen graute, tauchte am Waldrand die Vorhut der heranmarschierenden Russen auf; wir gingen ihnen entgegen und suchten unsere Wohnung auf, ohne eine feindliche Handlung zu erfahren. Die Situation änderte sich in wenigen Tagen, als die Ränder des Weingebietes und ihre Weinkeller von Soldaten erreicht waren. Da erstarrte auch das Kommando der Truppen in Alkohol. Jetzt wurde es sehr ernst. Die Hölle schien losgelassen. In dieser Lage fühlte ich mich als einziger Mann, der am Platze freie Hände hatte, verpflichtet, mich um den Schutz des von Barmherzigen Schwestern geführten Marienheims und seiner schönen Kinderbewahranstalt anzunehmen. Mein erstes war ein Gang zu dem russischen Ortskommandanten, den ich um Schutz für die klösterliche Anstalt bat. Er war freundlich, und ich erreichte einen Anschlag für den Eingang des Klosters, der in russischer Sprache das Haus unter den Schutz der

Kommandantur stellte. — Tatsächlich ist während der monatelangen Besetzung in Baden niemandem von den Bewohnern des Hauses ein Haar gekrümmt worden, obwohl sich sehr kritische Situationen ergeben haben.

Ich machte im Hause Dienst zum Schutze der Schwestern, angetan mit einem weissen Ärztemantel, den selbst schwer Alkoholisierte respektierten.

Eines Tages erhielt ich einen sehr honetten Besuch: einen Professor der Universität von Tiflis, der als Arzt eingerückt war. Er begrüßte mich als Kollegen, merklich von einem guten Tropfen Badener Spätlese angeregt, und bat mich, ihn zu den Kranken des Spitals zu führen. Er möchte seine Diagnose von mir prüfen lassen. Und so ging er von Bett zu Bett, gab für jeden Pflegling ein ärztliches Gutachten und fragte mich dann immer stolz, was ich denn zu seinem Untersuchungsergebnis sage. Ich war selbstverständlich nicht weniger höflich und rücksichtsvoll als er. Wir verabschiedeten uns in sehr kollegialer Weise am Gartentor. — Nicht alle Begebenheiten in der nächsten Nähe verliefen so friedlich. Eines Tages glaubte ich an der nahegelegenen Apotheke, mein letztes Stündlein sei da. Aber ich entkam.

\*

In der dritten Aprilwoche hielt es mich nicht mehr in Baden. Wir hatten die Totenvögel gegen Wien ziehen sehen, die Bomben aus ihren stählernen Leibern ausspien. Wie sah es dort drinnen aus? Was war von der Schönheit der geliebten Stadt geblieben? Begleitet von meiner Nichte, Professor Wanda Mangold, machte ich mich auf die Wanderung. Alle Verkehrsmittel waren zerstört, nur zu Fuss konnten wir Wien erreichen. Die über Mödling und Mauer führende, 30 Kilometer lange Strasse nach Wien war umsäumt von den makabren Zeichen des blutigen Geschehens, das sich an dieser Strasse abgespielt hatte. Was wir sahen, formte sich, je näher wir der Wiener Stadtgrenze kamen, zum erdrückenden Er-

lebnis. Nach einem sechsstündigen Marsch landeten wir in der Wohnung meiner Nichte im 3. Bezirk. Aber es litt mich nicht in dieser geruhsamen Rast. Um 15 Uhr brach ich zu meiner wichtigsten Erkundung an diesem Tage – zum Herold-Haus – auf. Zitternd vor Erregung bog ich von der Lerchenfelder Strasse in die Strozzigasse ein – Gott sei Dank, der erste Blick zeigte, dass das Haus, die Arbeitsstätte von fünfhundert Menschen, ohne schwere Verwundungen, soweit man von der Front her sehen konnte, davongekommen war. Ich trete durch das Tor und – siehe da! – vor mir steht der Obermaschinenmeister Hrouda, der gerade tapfer mit der Schaufel den nächsten Schutthaufen angeht, indessen vier oder fünf aus unserer Arbeiterschaft in dem zerstörten Glashaus der Bleiesserei hämmern und die Maschinen durch ein Bretterdach gegen Regen schützen. Einige andere sind daran, die Gänge des Werkhauses von den Verwüstungen der Granaten- und Bombeneinschläge zu befreien. Jeden Tag mehrte sich jetzt die Zahl der Heimkehrer, die sich den Herstellungsarbeiten anschlossen. Nach Zerstörung, Not und Tod nun wieder Arbeit! Wenn es auch nur eine Kärnerarbeit für die Wiederherstellung war – es erweckte Hoffnung und Vertrauen.

Noch fünfmal musste ich zu Fuss nach Baden und wieder zurück nach Wien. Aber bei aller Ermüdung war es beglückend, unsere Werkstätte zu umsorgen, auf Schritt und Tritt die Heimat unserer friedlichen Gemeinschaft zurückzuerobem und nach der Zukunft und ihren Aufgaben Ausschau zu halten.

In diese Zeit des handfesten Zugreifens für unser Haus und der an uns schon herandrängenden Aufgaben kam mir die Erneuerung einer Freundschaft aus der Zeit meiner Konfinierung in Baden wie ein Geschenk des Himmels. Eine interessante missionsgeschichtliche Arbeit, zu der ich durch den Missiologen von St. Gabriel, Professor Dr. Johannes Thaurer, angeregt wurde, brachte mich in engeren Kontakt mit diesem

hochgesinnten Priester. Ich hatte den Gelehrten vor dem Kriege oberflächlich kennengelernt. Nun aber erschloss sich mir sein Feuergeist, der mit seinem weltweiten Wissen und Denken die durch den zweiten Weltkrieg angebrochenen kulturpolitischen, den Erdkreis überspannenden Probleme für das neuzuordnende Zusammenleben der Welt zu erfassen trachtete. Thaurer besass in der Wiener Annagasse ein trauliches kleines Quartier, das, ausgerüstet mit einem Schatz kostbarer Quellenwerke seines Faches, sein Studio bildete.

Das alte, stille Haus in der Inneren Stadt war in den letzten Apriltagen des Jahres 1945 Treffpunkt für Akademiker verschiedener Berufe, meist junge Leute, die irgendwie an der Front waren, Widerstandskämpfer, Befreite aus Gefängnissen der Gestapo, der eine oder andere war knapp dem Blutgericht entgangen. Die wenigsten von uns hatten einander früher gekannt. Alle beseelte derselbe Wille, jetzt alles an das grosse Ziel zu setzen, nach der Demütigung und dem Auslöschung Österreichs: die Wiederherstellung des Vaterlandes und der Freiheit. Uns brannte das Herz in der Brust. Die Ruinen um uns entmutigten uns nicht. Die Armut des verwüsteten und ausgeplünderten Landes schreckte uns nicht, vor den fremden Soldaten fürchteten wir uns nicht. Denn unser Österreich würde wiedererstehen, emporgehoben zu einem neuen Tag. Jawohl, zu einem neuen Tag, an dem es keine Totalität, keine Tyrannen, keine Götzen mehr geben wird, der Mensch wieder ein freies Wort wagen darf, die christliche Gemeinde der Katakombe entstiegen ist, die menschliche Würde, das Recht, die soziale Gemeinschaft, die Kulturgüter der Heimat wiederhergestellt sind. Jetzt wird es Aufgabe sein, den inneren Frieden herzustellen, der nachfolgenden Generation über das furchtbare Erlebnis hinweg den Zusammenhang mit dem Vaterland, den Sinn seines Bestandes und seiner Geschichte und seiner Mission zu weisen und das Geheimnis seiner Kraft: Schlüssel europäischen Schicksals zu sein.

Aber was hatten wir für Mittel, um unser Wollen zur Tat

werden zu lassen? Wodurch sollten wir aus unserer Enge treten und weite Kreise erreichen können? Am besten wohl durch die Presse. Es war ein grosses Sprachrohr vonnöten. Leider war jetzt an ein Wiedererscheinen der freien, unabhängigen «Reichspost» nicht zu denken, obwohl aus vielen Zeichen erkenntlich war, dass in weitem Bereich der politisch interessierten Bevölkerung stark nach ihr verlangt wurde. Ein Entscheid der alliierten Besatzungsmächte, der die geringen Papierzuteilungen ausnahmslos den drei zugelassenen Parteien zugute kommen liess, besiegelte zum zweitenmal das Schicksal der «Reichspost». In einigen kleinen, während des Krieges errichteten Ausweichlagern fanden wir noch geringe Papiervorräte. Die durften wir nutzen. Da kam mir der Gedanke, ein Blatt herauszugeben, das einmal in der Woche erscheint. Es sollte die Stimme unseres Willens werden. Wir bosselten an seiner Arbeitsordnung; dem Richtmass seiner publizistischen Haltung. Der sichere Ausgangspunkt war die Bejahung der schöpferischen Kräfte eines herzhaften Christentums, ausgehend von der Zelle aller Gemeinschaft: der Familie und ihrem gesicherten Bestand. Wir wollten mithelfen, die soziale Ordnung der Gesellschaft von innen heraus zu erneuern, und wir wollten in den Tumult dieser von Vorurteilen, Egosüchten, Parteiung hasszerfleichten Menschheit durch das tausendstimmige gedruckte Wort die christliche Liebe, die christliche Gerechtigkeit und den Respekt vor der redlichen Überzeugung des anderen tragen. Dienst sollte es werden an der menschlichen Begegnung, dem Echtwerden der Volksgemeinschaft und an einem der grössten Anliegen des heutigen Christen: den toten Raum zu überwinden, der zwischen Kirche und den grossen Massen der industriellen Arbeiterschaft sich ausbreitet, die dürre Steppe, deren Sanddünen, von den Stürmen emporgerissen, die wesentliche Existenz des christlichen Abendlandes zu verschütten drohen.

Was wir in unserem Planen um die neue Wochenzeitung formulierten, das waren Erkenntnisse, gefasst in schlaflosen



Nächten der Haft, auf einsamer Wacht, in den Steinrühren der SS, in denen wir fronten in nahem Zusammensein mit Sozialisten verschiedener Schattierungen, die unser Schicksal teilten, aber auch die Enge des abgründigen Spaltes wahrnehmen liessen, die oft Menschen trennte, nicht selten, nur weil sie sich gegenseitig nicht gekannt hatten.

So entstand die «Furche». Am 1. Dezember 1945 ging die erste Nummer aus der Maschine. Und allem Widerstand und allen Schwierigkeiten zum Trotz wuchs die Zahl ihrer Mitarbeiter, ihrer Leser und Freunde, immer mehr und mehr. Und im zwölften Jahr ihres Erscheinens nimmt die «Furche» ihren Weg, ich darf wohl sagen, über die ganze Erde.

Auf dem Gang mit unserer Pflugschar haben uns oft Freunde gegrüsst. Immer war es eine Ermutigung, zu erfahren, dass unser Bemühen ein freundliches Verstehen gefunden hat. Immer wieder. Dankbar setze ich die Worte hierher, die ein Grosser der deutschen Feder, Reinhold Schneider, der «Furche» geschrieben hat:

«... Das Erbe Österreichs kann nicht genug ausgebreitet werden; es kann allein den Boden bereiten einer geistigen Bewältigung der bestehenden Not und Gefahr, und nur für eine solche lohnt der Einsatz. Je mehr sie von machtpolitischen Massnahmen zurückgedrängt wird, umso schwerer wird sie werden. Österreichs Macht ist heute im Wesentlichen der Geist, aber auch eine bestimmte Art, zu sein, zu leben, zu vermitteln, zu verstehen, die man nur von Österreich erfahren kann, die aber im edelsten Sinne europäisch ist.»

## RÜCKSCHAU UND AUSSCHAU

Wohl auf keinen anderen Staat Europas haben so viele Heimsuchungen in den letzten Jahrzehnten eingeschlagen wie auf Österreich. Mit dem Ende des ersten Weltkrieges aus seinem historischen, wirtschaftlichen und politischen Lebensstande gerissen, hatte der kleine Staat zwischen der Donau und dem Bodensee die wesentlichen Voraussetzungen seiner Existenz zu schaffen. Etwas Unabdingbares war es, dem Volke den Glauben an die Lebensfähigkeit seiner in Ruinen geborenen Staatlichkeit zurückzugeben. Man durfte die Menschen nicht verzagen lassen an der unbarmherzigen Physiognomie dieses von Weltkriegen und ihren Folgen befallenen Europas. Da gab es doch eine Zeit, in der der österreichische Staat in Abwehr der Hungersnot ein Drittel seines Budgets für Lebensmitteleinkäufe zugunsten der darbenden Bevölkerung aufzuwenden hatte. Die Währung war im Zusammenbrechen und die Staatswirtschaft vor dem Bankrott. Das Unheil wurde von zwei Männern, Ignaz Seipel und Viktor Kienböck, mit dem vielbestaunten Sanierungswerke beschworen, das die Währung und die Wirtschaft des Staates sicherte. Aber dieser ersten vehementen Wirtschaftskrise, die Österreich zu bestehen hatte, folgte im Frühjahr 1931 das grosse Unglück, das unter dem Titel Weltwirtschaftskrise in die internationale Finanzgeschichte eingegangen ist. Seine Nachwirkungen verschütteten in aller Welt, so auch in Österreich, mächtige Finanzinstitute und legten das Kleinbankwesen reihenweise nieder. Die Unruhe, die von diesen Ereignissen

nissen ausging, warf ihre Streuwirkungen auch in das politische Lehen. Nun wurde der Staat auch von dieser Seite her von einem Sturm erfasst. Die ungesunden Zustände im Erwerbsleben trugen Unzufriedenheit und Mutlosigkeit in die Menge hinaus. Jetzt war die Erntezeit für die politischen Spekulanten, die aus der Not der anderen ein Geschäft machten, jetzt war die Erntezeit auch für die Meister der grossen lockenden Parolen neuer Heilsbringer. Sie fanden Gläubige, sogar viele Gläubige unter den Menschen mit hungrigem Magen. Jetzt blühten auch die Unternehmungen der Geheimbündler und der nationalsozialistischen Illegalen. Die Not zog einen ganzen Schwarm von Nutzniessern hinter sich her. Man sprach in den Zeitungen schon von einer «politischen Bewegung». Jetzt wurde der Kampf gegen die sogenannte Lausanner Anleihe eine höchst politische Angelegenheit. Die Regierung brauchte diese zweite Anleihe des Völkerbundes für Österreich dringend. Die 300 Millionen Schilling, die von der Anleihe erbracht werden sollten, wurden zur Deckung sehr ernster Bedürfnisse verlangt. Doch die Propaganda hatte in die Front der Regierungsmehrheit ein breites Loch geschlagen. Die grossdeutsche Gruppe der Regierungsmehrheit war der Macht der Schlagworte gewichen und zur Opposition übersiedelt, so dass diese nahe an die Stärke der Regierungsmehrheit heranreichte. Der nunmehrige Zustand im Parlament war derart, dass irgendein Zufall das Zerbrechen der Mehrheit hervorrufen konnte. So geschah es denn auch, dass ein von grossdeutscher Seite eingebrachter Misstrauensantrag gegen die Regierung und die Forderung nach Auflösung des Hauses unter Herbeiführung von Neuwahlen eine Staatskrise hervorrufen konnte. Der Ausgang der Reichstagswahlen in Deutschland, der am 5. März den Nationalsozialisten einen unzweideutigen Wahlsieg brachte, liess die nunmehrige nationale Opposition im österreichischen Nationalrat auf einen starken Zulauf an neuen Wählern hoffen. In der Tat gelang es, bei den Wiener Gemeinderatswahlen im

April 1932 den anstürmenden Nationalsozialisten den bisher versperrten Zugang zu der Wiener Ratsstube aufzusprengen. Doch es kam nicht zu Neuwahlen für den Nationalrat, und nach verschiedentlich drohenden Eventualitäten wurden die Lausanner Protokolle im Nationalrat mit 82 gegen 80 Stimmen genehmigt. Immerhin war die Wirkung des Einzugs von 15 Nationalsozialisten in das Wiener Rathaus, die alte Heimat stolzen österreichertums, ein grösserer optischer Erfolg als ein praktischer. Es lag aber nahe, dass fortan das Klima für die Nationalsozialisten und ihre Attacken das Vordringen der Partei begünstigte. Das Wirtschaftselend war ihr dabei behilflich. Es bedurfte eines so unerschrockenen Kämpfers in den jetzigen politischen Gefechten, wie es der neue Mann an der Spitze der Regierung, der junge Dr. Dollfuss, war, um in dem aufspringenden politischen Sturm den Staat vor der Übermachtung zu retten. Er hat dafür sein Leben hingegeben. Nicht um die Frage ob Parlamentarismus oder Demokratie ging es, sondern – wie Schuschnigg aus guter, naher Sicht feststellte –: «Österreich selbst stand zur Debatte\*.» Da kamen Wegstellen, an deren Rändern die Demokratie im Sturme schwankte wie ein Schilfrohr. Wer Gehör hatte für leise Stimmen, der konnte wahrnehmen, dass Furcht vor dem Bürgerkriege umging. Besonnene Führer in den Lagern der Heimwehr hatten damals verantwortungsvolle Last zu tragen. Aber auch die revolutionäre Unterwelt – die Lager um Tavs, Leopold, Schattenfroh – meldete sich und rechnete mit nahen Terminen. Und jetzt musste der präsidiale Apparat des Parlaments erlahmen und den Betrieb zum Stehen bringen.

Nun lief die Hitler-Propaganda auf hohen Touren. Ihre Losungen hiessen: «Anschluss», Abkehr von Österreich, Zerschlagen der österreichischen Staatlichkeit, Machtübernahme durch den Nationalsozialismus so bald wie möglich und mit allen Mitteln, die zu diesem Ziele führen. Jetzt kam der Stoss

\* Schuschnigg: «Dreimal Österreich.»

gegen die alten Parteien zu Recht, so viele wirtschaftliche Notstände, so viele willkommene verbündete und mitläuferische Kräfte!

Aber Österreich hat den Sturm bestanden! Ihm wurden zur rechten Zeit die Männer geschickt, die in dem schweren Ringen für die Unabhängigkeit und Freiheit des Staates ihr ganzes Sein, alles, bis zum Letzten, eingesetzt haben, sich mühend, kämpfend und opfernd.

Für jeden Österreicher ist es eine Genugtuung, zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Freiheit des Landes von dem Kanzler der Deutschen Bundesrepublik, Dr. Adenauer, eine Bekundung erhalten zu haben, die dem österreichischen Volke in dankbarer Erinnerung bleiben wird. Österreich hat durch sieben Jahre die Unfreiheit und Erniedrigung unter totaler Vergewaltigung ertragen müssen und kann sich kein vornehmeres geschichtliches Dokument über österreichische Haltung und österreichisches Geschehen denken als die Ehrenbezeugung Dr. Adenauers bei seinem Staatsbesuch auf österreichischem Boden im Juni 1957, die sich ausspricht in den Sätzen:

«Immer wieder tritt das christlich-abendländische gemeinsame Fundament mahnend und helfend vor Augen. Ein wesentlicher Bestandteil unseres Erbes ist die unbedingte Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit, zu jenen ewigen Werten des Menschen, die keine Form totalitärer Vergewaltigung ausrotten kann. Ihr in Österreich und wir in Deutschland wissen um diese Wahrheit. Ich glaube, dass es *dieser unbedingte Wille zu Freiheit und Unabhängigkeit gewesen ist, der Österreich nach den dunklen Jahren der Erniedrigung, des Krieges und der Not zu dem gemacht hat, was es heute ist.*»

## PERSONENVERZEICHNIS

- Adam* Walter. 298, 326, 327, 328  
*Adamovich*, Dr. Ludwig. 196  
*Adenauer*, Dr. Konrad. 344  
*Adler*, Dr. Viktor. 27  
*Ahlwardt*, Dr. Theodor. 86  
*Aigner*, Dr. Jo6ef. 87  
*Altenburg*, Günther von. 274, 277  
*Arzt*, Dr. Gustav. 320  
*Arzt*, Dr. Leopold. 320  
*Bauer*, Dr. Otto. 15, 22, 25, 26, 27,  
28, 33, 48, 49, 50, 59, 69, 113, 114,  
122, 125, 132, 133, 134, 135, 137,  
143, 144, 149, 150, 154, 155, 156,  
157, 158, 159, 162, 170, 204  
*Beck* Ludwig. 267  
*Benedikt*, Dr. Heinrich. 168  
*Benn* Alfred. 104  
*Berger von Waldenegg*, Egon Freiherr.  
272  
*Bernaschek* Bernhard. 159  
*Bernecker* Franz. 146, 148  
*Bianchini* Georg. 228  
*Biehlolaweck* Hermann. 21  
*Bismarck*, Otto von. 87, 200, 273  
*Bitterlich*, Oberstleutnant. 112  
*Blomberg*, Werner von. 266, 267  
*Blum* Léon. 137  
*Böhm*, Dr. Wilhelm. 159  
*Böhm* Richard. 174  
*Bose*. 254  
*Bosel* Sigmund. 40  
*Brauner* Theodor. 92  
*Brüning*, Dr. Heinrich. 16, 107, 120,  
121  
*Bürckel* Josef. 279, 280  
*Buomberger*, Dr. 120, 121  
*Buresch*, Dr. Karl. 53, 54, 58, 59, 60,  
79, 117, 150, 204  
*Burghardt*, Dr. Anton. 183  
*Burian*, Dr. Hildegard. 183  
*Buttinger* Josef. 158, 172, 173  
*Chamberlain* Neville. 267  
*Curtius*, Dr. Julius. 16  
*Czermak*, Dr. Emmerich. 81, 82, 103,  
108, 117, 119  
*Daladier* Edouard. 138, 139, 267  
*Danneberg*, Dr. Robert. 135  
*Decurtius* Caspar. 72  
*Delbos* Yvon. 260  
*Derda* Robert. 282, 283  
*Deutsch*, Dr. Julius. 27, 122, 123, 135,  
137, 149, 154, 155, 157, 158, 170  
*Dietrich*, Dr. Otto. 290  
*Dobretsberger*, Dr. Josef. 179, 183  
*Dollfuss*, Dr. Engelbert. 18, 19, 20, 21,  
33, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69,  
70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80,  
81, 84, 91, 99,  
106, 107, 115, 116, 117, 122, 125,  
127, 128, 130, 131, 132, 134, 136,  
137, 138, 139, 141, 142, 150, 153,  
154, 161, 162, 163, 166, 167, 168,  
171, 173, 174, 181, 182, 183, 191,  
193, 195, 197, 198, 199, 200, 204,  
205, 206, 208, 209, 210, 211, 213,  
214, 216, 217, 218, 220, 221, 222,  
223, 224, 225, 236, 238, 240, 241,  
254, 306, 327, 328, 343  
*Draxler*, Dr. Ludwig. 70

- Drexel*, Dr. Karl. 174  
*Dunan* Marcel. 144  
  
*Ebenhoch*, Dr. Alfred. 110, 111  
*Eden* Anthony. 227, 234  
*Eichstädt* Ulrich. 308  
*Eifler* Alexander. 149  
*Eisele*, Dr. Hans. 93, 94, 95  
*Eisenstecken* Hans. 208  
*Ender*, Dr. Otto. 15, 46, 47, 70, 115, 182, 193, 195, 199  
*Erhard*, Robert Freiherr von. 185  
  
*Faulhaber*, Dr. Michael Kardinal von. 239  
*Fey* Emil. 64, 69, 75, 83, 84, 122, 129, 130, 135, 137, 138, 140, 142, 146, 156, 210, 213, 215, 221, 222  
*Fierlinger*, Dr. Zdenko. 143, 156, 157  
*Fink* Jodok. 21, 75, 112, 113  
*Finstermann* Franz. 312  
*Fischböck*, Dr. Hans. 263, 295  
*Fraenkl*. 173  
*Franckenstein*, Georg Freiherr von. 227, 232, 234  
*Frank*, Dr. Hans. 92, 93, 94  
*Franz* Joseph I. 38  
*Franzel*, Dr. Emil. 155, 156, 157  
*Frauenfeld*, Alfred Eduard. 277  
*Fritsch*, Friedrich von. 262, 263, 266, 267  
*Führer*, Dr. Erich. 268, 273, 275, 277  
  
*Gaeta* Gino. 312  
*Gedye* R. E. A. 140, 237  
*Geiger* Heinz. 312  
*Gessmann*, Dr. Albert. 109, 110  
*Glaise-Horstenau*, Edmund von. 236, 246, 247, 248, 249, 250, 293, 307, 310  
*Glöckel*, Dr. Otto. 68  
*Goebbels*, Dr. Joseph. 98  
*Göring* Hermann. 253, 298, 307, 308, 309, 310, 316  
*Greifeneder* Johann. 222  
*Gulick*, Charles A. 141, 149, 155, 156, 157, 158  
  
*Habicht* Theo. 199, 238, 242  
*Haerting*. 173  
*Hagenhofer* Franz. 111  
*Hainisch*, Dr. Michael. 202  
*Hausleithner* Rudolf. 183  
*Hedvoicek*. 219  
*Heini*, Dr. Eduard. 189  
*Held*, Dr. Heinrich. 91, 94  
*Helmer* Oskar. 53, 124, 143, 158  
*Hemala*, Dr. Franz. 13, 183  
*Henderson* Neville. 260  
*Henlein* Konrad. 265  
*Herrschei* Karl. 175  
*Hess*, Heinrich von. 284  
*Hess* Rudolf. 268, 280, 281  
*Himmler* Heinrich. 283  
*Hindenburg*, Paul von. 85, 90, 91  
*Hitler* Adolf. 18, 58, 87, 89, 90, 94, 96, 97, 99, 103, 106, 138, 142, 151, 180, 199, 210, 217, 236, 238, 241, 242, 243, 244, 245, 251, 253, 254, 255, 256, 257, 263, 264, 265, 266, 268, 270, 271, 274, 278, 279, 280, 281, 285, 286, 287, 288, 289, 292, 298, 307, 308, 309, 328, 343  
*Hofer* Andreas. 304  
*Hohenbruck*, Dr. Oskar. 192  
*Holzweber* Franz. 217, 223  
*Hornbostel*, Theodor von. 61, 62, 129, 130, 138, 253  
*Hossbach*, Friedrich von. 265  
*Hovorka* Nikolaus. 183  
*Hoyos*, Wilhelm Graf. 248  
  
*Imbach*. 92.  
*In der Mauer*, Gilbert von. 17  
*Ingrim* Robert. 143  
*Innitzer*, Theodor Dr. Kardinal. 144, 239, 257, 298, 321, 333  
*Jansa*, Alfred von. 74, 130  
*Jedlicka*, Dr. Ludwig Franz. 167  
*Jodl* Alfred. 267  
*Jung* E. 254  
*Jury*, Dr. Hugo. 283, 284, 300, 301, 302, 303

- Karnitz Felix.* 158  
*Karl I.* 53  
*Kaminsky, Carl Freiherr von.* 123, 142, 143, 149, 150, 153, 158, 159, 213, 220, 221, 224, 226  
*Kautsky Karl.* 149  
*Keitel Wilhelm.* 290  
*Kepler Wilhelm.* 310, 311, 316  
*Kerrl, Dr. Hanns.* 92, 93  
*Ketteler, Clemens von.* 272  
*Kienböck, Dr. Viktor.* 24, 33, 40, 56, 57, 91, 113, 114, 227, 232, 234, 235, 341  
*Klotz, Dr. Petrus.* 21  
*Knoll, Dr. August Maria.* 183, 197  
*König Berthold.* 158  
*Kohlbach, Dr. Rochus.* 21  
*Kohlruss, Dr. Rudolf.* 262, 294  
*Kolassa, Dr. Viktor.* 17, 117  
*Kollmann Josef.* 78, 80  
*Korbel Eduard.* 150  
*Krasser Robert.* 74, 76, 79, 97, 103  
*Kummer, Dr. Karl.* 183  
*Kun Béla.* 201  
*Kunschak Leopold.* 13, 21, 22, 23, 25, 52, 70, 74, 76, 107, 108, 109, 114, 115, 116, 183  
  
*La Fontaine, Pietro Kardinal.* 182, 239  
*Leicht, Dr. Johannes.* 91  
*Leo XIII.* 72, 152  
*Leopold Josef.* 58, 251, 263, 264, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 282, 283, 284, 285, 286, 303, 309, 343  
*Leuthner, Dr. Karl.* 123  
*Ley, Dr. Robert.* 92, 93  
*Liechtenstein, Prinz Alois von und zu.* 75, 109  
*Loser Adolf.* 21, 113  
*Lueger, Dr. Karl.* 23, 75, 107, 109, 110, 111, 118, 177  
*Lugmayer, Dr. Karl.* 183  
  
*Maleta, Dr. Alfred.* 183  
*Mangold Wanda.* 336  
*Manhalter.* 81  
*Mantler Karl.* 173, 174  
  
*Mermillod, Gaspard Kardinal.* 72  
*Messinger Rudolf.* 222  
*Messner, Dr. Johannes.* 182, 183  
*Miklas Wilhelm.* 68, 107, 118, 204, 213, 287, 288, 298, 314, 315, 316, 317  
*Morreale Eugenio.* 249  
*Morsey, Dr. Franz Freiherr von.* 111  
*Motzko, Dr. Alma.* 183  
*Muff Wolfgang.* 316  
*Mussolini Benito.* 191, 205, 227, 236, 241, 243, 246, 247, 250, 267  
  
*Nagelstock, Dr. Walter.* 203, 204  
*Neubacher Ernst* 283  
*Neumayer, Dr. Rudolf.* 227, 293  
*Neurath, Konstantin Freiherr von.* 266  
*Neustädter Stürmer, Odo von.* 173, 179, 193, 210, 218, 220, 224, 225  
*Niedrist Karl.* 21  
*Niemeyer, Sir Otto.* 231  
  
*Öxle.* 280  
*Opitz Ambros.* 161, 175  
*Orel, Dr. Anton.* 183  
  
*Pacelli, Eugenio Kardinal.* 236, 239, 240, 287, 294, 296  
*Palla, Dr. Edmund.* 172  
*Papen, Franz von.* 16, 17, 18, 85, 91, 236, 242, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 261, 262, 268, 270, 271, 272, 287, 288, 289  
*Paul Ernst.* 156, 157  
*Perl, Dr.* 203  
*Pfrimer, Dr. Walter.* 52, 53, 203, 205  
*Pichl, Dr. Berta.* 188  
*Piffl, Dr. Friedrich Gustav Kardinal.* 52  
*Popp Franz.* 124  
*Pretiosi Gabriele.* 244, 249  
*Prinke Franz.* 174  
*Proksch Alfred.* 277  
*Pruckner Heinz.* 104  
*Puaux Gabriel.* 129, 135, 136, 137, 138, 143, 144, 145  
*Pückler, August von.* 86



- Raab*, Ing. Julius. 293, 333  
*Rados*, Edgar Tiberius. 147, 211, 214  
*Rainer Peter*. 303  
*Ramek*, Dr. Rudolf. 65, 91  
*Redlich*, Dr. Josef. 54  
*Redtenbacher* August. 312  
*Rehrl*, Dr. Franz. 91, 108, 291  
*Reichenau* Wilhelm. 290  
*Reif* Johann. 164  
*Reither* Josef. 70, 117, 122, 131, 134  
*Renner*, Dr. Karl. 26, 27, 49, 50, 51, 64, 65, 68, 82, 134  
*Resch*, Dr. Josef. 161, 171, 172  
*Reschmy* Hermann. 277  
*Richter* Gustav. 128  
*Rieth*. 242  
*Rintelen*, Dr. Anton. 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 210, 211, 214, 215, 220, 221, 222, 223, 226, 293, 329, 330, 331  
*Rizzi*, Dr. Hans. 228, 231  
*Rosenberg* Alfred. 98, 102  
*Rost van Tonningen*, Arnoud. 46, 56  
*Rothschild*, Louis Freiherr von. 42  
*Rott* Hans. 293  
  
*Schaeffer*, Dr. Fritz. 91  
*Schattenfroh* Franz. 271, 273, 274, 275, 276, 343  
*Schebeck* Franz. 162  
*Scheicher*, Dr. Josef. 109  
*Schiel* Josef. 159  
*Schindler*, Franz Martin. 246  
*Schirach*, Baldur von. 268, 269, 270, 271  
*Schlittenbacher*, Dr. Sebastian. 91  
*Schlund* Erhard. 99  
*Schmidt*, Dr. Guido. 246, 253, 255, 260, 288, 290, 291, 293, 296  
*Schmitz*, Dr. Hans. 183  
*Schmitz* Richard. 24, 31, 33, 62, 63, 66, 74, 76, 117, 161, 163, 169, 176, 178, 179, 180, 183, 185, 186, 193, 282  
*Schneeberger* Pius. 124  
*Schneider*, Dr. Reinhold. 340  
*Schneidmadr* Heinrich. 53, 124, 143  
  
*Schober*, Dr. Johannes. 16, 30, 33, 42, 50, 51, 55, 57, 115  
*Schönburg-Hartenstein*, Aloys Fürst von. 112, 140  
*Schönerer*, Georg von. 87, 97, 271, 272  
*Schönsteiner* Friedrich. 91  
*Schoiswohl* Michael. 21  
*Schorsch* Johann. 158  
*Schürff*, Dr. Hans. 87  
*Schuschnigg*, Dr. Kurt von. 18, 108, 117, 150, 156, 191, 210, 212, 213, 214, 215, 220, 221, 224, 226, 227, 233, 236, 237, 238, 240, 241, 243, 250, 251, 252, 257, 269, 271, 278, 279, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 298, 300, 303, 308, 311, 312, 314, 315, 316, 318, 343  
*Seipel*, Dr. Ignaz. 11, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 33, 40, 47, 48, 49, 50, 51, 53, 56, 62, 75, 86, 107, 113, 114, 117, 118, 164, 182, 205, 261, 341  
*Seitz* Karl. 51, 122, 125, 126, 127, 128, 135, 151, 152, 153  
*Sever* Albert. 112, 153, 154  
*Salata* Francesco. 244  
*Seydl* Ernst. 215.  
*Seyss-Inquart*, Dr. Arthur. 236, 251, 252, 279, 301, 302, 303, 310, 316  
*Shakespeare* William. 276  
*Simon*, Sir John. 232  
*Skubl*, Dr. Michael. 251  
*Sondern* Frédéric. 289  
*Sonnenschein*, Dr. Karl. 19  
*Spalowski* Franz. 13, 21  
*Spitzmüller*, Dr. Alexander Freiherr von. 35  
*Srom*, Josef Eduard. 156, 157  
*Starhemberg*, Ernst Rüdiger Fürst von. 64, 69, 137, 161, 162, 179, 191, 213, 220, 236, 243, 244, 255  
*Staud* Josef. 172, 173, 174, 176  
*Stegerwald* Adam. 92  
*Steinwender*, Dr. Otto. 87  
*Stölzl*, Dr. 87  
*Straas*. 173  
*Straffner*, Dr. Sepp. 65, 68  
*Streeruwitz*, Dr. Ernst von. 30, 115

- Stumpf*, Dr. Franz. 108  
*Sturm* Josef. 81  
*Suwich* Fulvio. 82
- Tauschitz* Josef. 213, 260, 299  
*Tavs*, Dr. Franz. 264, 272, 343  
*Thaler* Peter. 304, 321, 322  
*Thauten*, Dr. Johannes. 337  
*Tirpitz*, Alfred von. 93  
*Tomandl*. 173  
*Tzöbl*, Dr. Josef A. 183
- Vansittard*, Sir Robert. 265  
*Vaugoin* Carl. 30, 33, 47, 59, 64, 65,  
74, 75, 76, 78, 91, 99, 112, 114, 115  
*Veesenmayer*, Dr. Edmund. 273, 277  
*Vitztum* Anton. 173  
*Vogelsang*, Carl Freiherr von. 246
- Wagner* Adolf. 94  
*Wagner* Josef. 129  
*Waschnigg* Karl. 174  
*Watzek* Adolf. 293  
*Weber* Adolf. 35  
*Wehofsich*, Dr. Franz. 276  
*Weigelt* Karl. 174  
*Weiskirchner*, Dr. Richard. 107, 110  
*Weithaler* Ludwig. 208  
*Westphalen*, Dr. Ferdinand Graf. 183  
*Winter*, Dr. Ernst Karl. 161, 163, 164,  
165, 166, 167, 168, 183  
*Wirth*, Dr. Josef. 107, 119, 120  
*Wohlmuth*, Dr. Josef. 91  
*Wolff*, Dr. Wilhelm. 309  
*Wollek* Richard. 103
- Zehner* Wilhelm. 213  
*Zernatto* Guido. 293

## BILDERVERZEICHNIS

	Seite
Papst Pius XII. als Kardinal-Staatssekretär Eugenio Pacelli ....	1
Dr. Otto Ender .....	16
Carl Vaugoin.....	17
Originalhandschrift Ignaz Seipels .....	32
Dr. Theodor Kardinal Innitzer, Erzbischof von Wien, als Universitäts- professor (1929) .....	48
Wilhelm Miklas .....	49
Dr. Franz Dinghofer .....	64
Karl Seitz .....	65
Josef Reither .....	96
Dr. Viktor Kienböck .....	97
Dr. Engelbert Dollfuss .....	112
Dr. Kurt von Schuschnigg.....	113
Robert Krasser .....	144
General der Infanterie Wilhelm Zehner .....	145
Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg .....	160
Oskar Helmer .....	161
Dr. Heinrich Brüning .....	192
K. Joseph Wirth .....	193
Dr. Anton Rintelen .....	208
Dr. Guido Schmidt .....	209
Walter Adam .....	240

Dr. Karl Maria Stepan .....	256
Feldmarschalleutnant Alfred Jansa .....	257
Richard Schmitz und Herbert Hoover auf dem Kahlenberg. Aufnahme vom 2. März 1938 .....	288
Dr. Carl Freiherr von Karwinsky .....	289
Dr. Arthur Seyss-Inquart .....	304
Hauptmann Josef Leopold .....	305
Titelblatt der letzten in Freiheit erschienenen «Reichspost»:	
12. März 1938 .....	313
Originalschreiben des Bundespräsidenten vom 13. März 1938 .... 319	
<i>Die Aufnahmen Seite 1, 16, 17, 48, 49, 64, 65, 96, 97, 113, 144, 145, 160, 161, 192, 193, 208, 209, 256, 289, 304 und 305 entstammen dem Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek, Wien. – Die Bilder Seite 32, 240, 241 und 313 stellte der Verfasser zur Verfügung. – Die Bilder Seite 112 und 288 stellte Frau Professor Dr. Trude Schmitz, das Bild Seite 257 Herr Feldmarschalleutnant Alfred Jansa, das Schreiben Seite 319 die Familie Wilhelm Miklas zur Verfügung.</i>	